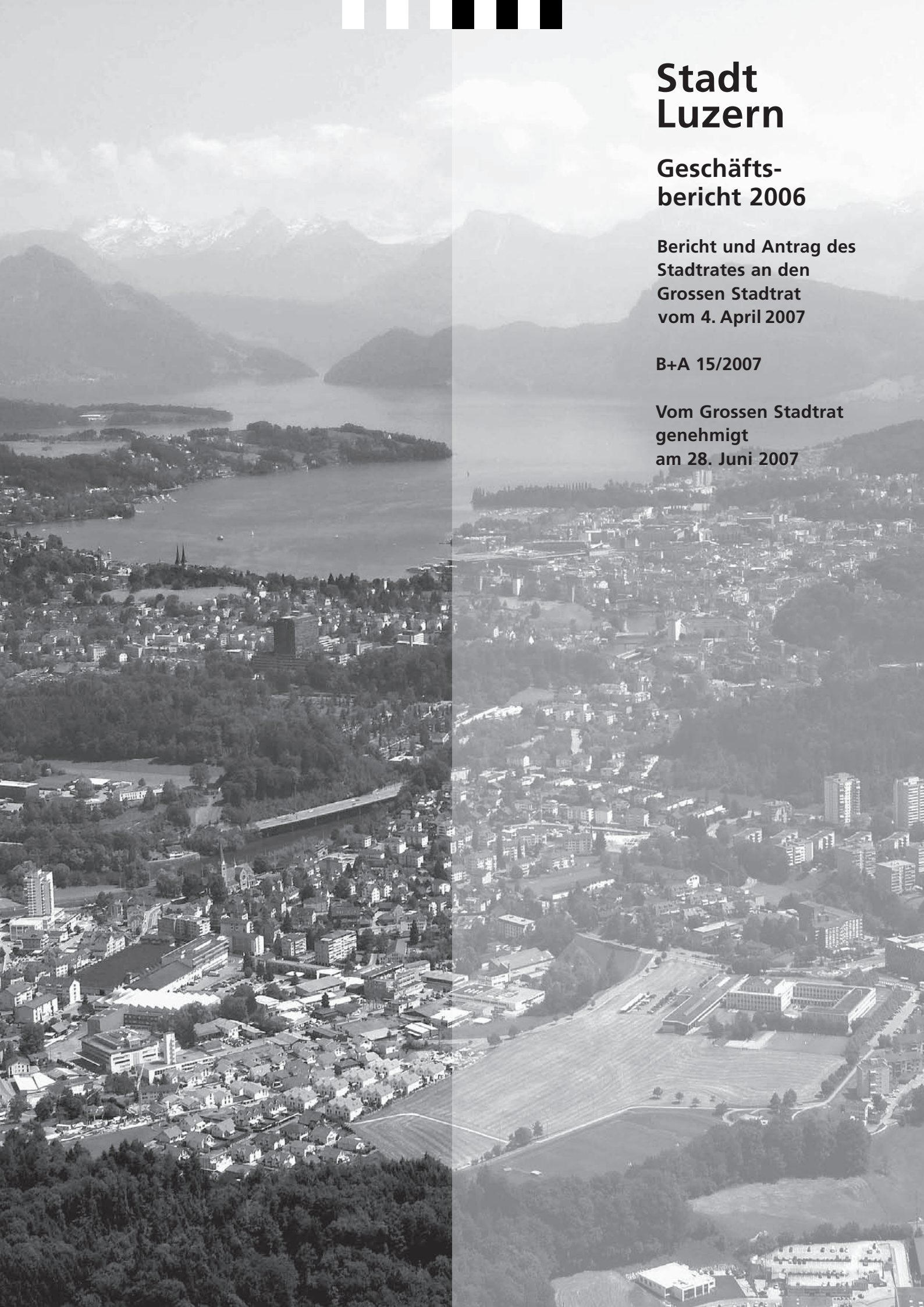




Stadt Luzern

Geschäfts- bericht 2006

Bericht und Antrag des
Stadtrates an den
Grossen Stadtrat
vom 4. April 2007

B+A 15/2007

Vom Grossen Stadtrat
genehmigt
am 28. Juni 2007

**Bericht und Antrag des Stadtrates von Luzern an den
Grossen Stadtrat von Luzern B+A 15/2007**

Stadtratsbeschluss 310 vom 4. April 2007

Das Jahr 2006 war geprägt von den grossen Entwicklungen des Projekts Fusion Littau-Luzern. Ende August wurde der vom Gemeinderat von Littau und vom Stadtrat von Luzern gemeinsam erarbeitete Fusionsvertrag der Öffentlichkeit vorgestellt.

Inhaltsverzeichnis

1 Das Jahr 2006 im Rückblick	3
2 Ergebnis der Jahresrechnung 2006	4
2.1 Gesamtüberblick	4
2.2 Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten	5
2.2.1 Aufwand	6
2.2.2 Ertrag	7
2.2.3 Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen	9
2.2.4 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO	9
2.2.5 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO	9
2.3 Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung	10
2.3.1 Übersicht nach funktionaler Gliederung und Nettobelastung	11
2.3.1.1 Funktionale Gliederung	11
2.3.1.2 Vergleich der Nettobelastung	11
2.3.1.3 Vergleich der Steuerkraft	12
2.3.2 Vergleich der Nettobelastung, der Steuerkraft und der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden	13
2.4 Investitionsrechnung	14
2.5 Bestandesrechnung	15
2.6 Anhang zur Jahresrechnung	18
2.6.1 Ausserbilanzgeschäfte	18
2.6.2 Brandversicherungswerte	19
2.6.3 Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze	19
2.6.4 Abnahme der Jahresrechnung 2005 durch den Regierungstatthalter	19
2.6.5 Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern	20
2.6.6 Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände	22
2.6.7 Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern	23
3 Kennzahlen aus dem Personalbereich	25
3.1 Entwicklung der Teilzeitstellen	25
3.2 Personalfluktuaton	25
3.3 Nationalitäten	25
3.4 Pyramide der Dienstjahre	26
3.5 Besoldungsklassen	26
3.6 Altersstruktur	27
4 Direktionen	29
4.1 Sozialdirektion	29
Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor	30
4.1.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	31
4.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick	33
4.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	34
4.1.4 Kennzahlen	41
4.1.4.1 Sekretariat Vormundschaftsbehörde	43
4.1.4.2 Amtsvormundschaft	45
4.1.4.3 Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle	46
4.1.4.4 Sozialamt	49
4.1.4.5 Wirtschaftliche Sozialhilfe	50
4.1.4.6 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe	52
4.1.4.7 Kinder Jugend Familie	54
4.1.4.8 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	57

4.2 Bildungsdirektion.....	59
Vorwort von Urs W. Studer, Bildungsdirektor	60
4.2.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	61
4.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick	64
4.2.3 Schulpflege	66
4.2.4 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	67
4.2.5 Kennzahlen	71
4.2.5.1 Stadtkanzlei	73
4.2.5.2 Musikschule	74
4.2.5.3 Mittelschulen	75
4.2.5.4 Kultur und Sport	77
4.2.5.5 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten	79
4.2.5.6 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes	80
4.2.5.7 Stadtbibliothek	81
4.2.5.8 Kinder- und Jugendzahnklinik	82
4.3 Sicherheitsdirektion.....	83
Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin	84
4.3.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	85
4.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick	87
4.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	88
4.3.4 Kennzahlen	92
4.3.4.1 Stadtpolizei	93
4.3.4.2 Bevölkerungsdienste	95
4.3.4.3 Umweltschutz	97
4.3.4.4 Zivilschutz	99
4.3.4.5 öko-forum	100
4.3.4.6 Feuerwehr	101
4.4 Baudirektion.....	103
Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor	104
4.4.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	105
4.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick	107
4.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	108
4.4.4 Kennzahlen	112
4.4.4.1 Stadtplanung	113
4.4.4.2 Immobilien	114
4.4.4.3 GIS-Dienstleistungszentrum	116
4.5 Finanzdirektion	117
Vorwort von Franz Müller, Finanzdirektor	118
4.5.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	119
4.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick	121
4.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	122
4.5.4 Kennzahlen	125
4.5.4.1 Regionales Steueramt Luzern	127
4.5.4.2 Teilungsamt	128
4.5.4.3 Prozesse und Informatik	129
4.6 Beitragswesen.....	131
4.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick	131
5 Dienststellen mit Leistungsauftrag und Globalbudget	133
5.1 Leistungsauftrag Heime und Alterssiedlungen.....	134
5.2 Leistungsauftrag Volksschule	146
5.3 Leistungsauftrag Tiefbauamt.....	160
Antrag des Stadtrates.....	173
Beschluss des Grossen Stadtrates von Luzern	174

1 Das Jahr 2006 im Rückblick

Im Berichtsjahr standen drei städtische Volksabstimmungen auf dem Abstimmungskalender. Bei allen folgte die Stimmbevölkerung den Anträgen von Stadtrat und Grosse Stadtrat deutlich: 84 % Zustimmung zur Umzonung des Postbetriebsgebäudes für die Universität und den Standortbeitrag der Stadt Luzern, 64 % Zustimmung zum Ausführungskredit für den Kulturwerkplatz Luzern-Süd und 92 % Zustimmung zur 5. Etappe der Sanierung der Siedlungsentwässerungsanlagen.

So unterschiedlich die drei Geschäfte waren, lässt sich doch eine wesentliche Gemeinsamkeit feststellen: Die Stadt steht bei allen drei Herausforderungen nicht alleine da. Bei der Universität hat der Kanton die Federführung, die Stadt ist (lediglich) Standortgemeinde. Der Kulturwerkplatz wird zwar von der Stadt Luzern zur Verfügung gestellt und finanziert, steht aber auf Krienser Gemeindegebiet; und die Nutzerinnen und Nutzer werden aus der ganzen Agglomeration, ja aus dem gesamten Kanton Luzern und angrenzenden Kantonen kommen. Und die Siedlungsentwässerungsanlagen finden ihren Endpunkt in der Abwasserreinigungsanlage Buholz, entfernt vom heutigen Stadtzentrum in der Gemeinde Emmen. Unter diesem Gesichtspunkt sind die drei erfolgreichen Erfolgsgeschichten typisch für das Jahr 2006: Es stand insgesamt unter dem Eindruck der überkommunalen Zusammenarbeit. Es sind sehr viele wertvolle Vorarbeiten auf städtischer und kantonaler Ebene geleistet worden, über die im Jahr 2007 politisch entschieden werden kann.

Zuvorderst das Fusionsprojekt Littau-Luzern: In insgesamt acht gemeinsamen Sitzungen haben der Gemeinderat von Littau und der Stadtrat von Luzern am Fusionsvertrag gearbeitet, der im August in die öffentliche Vernehmlassung gegeben und Ende Jahr bereinigt werden konnte. Weil die Fusion mit Littau als erster Schritt zu einer Vereinigung von noch mehr Gemeinden im Kernbereich der Agglomeration Luzern verstanden wird, liess der

Stadtrat – zusammen mit dem Regierungsrat – in der zweiten Jahreshälfte 2006 eine Studie erarbeiten, welche Chancen und Risiken einer vereinigten Stadtregion aufzeigen soll. Eine weitere, ebenfalls im Berichtsjahr in Auftrag gegebene Studie zeigt die wirtschaftlichen Perspektiven der Stadtregion auf. Beide Studien betonen die engen Beziehungen innerhalb der Agglomeration. Sie kommen aber auch beide zum Schluss, dass die heutigen teilweise unübersichtlichen Organisationsstrukturen nicht geeignet sind, die Region Luzern für den nationalen und internationalen Wettbewerb fit zu machen.

Der Regierungsrat des Kantons Luzern vollzog, auch unter dem Eindruck der angesprochenen Studien, eine politische Neuausrichtung für die Zentrums- bzw. Agglomerationspolitik. Um den Kanton Luzern wirtschaftlich zu stärken, braucht er ein wachstumsstärkeres, dynamisches Zentrum. Darum will der Kanton verstärkt Verantwortung für den städtischen Raum Luzern übernehmen und künftig die Federführung bei strukturellen Reorganisationen übernehmen. Damit hat die Stadt Luzern einen bedeutenden Partner erhalten, der sie in der Strategie unterstützt, Stadt und Region Luzern zu stärken, indem deren heutige Gemeinden verschmolzen werden. Die Chancen, das Ziel wie es unter Leitsatz A der Gesamtplanung (Luzern wächst zur starken Region heran) formuliert ist, politisch zu erwirken, sind damit markant gestiegen.

Der Gründung des Netzwerkvereins LuzernPlus im Februar 2006 kommt daher für die Stadt ebenfalls Bedeutung zu. Auch wenn der Verein im Berichtsjahr noch keine grosse Wirkung zu erzielen vermochte, ist doch zu erwarten, dass dank LuzernPlus das Bewusstsein weiter wachsen wird, dass nicht nur die Stadt Luzern, sondern alle Gemeinden der Agglomeration in nahezu allen Belangen auf die Kooperation untereinander und mit dem Kanton angewiesen sind.

2 Ergebnis der Jahresrechnung 2006

2.1 Gesamtüberblick

Die Zahlen der Laufenden Rechnung 2006 präsentieren sich im Überblick wie folgt:

[Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Aufwand	609,5	586,8
Ertrag	615,9	585,8
Ergebnis	+6,4	-1,0

Die Rechnung 2006 schliesst nach Vornahme von ausserordentlichen zusätzlichen Abschreibungen in der Höhe von Fr. 16 Mio. mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 6,45 ab. Verglichen mit dem budgetierten Defizit von Fr. 1,04 bedeutet dies eine Verbesserung um Fr. 7,5. Das erfreuliche Rechnungsergebnis 2006 ist hauptsächlich auf drei Faktoren zurückzuführen:

- Die Steuererträge lagen deutlich über dem Budget.
- Das Konsumausgabenwachstum (inkl. Sofortmassnahmen EÜP) lag im Rahmen der Zielvorgaben.
- Einmalige Abgrenzungseffekte aufgrund der bevorstehenden Kantonalisierung der Mittelschulen führten zu Sondererträgen.

Die Steuererträge fielen wie folgt an:

[in Mio. Fr.]	2005 Rechnung	2006 Budget	2006 Rechnung
NP Jahr	155,6	162,0	158,7
NP Nachträge	17,6	8,0	15,8
JP Jahr	53,0	52,0	54,5
JP Nachträge	-5,1	5,0	10,7
Total	221,1	227,0	239,7

NP: natürliche Pers., JP: juristische Pers., Jahr: laufendes Jahr

Im Rechnungsjahr 2006 konnte erstmals seit drei Jahren wieder ein Anstieg bei den ordentlichen Gemeindesteuern verzeichnet werden. Dieser fiel mit einem Plus von Fr. 18,6 Mio. bzw. gut 8 % kräftig aus. Ein so starkes Wachstum kam unerwartet: Das Budget wurde um Fr. 13 Mio. übertroffen. Die nun schon seit längerer Zeit gute Konjunkturlage hat sich also endlich auch in den Steuererträgen niedergeschlagen. Der Anteil der juristischen Personen am gesamten Steuerertrag hat im letzten Jahr wieder zugenommen und beträgt nun 27,2 % (Vorjahr: 21,4 %).

Der Konsumaufwand hat sich im Vergleich zur Rechnung 2005 um rund Fr. 4,7 Mio. erhöht. Dies entspricht einem prozentualen Anstieg von

2,1 %. Diese Steigerung liegt im Rahmen der längerfristigen Zielgrösse, wonach das Wachstum nicht stärker ausfallen sollte als das nominale BIP, und dieses lag 2006 bei stolzen 4 %. Ohne die bereits im Jahr 2006 realisierten EÜP-Massnahmen (Beschränkung Lohnwachstum auf 1 %, Beschränkung Einkauf Teuerung auf Renten auf 0,5 %, diverse Einsparungen im Budgetprozess) würde das Konsumwachstum gegenüber dem Vorjahr bei rund 5 % liegen.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht über die Investitionen:

[in Mio. Fr.]	2006 Rechnung	2006 Budget
Bruttoinvestitionen ¹	43'346	59'821
./. Beiträge Dritter	5'679	8'106
Nettoinvestitionen ¹	37'667	51'715
./. Invest. in Spezialfinanz. usw.	6'088	10'799
Investitionen innerhalb Plafond ¹	31'579	40'916
Übertrag von Krediten für 2007	5'500	

¹ ohne Fr. 5,5 Mio. Kreditübertragungen aus dem Jahr 06 ins Jahr 07.

Die Kreditübertragungen aus 2005 in der Höhe von Fr. 4,7 Mio. wurden im Berichtsjahr vollumfänglich ausgeschöpft. Unter deren Berücksichtigung wurden 2006 Bruttoinvestitionen in der Höhe von Fr. 48,0 Mio. getätigt.

Der positive Rechnungsabschluss erlaubt es, dem Parlament zu beantragen, in der Bilanz aktivierte Investitionsbeiträge in der Höhe von Fr. 16 Mio. zusätzlich abzuschreiben. Obwohl die Aktivierung dieser Beiträge im öffentlichen Rechnungswesen zulässig ist, weisen sie kaufmännisch betrachtet keinen Wert auf (sie können weder veräussert noch zurückgefordert werden). Somit ist die vollständige Abschreibung sinnvoll.

Steuererträge, nicht getätigte Investitionen und der Sondereffekt aus der Kantonalisierung der Mittelschulen führten dazu, dass die Nettoschuld nicht – wie bei der Budgetierung angenommen – um Fr. 8 Mio. anstieg, sondern um Fr. 23 Mio. auf nun Fr. 64 Mio. gesenkt werden konnte. Im Hinblick auf die noch kommenden grossen Investitionen ist dieser tiefe Verschuldungsstand als positiv zu bewerten.

2.2 Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten

Die Rechnung 2006 schliesst nach Vornahme von ausserordentlichen zusätzlichen Abschreibungen in der Höhe von Fr. 16 Mio. mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 6,46 Mio. ab.

Budgetiert war ein Fehlbetrag von Fr. 1,04 Mio. Die Rechnung 2006 zeigt im Überblick folgende Ergebnisse:

Aufwand	Rechnung 2006	Budget 2006	Ergebnisverbesserungen	Ergebnisverschlechterungen	Rechnung 2005*
Personalaufwand	237'574'695	236'760'900		813'795	231'878'604
Sachaufwand	70'998'007	66'429'500		4'568'507	69'263'355
Passivzinsen	9'576'875	9'518'300		58'576	13'562'831
Abschreibungen	62'521'308	50'340'400		12'180'908	86'807'575
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	11'636'944	12'407'400	770'456		12'021'303
Entschädigungen an Gemeinwesen	6'998'778	7'358'100	359'322		7'323'404
Eigene Beiträge	145'825'910	142'446'000		3'379'911	142'647'895
Durchlaufende Beiträge					
Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen	16'381'219	10'779'900		5'601'320	10'032'171
Interne Verrechnungen	47'971'340	50'823'300	2'851'959		45'853'088
Total	609'485'079	586'863'800	3'981'737	26'603'017	619'199'336
Mehraufwand			22'621'280		
Ertrag	Rechnung 2006	Budget 2006	Ergebnisverbesserungen	Ergebnisverschlechterungen	Rechnung 2005*
Steuern	276'532'659	258'927'000	17'605'660		256'875'196
Konzessionen und Regalien	4'534'489	4'352'600	181'890		4'774'832
Vermögenserträge	30'399'103	28'265'400	2'133'704		68'291'126
Entgelte	178'710'112	168'724'100	9'986'013		163'686'156
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	10'228'131	10'228'100	31		10'152'842
Rückerstattung von Gemeinwesen	14'218'184	11'563'600	2'654'585		12'150'860
Beiträge für eigene Rechnung	45'171'421	39'995'700	5'175'721		41'320'554
Durchlaufende Beiträge					
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen	8'176'428	12'941'400		4'764'972	16'380'324
Interne Verrechnungen	47'971'340	50'823'300		2'851'959	45'853'088
Total	615'941'872	585'821'200	37'737'604	7'616'931	619'484'979
Mehrertrag				30'120'673	
Ergebnis	6'456'792	-1'042'600			285'643
Differenz zum Voranschlag			7'499'392		

* Umsatz 2005 angepasst an die neue Organisation per 1.1.2006 (FIS Navision).

2.2.1 Aufwand

Der **Personalaufwand** liegt mit Fr. 237,6 Mio. um Fr. 0,8 Mio. über dem Voranschlag. Die Direktbelastungen auf den Kostenstellen (budgetiert als interne Verrechnungen) für Reinigung und Heizung führten zu einer Verschiebung von rund Fr. 4 Mio., vor allem zwischen der Bau- und der Bildungsdirektion. Bei den Mittelschulen wurden ab August zwei Klassen mehr geführt und die Mehrstunden abgegolten. Demgegenüber trugen unsichere Budgetgrundlagen und Mutationsgewinne bei den Volksschulen zu einem Minderaufwand (zirka Fr. 1 Mio.) bei; insgesamt weist die Bildungsdirektion eine Nettoeinsparung von rund Fr. 0,3 Mio. aus. Durch die Weiterführung SIP und durch weniger Abgänge bei der Stadtpolizei als angenommen fielen bei der Sicherheitsdirektion Fr. 0,5 Mio. Mehrkosten an. Beim HAS wirkte sich ein erhöhter Anteil an Langzeitabwesenheiten mit rund Fr. 0,3 Mio. belastend aus. Bei der Finanzdirektion ist der Nettomehraufwand von Fr. 0,3 Mio. wie folgt begründet: von Littau übernommene Mitarbeitende plus Fr. 0,8 Mio. abzüglich Einsparungen beim Personalaufwand Steueramt Fr. 0,3 Mio. und Mutationsgewinne in andern Dienstabteilungen von Fr. 0,2 Mio.

Der **Sachaufwand** beträgt total Fr. 71,0 Mio. und übersteigt somit das Budget um Fr. 4,6 Mio. Diese ergeben sich hauptsächlich aus Nachtragskrediten gemäss GO 60 für Projekte, die in Kapitel 2.2.5 oder im Zahlenteil detailliert ausgewiesen sind (z. B. Portal www.Luzern.ch, Altlasten Schiessanlage Allmend, Projekte aus Energiefonds, Events, No Tags, Sanierung Waaghaus Allmend, Hünenbergstrasse, Notrestaurierungen Kulturgüter usw.). Die Lebensmittelkosten in den Heimen fielen rund Fr. 0,8 Mio. höher aus als angenommen. Dafür konnte die PIT Einsparungen bei den System- und Wartungsverträgen von Fr. 0,8 Mio. erzielen.

Die **Passivzinsen** sind mit Fr. 9,6 Mio. um Fr. 0,1 Mio. höher ausgefallen als budgetiert. Für den positiven Ausgleichszins von 1,5 % bei vorzeitiger Bezahlung der Steuern mussten den Steuerpflichtigen rund Fr. 2 Mio. Zinsen vergütet werden, budgetiert waren Fr. 1,5 Mio. Die Zinsen an die Pensionskasse blieben um Fr. 0,2 Mio. unter dem Budget, weil der Voranschlag noch auf der Ende 2005 abgelösten Annuität basierte. Die Zinsen für die langfristigen Darlehen entsprechen dem Budget. Infolge geringerer Bestände und des tiefen

Zinsniveaus mussten für die Verzinsung der Depotkonti, der Zuwendungen und der Spezialfinanzierungen durchwegs tiefere Zinsen gutgeschrieben werden als budgetiert, insgesamt Fr. 0,2 Mio.

Die **Abschreibungen** belaufen sich auf insgesamt Fr. 62,5 Mio. und sind um Fr. 12,2 Mio. höher als budgetiert. Darin ist der mit dem Rechnungsabschluss durch das Parlament zu genehmigende Nachtragskredit über Fr. 16 Mio. für zusätzliche Abschreibungen in der Höhe des Restbestandes aus aktivierten Investitionsbeiträgen enthalten. Die ordentlichen und zusätzlichen Abschreibungen im Betrag von Fr. 35,2 Mio. entsprechen dem Budget. Die zusätzlichen Abschreibungen bei der Spezialfinanzierung Stadtentwässerung fielen dank mehr Einnahmen aus Anschlussgebühren rund Fr. 1 Mio. höher aus. Die Investitionen für die Erschliessung Wohnen im Tribschen und die Altlasten Tribschenfelder wurden zirka Fr. 5,7 Mio. unter der geplanten Tranche 2006 abgeschlossen, somit reduzierten sich die Abschreibungen aus der Spezialfinanzierung in gleicher Weise.

Unter **Entschädigungen an Gemeinwesen** mussten mit Fr. 7,0 Mio. rund Fr. 0,4 Mio. weniger als budgetiert bezahlt werden. Aus der Spezialfinanzierung Stadtentwässerung mussten Fr. 0,4 Mio. weniger an den Gemeindeverband Abwasserreinigung entrichtet werden. Mehr Oberstufen-Schüler in auswärtigen Schulen führten zu rund Fr. 0,1 Mio. höheren Stadtbeiträgen. Der Beitrag an die ZSO Pilatus blieb dagegen, dank zusätzlichen Einnahmen aus dem Eidgenössischen Musikfest, rund Fr. 0,1 Mio. unter dem Budget.

Für **eigene Beiträge** mussten Fr. 3,4 Mio. mehr aufgewendet werden als budgetiert. Im Bereich SOD, Wirtschaftliche Sozialhilfe, lagen die Beiträge Fr. 4,1 Mio. über dem Voranschlag. Die geringeren Beiträge an den Kanton für Invalidenversicherung, Krankenversicherung und AHV führten zu Minderaufwendungen von total Fr. 0,7 Mio. Dagegen mussten für die Ergänzungsleistungen Fr. 0,8 Mio. mehr aufgewendet werden. Die Beiträge an den öffentlichen Verkehr (Regionalverkehr, Tarifverbund sowie der Defizitbeitrag an den Zweckverband ÖV) blieben um Fr. 0,9 Mio. unter dem Budget.

Die **Einlagen in Spezialfinanzierungen** und Spezialfonds liegen mit insgesamt Fr. 16,4 Mio. um Fr. 5,6 Mio. über dem Budget. Bei der Baudirektion erfolgte eine zusätzliche Einlage von Fr. 1,3 Mio. in die Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung (davon Fr. 0,6 Mio. Überschussanteil 2005 vom Gemeindeverband). Die Einlage in die Steuerausgleichsreserve fiel aufgrund der effektiven Steuereingänge von juristischen Personen um Fr. 2,9 Mio. höher aus. Der Buchgewinn von Fr. 1,9 Mio. aus dem Verkauf von Aktien der Kursaal-Casino AG wurde gemäss B+A 34/2005 für das öffentliche Engagement im Bereich Tourismus/Kongresswesen in die Rückstellung Tourismus eingelegt. Für die Rückzahlung von rund Fr. 0,6 Mio. an

den Kanton und für die Abschreibung des bilanzierten Guthabens von Fr. 1,2 Mio. aus der Landabtretung an den Kanton für die Erweiterungsbauten der A2 im Schlund wurde eine Rückstellung von Fr. 1,8 Mio. gebildet. Diese ist notwendig, weil aufgrund der provisorisch vorliegenden Abrechnung bedeutend weniger Terrain vom Kanton beansprucht wurde, als im B+A 1/1995 und im Enteignungsvertrag der ehemaligen Bürgergemeinde aufgeführt sind. Die Einlage in die Spezialfinanzierung Stadtentwässerung fiel wegen der vom Parlament beschlossenen gestaffelten Einführung der neuen Tarife um Fr. 2,6 Mio. geringer aus. Die Einlage in die Vorfinanzierung Mobilität von Fr. 5 Mio. entspricht dem Budget.

2.2.2 Ertrag

Der gesamte Steuerertrag von Fr. 276,5 Mio. liegt um Fr. 17,6 Mio. über dem Voranschlag. Der Ertrag aus **Einkommens- und Vermögenssteuern** von Fr. 248,7 Mio. blieb um Fr. 12,4 Mio. über dem Budget. Der Ertrag des laufenden Jahres entwickelte sich unterschiedlich: Er blieb bei den natürlichen Personen Fr. 3,2 Mio. unter, bei den juristischen Personen Fr. 2,5 Mio. über dem Budget. Bei den Nachträgen früherer Jahre fielen bei den juristischen Personen Fr. 5,7 Mio. und bei den natürlichen Personen Fr. 7,8 Mio. mehr an als erwartet. Den Mindererträgen bei Nach- und Strafsteuern

von Fr. 0,1 Mio. stehen Mehreinnahmen bei der Quellensteuer von Fr. 0,6 Mio. gegenüber.

Bei den **übrigen Steuern** ist der Mehrertrag bei der Liegenschaftsteuer (+ Fr. 1 Mio.), bei der Grundstückgewinnsteuer (+ Fr. 3,4 Mio.), bei der Handänderungssteuer (+ Fr. 0,4 Mio.) sowie bei den Erbschaftssteuern (+ Fr. 0,4 Mio.) zu erwähnen. Der Anteil an den kantonalen Erbschaftssteuern liegt dabei Fr. 0,8 Mio. unter dem Budget, die Nachkommens-Erbschaftssteuern übertrafen den Voranschlag um Fr. 1,2 Mio. Die Billettsteuern entsprechen dem Budget.

Kennzahlen Steuerertrag	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Total Steuerertrag pro Einheit	110'778'625	118'364'857	128'510'769	126'521'622	124'352'339	121'230'743	130'731'225
Anteil jur. Personen am Steuerertrag	18,00%	25,57%	29,60%	22,19%	26,09%	21,38%	27,20%
Ertrag nat. Personen pro Steuerpfl./Einh.	2'310	2'501	2'447	2'411	2'230	2'269	2'280
Ertrag jur. Personen pro Steuerpfl./Einh.	4'415	6'702	11'420	7'855	8'087	6'460	10'065
Erlasse, Verluste, Abschreibungen ¹	2'672'349	5'331'173	3'715'223	3'589'664	6'477'715	3'443'856	3'039'582
E, V + A in % des Steuerertrages	1,56%	2,31%	1,48%	1,53%	2,82%	1,54%	1,26%

¹ Ohne Einlagen/Entnahmen Delkredere.

Die **Vermögenserträge** brachten mit Fr. 30,4 Mio. rund Fr. 2,1 Mio. mehr ein als budgetiert. Aus der Veräusserung der Aktien Kursaal-Casino AG entstand ein Buchgewinn von Fr. 1,9 Mio. und aus dem Verkauf der Liegenschaft 1563 in Littau Fr. 0,6 Mio.

Bei den Liegenschaften des Finanzvermögens konnten Mehrerträge von Fr. 1,1 Mio. aus Neuvermietungen und durch die Anpassung sowie Nachträge von Baurechtszinsen erzielt werden. Mit der Überprüfung der Berechnungsgrundlagen für den neuen kantonalen Finanzausgleich erfolgte in Absprache mit den zuständigen kantonalen Stellen eine Änderung der Kostenarten bei verschiedenen Erträgen: Mieten und Benützungsgebühren von rund Fr. 2 Mio. aus Liegenschaften des Verwaltungsvermögens werden neu unter den Entgelten oder als interne Verrechnungen ausgewiesen; im Voranschlag waren diese noch in den Vermögenserträgen enthalten, andererseits erfolgten Direktbelastungen der Reinigungs- sowie Heiz- und Nebenkosten auf die Kostenstellen. Durch die höhere Verzinsung der Geldmarktgeschäfte und Forderungen entstand ein Mehrertrag von Fr. 0,1 Mio. Zudem konnten Fr. 0,65 Mio. mehr Dividenden aus Aktien vereinnahmt werden. Auch die Verzugs- und Ausgleichszinsen auf verspätete Steuerzahlungen ergaben Fr. 0,3 Mio. mehr als budgetiert.

Die Mehreinnahmen bei den **Entgelten** von Fr. 10,0 Mio. setzen sich aus vielen Positionen von Mehr- oder Mindererträgen zusammen. Bei der Sozialdirektion fielen Fr. 2,7 Mio. mehr Rückerstattungen an, Fr. 1,7 Mio. Wirtschaftliche Sozialhilfe, Fr. 0,6 Mio. Heime und Fr. 0,4 Mio. Alimentenbevorschussung.

Im Zusammenhang mit der unter den Vermögenserträgen erwähnten Überprüfung der Berechnungsgrundlagen zum Finanzausgleich werden Einnahmen aus Verwaltungsliegenschaften in der Höhe von zirka Fr. 2 Mio. neu als Entgelte ausgewiesen.

Bei der Stadtplanung führte das neue Gebührenreglement durch die höhere Bautätigkeit, die Vergabe von Konzessionen sowie die vermehrte Benützung von öffentlichem Grund zu Mehrerträgen von Fr. 0,4 Mio.

Im Bereich Volksschulen wurden vom Kanton Fr. 1 Mio. für Brückenangebote zurückerstattet. Bei der Musikschule wurden mehr Schüler unterrichtet und mehr Lektionen erteilt. Zusammen mit den rund 6 % höheren Schulgeldern konnten Fr. 0,3 Mio. mehr vereinnahmt werden.

Bei der Sicherheitsdirektion werden die mit Fr. 0,25 Mio. tieferen Einnahmen aus Bussen durch Mehrerträge aus mehr verkauften

Pässen bei den Einwohnerdiensten (Fr. 0,1 Mio.) und den höheren Einnahmen bei der Feuerwehersatzabgabe (Fr. 0,4 Mio.) kompensiert. Für die Altlastensanierung der Schiessanlagen Waldegg haben Bund und Kanton Rückerstattungen über Fr. 1 Mio. geleistet.

Beim Regionalen Steueramt waren die Entschädigungen der Gemeinde Littau für die Führung des Steueramtes von Fr. 1 Mio. nicht budgetiert.

Im Bereich Finanzen und Steuern sind Mehreinnahmen von Fr. 0,6 Mio. zu verzeichnen, nämlich Fr. 0,3 Mio. Ordnungsbussen plus Fr. 0,3 Mio. unbenützte Kreditübertragungen aus dem Vorjahr.

Bei den **Rückerstattungen an Gemeinwesen** sind die Mehrerträge von Fr. 2,6 Mio. vor allem durch die Abgrenzungen im Hinblick auf die Kantonalisierung der Mittelschulen per 1. August 2007 zu erklären. Im Weiteren konnten bei der Finanzdirektion insgesamt Fr. 0,3 Mio. mehr Steuerinkassoprovisionen vereinnahmt werden.

Die Mehrerträge aus **Beiträgen für eigene Rechnung** von rund Fr. 5,2 Mio. betreffen hauptsächlich die Sozial- und die Bildungsdirektion. Der Zuschuss (zulasten der Investitionsrechnung) an die Betagtenzentren für Ertragsausfälle während des Umbaus ergab Fr. 0,3 Mio. mehr als angenommen. Zudem fielen die Beiträge aus dem kantonalen Ausgleichsfonds der Wirtschaftlichen Sozialhilfe um rund Fr. 0,9 Mio. höher aus.

Bei den Mittelschulen führten die Abgrenzungen im Hinblick auf die Kantonalisierung sowie die nicht budgetierten Beiträge des Kantons für die Kurse "Gesundheit und Soziales" zu Mehrerträgen von insgesamt Fr. 3,6 Mio.

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen** und Rückstellungen fielen rund Fr. 4,8 Mio. tiefer aus als vorgesehen.

Die Investitionen für die Erschliessung Tribschenstadt und Altlasten Tribschenfelder wurden zirka Fr. 5,7 Mio. unter der geplanten Tranche 2006 abgeschlossen, somit reduzierten sich die Entnahmen für Abschreibungen in gleicher Weise. Demgegenüber konnten durch mehr Anschlussgebühren 2006 der Stadtentwässerung Fr. 1 Mio. mehr aus der Rückstellung für Abschreibungen entnommen werden.

2.2.3 Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen

Die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag sind bei den einzelnen Kreditpositionen im Zahlenband ausgewiesen. Soweit notwendig sind Kreditüberschreitungen im Anhang detailliert begründet. Auf die Begründung der Abweichungen bei den Konten des Personal-

aufwandes, bedingt durch Teuerung, Beförderungen und Besserstellungen sowie den Einbau von Realloohnerhöhungen in die pensionsversicherten Besoldungen, wird bei den einzelnen Rechnungs-Budgetpositionen verzichtet.

2.2.4 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO

Für gebundene Ausgaben mussten vom Stadtrat Kredite im Umfang von Fr. 8,25 Mio. bewilligt werden. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen.

Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO

	2005	2006
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	53'000.–	161'600.–
Sozialdirektion	5'352'300.–	1'372'400.–
Bildungsdirektion	712'200.–	298'900.–
Sicherheitsdirektion	892'350.–	1'085'400.–
Baudirektion	1'010'500.–	1'080'400.–
Finanzdirektion	122'400.–	4'100.–
Zentrales Beitragswesen	519'700.–	1'388'600.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	1'609'300.–	670'916.–
Investitionsrechnung	2'139'600.–	2'186'900.–
Total	12'411'350.–	8'249'216.–

2.2.5 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO

Die Nachtragskredite für frei bestimmbare Ausgaben in der Kompetenz des Stadtrates sind hier zusammengefasst. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen. Die pauschalierte Limite beträgt Fr. 5 Mio. Der Stadtrat verzichtete mit StB 263 vom 22. März 2006 im Voraus auf Fr. 1 Mio. seiner Ausgabenkompetenz. Dieser Verzicht konnte aufgrund grösserer Projekte (Beitrag Olymp. Spiele Peking: Fr. 0,45 Mio.; Investorenwettbewerb Sportarena Allmend: Fr. 0,25 Mio.; Portal www.Luzern.ch: Fr. 0,24 Mio.) nur teilweise realisiert werden. Freie Nachtragskredite wurden im Jahr 2006 im Umfang von Fr. 4,79 Mio. beansprucht.

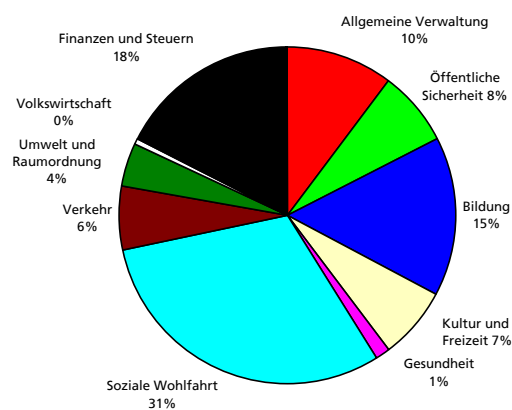
Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO

	2005	2006
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	153'500.–	767'700.–
Sozialdirektion	608'400.–	387'700.–
Bildungsdirektion	403'300.–	1'104'600.–
Sicherheitsdirektion	120'100.–	275'500.–
Baudirektion	739'100.–	777'300.–
Finanzdirektion	94'900.–	0.–
Zentrales Beitragswesen	168'500.–	816'300.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	0.–	0.–
Investitionsrechnung	1'082'000.–	660'000.–
Total	3'369'800.–	4'789'100.–

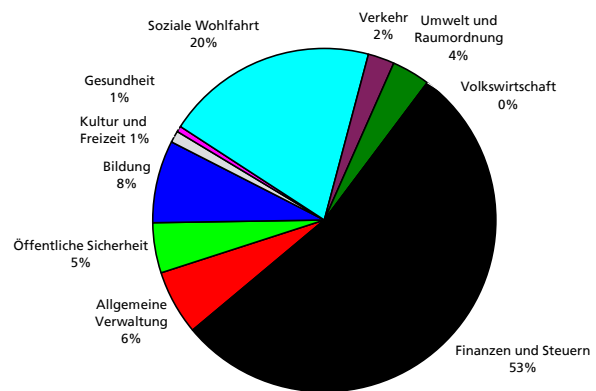
2.3 Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung

Brutto	Rechnung 2006 (in 1'000 Fr.)		Budget 2006 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Mindereertrag)
Allgemeine Verwaltung	62'475	37'711	70'474	47'020	(7'998)	(9'309)
Öffentliche Sicherheit	43'838	28'609	44'011	28'545	(173)	64
Bildung	93'899	49'122	90'349	38'106	3'550	11'016
Kultur und Freizeit	42'642	6'591	39'648	5'804	2'995	787
Gesundheit	8'463	3'226	8'962	3'775	(499)	(549)
Soziale Wohlfahrt	185'734	123'596	176'412	115'395	9'321	8'201
Verkehr	37'188	14'591	40'802	15'489	(3'614)	(898)
Umwelt und Raumordnung	25'920	22'067	26'092	21'317	(172)	750
Volkswirtschaft	1'912	287	1'705	159	208	128
Finanzen und Steuern	107'414	330'142	88'410	310'212	19'004	19'931
Total	609'485	615'942	586'864	585'821	22'621	30'121

AUFWAND



ERTRAG



Netto

Netto	Rechnung 2006 (in 1'000 Fr.)		Budget 2006 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Mindereertrag)
Allgemeine Verwaltung	24'765		23'454		1'311	
Öffentliche Sicherheit	15'229		15'466		(237)	
Bildung	44'777		52'243		(7'466)	
Kultur und Freizeit	36'051		33'844		2'207	
Gesundheit	5'236		5'187		50	
Soziale Wohlfahrt	62'138		61'018		1'120	
Verkehr	22'597		25'313		(2'716)	
Umwelt und Raumordnung	3'853		4'775		(923)	
Volkswirtschaft	1'626		1'546		80	
Finanzen und Steuern		222'729		221'802		927
Total	(6'457)		1'043		(7'499)	

2.3.1 Übersicht nach funktionaler Gliederung und Nettobelastung

2.3.1.1 Funktionale Gliederung

Die anteilmässige Verteilung der Nettoaufwände spiegelt die Hauptaufgaben der Stadt wider. Dabei ist zu beachten, dass in den Aufgabenbereichen noch nicht die Vollkosten aus-

gewiesen werden. Insbesondere die Kapitalkosten (Zinsen und Abschreibungen) sind separat im Bereich 9 Finanzen und Steuern erfasst.

2.3.1.2 Vergleich der Nettobelastung

Das kantonale Amt für Statistik veröffentlicht regelmässig die Kennziffern aus dem Finanzhaushalt der Luzerner Gemeinden. Der neuste Bericht "Der Finanzhaushalt der Gemeinden 2005" ist auf der Homepage www.lustat.ch des Amtes für Statistik abrufbar. Somit können direkte Vergleiche der Gesamtausgaben und der Ausgaben pro Kopf nach funktionaler Gliederung gezogen werden.

In den Tabellen auf der Folgeseite sind die Nettoausgaben absolut und pro Kopf für die Aufgabenbereiche 0 bis 7 für die Jahre 2004 und 2005 dargestellt. In Tabelle 1 werden die absoluten Nettoausgaben der Stadt verglichen mit den Ausgaben der Gemeinden des Agglomerationsgürtels sowie der übrigen Gemeinden des Kantons Luzern. Wenn die Stadt netto gleich hohe Pro-Kopf-Ausgaben tätigen würde wie der Durchschnitt der 14 Agglomerationsgemeinden bzw. der übrigen Luzerner Gemeinden, so läge ihre Belastung um rund Fr. 57 Mio. tiefer, als dies effektiv der Fall ist. Im Jahr 1995 betrug dieser Unterschied gegenüber den Agglomerationsgemeinden Fr. 85,4 Mio., gegenüber den 89 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern noch rund Fr. 98 Mio. Die Mehrbelastung der Stadt gegenüber den Luzerner Gemeinden konnte in den vergangenen Jahren merklich reduziert werden und scheint sich seit einiger Zeit bei etwa Fr. 50–60 Mio. einzupendeln.

In der Tabelle 2 sind die Konsumausgaben pro Kopf für die Stadt Luzern, die 14 Agglomerationsgemeinden sowie die 89 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern dargestellt. Hier erkennt man auch, welche Aufgaben besonders "stadtlastig" sind:

In Prozenten gemessen liegen die grössten Mehrbelastungen der Stadt gegenüber den anderen Gemeinden in den Bereichen Sicherheit und Kultur, gefolgt von Umwelt, Gesundheit und Verkehr. Gemessen in absoluten Zahlen sind die grössten Mehrbelastungen bei Kultur, Verkehr, Sicherheit und Sozialer Wohlfahrt zu verzeichnen. Die Bildung ist der einzige Bereich bei welchem die Pro-Kopf-Ausgaben in der Stadt tiefer liegt als in den anderen Gemeinden, was auf die demografische Struktur der Stadtbevölkerung (wenig Kinder) zurückzuführen ist.

Der Stadtrat hat seit dem Bericht über die zentralörtlichen Leistungen verschiedene Massnahmen eingeleitet, um das strukturelle Ungleichgewicht im Finanzhaushalt zu beheben und um die Problematik der hohen Ausgabenbelastung anzugehen. Weitere Schritte sind im Rahmen des Kostenmanagements angeordnet. Die Resultate werden seit der Einführung des unterjährigen Controllings regelmässig überwacht.

Tabelle 1: Vergleich Nettobelastung zwischen der Stadt, dem Agglomerationsgürtel und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern

Jahr 2005	Nettobelastung absolut			Vergleichsausgaben		Differenz	
				[Anzahl Einw. Stadt Luzern x Nettobelastung pro Kopf]		Netto-Mehrbelastung der Stadt Luzern	
in Fr. 1'000.–		Agglomera- tionsgürtel (14 Gemeinden)	92 übrige Ge- meinden des Kt. Luzern	des Agglomera- tionsgürtels (14 Gemeinden)	der 89 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern	gegenüber dem Agglomera- tionsgürtel	gegenüber den 92 übrigen Gemeinden
Funkt. Gliederung	Stadt Luzern						
1 Sicherheit	17'059	8'373	10'043	3'894	3'342	13'165	13'717
2 Bildung	51'170	142'487	233'671	66'423	77'761	-15'253	-26'591
3 Kultur und Freizeit	24'946	14'992	13'831	6'974	4'603	17'972	20'343
4 Gesundheit	7'082	6'071	5'042	2'848	1'678	4'234	5'404
5 Soziale Wohlfahrt	58'976	105'260	133'318	49'047	44'366	9'929	14'610
6 Verkehr	27'344	27'652	25'423	12'901	8'460	14'443	18'884
7 Umwelt und Raumordnung	7'816	5'777	7'539	2'673	2'509	5'143	5'307
0 Allgemeine Verwaltung	29'694	48'923	73'098	22'780	24'326	6'914	5'368
Total Nettobelastung	224'087	359'535	501'965	167'540	167'045	56'547	57'042
Mittlere Wohnbevölkerung:	58'113	124'704	174'628				

Tabelle 2: Vergleich Nettobelastung pro Kopf in Franken zwischen 2004 und 2005

Funkt. Gliederung	Nettoausgaben der Stadt			14 Agglomerationsgemeinden			übrige 89 Gemeinden Kt. LU		
	2004	2005	Veränd.	2004	2005	Veränd.	2004	2005	Veränd.
1 Sicherheit	234	294	26%	60	67	12%	53	58	9%
2 Bildung	903	881	-2%	1'127	1'143	1%	1'338	1'338	0%
3 Kultur und Freizeit	510	429	-16%	124	120	-3%	76	79	4%
4 Gesundheit	111	122	10%	52	49	-6%	28	29	4%
5 Soziale Wohlfahrt	958	1'015	6%	827	844	2%	762	763	0%
6 Verkehr	388	471	21%	195	222	14%	123	146	19%
7 Umwelt und Raumordnung	134	134	0%	49	46	-6%	38	43	13%
0 Allgemeine Verwaltung	427	511	20%	381	392	3%	412	419	2%
Total Nettobelastung pro Kopf	3'665	3'857	5%	2'815	2'883	2%	2'830	2'875	2%
Mittlere Wohnbevölkerung	57'880	58'113	233	124'070	124'704	634	173'459	174'628	1'169
Mittlere Wohnbevölkerung des Kantons Luzern: 2004: 355'642; 2005: 357'445									

2.3.1.3 Vergleich der Steuerkraft

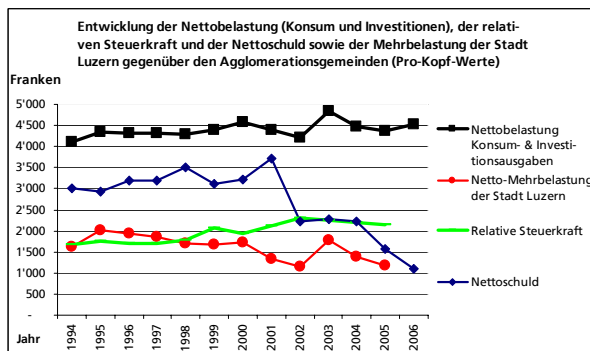
Die absolute und relative Steuerkraft der Stadt Luzern (ersichtlich in Tabelle 3) ist im Vergleich zum Kanton und den übrigen 89 Luzerner Gemeinden bedeutend höher. Für das Jahr 2005 liegt der Steuerertrag einer Einheit (absolute Steuerkraft) bei rund Fr. 124,4 Mio. Der Anteil der Stadt Luzern am Steuerertrag aller Luzerner Gemeinden ist von 32,8 % im Jahr 1981 auf 24,3 % im Jahr 1998 gefallen. Seither bewegt

sich der Anteil um die 25%-Marke herum und lag im Jahr 2005 bei 24,2 %. Die Ursachen der Steuererosion in den 80er- und 90er-Jahren waren unter anderem der Bevölkerungsrückgang (Einbusse an Steuersubstrat) und die durch die Wanderungsströme bewirkte Veränderung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (Strukturveränderung).

Tabelle 3: Vergleich Steuerkraft zwischen 2004 und 2005 pro Einheit in Fr. 1'000 und pro Kopf in Fr.

Angaben aus der Steuerstatistik	Stadt Luzern			übrige 89 Gemeinden des Kt. LU [Kanton Luzern ohne Stadt Luzern und 14 Agglomerationsgemeinden]			Mehrertrag der Stadt Luzern [Anz. einw. Stadt x Mehrertrag pro Kopf der Stadt Luzern]		
	2004	2005	Veränd.	2004	2005	Veränd.	2004	2005	Veränd.
Steuerertrag pro Einheit	127'235	124'418	-2%	200'139	204'924	2%	34'328	28'924	-16%
St.-Ertrag pro Kopf u. Einheit	2'198	2'141	-3%	1'605	1'643	2%	593	498	-16%

2.3.2 Vergleich der Nettobelastung, der Steuerkraft und der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden

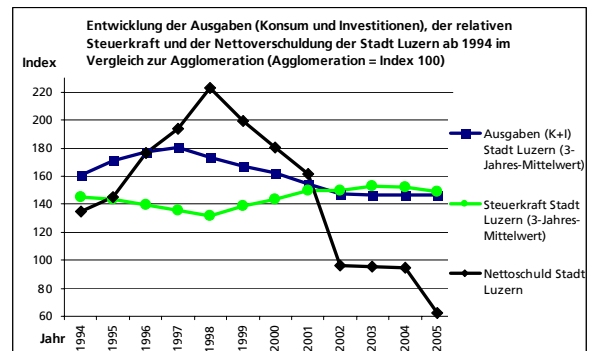


Die linke Grafik zeigt die Entwicklung der Ausgaben (Konsum und Investitionen), der Nettoschuld, der relativen Steuerkraft sowie der Mehrausgaben (Konsum und Investitionen) gegenüber der Agglomeration (alle Werte in Franken pro Kopf).

Die rechte Grafik stellt die Entwicklung der städtischen Ausgaben, der Nettoschuld und der Steuerkraft in Relation zu den entsprechenden Werten der Agglomerationsgemeinden dar. Die statistischen Daten sind bis und mit dem Jahr 2005 verfügbar.

Ausgangspunkt für die Gegenüberstellung dieser drei Grössen ist das "finanzpolitische Dreieck" (erstmal erwähnt in der Gesamtplanung 2004–2007), welches in schematischer Weise aufzeigt, wie die Finanzpolitik die Balance finden muss zwischen guter und innovativer Aufgabenerfüllung (Ausgaben), Sparsamkeit und Konkurrenzfähigkeit (Steuerbelastung) sowie Nachhaltigkeit (Nettoschuld). Indem die Werte für die drei Eckpunkte des Dreiecks in Relation gesetzt werden zu den entsprechenden Werten aus der Agglomeration, wird ein konsistenter Vergleich möglich.

Ein Blick auf die Grafik rechts zeigt, dass der Index der städtischen Steuerkraft (im Vergleich mit der Agglomeration) im Jahr 2005 gegenüber den Vorjahren 2003 und 2004 ganz leicht zurückgegangen ist. Noch immer liegt die relative Steuerkraft um rund 50 % über jener der Agglomeration. Im Jahr 2006 sind die städtischen Steuererträge wie auch jene der Agglomerationsgemeinden angestiegen. Es darf daher davon ausgegangen werden, dass der Index der Steuerkraft für das Jahr 2006 etwa gleich bleiben wird.



Bei der Nettoschuld liegt zufolge des Rechnungsabschlusses 2002 (tiefe Investitionen, Sonderfaktoren Berufsschulen, hohe Steuererträge juristischer Personen) die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt seit Ende 2002 sogar absolut (und nicht nur steuerkraftbereinigt) unter dem Wert der Agglomeration. In den Jahren 2003 und 2004 veränderte sich die Nettoschuld (im Vergleich zur Agglomeration) nur geringfügig. Da sich im 2005 in der Agglomeration die Nettoschuld insgesamt erhöhte, in der Stadt Luzern jedoch zufolge nicht getätigter Investitionen und des Verkaufs der CKW-Aktien stark reduzierte, sank der Vergleichsindex auf rund 62,1 %. Die Verschuldungssituation der Stadt darf mit dem Abschluss 2006 als gut bezeichnet werden. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist per Ende 2006 auf Fr. 1'098.– gesunken. Der indexierte Vergleich mit den Agglomerationsgemeinden wird für 2006 deshalb deutlich unter 50 % zu liegen kommen. Die geringe Verschuldung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Investitionsmehrbedarf der kommenden Jahre teilweise auch über eine Neuverschuldung finanziert werden kann.

Bei der Ausgabenbelastung hat sich der städtische Wert im 3-Jahres-Mittel stabilisiert. Die in den nächsten Jahren absehbaren höheren Investitionen werden diesen Wert zweifellos wieder nach oben treiben. Ein Anstieg über den Steuerkraftindex ist jedoch nicht wünschenswert. Die Selbstbeschränkung beim Wachstum der Konsumausgaben (u. a. mit den EÜP-Massnahmen) bleibt daher weiterhin eine zentrale Herausforderung der Finanzpolitik. Dies auch im Hinblick auf die anstehenden Investitionen im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Weiterhin gilt daher die Aussage, dass die Stadt das Geld, welches sie aufgrund der höheren Steuerkraft mehr einnimmt, auch wieder ausgibt, um die höheren Pro-Kopf-Leistungen zu finanzieren.

2.4 Investitionsrechnung

Funktionale Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2006			Budget 2006			Netto- Abweichung	
	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	in Mio. Fr.	in %
0 Allgemeine Verwaltung	1.71	0.00	1.71	2.83		2.83	1.12	39.6%
1 Öffentliche Sicherheit	0.45	0.05	0.40	2.80	2.40	0.40	0.00	0.0%
2 Bildung	16.16	1.40	14.75	20.06	0.00	20.06	5.31	26.5%
3 Kultur und Freizeit	8.86	0.04	8.82	7.58	0.00	7.58	-1.24	-16.4%
4 Gesundheit	7.84	0.00	7.84	5.51	0.00	5.51	-2.33	-42.2%
5 Soziale Wohlfahrt	2.45	0.00	2.45	2.20	2.20	0.00	-2.45	
6 Verkehr	6.27	0.91	5.36	13.81	1.51	12.31	6.95	56.5%
7 Umwelt und Raumordnung	4.97	3.03	1.93	4.85	2.00	2.85	0.92	32.2%
8 Volkswirtschaft	0.16	0.00	0.16	0.19	0.00	0.19	0.03	14.6%
9 Finanzen und Steuern	0.00	0.25	-0.25		0.00	0.00	0.25	
Total	48.85	5.68		59.82	8.11			
Zunahme Nettoinvestitionen		43.17			51.72		-8.55	-16.5%

Arten-Gliederung	Rechnung 2006		Budget 2006	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
50 Sachgüter	44'688'553		54'416'241	
500 Grundstücke				
501 Tiefbauten	9'320'022		16'743'241	
503 Hochbauten	30'493'117		31'883'000	
506 Mob., Masch., Fahrz., IT	4'875'413		5'790'000	
509 Konservierung				
52 Darlehen und Beteilig.				
56 Eigene Beiträge	4'009'711		4'925'000	
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	148'385		480'000	
60 Abgang von Sachgütern				
61 Nutzungsabgaben		2'989'795		3'000'000
63 Versicherungen				
66 Beiträge für eigene Rechnung		2'689'083		5'106'200
5 Ausgaben	48'846'649		59'821'241	
6 Einnahmen		5'678'879		8'106'200

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von Fr. 48,85 Mio. brutto bzw. Fr. 43,17 Mio. netto auf und liegt somit Fr. 8,55 Mio. unter dem Budget.

Die aus dem Vorjahr verschobenen Investitionen von Fr. 4,712 Mio. wurden insgesamt realisiert. Die Unterschreitung von Fr. 8,55 Mio. verursachten im Wesentlichen die Hochbauten mit rund Fr. 1,4 Mio. (verschiedene Projekte) und die Tiefbauten mit rund Fr. 7,4 Mio. (Projekt Tribsenstadt, Bauvorhaben Kreisel St. Karli sowie verschiedene Budgetkredite). Bei folgenden Projekten wurden insgesamt Übertragungen von Fr. 5,55 Mio. vorgenommen:

- Kulturwerkplatz Luzern-Süd; Bedarf gemäss Bauprogramm/Zahlungsplan GU

- BZ Eichhof, Sanierung Haus Rubin; geringerer Baufortschritt als erwartet
- Verzögerung Baubeginn bei Schweizerhofquai und Hirschmattstrasse
- Vershobener Bedarf bei strategischen Informatikprojekten.

Die nicht getätigten Investitionen sind lediglich aufgeschoben, und die Ausgaben erfolgen zusätzlich im folgenden Jahr. Alle Details sind in der Kontrolle über die Voranschlags-/Sonderkredite und den Abweichungsbegründungen aufgeführt. Ebenso sind die im Jahre 2006 abgeschlossenen Sonderkredite aufgelistet. Die Kreditabrechnungen gemäss B+A 33/2006 wurden am 8. Februar 2007 vom Grossen Stadtrat genehmigt.

2.5 Bestandesrechnung

	Stand am 31. Dezember 2006	Stand am 31. Dezember 2005	Veränderungen
Total Aktiven	439'597'559.80	468'307'658.73	-28'710'098.93
10. Finanzvermögen	294'109'078.84	310'355'014.15	-16'245'935.31
100. Flüssige Mittel	8'924'060.85	15'530'587.33	-6'606'526.48
101. Guthaben	163'276'905.49	180'286'970.31	-17'010'064.82
102. Anlagen	108'207'004.13	107'666'638.01	540'366.12
103. Transitorische Aktiven	13'701'108.37	6'870'818.50	6'830'289.87
11. Verwaltungsvermögen	143'790'488.50	156'054'613.72	-12'264'125.22
114. Sachgüter	134'275'488.50	120'784'366.42	13'491'122.08
115. Darlehen und Beteiligungen	9'515'000.00	11'413'000.00	-1'898'000.00
116. Investitionsbeiträge		23'634'000.00	-23'634'000.00
117. Übrige aktivierte Ausgaben		223'247.30	-223'247.30
12. Spezialfinanzierungen	1'697'992.46	1'898'030.86	-200'038.40
13. Bilanzfehlbetrag	0.00	0.00	0.00
Total Passiven	439'597'559.80	468'307'658.73	-28'710'098.93
20. Fremdkapital	359'283'066.72	401'154'875.74	41'871'809.02
200. Laufende Verpflichtungen	129'670'265.31	127'858'975.57	1'811'289.74
201. Kurzfristige Schulden	0.00	0.00	0.00
202. Langfristige Schulden	135'364'516.00	176'463'610.00	-41'099'094.00
203. Verpflichtungen			
Sonderrechnungen	58'803'190.22	67'652'816.09	-8'849'625.87
204. Rückstellungen	30'941'702.48	26'289'184.66	4'652'517.82
205. Transitorische Passiven	4'503'392.71	2'890'289.42	1'613'103.29
22. Spezialfinanzierungen	48'544'515.87	42'963'598.24	5'580'917.63
23. Kapital	31'769'977.21	24'189'184.75	7'580'792.46

Die Bilanzsumme (inklusive Ertragsüberschuss 2006) ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 28,7 Mio. auf Fr. 439,6 Mio. gesunken.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen weist einen Jahresendbestand von Fr. 294,1 Mio. auf, der 66,9 % der Bilanzsumme ausmacht. Die Abnahme von Fr. 16,25 Mio. verteilt sich auf diverse Positionen und wird nachfolgend erläutert.

Flüssige Mittel

Mit der Steuerfälligkeit auf Ende Jahr sind sehr viele Zahlungseingänge auf Ende Dezember erfolgt. Diese wurden dem Kontokorrent der Bank per Stichtag 31. Dezember 2006 gutgeschrieben. Diese Zahlungseingänge fielen jedoch im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 6,6 Mio. geringer aus.

Guthaben

Die Guthaben sind im Berichtsjahr um rund Fr. 17 Mio. gesunken. Die Steuerausstände haben gegenüber dem Vorjahr um Fr. 11,1 Mio. zugenommen und betragen Fr. 63,3 Mio. Die offenen Debitoren liegen mit Fr. 16,4 Mio. um Fr. 1,5 Mio. über dem Vorjahr. Darin enthalten ist auch das Guthaben gegenüber der Eidgenössischen Verrechnungssteuer mit Fr. 1,2 Mio. Der Bestand an Festgeldern von Fr. 57 Mio. ist um Fr. 8,5 Mio. gesunken. Alle Festgeldguthaben dienten zur Abdeckung von Verbindlichkeiten, die bis Mitte Januar zur Zahlung fällig wurden.

Unter dem Verbindungskonto sind Zahlungen über Fr. 4,9 Mio. im Januar 2007 eingegangen, die noch die Rechnung 2006 betrafen. Die übrigen Guthaben nahmen um Fr. 20,6 Mio. auf Fr. 21,6 Mio. ab; ihre anteilige PK-Schuld hat die ewl AG um Fr. 10 Mio. reduziert, und der

Kanton Luzern hat diese per Ende Jahr vorzeitig amortisiert (Fr. 9,5 Mio. für GBL).

Anlagen

Der Wert der Anlagen ist im Berichtsjahr um Fr. 0,6 Mio. auf Fr. 108,2 Mio. gestiegen. Nach dem Verkauf der Aktien Kursaal-Casino AG (gemäss B+A 34/2005) sind die Aktien und Anteilscheine mit Fr. 6,4 Mio. darin enthalten. Die Liegenschaften im städtischen Finanzvermögen stehen mit Fr. 100,6 Mio. zu Buche. Die Liegenschaft Tribtschen ist darin unverändert mit Fr. 11,5 Mio. enthalten. Die Vorräte sind mit Fr. 1,1 Mio. bilanziert.

Transitorische Aktiven

Die Transitorischen Aktiven erhöhten sich im Berichtsjahr um Fr. 6,8 Mio. auf Fr. 13,7 Mio. Die Zunahme erklärt sich vor allem mit der vorgenommenen Abgrenzung über Fr. 5,4 Mio. von Kantons- und Gemeindebeiträgen sowie Schulgeldern im Hinblick auf die Kantonalisierung der Mittelschulen per 1. August 2007. Weitere grössere Abgrenzungsposten sind: Fr. 2,06 Mio. Betriebsgebühren der Stadtentwässerung, Fr. 1,95 Mio. Beiträge der kantonalen Heimfinanzierung an KJU, Fr. 0,7 Mio. unbezahlte Polizeibussen, Fr. 0,3 Mio. ausstehende Neben- und Reinigungskosten im Liegenschaftsbereich, Fr. 0,6 Mio. IV- und Kantonsbeiträge an die HPS und Fr. 0,37 Mio. ausstehende Guthaben aus der Sanierung der Schiessanlagen Waldegg.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen hat um Fr. 12,3 Mio. abgenommen und weist einen Jahresendbestand von Fr. 143,8 Mio. auf. Insgesamt 32,7 % der Bilanzsumme entfallen auf das Verwaltungsvermögen.

Sachgüter

Bei den Sachgütern, bilanziert mit Fr. 134,3 Mio., entfallen Fr. 102,4 Mio. auf Hochbauten, Fr. 8,9 Mio. auf Grundstücke und öffentliche Anlagen sowie Fr. 12,6 Mio. auf Tiefbauten. Der Gebäudeversicherungswert aller Liegenschaften des Verwaltungsvermögens beträgt per Jahresende rund Fr. 880 Mio. Die Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sind mit Fr. 10,4 Mio. bilanziert. Davon machen die Fahrzeuge der Baudirektion Fr. 6,8 Mio. und die Informatikprojekte inkl. Steueramt 2001 Fr. 3,5 Mio. aus.

Darlehen und Beteiligungen

Die Darlehen und Beteiligungen sind mit einem Restbuchwert von Fr. 9,5 Mio. ausgewiesen. Diese teilen sich auf in Anteile von Fr. 6 Mio. am Aktienkapital der vbl AG sowie in Darlehen an die privaten Unternehmungen über Fr. 3,5 Mio. für die Gütschbahn, das Parkhaus Gütsch, den Verein Ufschötti Strandbar und das Regionale Eiszentrum (REZ). Diese vier Darlehen sind durch Rückstellungen im gleichen Ausmass gedeckt.

Investitionsbeiträge / übrige Aktivierungen

Mit den ordentlichen und zusätzlichen Abschreibungen konnten die übrigen aktivierten Ausgaben sowie die aktivierten Investitionsbeiträge, u. a. für das KKL, Luzerner Theater, das Bourbaki Panorama, die Museggmauer und die Schliessungskosten Schlachthof bis auf Fr. 16 Mio. reduziert werden. Mit dem Rechnungsabschluss wird dem Parlament beantragt, zulasten der Rechnung 2006 eine zusätzliche Abschreibung zu bewilligen, sodass die Investitionsbeiträge vollständig abgeschrieben werden können.

Spezialfinanzierungen

Infolge der gestaffelten Einführung der neuen Gebühren für die Stadtentwässerung konnte der Vorschuss nur um Fr. 0,2 Mio. auf Fr. 1,7 Mio. abgebaut werden.

Fremdkapital

Das Fremdkapital ist – hauptsächlich aufgrund der Abnahme der langfristigen Schulden – um Fr. 41,9 Mio. auf Fr. 353,3 Mio. gesunken. Innerhalb von fünf Jahren konnte das Fremdkapital um Fr. 314 Mio. oder über 53 % abgebaut werden. 81,7 % der Bilanzsumme per 31. Dezember 2006 ist Fremdkapital.

Laufende Verpflichtungen

Die laufenden Verpflichtungen haben um Fr. 1,8 Mio. auf Fr. 129,7 Mio. zugenommen. Darin sind die vorausbezahlten Steuern über Fr. 66,1 Mio. sowie die Steuerekreditoren (Restanteil des Kantons und der Kirchgemeinden an den Steuern 2006) über Fr. 44,9 Mio. enthalten. Letztere wurden per Mitte Januar 2007 überwiesen. Die ordentlichen Kreditoren betragen per Bilanzstichtag Fr. 7,2 Mio., das sind rund Fr. 1,6 Mio. mehr als im Vorjahr. Die Depotgelder haben im Berichtsjahr um Fr. 0,1 Mio. auf Fr. 4,7 Mio. abgenommen. Davon betreffen Fr. 2,2 Mio. die Heime und Alterssiedlungen (Bewohnerdepots), Fr. 0,8 Mio. den Grabunterhaltsfonds und 0,3 Mio. für Belags-

arbeiten nach Grabenaufbrüchen.

Der Bestand an Kontokorrenten, hauptsächlich mit den Zivilschutzorganisationen, beträgt rund Fr. 0,6 Mio.

Das Verbindungskonto für den Zahlungsverkehr alte/neue Rechnung nahm gegenüber dem Vorjahr um Fr. 0,3 Mio. ab und weist einen Bestand von Fr. 2,5 Mio. aus.

Langfristige Schulden

Die langfristigen Schulden konnten im Berichtsjahr um insgesamt Fr. 41,1 Mio. auf Fr. 135,4 Mio. abgebaut werden. Davon entfielen Rückzahlungen über Fr. 20,5 Mio. auf fällig gewordene feste Darlehen. Diese weisen neu einen Bestand von Fr. 116,1 Mio. auf. Der durchschnittliche Zinssatz aller langfristigen Darlehen per Jahresende sank von 3,28 % auf 3,24 %, bei einer verbleibenden durchschnittlichen Restlaufzeit von knapp zwei Jahren. Die Annuitätendarlehen der städtischen Pensionskasse sind mit total Fr. 19,2 Mio. passiviert. In dieser Summe sind die Anteile der ewl AG mit Fr. 9,7 Mio. sowie der angeschlossenen Arbeitgeber (u. a. Luzerner Theater, LSO, MAZ, Xundheit, kfm. Bildungszentrum, Schul- und Wohnzentrum Schachen) mit Fr. 9,5 Mio. enthalten und in der Bilanz gleichwertig unter übrige Guthaben aktiviert. Die ewl AG amortisierte im Rechnungsjahr Fr. 10 Mio., und der Kanton Luzern bezahlte seinen Anteil von Fr. 9,5 Mio. (aus der Kantonalisierung der GBL) vollständig zurück.

Verpflichtungen aus Sonderrechnungen

Die Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen reduzierten sich um Fr. 8,8 Mio. auf Fr. 58,8 Mio. Das per Ende Jahr fällige Darlehen über Fr. 10 Mio. zu 4 7/8 % wurde an die städtische Pensionskasse zurückbezahlt. Somit hat die Stadt noch sechs Darlehen über total Fr. 40 Mio. mit Fälligkeiten zwischen Ende 2007 und März 2012 zum aktuellen Durchschnittzinssatz von 4,57 % laufen.

Die Zuwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um Fr. 1,1 Mio. erhöht und sind mit Fr. 8,7 Mio. bilanziert. Mit Fr. 3,1 Mio. (nach Einlage von Fr. 1,2 Mio. aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung) weist der Sozialfonds den höchsten Bestand aus. Insgesamt mit Fr. 2,9 Mio. sind unter den übrigen Verpflichtungen die Fondsbestände K+S, FUKA, Förderung Jugendsport sowie ALI-Fonds passiviert.

Rückstellungen

Die Einlagen in Rückstellungen übertrafen die Entnahmen um Fr. 4,6 Mio. Somit betragen die Rückstellungen neu Fr. 30,9 Mio. Sie setzen sich zusammen aus Rückstellungen der Laufenden Rechnung von Fr. 20 Mio., aus Rückstellungen der Investitionsrechnung von Fr. 3,4 Mio. und aus Kreditübertragungen 2006 der Laufenden Rechnung von Fr. 2 Mio. Aus der Investitionsrechnung wurden für Fr. 5,6 Mio. Kreditübertragungen auf 2007 vorgenommen. Das Delkredere Steuerdebitoren ist unverändert mit Fr. 9,1 Mio. passiviert.

Transitorische Passiven

Die passiven Rechnungsabgrenzungen erhöhten sich um Fr. 1,6 Mio. gegenüber dem Vorjahr und sind mit Fr. 4,5 Mio. ausgewiesen.

Die Marchzinsen auf den langfristigen Darlehen betragen Fr. 1,8 Mio.

Die Beiträge für Arbeitslosenhilfe über Fr. 0,3 Mio. wurden vom Kanton noch nicht in Rechnung gestellt. Die Abgrenzung der Liegenschaftsverwaltung für vorausbezahlte Mieten und Nebenkosten macht rund Fr. 0,5 Mio. aus. Mit Fr. 0,7 Mio. sind Kosten aus der Altlastensanierung gemäss StB 734 vom 12. Juli 2006 für die Schiessanlagen Waldegg sowie über Fr. 0,2 Mio. für die Grundstückgewinnsteuer aus dem Verkauf der Liegenschaft 1563 in Udelboden abgegrenzt.

Spezialfinanzierungen

Die Spezialfinanzierungen haben netto um Fr. 5,6 Mio. auf Fr. 48,5 Mio. zugenommen. Bei den Vorfinanzierungen gab es Entnahmen von Fr. 2,5 Mio. für die Erschliessung und die Beseitigung von Altlasten im Tribtschenland. Die Einlage in die Vorfinanzierung Mobilität über Fr. 5 Mio. entspricht dem Budget. Per saldo belaufen sich demnach die Vorfinanzierungen auf Fr. 28,3 Mio., darin ist die Vorfinanzierung Mobilität mit Fr. 20 Mio. enthalten. Aus dem Spezialfonds Bauten der Stadtentwässerung wurden rund Fr. 3,0 Mio. für Abschreibungen entnommen, gleich viel, wie 2006 für Anschlussgebühren eingegangen sind. Der Energiefonds ist mit rund Fr. 4,9 Mio. bilanziert; hier sind die mit dem Rechnungsabschluss vom Parlament zu sprechenden Fr. 2 Mio. als ausserordentliche Einlage enthalten.

Eigenkapital

Das Eigenkapital beträgt total Fr. 31,8 Mio. Darin sind die Steuerausgleichsreserven (nach Einlage der Gewinnverwendung über Fr. 3,2 Mio.) mit Fr. 28,3 Mio. enthalten.

2.6 Anhang zur Jahresrechnung

2.6.1 Ausserbilanzgeschäfte

Eventualverbindlichkeiten, Bürgschaften, Garantieverpflichtungen per 31. Dezember 2006

Per Bilanzstichtag bestanden folgende Eventualverpflichtungen:

Begünstigte:	Beschluss:	Art:	gültig bis:	Betrag
Tennisclub Allmend	StB 1052 / 15.07.1998	Solidarbürgschaft	31.03.2010	Fr. 30'000.–
Verein Schüür	StB 1219 / 6.12.2006	Solidarbürgschaft	31.12.2008	Fr. 80'000.–
Verein Spitex Luzern	StB 723 / 12.07.2006	Solidarbürgschaft	31.12.2007	Fr. 650'000.–
Chinderhus Maihof	B+A 38 / 21.11.2002	Solidarbürgschaft	unbefristet	Fr. 2'500'000.–
Pflegewohngruppe Sternmatt	B+A 19 / 30.06.2005	Solidarbürgschaft	31.12.2019	Fr. 1'400'000.–
Total Eventualverbindlichkeiten				<u>Fr. 4'660'000.–</u>

Leasingverbindlichkeiten per 31. Dezember 2006

Per Bilanzstichtag bestanden 7 Leasingverträge mit folgender Fälligkeitsstruktur:

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2007</u>	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2010</u>
Offene Leasingraten	211'746.70	118'410.70	31'445.90	6'288.65	-
Anzahl Verträge	7	7	5	2	

Nicht bilanzierte Verpflichtungen per 31. Dezember 2006

Pensionsordnung für die Mitglieder des Stadtrates

Mit B+A 44/2003 beschloss der Grosse Stadtrat das total revidierte Reglement. Die laufenden Renten der pensionierten Stadträte werden weiterhin zu Lasten der Laufenden Rechnung geleistet. Für die beim Übergang amtierenden Mitglieder des Stadtrates hat die Stadt die Leistungen, die sie als Folge der Umlagefinanzierung in der Vergangenheit nicht erbracht

hatte, im Umfang von rund Fr. 4,6 Mio. per 1. September 2004 nachfinanziert. Die Verpflichtungen für die Finanzierung der Besitzstandsgarantie gemäss Art. 14 der Personalordnung können nicht quantifiziert werden, da sie vom Zeitpunkt des Rücktritts der heute amtierenden Stadträte abhängen.

Nicht bilanzierte Guthaben per 31. Dezember 2006

Gestützt auf Art. 16 h des Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 1. September 2001 hat das Finanzinspektorat

die Liste der ausstehenden Subventionen per 31. Dezember 2006 aktualisiert.

	31.12.2005	Abgerechnete Projekte 2006	Neue Projekte 2006	Abrechnungsdifferenz	31.12.2006
Pendente Projekte	7	-2	5		10
Investitionsvolumen Total	50,0 Mio.	-0,9 Mio.	14,7 Mio.	0,2 Mio.	64,0 Mio.
Provisorisch oder definitiv zugesicherte Subventionen	6,4 Mio.	-0,2 Mio.	4,8 Mio.		11,0 Mio.
Geleistete Akontozahlungen oder Restzahlungen	-2,1 Mio.	0,2 Mio.	-1,0 Mio.	-2,0 Mio.	-4,9 Mio.
Saldo ausstehend	4,3 Mio.	0,0 Mio.	3,8 Mio.	-2,0 Mio.	6,1 Mio.

2.6.2 Brandversicherungswerte

Liegenschaften des Finanzvermögens
Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
Fahrzeuge, Mobilien, EDV

Fr. 128'600'000.–
Fr. 880'007'000.–
p.m.

2.6.3 Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze

Die Rechnungsführung der Stadt Luzern basiert auf den Vorgaben gemäss §§ 69 ff. des neuen kantonalen Gemeindegesetzes (in Kraft seit 1. Januar 2005), den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie dem Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 15. Juni 2000 (Ausgabe vom 1. September 2001).

Im Weiteren kommt das harmonisierte Rechnungsmodell (HRM) – revidierte Version vom 30. November 2005 – zur Anwendung. Die überarbeiteten Finanzhaushaltsbestimmungen haben gemäss Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 9. November 2004 (in Kraft seit 1. Januar 2005) verbindlichen Charakter.

Die Rechnungsführung hat eine klare, vollständige und wahrheitsgetreue Übersicht über die Haushaltsführung, das Vermögen und die Schulden zu vermitteln. Sie richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, Dringlichkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Vorteilsabgeltung (Verursacherprinzip) sowie der Jährlichkeit, dem Bruttoprinzip, der Vorherigkeit (Soll-Verbuchung) und den Bestimmungen gemäss Art. 3 bis 6 des Reglements über den Finanzhaushalt (Rechnungsausgleich, Verschuldung, Abschreibung des Verwaltungsvermögens und Selbstfinanzierung).

Es gelten folgende Bewertungsgrundsätze:

Position:	Bewertung zu:
Flüssige Mittel, Guthaben, Wertpapiere, Aktien, Anteilscheine, Darlehen, Transitorische Aktiven	Nominalwert
Vorräte	Einstandswert
Liegenschaften des Finanzvermögens	Anschaffungswert abzüglich allfälliger Abschreibungen zuzüglich Erneuerungen (Bewertungsobergrenze: Verkehrswert)
Sachgüter	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen
Darlehen, Beteiligungen, Investitionsbeiträge, Spezialfinanzierungen	Nominalwert
Bilanzfehlbetrag	Nominalwert
Rückstellungen	Im Ausmass der eingegangenen Verpflichtungen oder betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit
Übrige Passiven	Nominalwert

2.6.4 Abnahme der Jahresrechnung 2005 durch den Regierungstatthalter

Der Regierungstatthalter des Amtes Luzern hat geprüft, ob die Rechnung 2005 mit dem übergeordneten Recht, insbesondere mit den Buchführungsvorschriften und den verlangten Finanzkennzahlen, vereinbar ist und ob die Gemeinde die Mindestanforderungen für eine gesunde Entwicklung des Finanzhaushaltes erfüllt. Er hat gemäss Bericht vom 18. Dezember 2006 keine aufsichtsrechtlich erheblichen Mängel festgestellt (§ 106 Gemeindegesetz).

2.6.5 Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern

Am 1. Januar 2006 ist das Reglement über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling in Kraft getreten. Im Berichtsjahr wurden die Controllingberichte über alle elf Institutionen, an die Aufgaben von höchster Bedeutung delegiert wurden, reglementskonform eingefordert, überprüft und dem Stadtrat als Controllingstelle zur Kenntnisnahme vorgelegt. Über die drei grossen Aktiengesellschaften im Alleinbesitz wird hier summarisch berichtet.

ewl Holding AG

Die ewl Gruppe kann für das abgeschlossene Geschäftsjahr wiederum ein sehr gutes Resultat ausweisen. Nachdem im Vorjahr ausserordentliche Ereignisse wie das verheerende Hochwasser und die nachfolgenden Aufräumarbeiten viel Energie, Zeit und Geld gekostet hatten, konnte diese Energie im Jahr 2006 in die Entwicklung und den Ausbau des Unternehmens investiert werden. Mit einem konsolidierten Gewinn von Fr. 19,9 Mio. (+ Fr. 1,5 Mio. gegenüber Vorjahr) haben sich die Anstrengungen auch finanziell positiv ausgewirkt. Das Unternehmen geht weiter gestärkt und gut gerüstet in den zunehmend härteren Wettbewerb.

Auf der Ertragsseite lassen die Strompreissenkungen der letzten beiden Jahre weiter ihre Spuren zurück. Trotz eines geringen Anstiegs des Stromabsatzes ging der Ertrag leicht zurück. Beim Erdgas kann eine markante Umsatzsteigerung verzeichnet werden, dies einerseits aufgrund der hohen Marktpreise des Erd-

gas, andererseits dank Marktanteilsge-
winnen. Das Wassergeschäft ist weiter rückläufig.
Die Erdgas Zentralschweiz AG, an der die ewl Gruppe zu rund 90 % am Kapital beteiligt ist, hat im Berichtsjahr 2006 die neue Erdgasleitung durch das Freiamt in Betrieb genommen. Mit der Zweiteinspeisung in das Erdgasverteilnetz der Zentralschweiz wird eine höhere Versorgungssicherheit erreicht. Die ewl Gruppe ist auch an vorderster Front an der projektierten Biogasanlage in Inwil beteiligt. Im Bestreben, den ökologischen Anliegen Gehör zu verschaffen, wird CO₂-neutrales Biogas als Treibstoff für die eigene Fahrzeugflotte eingesetzt und auch bei den Kunden gefördert. Mit den Anstrengungen im vergangenen Geschäftsjahr hat die ewl Gruppe die von der Stadt als Alleinaktionärin gesetzten Ziele erreicht. Die Gesellschaft wird 2007 der Stadt erneut eine Dividende von Fr. 10 Mio. auszahlen.

Verkehrsbetriebe Luzern AG

Der vbl-Konzern (vbl AG inkl. Tochtergesellschaft Gowa AG) erwirtschaftete 2006 einen Gewinn von Fr. 1,36 Mio. Dieses Resultat erfolgte vor dem Hintergrund des massiven Angebotsausbaus (Umsetzung "AggloMobil") bei gleichzeitig konstanten Abgeltungen des Zweckverbandes für den öffentlichen Agglomerationsverkehr. Mit den erreichten qualitativen und quantitativen Ergebnissen bewegte sich die vbl AG auch 2006 im Rahmen der stadträtlichen Eigentümerstrategie.

Die vbl AG verzeichnete 2006 wiederum einen Anstieg der beförderten Passagiere gegenüber dem Vorjahr, und zwar um erfreuliche 2,7 % auf knapp 39,3 Mio. Die auf vbl-Linien absolvierten Personenkilometer stiegen dabei um knapp 1,5 % auf 93,2 Mio. an. Die vbl AG verbesserte ihr Angebot für die Fahrgäste sichtbar

mit der Aufstockung und der laufenden Erneuerung des Fahrzeugparks mit modernsten Diesel- und Trolleybussen, aber auch mit dynamischen Fahrplananzeigen an Haltestellen und in Bussen sowie mit gezielten Angebotserweiterungen ("Tellbus" Altdorf-Luzern, zusätzliche Nachtbuslinien im Rahmen des Konzepts "nachtstern"). Mit dem Event "Tag der offenen Ohren" im Mai 2006 sowie der Freundlichkeitskampagne intensivierte die vbl AG den direkten Kontakt zu den Fahrgästen und Partnern. Mit den Bauprojekten auf dem Areal Tribschen (Depoterweiterung, neue Waschanlage) wurden betriebliche Verbesserungen erzielt.

Bedeutsam ist die Ende 2006 erfolgte Erneuerung der Konzession für alle Autobuslinien durch das Bundesamt für Verkehr. Die Autobus- und die Trolleybuskonzession gelten nun

beide bis Ende 2016. Da die zuständigen Bestellerbehörden für die Dauer der gewährten Konzessionen auf Ausschreibungen verzichten, können die Arbeitsplätze bei der vbl AG für die nächsten zehn Jahre als gesichert angesehen werden. Im vergangenen Jahr wurde ausserdem der Gesamtarbeitsvertrag mit den Personalverbänden neu ausgehandelt. Zur Verbesserung der Qualität der Marktleistung und im Betrieb stellte sich die vbl AG

2006 der Rezertifizierung in Bezug auf die Normen des Qualitäts-Managements (ISO 9001) und des Umwelt-Managements (ISO 14001). Gleichzeitig konnte die vbl AG das Q-Gütesiegel Stufe 3 (QQQ) erneuern. Erstmals wurde die vbl AG auch nach der Norm OHSAS 18001 (Arbeitsschutz, Gesundheitsvorsorge) zertifiziert.

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG

Xundheit kann für das Geschäftsjahr 2006 einen Gewinn von Fr. 1,82 Mio. ausweisen. Das positive Resultat ist hauptsächlich auf tiefere Zahlungen in den Risikoausgleich, eine effizientere Kostenkontrolle und entsprechend reduzierte Verwaltungskosten zurückzuführen. Der Mitgliederbestand konnte dank einem starken Wachstum im Firmenkundengeschäft gehalten werden. Das Durchschnittsalter der Versicherten stieg leicht auf 35,26 Jahre, liegt Ende 2006 aber noch immer unter dem Schweizer Mittel von 40,1 Jahren. Das leicht höhere Durchschnittsalter drückt sich wie erwähnt in geringeren Zahlungen in den Risikoausgleich aus.

Anfang 2006 eröffnete Xundheit mit dem Standort Altdorf ihre dritte HMO-Praxis. Xundheit kommt damit dem Ziel näher, eine möglichst umfassende, effiziente und nicht zuletzt günstigere medizinische Versorgung in der Zentralschweiz anzubieten. In den drei Praxen Luzern, Zug und Altdorf wurden 2006 über 20'000 Patientinnen und Patienten be-

treut, die zum Teil bei Dritten versichert sind. Xundheit hat Ende 2006 ihre neuen Räumlichkeiten an der Pilatusstrasse 26 bezogen. Die räumliche Konzentration der Mitarbeitenden soll rationellere Abläufe in der Abwicklung der Abrechnungen und der Administration ermöglichen. Ein weiterer Schritt zur Rationalisierung wird die Einführung der neuen branchenspezifischen Applikation im Juni 2007 sein, deren Vorarbeiten bereits im Berichtsjahr erhebliche Kapazitäten gebunden haben.

Nach der Bereinigung der Altlasten, die 2005 zum Verlust führten, ist Xundheit wieder auf dem Weg der finanziellen Gesundung. Der 2006 erarbeitete Überschuss wird den Reserven zugewiesen und stärkt damit das Eigenkapital. Mit der hohen Anzahl von Auszubildenden und der Beschäftigung von Menschen mit Teilleistungsschwächen erfüllt Xundheit nicht nur die mitarbeiterorientierten Ziele der städtischen Eigentümerstrategie, sondern auch eine Rolle als soziale Arbeitgeberin.

2.6.6 Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände

	erscheint
ewl Holding AG, Luzern Geschäftsbericht 2006	Mai 2007
Verkehrsbetriebe Luzern AG, Luzern Geschäftsbericht 2006	Mai 2007
Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz AG Geschäftsbericht 2006	Mai 2007
Feuerwehr der Stadt Luzern Tätigkeitsbericht 2006	Februar 2007
Pensionskasse der Stadt Luzern Jahresbericht 2006	April 2007
Gemeindeverband für Abwasserreinigung Region Luzern (GALU) Jahresbericht 2006	April 2007
Gemeindeverband für Kehrrichtbeseitigung Region Luzern (GKLU) Jahresbericht 2006	April 2007
Regionalplanungsverband Luzern Rechenschaftsbericht 2006	Mai 2007
Zweckverband für den öffentlichen Regionalverkehr Geschäftsbericht 2006	Mai 2007
Statistisches Jahrbuch 2007 der Stadt Luzern Die Herausgabe erfolgt durch das Amt für Statistik des Kantons Luzern im Auftrag der Stadt Luzern.	März 2007

2.6.7 Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern

Nettoschuld

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1992:

Jahr	Stadt Luzern			14 Agglomerationsgemeinden			übrige 92 Gemeinden des Kt. Luzern		
	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.
1992	137 619 354	59 991	2 294	217 262 000	113 941	1 907	694 571 193	158 391	4 385
1993	150 877 296	60 642	2 488	241 394 000	115 335	2 093	714 559 787	160 856	4 442
1994	181 399 544	60 386	3 004	260 105 000	116 366	2 235	734 605 566	162 568	4 519
1995	174 082 186	59 434	2 929	235 844 000	116 902	2 017	777 656 459	163 833	4 747
1996	188 506 472	58 982	3 196	213 033 000	117 824	1 808	814 830 180	165 542	4 922
1997	185 509 464	58 117	3 192	194 673 000	118 206	1 647	836 974 422	166 445	5 029
1998	201 792 780	57 540	3 507	186 360 000	118 249	1 576	861 509 756	167 525	5 143
1999	177 707 972	57 196	3 107	185 513 000	118 826	1 561	872 009 514	168 430	5 177
2000	183 917 486	57 011	3 226	214 835 000	119 923	1 791	914 658 019	169 233	5 405
2001	213 266 197	57 435	3 713	278 386 000	121 157	2 298	904 366 689	170 593	5 301
2002	127 374 055	57 522	2 214	282 150 921	122 621	2 301	885 594 091	171 786	5 155
2003	131 256 149	57 817	2 270	294 199 035	123 665	2 379	818 693 269	172 872	4 736
2004	129 223 608	57 870	2 233	293 053 340	124 070	2 362	803 795 218	173 692	4 628
2005	90 799 862	58 113	1 562	314 503 488	124 704	2 522	726 010 075	174 628	4 157
2006	63 973 988	58 250	1 098						

Definition:

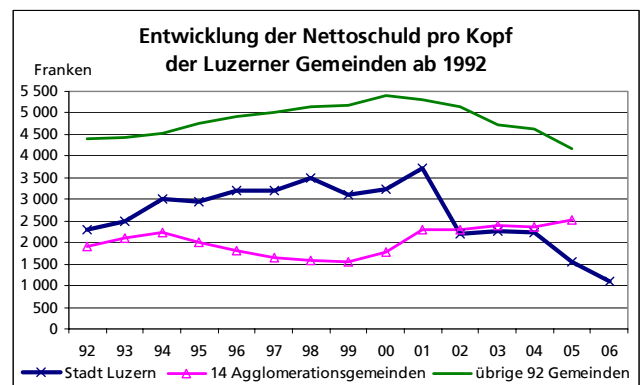
Fremdkapital (Bilanzposition 20) minus Finanzvermögen (Bilanzposition 10)

Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation des kantonalen Amtes für Statistik.

Aussage:

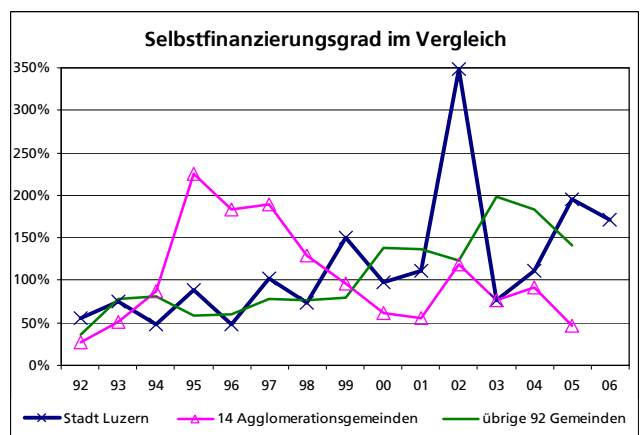
Bis zu Fr. 1'000.– wird von einer kleinen Verschuldung, bis zu Fr. 3'000.– von einer mittleren, bis Fr. 5'000.– von einer grossen und darüber von einer sehr grossen Verschuldung gesprochen.



Selbstfinanzierungsgrad

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1992:

Jahr	Stadt Luzern	14 Agglomerationsgemeinden	übrige 92 Gden des Kt. Luzern
1992	55.9%	26.7%	35.5%
1993	75.2%	50.6%	77.4%
1994	47.5%	86.6%	80.8%
1995	89.2%	225.6%	59.1%
1996	47.6%	183.6%	59.3%
1997	101.4%	189.2%	77.9%
1998	73.2%	128.5%	76.1%
1999	150.1%	96.2%	79.5%
2000	97.5%	61.5%	138.1%
2001	111.7%	56.1%	137.1%
2002	349.2%	118.2%	122.8%
2003	76.6%	75.9%	199.0%
2004	111.8%	91.7%	183.1%
2005	195.4%	46.1%	140.5%
2006	171.5%		



Definition:

Bruttoüberschuss der Laufenden Rechnung dividiert durch Nettoinvestitionen. Ab 2005 neue Definition gemäss kantonalen Vorgaben.

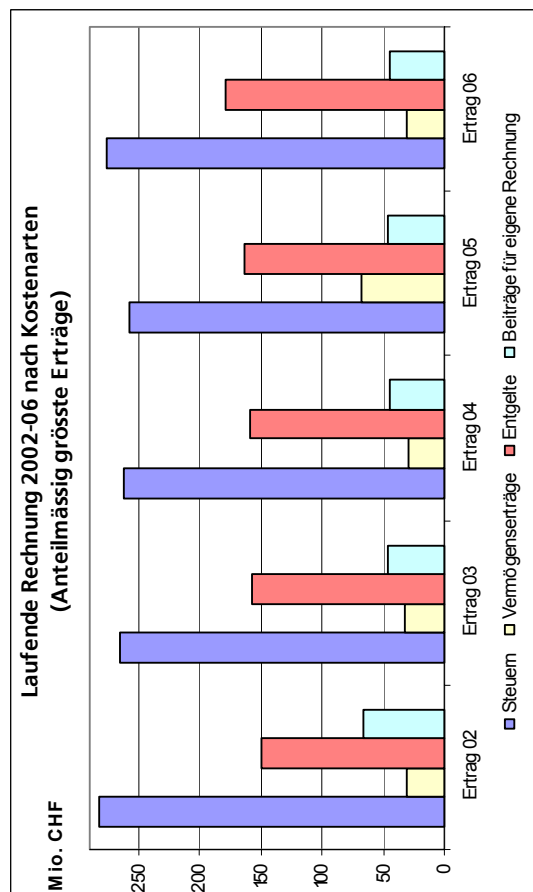
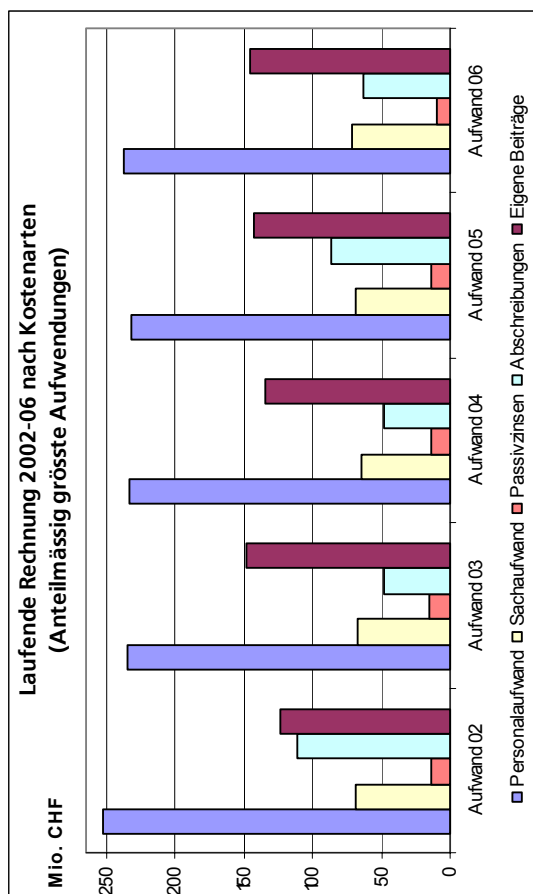
Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation des kantonalen Amtes für Statistik. Werte 2001 bis 2006 der Stadt aus der Jahresrechnung.

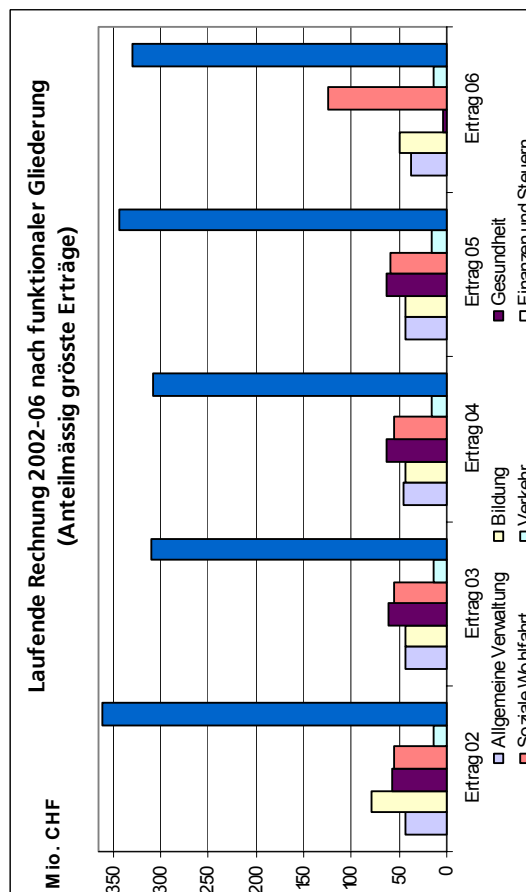
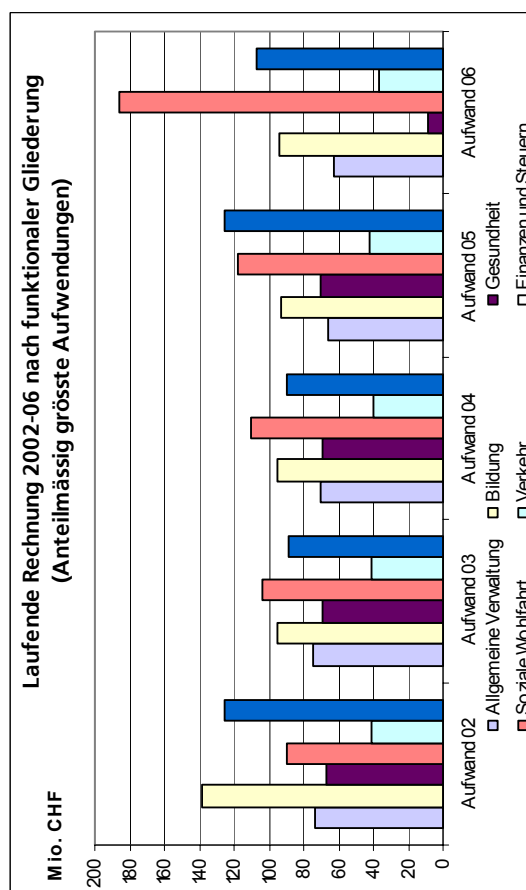
Aussage:

Ein Selbstfinanzierungsgrad (SFG) unter 100 % führt zu einer Neuverschuldung zur Finanzierung der Investitionen. Die Neuverschuldung wird bei einem SFG von unter 70 % als gross und zwischen 70 % und 100 % als volkswirtschaftlich verantwortlich beurteilt. Im Mehrjahresdurchschnitt sollte der SFG für die Stadt Luzern bei 100 % liegen bzw. im Durchschnitt von fünf Jahren mindestens 80 % erreichen, wenn die Nettoschuld pro Einwohner mehr als das kantonale Mittel beträgt (§ 29 Abs. 1 VO über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 9.11.2004).

Entwicklung der Laufenden Rechnung nach Kostenarten 2002–2006



Entwicklung der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung 2002–2006



3 Kennzahlen aus dem Personalbereich

3.1 Entwicklung der Teilzeitstellen

Pensum in %	Männer			Frauen			Total			Total		Gesamttotal Männer/Frauen Köpfe
	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	Männer	Frauen	
Feb 1998	1 0.1%	45 4%	1'105 96%	19 7%	114 42%	136 51%	20 2%	159 11%	1'241 87%	1'151 81%	269 19%	1'420
Feb 2001	27 3%	76 9%	728 88%	233 21%	536 49%	330 30%	260 13%	612 32%	1'058 55%	831 43%	1'099 57%	1'930
Feb 2003	22 3%	98 12%	682 85%	270 24%	583 51%	284 25%	292 15%	681 35%	966 50%	802 41%	1'137 59%	1'939
Feb 2004	28 3%	111 14%	688 83%	274 24%	594 52%	275 24%	302 15%	705 36%	963 49%	827 42%	1'143 58%	1'970
Feb 2005	18 2%	112 14%	701 84%	271 24%	605 53%	267 23%	289 15%	717 36%	968 49%	831 42%	1'143 58%	1'974
Jan 2006	28 3%	110 13%	704 84%	264 23%	611 54%	264 23%	292 15%	721 36%	968 49%	842 42%	1'139 58%	1'981
Jan 2007	21 3%	126 15%	698 82%	260 23%	617 55%	250 23%	281 14%	743 38%	948 48%	845 43%	1'127 57%	1'972

Kommentar:

Die Stadt Luzern hat seit Jahren einen sehr grossen Anteil von Teilzeitstellen. Im Jahr 2006 waren dies 52 %. Davon arbeiteten 38 % der Mitarbeitenden zwischen 50 und 100 Stellenprozenten und 14 % unter 50 Stellenprozenten. Die Stadt beschäftigt 43 % Frauen und 57 % Männer, was einer Zunahme von 1 % mehr Frauen zum Vorjahr entspricht.

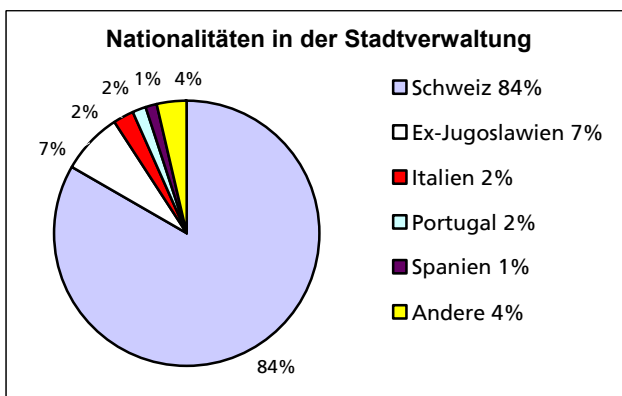
3.2 Personalfluktuation

	2001		2002		2003		2004		2005		2006	
Austritte	193	79.1%	218	86.5%	130	75.6%	136	77.3%	136	75.6%	155	75.6%
Pensionierungen	51	20.9%	34	15.5%	42	24.4%	40	22.7%	44	24.4%	50	24.4%
Austritte in % des Personalbestandes 31.12. (Fluktuationsziffer)	1920K	10.0%	1994K	11.9%	1985K	6.6%	2005K	6.8%	1996K	6.8%	1991K	7.8%
Kündigung durch Arbeitgeber	23	11.9%	13	6.0%	20	15.4%	20	14.7%	10	7.4%	14	9.0%
Kündigung durch Arbeitnehmer/in	170	88.1%	205	94.0%	110	84.6%	116	85.3%	126	92.6%	141	91.0%

Kommentar:

Die Fluktuationsrate ist mit 7,8 % um 1 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies ist auch ein Zeichen der positiven Änderungen am Arbeitsmarkt, die sich auch bei der Stadt Luzern zeigen. Der Prozentsatz der Fluktuation ist aber immer noch relativ tief.

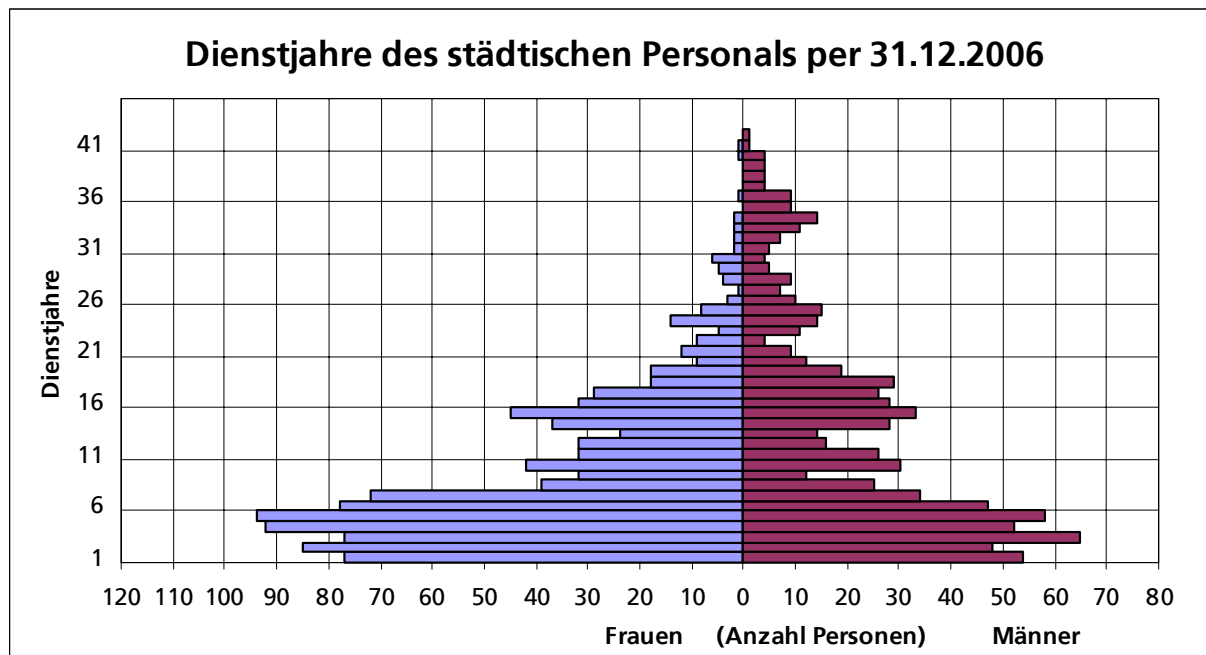
3.3 Nationalitäten



Kommentar:

Die Verteilung der Mitarbeitenden auf die einzelnen Nationalitäten ist in den letzten Jahren unverändert geblieben. Bei der Stadt arbeiten 84 % Mitarbeitende aus der Schweiz und 16 % mit anderen Nationalitäten.

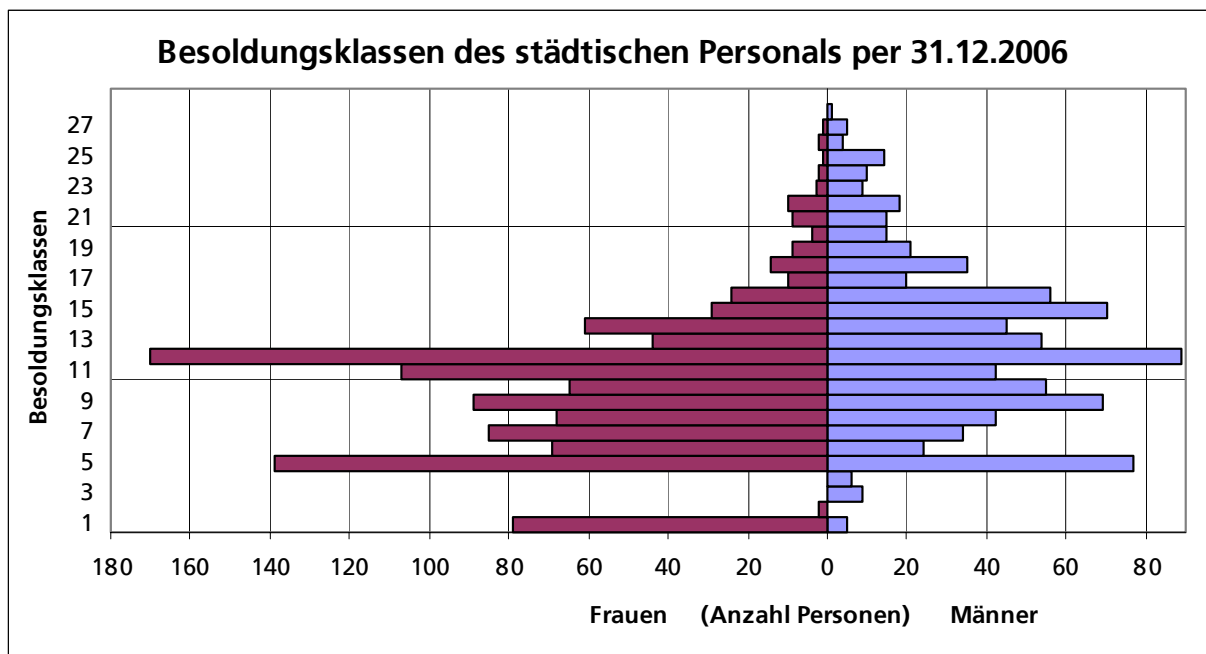
3.4 Pyramide der Dienstjahre



Kommentar:

Die Stadt beschäftigt mehr Frauen mit einer tiefen Anzahl Dienstjahre. Dies ist auf den hohen Frauenanteil bei den Mitarbeitenden in den Heimen und Alterssiedlungen zurückzuführen.

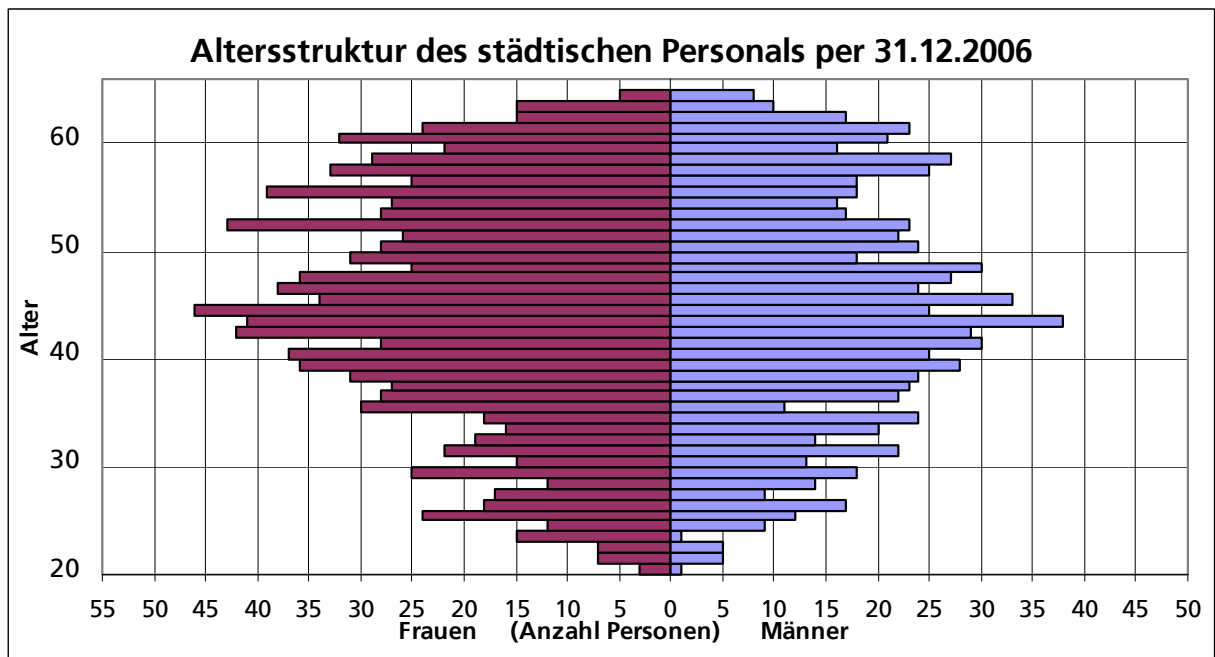
3.5 Besoldungsklassen



Kommentar:

In der untersten Lohnklasse ist der Anteil der Personen um 12 Personen auf 78 zurückgegangen. Dies sind v. a. Mitarbeitende im Reinigungsbereich, die kleine Pensen bis zu 30 % haben.

3.6 Altersstruktur



Kommentar:

Die meisten Mitarbeitenden sind zwischen 40 und 55 Jahre alt. Die Anzahl der über 60-jährigen Mitarbeitenden hat leicht abgenommen, dafür hat die Zahl der unter 30-jährigen leicht zugenommen.

4 Direktionen

4.1 Sozialdirektion



In den nächsten Jahren sollen fast alle Betagtenzentren der Stadt Luzern umgebaut, saniert und mit Spezialabteilungen ergänzt werden. 2006 begannen die Arbeiten am Haus Rubin des Betagtenzentrums Eichhof. Der Umzug der 150 Bewohnerinnen und Bewohner in die Provisorien war eine logistische Herausforderung.

Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor

Im Dezember 2006 verabschiedete der Grosse Stadtrat den B+A 34/2006 über die Familienpolitik der Stadt Luzern. Damit verfügt die Stadt Luzern über familienpolitische Leitsätze als strategische Grundlage für die zukünftige Familienpolitik. Es ist nun möglich, im Bereich der zwei zentralen Handlungsfelder "Jugendarbeit" und "Familienergänzende Kinderbetreuung" entscheidende Schritte nach vorne zu tun.

Vor allem für die vorschulische und die schulergänzende Kinderbetreuung können die zusätzlich geforderten, grossen Investitionen getätigt werden, denn trotz der in den letzten Jahren massiv erhöhten Aufwendungen bestehen weiterhin grosse Wartelisten. Die grosse Nachfrage ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels, der die Vereinbarkeit von Kindern und Berufsarbeit nicht nur aus traditionell wirtschaftlich-sozialen Gründen, sondern auch aus Gründen der Gleichstellung und der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit ins Zentrum rückt. Bereits in einem Jahr wird das Parlament über die weitere Entwicklung zu befinden haben.

Grosser Dynamik ist auch die Entwicklung der Betagtenzentren ausgesetzt. Dazu gehörten im vergangenen Jahr die Arbeiten für die Übergangspflege im Rosenberg, die Aufhebung des Pflegeheims Hirschpark und dessen Überführung in die Pflegewohnungen Tribtschen, die Projektierung der umfassenden Erneuerung des Wohnheims Wesemlin, die Vorentscheidungen für die Erneuerung des Betagtenzentrums Dreilinden sowie die Reorganisation des Arztdienstes. Insbesondere die Mitarbeitenden des Betagtenzentrums Eichhof wurden mit der temporären Auflösung des Hauses Rubin und dem Umzug auf drei provisorische Standorte stark gefordert. Für diese Sonderleistung sei ihnen an dieser Stelle mein besonderer Dank ausgesprochen!

Die Erarbeitung der betreffenden Grundlagen sowie die Diskussionen um die zwei Grossprojekte Entlastungs- und Überprüfungsprojekt EÜP und Fusion Littau-Luzern setzten die Mitarbeitenden einer zusätzlichen Belastung und Unsicherheit aus. Sie meisterten bzw. meistern diese Herausforderung aber mit viel Engagement und Souveränität.

Die neuen Gesetze im Bereich Asyl und Ausländerinnen und Ausländer sowie die neue Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden haben auch Auswirkungen auf die Stadt Luzern. Die Vorarbeiten zur Umsetzung sind bereits angelaufen. Dabei geht es darum, dem Druck des Bundes, die Probleme und Aufgaben nach unten zu verlagern, entgegenzuhalten und partnerschaftlich finanziell und sozialverträgliche Lösungen auszuarbeiten. Sowohl in den Bereichen Existenzsicherung/Nothilfe sowie Integration wird die Stadt in Zukunft verstärkt gefordert sein.

Weiterhin Sorgen bereitet die Sozialhilfe: Zwar steht die Stadt Luzern bei den Fallzahlen bezogen auf die Agglomerationsgemeinden der Region Luzern etwa gleich und im Vergleich mit andern Städten eindeutig besser da. Das Total der Fallzahlen und Kosten hat trotz guter wirtschaftlicher Lage noch einmal zugenommen. Anzumerken ist, dass die Erhöhung der Heimplatzsteuern der Stadt Luzern jeweils auf die Sozialhilfe durchschlägt und das Ergebnis verschlechtert, während die Gesamtkosten der sogenannten privaten Haushaltungen (mit WSH) leicht zurückgehen.

Als wichtige Massnahme hat das Sozialamt seine Bemühungen im Bereich der Arbeitsintegration massiv verstärkt und somit das Anreizsystem der erneuerten SKOS-Richtlinien konsequent zur Anwendung gebracht. Diese Entwicklung belastet zurzeit das Budget der Sozialhilfe ebenfalls, ist aber als Investition zu sehen. Über eine verbesserte Arbeitsintegration soll in Zukunft ein Teil davon zurückfliessen.

Allerdings muss klar festgehalten werden, dass sich die Sozialhilfe als Folge gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen zu einem Instrument entwickelt hat, das jene sozialen Risiken abzudecken hat, welche von den andern Einrichtungen der Sozialen Sicherheit (u. a. Invalidenversicherung IV und Arbeitslosenversicherung ALV) nicht mehr getragen werden. Vor diesem Hintergrund setzen Sozialdirektion und Sozialamt einen starken Schwerpunkt bei der interinstitutionellen Zusammenarbeit IIZ (IV, ALV, Sozialhilfe u. a.). Ein spezieller Bericht an den Grossen Stadtrat wird im Sommer 2007 die Strategien und Zusammenhänge im Bereich der Sozialhilfe konkretisieren.

4.1.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Leitbild Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
(Projektplan Nr. 04/580.16)

Fünfjahresziel
C1.1

Die kinder-, jugend- und familienpolitischen Leitsätze sind vom Grossen Stadtrat zur Kenntnis genommen.

Im Januar hat der Stadtrat die kinder-, jugend- und familienpolitischen Leitsätze verabschiedet. Sie bilden die Grundlage für die weitere Ausrichtung der Angebote der Stadt Luzern.

Familienergänzende Kinderbetreuung
(Projektplan Nr. 03/217.78)

Fünfjahresziel
C1.1, C3.1

Die familienergänzende Kinderbetreuung für die Bereiche Vorschule und Schule ist koordiniert und den neuen Blockzeiten angepasst.

Eine Bedarfs- und Entwicklungsplanung für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschul- und Schulbereich wurde erstellt und ermöglicht nun ein koordiniertes Bereitstellen der Angebote.

Bereich Schule:

Die Horte wurden den neu eingeführten Blockzeiten der Schule angepasst. Eine Übergangsverordnung inkl. Taxordnung regelt den Betrieb.

Tagesstrukturen und Treffpunkte
(Projektplan Nr. 03/440.02)

Fünfjahresziel
C1.2

Das Pilotprojekt Fixerraum ist unter der Federführung des Kantons und in Zusammenarbeit mit den Gemeinden gestartet, und eine fachliche Begleitung/Evaluation ist installiert.

Infolge der diversen Einsprachen und der Behandlung der im Mai 2006 eingereichten Volksinitiative "Kein Fixerraum in Wohnquartieren" hat sich der ursprünglich für Ende 2005 vorgesehene Projektstart stark verzögert. Das Parlament hat im Dezember 2006 dem stadträtlichen Vorschlag zugestimmt, die Initiative aus juristischen Gründen für ungültig zu erklären, gleichzeitig aber im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags den städtischen Betriebsbeitrag für den Fixerraum dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Die Stimmberechtigten der Stadt Luzern haben bei der Volksabstimmung vom 11. März 2007 mit 58,55 % der Kreditvorlage zugestimmt. Die Drogenkonferenz auf Behördenebene wird dem Verein Kirchliche Gassenarbeit nun den Auftrag zum Betrieb des Drogenkonsumraums erteilen können. Da Personalrekrutierung und Umbauarbeiten erst nach der Volksabstimmung in Angriff genommen werden konnten, wird die Betriebseröffnung frühestens im Juli 2007 erfolgen.

Persönliche Sozialhilfe und fördernde Hilfe
(Projektplan Nr. 03/583.02)

Fünfjahresziel
C1.2

Eine zusätzliche Leistungsvereinbarung im Bereich Einkommens- und Vermögensverwaltung liegt vor.

Infolge des Entlastungs- und Überprüfungsprojektes EÜP konnten im Berichtsjahr keine neue Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden, da in diesem Zusammenhang neue Aufgaben sistiert wurden.

Sanierung Betagtenzentren, Provisoriumslösungen
(Projektplan Nr. 04/415.17)

Fünfjahresziel
C2.2

Die Sanierung des Gebäudes des Pflegeheims Hirschpark ist erfolgt.

Das Gebäude des ehemaligen Pflegeheims Hirschpark dient als einer der Provisoriumsstandorte für den Umbau des Betagtenzentrums Eichhof. Die notwendigen Sanierungsarbeiten wurden

termingerecht und im Rahmen des vorgegebenen Kostenrahmens abgewickelt. Seit Oktober 2006 werden rund 60 Provisoriumsbetten betrieben.

Arbeitsintegrationsprogramm
(Projektplan Nr. 05/584.02)

Fünfjahresziel
C1.2

Das Arbeitsintegrationsprogramm für Langzeitarbeitslose ist ausgebaut.

Leistungsvereinbarungen mit privaten Anbietern ermöglichten zusätzliche Einsatzplätze im Bereich der Arbeitsintegration, der Beschäftigung und den Tagesstrukturen. Zusätzlich konnten innerhalb der Stadtverwaltung Sozialhilfebeziehenden Arbeitstrainingsplätze vermittelt werden. Ende des Berichtsjahres waren 140 Sozialhilfebeziehende in Arbeitsprogrammen engagiert. Ein moderater Ausbau der AFIMAA-Projektplätze (AFIMAA = Arbeitsgruppe für Finanzmassnahmen von ausgesteuerten Arbeitslosen) konnte erreicht werden.

4.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 06	B 06	Abwei-	in %	R 06	B 06	Abwei-	in %	(Aufwand) /	Mehrauf-	Minder-
			chung				chung		Ertrag	wand/Min-	aufwand/
									netto	derertrag	Mehrertrag
210 Stab Sozialdirektion	1'229	1'277	-48	-4%	20	3	17	567%	(1'209)		65
211 Sekretariat Vormundschaftsbehörde	1'459	1'475	-16	-1%	164	116	48	41%	(1'294)		65
212 Amtsvormundschaft	2'912	2'816	97	3%	333	250	83	33%	(2'580)	14	
213 Sozialversicherungen Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle	1'214	1'177	37	3%	124	116	8	7%	(1'091)	30	
214 Sozialamt	4'134	4'236	-102	-2%	18	10	8	80%	(4'116)		110
215 Kinder Jugend Familie	4'707	4'694	14	0%	771	728	43	6%	(3'936)		29
230 Heime und Alterssiedlungen <i>Spezialaufgaben</i>	78'719	74'098	4'621	6%	77'150	73'151	3'999	5%	(1'569)	622	
221 Treibhaus Jugend Freizeit Kultur	1'088	985	103	10%	560	589	-29	-5%	(528)	132	
222 Ferienpass	228	215	12	6%	228	215	12	6%	0		
223 Kinderkrippe Eichhörli <i>Beitragswesen</i>	318	320	-1	0%	316	277	39	14%	(2)		41
270 Wirtschaftliche Sozialhilfe	54'949	51'060	3'889	8%	39'425	36'710	2'715	7%	(15'524)	1'174	
271 Alimentenbevorzugung / Inkassohilfen <i>Spezialfinanzierungen</i>	2'923	2'700	223	8%	1'967	1'550	417	27%	(956)		194
290 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	6'423	6'043	380	6%	6'387	6'043	344	6%	(36)	36	
Total	160'303	151'095	9'208	6%	127'462	119'758	7'705	6%	(32'841)	2'008	504
Nettoverschlechterung											1'504

Die Rechnung der Sozialdirektion schliesst mit einem Aufwand von Fr. 160,3 Mio. und einem Ertrag von Fr. 151,1 Mio. ab. Die Nettomehrbelastung gegenüber dem Budget beträgt Fr. 1,5 Mio. Dies ist v. a. auf die folgenden zwei wichtigsten Punkte zurückzuführen:

Bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe ist eine Erhöhung bei den Ausgaben von Fr. 3,9 Mio. oder 7,6 % zu verzeichnen. Demgegenüber stiegen die Rückflüsse um Fr. 2,7 Mio. oder 7,6 %.

In den Rückflüssen ist auch ein Mehrertrag aus dem kantonalen Ausgleichsfonds von Fr. 0,9 Mio. enthalten.

Zwei Hauptfaktoren führten zum Nettomehraufwand von rund Fr. 1,2 Mio.:

- Trotz guter Wirtschaftslage stagnierten die Fallzahlen auf dem Niveau von 2005.
- Die gestiegenen Heimplätze führten zu erhöhten Leistungen.

Die unter HAS zusammengefassten städtischen Betagtenzentren, Pflegeheime und Pflegewohnungen wiesen gegenüber dem Budget ein um Fr. 0,6 Mio. schlechteres Ergebnis aus. Dieses wird im Bericht zum Leistungsauftrag in Kapitel 5.1 näher erläutert.

4.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Sozialdirektion

Der Stab engagierte sich standardmässig in verschiedenen direktionsinternen wie auch übergreifenden Projektgruppen und bot somit seine Dienstleistungen im Rahmen seiner Querschnittsfunktion an.

Schwerpunkte bildeten die teils aufwendigen Arbeiten zur Umsetzung des Fixerraums bzw. zur Behandlung der Einsprachen, die unterstützende Arbeit bei der Entwicklung des B+A Familienergänzende Kinderbetreuung sowie die Arbeiten im Zusammenhang mit den Spitexweiterentwicklungen. Ebenfalls leistete der Stab Sozialdirektion Supportleistungen zur Etablierung der Fachstelle für Arbeit, durch die Organisation der Kick-off-Veranstaltung zusammen mit dem Wirtschaftsverband Stadt Luzern.

Intern beschäftigte sich der Stab mit Entwicklungsprojekten, wie die Umsetzung des Prozessmanagements, die Arbeiten im Rahmen des städtischen Projektes "Führungsentwicklung" sowie die Vorarbeiten zur Studie "Starke Stadtregion Luzern". Ein spezielles Augenmerk verlangte im Berichtsjahr die Überprüfung des Finanzbereiches des Stabs. Zum einen ist auf das Jahr 2007 eine EÜP-Massnahme umzusetzen, welche eine 50%ige Kürzung des Stellenetats verlangt, zum anderen wird der Bereich auf Frühling 2008 aufgrund von Pensionierungen vollständig neu besetzt. Mit einer Bedarfsanalyse innerhalb der Direktion wurde – in Koordination mit der Finanzdirektion – das zukünftige Leistungsangebot des Finanzbereichs erhoben, damit im Frühling 2007 neue Stellenprofile erarbeitet und die Stellen auf Sommer 2007 ausgeschrieben werden können.

Die Mitarbeit in der Städteinitiative Sozialpolitik, bei der Stadtrat Ruedi Meier das Präsidium innehat, ermöglicht die Wahrung der städtischen Interessen auf schweizerischer Ebene im Sinne einer vernetzten Sozial- und Städtepolitik.

Sekretariat Vormundschaftsbehörde

2006 hat der Bundesrat nach einer breit angelegten Vernehmlassung die Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches bezüglich Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht zuhanden der beiden Räte verfasst. Die wichtigsten Grundgedanken und Vorschläge der interdisziplinären Expertenkommission und des Vorentwurfs wurden beibehalten: Weglassen aller im heutigen Vormundschaftsrecht vorhandenen stigmatisierenden Ausdrücke (wie Geisteskrankheit, Trunksucht, lasterhafter Lebenswandel, Ver-

schwendung, Misswirtschaft, Vormundschaft usw.), Förderung des Selbstbestimmungsrechts in Form der eigenen Vorsorge (Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung), Stärkung der Solidarität in der Familie und Entlastung des Staates (Vertretungsrecht der Angehörigen in verschiedenen Lebensbereichen), besserer Schutz urteilsunfähiger Personen in Wohn- und Pflegeeinrichtungen (insbesondere kantonale Aufsicht über diese Institutionen, Betreuungsvertrag, Schutz der Persönlichkeit, freie Arztwahl und Voraussetzungen für Massnahmen zur Beschränkung der Bewegungsfreiheit), behördliche Massnahmen nach Mass (Begleitbeistandschaft, Vertretungsbeistandschaft, Mitwirkungsbeistandschaft und umfassende Beistandschaft), Verzicht auf die Veröffentlichung der Einschränkung oder des Entzugs der Handlungsfähigkeit, Verbesserung des Rechtsschutzes und Schliessung von Lücken bei der fürsorglichen Freiheitsentziehung. Unbestritten geblieben ist auch die Notwendigkeit der Professionalisierung der vormundschaftlichen Behörden, hingegen ist im Entwurf als Erwachsenen- und Kinderschutzbehörde nicht mehr ein Fachgericht, sondern eine Fachbehörde vorgesehen, für deren Organisation die Kantone zuständig bleiben sollen. Ausserdem schlägt der Bundesrat vor, auf das in die Vernehmlassung geschickte spezielle Verfahrensgesetz zu verzichten, die darin enthaltenen wesentlichen Verfahrensgrundsätze aber im Sinne eines bundesrechtlich vereinheitlichten gesamtschweizerischen Standards im Zivilgesetzbuch zu verankern. Mit dem Inkrafttreten des Erwachsenenschutzrechts ist kaum vor 2010 zu rechnen. Bis dann wird sich die Stadt Luzern im Rahmen der kantonalen Entwicklungsarbeiten für eine rechtlich, fachlich und strukturell sowie wirtschaftlich optimale Umsetzung engagieren.

Die Tätigkeit des Sekretariats der Vormundschaftsbehörde im Jahr 2006 ist aus den Kennzahlen und dem dazugehörenden Kommentar ersichtlich.

Amtsvormundschaft

Im Frühjahr 2006 schloss die Vormundschaftspflege ihr Qualitätsmanagementprojekt erfolgreich ab. Die an der Abschlussveranstaltung präsentierten Ergebnisse fanden bei allen Anwesenden guten Anklang. Seither werden sie im Alltag umgesetzt und systematisch weiterentwickelt.

Eine der Neuerungen betrifft die Zuweisung vormundschaftlicher Massnahmen an Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Im Gegensatz

zur bisherigen Zuteilung nach Fallzahlen richtet sich das neue Mandatsbewirtschaftungssystem am Aufwand der Massnahmeführung aus. Dieser wird für jedes Mandat einzeln erhoben und als Gesamtaufwand je Mandats-träger/in ausgewiesen. Aus der Gegenüberstellung von Aufwand und Jahresarbeitszeit ergibt sich die Rangfolge der Zuteilung.

Das Mandatsbewirtschaftungssystem zeigt bereits erste positive Auswirkungen im Sinne einer ausgeglicheneren Belastung, aber auch einer verstärkten Auseinandersetzung mit der im Einzelfall einsetzbaren Zeit. Dies ist umso dringlicher, als die Neuzugänge innerhalb eines Jahres um 40 % zugenommen haben.

Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

Die Situation im Arbeitsamt hat sich etwas entspannt. Im Verlauf des Jahres ist die Arbeitslosenquote von 4,7 % auf 3,8 % gesunken. Aufgrund der immer noch hohen Arbeitslosenzahlen musste für das Berichtsjahr allerdings nochmals eine befristete Stelle bewilligt werden.

Im Bereich der AHV-Zweigstelle waren als Folge der Wirtschaftslage immer noch sehr viele Abklärungen im Zusammenhang mit der AHV-Unterstellung von nichterwerbstätigen Personen vorzunehmen. Auch die Anzahl der Anmeldungen für Prämienverbilligungen sowie der Neuanmeldungen für Ergänzungsleistungen zu den Renten ist unverändert hoch, da in vielen Fällen aufgrund lang andauernder Arbeitslosigkeit die Guthaben aus der zweiten Säule nur niedrig ausfallen.

Sozialamt

Neben der Bewältigung der Tagesgeschäfte, mit nach wie vor moderatem Anstieg der Fallzahlen, konnte das Qualitätsmanagementprojekt erfolgreich abgeschlossen werden. Die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsverband Luzern wurde an einer gemeinsamen Tagung intensiviert, in der Folge wurde die Fachstelle für Arbeit mit einem Personalvermittler ergänzt. Der Personalvermittler hat die Aufgabe, Sozialhilfebeziehende in den ersten Arbeitsmarkt, vor allem in den KMU-Bereich, zu vermitteln und so von der Sozialhilfe abzulösen.

Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ, mit Vertretern der regionalen Arbeitsvermittlung, der IV, der Sozialhilfe und der Berufsberatung, gewinnt an Bedeutung. Das Sozialamt arbeitet an der konkreten Umsetzung aktiv

mit. Die grosse Nachfrage nach den Dienstleistungen des Sozial Info REX und der Einkommensverwaltung im Rahmen der persönlichen Sozialhilfe bestätigen den Bedarf dieser Angebote.

Kinder Jugend Familie KJF

Im Dezember 2006 verabschiedete der Grosse Stadtrat den B+A 34/2006 Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Stadt Luzern. Für die beiden Schwerpunkte familienergänzende Kinderbetreuung und Prävention wurden die entsprechenden Mittel für einen gezielten Ausbau zugesprochen. Im Jahre 2007 werden gemeinsam mit der Bildungsdirektion die Pilotprojekte Schule+Betreuung, die Mittagstische sowie die Tagesschule ausgewertet und die zukünftige Strategie der Betreuung im Schulbereich aufgezeigt. Weiter müssen die Bedarfsplanung und die Tarife überprüft sowie die gesetzlichen Grundlagen erarbeitet werden.

Animation/Partizipation

Der Bereich Animation/Partizipation wird von Partnerinstitutionen (z. B. Kirchen) und der Öffentlichkeit zunehmend besser wahrgenommen. Dazu beigetragen hat, dass bei verschiedenen Aktionen, wie zum Beispiel dem "Tag des Kindes", aktiv die Zusammenarbeit mit Partnern gesucht wurde. Der Bereich übernimmt dadurch zunehmend eine vernetzende Funktion in der Stadt Luzern.

Kinderparlament/Jugendparlament

Das Kinderparlament verfügte 2006 über 96 Mitglieder. Davon waren 43 Kinder in Kommissionen (Teams) aktiv. Es haben drei Sessionen mit jeweils 50–60 teilnehmenden Kindern stattgefunden. Das KiPa hat 2006 drei Postulate eingereicht und zudem das Thema des kinderfreundlichen Bauens in der Stadt Luzern aufgegriffen. Dazu fanden verschiedene Gespräche mit Bauherrschaften, dem Stadtarchitekten und der Stadtgärtnerei statt.

Das Jugendparlament hat seine Neuorganisation abgeschlossen und ist im November neu lanciert worden. Wesentliche Änderung ist, dass neu eine zwölfköpfige Kommission aus Jugendlichen die Geschäfte vorbereitet und für die Organisation der Plenumsitzungen zuständig ist.

Mobile Kinder- und Jugendarbeit

Die quartierbezogene Jugendarbeit im Gebiet Basel-/Bernstrasse hat neu die Verantwortung für die Koordination des Teams "BaBeL-Kids" übernommen.

Im Rahmen des Projektes "Spielen im Vögeli-

gärtli" konnte die "IG Vögeligärtli" gegründet werden.

Jugendhaus Treibhaus

Das Jugendhaus Treibhaus feiert im Mai sein zweijähriges Bestehen. 2006 haben die Programmgruppen 110 Veranstaltungen organisiert. Die Grafikgruppe wurde für ihre Arbeit mit dem "Kick Ass Award" von Radio 3fach ausgezeichnet. Die Jugendbeiz wird immer besser besucht. Pro Tag wurden durchschnittlich 55 Mittagessen verkauft. Im Sommer hatte zum zweiten Mal das legendäre "Kick'n Rush"-Turnier seine Basis im Treibhaus.

Ferienpass und Freizeitangebote

Die Freizeitangebote, insbesondere der Ferienpass, waren in der Ausgabe 2006 ausserordentlich erfolgreich. Der Verkauf stieg um 35 % gegenüber dem Vorjahr an. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Planung und Kommunikation verbessert wurde. Die Zahl der Teilnehmenden bei den übrigen Freizeitangeboten bewegte sich im Rahmen des Vorjahres.

Familienergänzende Kinderbetreuung Schulalter Horte

2006 wurden die 190 Betreuungsplätze in den acht städtischen Horten durch 248 Kinder besucht. Per Ende 2006 besteht eine Warteliste von total 30 Kindern. Aufgrund der Einführung der Blockzeiten im August reduzierten sich die Hortöffnungszeiten auf 11.45 bis 18.00 Uhr. Gleichzeitig wurde die Frühmorgenbetreuung von 7.00 bis 8.00 Uhr im Würzenbach, Grenzhof, Dula, St. Karli und Hubelmatt eröffnet. Parallel dazu wurde der Pensenschlüssel überarbeitet und ein neues Betriebskonzept in allen Horten eingeführt. Anfang August bis Mitte Oktober übernahm das Hortpersonal die Wegbegleitung für Kindergartenkinder.

Mittagstische

Per August 2006 öffneten drei neue Mittagstische in den Gebieten Wesemlin, Tribtschen und Maihof. Der Mittagstisch "Barfüesser" wurde in das Betagtenzentrum Eichhof verlegt. Im Würzenbach, Hubelmatt und St. Karli sind die Mittagstische sehr gut ausgelastet.

Ferienhorte

Während der Fasnachts-, Oster-, Sommer- und Herbstferien wurde eine Tagesbetreuung von 7 bis 18 Uhr angeboten. Täglich besuchten durchschnittlich 30 Kinder den Ferienhort.

Schule+Betreuung

Das Projekt Schule+Betreuung wurde im Dezember 2006 evaluiert. Die Auswertung fliesst in die Gesamtevaluation der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulalter ein. Im Sommer 2007 wird das dreijährige Projekt beendet. Aufgrund der Nachfrage wird das Betreuungsangebot angepasst weitergeführt.

Kinder- und Jugendschutz

Der Kinder- und Jugendschutz führte Ende Dezember 321 vormundschaftliche Mandate, 26 mehr als 2005.

Die Psychosoziale Beratung (PsB) führte 48 Mandate, 25 wurden abgeschlossen. Es gab 63 Kurzberatungen und 25 Beratungen von Institutionen.

Die Ressourcen der psychosozialen Beratung wurden im Juni 2006 um 20 % reduziert, um die Überlastung in der gesetzlichen Mandatsführung aufzufangen. Die Themen der psychosozialen Beratung sind an erster Stelle Beschuchsrechts-Regelung sowie Trennungs- und Scheidungsberatung, an zweiter Stelle Erziehungsberatung, immer verbunden mit anderen Familienfragen. An dritter Stelle steht das Aufzeigen von Möglichkeiten für Entlastungen in der Erziehungsarbeit. Anspruchsvolle Mandate bilden eine Mischung aller drei Bereiche. Weitere Themen dieser Beratung sind rechtliche Auskünfte, Gewalt in der Familie, finanzielle Entlastungsmöglichkeiten und Umgang mit Krisen.

Der Kinder- und Jugendschutz arbeitet seit März 2006 mit einem Mandatsbewirtschaftungssystem. Mit diesem System kann die Belastung der Mandatstragenden dargestellt und über monatliche Auswertungen gesteuert bzw. ausgeglichen werden.

Familienergänzende Kinderbetreuung Vorschulalter

Die Leistungsvereinbarungen mit den fünf Kindertagesstätten und der Tageselternvermittlung bewähren sich. Die Nachfrage nach Säuglingsplätzen (Kinder bis zu 18 Monaten) ist sehr gross. Ebenso besteht generell in der ganzen Stadt eine grosse Nachfrage nach Betreuungsplätzen. Für 2007 ist nun ein Ausbau um rund 30 subventionierte Kita-Plätze und ein Ausbau bei der Tageselternvermittlung vorgesehen.

Kindertagesstätte Eichhörnli

Für die stadteigene Kita Eichhörnli ging das vierte Betriebsjahr zu Ende. 15 Kinder traten infolge ihres Kindergartenintritts im Sommer 2006 aus der Kita aus, sodass wieder Plätze für

wartende Kinder frei wurden. Trotzdem ist die Warteliste immer noch lang, und die Betreuungsnachfrage vor allem für Kinder unter 18 Monaten nimmt laufend zu.

Neben der täglichen Betreuung der anvertrauten Kinder werden auch Anlässe veranstaltet, die für die Zusammenarbeit zwischen den Eltern und dem Betreuungsteam sehr wichtig sind. Die Eltern haben Gelegenheit, Vertrauen zu der gewählten Institution aufzubauen, sich gegenseitig auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

Sanierung

Die fast zehn Jahre dauernden Sanierungsarbeiten sind Ende 2006 zu einem Ende gekommen. Das Ergebnis darf sich sehen lassen. Für die Kinder, Jugendlichen und die Mitarbeitenden ist damit eine belastende Zeit mit Lärmemissionen und Zügelstress beendet. Alle neu renovierten, hell und wohnlich eingerichteten Gruppenwohnungen sind wieder bezogen worden.

Kinder und Jugendliche

Es ist noch immer sehr schwierig und aufwendig für die Jugendlichen, nach dem Schulabschluss geeignete Lehrstellen zu finden. Mangels Ausbildungsplätzen besuchten einige Jugendliche die bestehenden Brückenangebote, welche jedoch nicht immer befriedigen konnten. Die Orientierungsschwierigkeiten und Zukunftsängste einiger Jugendlichen sind weiterhin wichtige Kernthemen der sozialpädagogischen Arbeit.

Sozialpädagogische Arbeit

Nach langjähriger Stabilität gab es im Berichtsjahr in der KJU verschiedene Personalmutationen. Die Bezugspersonenwechsel erforderten eine sehr sorgfältige Begleitung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen. 2006 erhielten die Kinder und Jugendlichen auf ihren Wohngruppen den Zugang zum Internet. Die Mitarbeitenden beschäftigen sich deshalb eingehend mit Sicherheitsfragen und mit den Gefahren im Umgang mit Internet, E-Mail, Chatten usw.

Projekt Notaufnahme für Kinder und Jugendliche im Schulalter

2003 hat die KJU beim kantonalen Sozialamt das Konzept einer stationären Notaufnahme für Kinder- und Jugendliche im Schulalter eingereicht. Der Bedarf an dieser Einrichtung ist mehr denn je ausgewiesen. Im November 2006 hat das kantonale Sozialamt zugesichert, das Projekt mit Standort KJU zu unterstützen. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten stehen

dafür bereits geeignete Wohnräume zur Verfügung. Die KJU wartet noch auf den Entscheid des Regierungsrates, die Notaufnahme zu bewilligen und im Rahmen des kantonalen Gesetzes über soziale Einrichtungen zu finanzieren.

Heime und Alterssiedlungen

Ein Schwerpunkt im Jahr 2006 lag für die Abteilungsleitung von Heime und Alterssiedlungen HAS in der Planung und Konkretisierung der vorgesehenen Umbauprojekte der Betagtenzentren BZ Eichhof und BZ Wesemlin mit den dazugehörigen Provisoriumslösungen. So konnten die geplanten Provisorien am Standort Hirschkamp, im Pflegeheim Grossfeld in Kriens und im Haus Saphir BZ Eichhof rechtzeitig bezogen werden. Das abgelaufene Jahr war aber vor allem auch geprägt durch die Auflösung des Pflegeheims Hirschkamp und die Eröffnung der neuen Pflegewohnungen Tribtschen.

Im Vorfeld der Sanierung des Hauses Rubin (Pflegeheim) BZ Eichhof ab November 2006 und des Teilersatzes des Pflegeheims Hirschkamp durch die Pflegewohnungen Tribtschen mussten insgesamt 20 Plätze abgebaut werden. Obwohl das Pflegeheim Steinhof seit Ende Juni in seinem neuen Dachgeschoss zwölf Pflegeplätze zusätzlich anbietet, kam es in der Folge zu einem Engpass in der Bewohneraufnahme. Pflegebedürftige Personen mussten dadurch vermehrt in einem Heim ausserhalb der Stadt temporär aufgenommen werden.

Auf der Bewohnerseite ist ein Trend zu beobachten, dass in den städtischen Langzeiteinrichtungen immer mehr Menschen aus der Psychiatrie aufgenommen werden müssen; darunter auch zunehmend jüngere, nicht pflegebedürftige Menschen mit vorwiegend psychosozialen Problemen (z. B. Alkoholmissbrauch usw.), die über BESA kaum adäquat erfassbar sind und deshalb die notwendigen Dienstleistungen folglich nicht verrechenbar sind.

Das Konzept eines neuen Arztdienstes konnte in der ursprünglich geplanten Form leider nicht realisiert werden. Nach Gesprächen mit santésuisse und der Ärzteschaft wird das alte duale System (Hausarzt mit Tarmed-Abrechnung in Wohnheimen und Heimarzt mit Arzt-pauschale in Pflegeheimen) weitergeführt. Verbesserungen werden durch die Neuanschaffung einer leitenden Heimarztin HAS mit vermehrten Steuerungs- und Koordinationsaufgaben sowie mit der Einführung von Zusammenarbeitsverträgen mit den betreuenden

Hausärzten erwartet (StB 724).

Im Berichtsjahr wurde ein HAS-übergreifendes Pflegeleitbild erarbeitet und eingesetzt. Als weitere wichtige Grundlage für die geplante Überarbeitung des Stellenplanschlüssels wurde mit der Erarbeitung der Leistungsvorgaben und -standards begonnen. Die freiwilligen Mitarbeitenden wurden in der Zwischenzeit in allen Betagtenzentren zu einer wichtigen Stütze in der Betreuung der Bewohnenden.

Die qualitativen Zielsetzungen des Gastronomieprojekts konnten zu einem wesentlichen Teil bereits erreicht werden. Das überarbeitete Hygienekonzept wurde in den Betagtenzentren geschult, die festgelegten quantitativen und qualitativen Leistungsvorgaben werden laufend erhoben und besprochen. Dagegen wurde festgestellt, dass der vor der Eingliederung in HAS erstellte Businessplan Gastronomie rückblickend betrachtet als zu optimistisch bezeichnet werden muss.

Daneben konnten im Berichtsjahr eine Reihe strategischer Berichte ausgearbeitet und dem Stadtrat zum (Vor-)Entscheid vorgelegt werden: Zukünftige Nutzung der Personalhäuser auf dem Areal des BZ Eichhof (StB 834), Grundsatzentscheide ergänzt mit Szenarien zur Sanierung des BZ Dreilinden, Konzeptanpassungen im BZ Rosenberg mit einem Umbau für Übergangspflege (B+A 29/2006).

In den zentralen Fachstellen HAS wurden die im Vorjahr gestarteten Organisations- und Teamentwicklungsprozesse fortgeführt. So wurden in der Fachstelle Wohnen im Alter (Heimanmeldung und Beratung) der Aufnahme- und Eintrittsprozess optimiert und schriftlich festgehalten. Daneben wurde auch ein Beschwerdenmanagement eingeführt. Als Resultat eines erfolgreichen OE-Projektes stehen in der Fachstelle Sozialberatung (Schwergewicht Einkommensverwaltung) neu ein Prozesshandbuch und erweitertes Statistikmaterial zur Verfügung. Erstmals fand auch eine Revision der Dossiers durch das Finanzinspektorat statt.

In der Fachstelle Pflege (Qualitätsentwicklung sowie Aus-/Weiterbildung im Pflegebereich) wurde der Pflegequalitätsstandard Sturzprävention erarbeitet. Die Schule für Pflegemitarbeit wurde mit Erfolg von Eduqua rezertifiziert. Im Frühjahr konnte im KKL bereits zum zweiten Mal die Fachtagung "Pflegetag 2006" zum Thema Demenz und Tabus sehr erfolgreich durchgeführt werden. Es soll deshalb ein "Pflegetag 2008" geplant werden. Von den Angeboten der Fachstelle Seniorenanimation

konnten durch den Einbezug der Pflegewohnungen und der Alterssiedlung Guggi noch mehr Bewohnerinnen und Bewohner profitieren. Besonders beliebt sind die Jass- und Singnachmittage sowie die Lese-Bar.

Betagtenzentrum Eichhof

Das Berichtsjahr war geprägt von den Vorbereitungen und dem Bezug der Provisorien. Der Start zu den umfassenden Um- und Neubauarbeiten des Hauses Rubin (Pflegeheim) war auf den 6. November festgelegt. Bis zu diesem Datum ging es darum, den Umzug für rund 150 Bewohnerinnen und Bewohner so vorzubereiten, dass die Provisoriumsstandorte Hirschkamp, Grossfeld Kriens und Haus Saphir bezogen werden konnten. Alles verlief ohne Zwischenfälle. Alle am Projekt beteiligten Menschen, insbesondere aber die Mitarbeitenden, haben eine hervorragende Arbeit geleistet und verdienen deshalb eine besondere Anerkennung. Zurück bleibt die "Baustelle Rubin" und die Freude auf den Bezug eines modernen und grosszügigen Pflegeheims Ende 2008.

Der Entwicklung und Schulung der Führungskräfte wurde wiederum eine hohe Bedeutung beigemessen. Durch gezielte Veranstaltungen und persönliche Fort- und Weiterbildungen wurden die entsprechenden Kompetenzen erhöht.

Der Bereich Gastronomie zeigte eine erfreuliche Entwicklung. In der Produktion hat sich das Cook-&-Chill-Verfahren weitgehend bewährt, was sich positiv auf die Qualität der Verpflegung auswirkte. Die Küche wurde durch den Baustellenbetrieb ebenfalls betroffen, indem verschiedene Räumlichkeiten nicht mehr genutzt werden können. Dies wurde zum Anlass genommen, in einem separaten Projekt die Produktionsabläufe zu hinterfragen und entsprechend zu optimieren.

Ende Jahr erfolgte der Start eines umfassenden OE-Projekts. Im Vordergrund stehen strukturelle und kulturelle Fragestellungen. Es besteht die Zielsetzung, die Organisation des BZ Eichhof auf das neue Pflegeheim vorzubereiten und durch eine förderliche Betriebskultur optimale Bedingungen sowohl für Bewohnende wie Mitarbeitende zu schaffen.

Betagtenzentrum Dreilinden

Aufbauend auf der Zielsetzung des Vorjahres stand die Weiterentwicklung der Dienstleistungsangebote und -qualität im Vordergrund. Die Leistungsvorgaben und Qualitätsstandards

HAS werden schrittweise bis 2008 umgesetzt. Die individuellere Angebotsgestaltung sowie das revidierte Konzept für kulturelle und kulinarische Anlässe fand bei den Bewohnenden guten Anklang.

Veränderte Klientenbedürfnisse und -ansprüche, wie diejenigen suchtkranker Menschen, stellten neue Herausforderungen dar. Es mangelt neben fachlicher Kompetenz auch an angepasster Infrastruktur dafür.

Im Berichtsjahr wurde im BZ Dreilinden das Absenzenmanagement erfolgreich eingeführt. Die Rückmeldungen der Mitarbeitenden, Vorgesetzten und der Ärzteschaft fielen mehrheitlich positiv aus. Das Führungsverständnis und -verhalten wurde mit regelmässiger Supervision unterstützt. Der angestrebte Fokuswechsel erfuhr nicht immer und von allen Mitarbeitenden Zustimmung. Es galt, den Weg sensibel und konsequent gemeinsam weiterzugehen.

Mit dem Erneuerungsumbau des Café Lindentreffs konnten die betrieblichen Abläufe und Platzverhältnisse optimiert werden. Das Café entwickelte sich zu einem willkommenen Treffpunkt für interne und externe Gäste. Eine Aufwertung erfuhr auch die alte Gartenanlage mit der lang ersehnten Sanierung des Brisen Gartens mit Teichanlage.

Das Rechnungsjahr schloss trotz optimistischen Budgets im Rahmen der Zielvorgaben ab. Dies war nur möglich durch ein regelmässiges Controlling und das Einleiten gezielter Korrekturmassnahmen.

Betagtenzentrum Rosenberg

Im Berichtsjahr konnten zahlreiche Verbesserungen in der Wohnlichkeit und Sicherheit für die Bewohnenden realisiert werden. Im Pflegeheim wurden die Aufenthaltsräume von Grund auf renoviert und den veränderten Bedürfnissen bezüglich Wohnlichkeit und Gastronomie angepasst. Im Wohnheim wurden die Storen in den Zimmern elektrifiziert und sowohl Licht als auch Mobiliar in den Nasszellen der Zimmer optimiert. Die letzte Etappe des Ausbaus der Bewohnerrufanlage konnte abgeschlossen werden.

Die internen Entwicklungsschwerpunkte befassten sich mit dem Umgang mit freiheitsbeschränkenden Massnahmen und dem Umgang mit demenzerkrankten Personen. Die Mitarbeitenden der Pflege setzten das interne Konzept "Freiheitsbeschränkende Massnahmen" um. Die Mitarbeitenden der Technik, der

Hotellerie und der Administration besuchten die interne Schulung zum Thema "Umgang mit demenzerkrankten Personen".

Ein wichtiger Meilenstein war die Erarbeitung der Leitwerte. Diese Arbeit konnte im Frühsommer erfolgreich abgeschlossen werden. Nun steht die Umsetzung der Werte im Alltag im Zentrum der weiteren Arbeit.

Das Berichtsjahr stand auch im Zeichen von zahlreichen Veränderungen: So gab es einen Wechsel in der Leitung Pflege und beim Arzt. Der verdiente Heimarzt, Dr. Guido Pfister, hat seine langjährige Tätigkeit im BZ Rosenberg aufgegeben. Der Auszug der Spitex aus dem Rosenberg und die damit frei werdenden Räume bedingten erste Vorarbeiten für das neu zu schaffende Angebot "Übergangspflege" und die damit verbundenen Umbauten.

In der externen Qualitätsüberprüfung wurden die Leistungen des Rosenberg gut bis sehr gut bewertet. Diese positiven Ergebnisse motivieren Team und Geschäftsleitung, den Weg der Orientierung an den Bedürfnissen der Bewohnenden und die damit verbundene Gestaltung des Lebensraumes "Rosenberg" fortzusetzen.

Betagtenzentrum Wesemlin

Das BZ Wesemlin legt im Berichtsjahr ein sehr gutes Rechnungsergebnis vor. Neben deutlichen Mehrerträgen haben vor allem die Mitarbeitenden mit massvollem Ressourceneinsatz und grosser Leistungsbereitschaft einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet. Eine gute Unternehmenskultur und eine Philosophie des Miteinanders machen dies möglich.

Das BZ Wesemlin hat eine hohe Ausbildungsdichte erreicht. Die Grundausbildungen in der Pflege, in der Hotellerie, in der Küche und in der Verwaltung sind gut etabliert. Erstmals konnte auch ein Ausbildungsplatz im technischen Bereich besetzt werden. Im abgelaufenen Jahr wurden die ersten Vorbereitungen für die höhere Fachausbildung in der Pflege an die Hand genommen. Es besteht eine grosse Nachfrage für die Nachholbildung von Pflegefachleuten mit Diplomniveau I zum Diplomniveau II. Im BZ Wesemlin werden entsprechende Ausbildungsplätze geschaffen. In erster Priorität werden diese mit internen Mitarbeitenden besetzt.

Eine erfreuliche Entwicklung zeigt sich in der Gastronomie. Der Restaurantumsatz überschritt erstmals die Grenze von Fr. 0,5 Mio. Ausschlaggebend dafür sind ein konstant

gutes und vielfältiges Angebot sowie die Durchführung von Sonderanlässen auch für die Öffentlichkeit. Eine gut funktionierende Gastronomie trägt Wesentliches zu einer hohen Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner bei.

Pflegeheim Hirschpark

Das Berichtsjahr steht im Zeichen der Veränderungen. Ab Juni 2005 wurde der reduzierte Betrieb Hirschpark in einem Provisorium im Pflegeheim Grossfeld in Kriens geführt. Im Verlauf des Jahres galt es, den Betrieb weiter zu reduzieren, um im Oktober 2006 mit 24 Bewohnenden in die neu erstellten Pflegewohnungen Tribschen umzusiedeln.

Für die Mitarbeitenden war es ein intensives Jahr. Erfreulich ist, dass sämtliche vom Bettenabbau betroffenen Mitarbeitenden und Bewohnenden rechtzeitig eine neue Stelle bzw. einen neuen Heimplatz gefunden haben. Der damit verbundene organisatorische Mehraufwand war erheblich und eine grosse Herausforderung, auch menschlich gute Lösungen zu finden.

Nach einer intensiven Vorbereitungszeit erfolgte schliesslich am 17. Oktober der Umzug in die Pflegewohnungen Tribschen. Auf diesen Zeitpunkt wurde das Pflegeheim Hirschpark aufgelöst. Die administrativen Abschlussarbeiten dauerten noch bis Februar 2007.

Pflegewohnungen

Im Zentrum des Berichtsjahres stand die Neueröffnung der Pflegewohnungen Tribschen und damit die Erweiterung von bisher 19 auf 43 Bewohnerplätze. Am 17. Oktober wurden die neuen Bewohnerinnen und Bewohner in den hellen und einladenden Räumen begrüsst. Die neuen Stellen konnten weitgehend mit Mitarbeitenden des Pflegeheims Hirschpark besetzt werden. Dabei wurde konsequent das Ziel verfolgt, positive Erfahrungen und Erkenntnisse aus den beiden Institutionen miteinander zu verbinden und weiterhin nutzbar zu machen.

Im Rahmen der Vorbereitungen wurden die Pflegedokumentationen überarbeitet. Das Resultat diente gleichzeitig als Grundlage für die generelle Harmonisierung in allen städtischen Betagtenzentren. Neu formuliert wurde das Leitbild als Basis für ein zielgerichtetes, vergleichbares Arbeiten in allen Wohnungen. Fortgesetzt wurde die Umsetzung der städtischen Pflegequalitätsstandards. Die Erhebung der Dekubitusprävalenz zeigte sehr gute Re-

sultate. Erfreulich war auch der Revisionsbericht des Finanzinspektorats.

Dank wirkungsvoller Öffentlichkeitsarbeit gelang es, die Pflegewohnungen noch bekannter zu machen. Die Eröffnung der Pflegewohnungen Tribschen fand in den Medien gute Aufnahme. Die grosse Resonanz am Tag der offenen Tür bestätigte das grosse Interesse.

Spitex

Die Vorbereitungen für die neue Leistungsvereinbarung ab 1.1.2008 erwiesen sich als umfangreich. Verschiedenste Entwicklungen mussten berücksichtigt werden, u. a. Auswirkungen Neuer Finanzausgleich NFA (Bund/Kantone sowie Kanton/Gemeinden), städtisches Entlastungs- und Überprüfungsprojekt, damit auch zukünftig eine umfassende und qualitativ hoch stehende Versorgung der Bevölkerung mittels ambulanter Spitexleistungen möglich ist. Zusätzlich hat die Spitex Luzern in einer Konzeptarbeit ihr psychiatrisches Angebot überprüft und erste Schritte zum Ausbau der Psychiatriepflege getätigt. Das Konzept beinhaltet neu Fachberatung und Bedarfsabklärung durch eine Psychiatriefachfrau sowie den Ausbau des Weiterbildungsangebotes für das Spitexpersonal. Mit dem am 1.1.2006 in Kraft getretenen neuen kantonalen Gesundheitsgesetz wurden die Gemeinden neu als Bewilligungsinstanz für Spitexorganisationen verpflichtet. Diese neue Aufgabe bedingt, dass zukünftig die Stadt Luzern für alle ortsansässigen Spitexorganisationen Bewilligungen bearbeiten und erteilen muss.

Seniorenrat

Der Seniorenrat der Stadt Luzern hat sich im Berichtsjahr zu acht Sitzungen getroffen. Er hat sich mit folgenden Themen, teilweise zusammen mit Fachexperten, vertieft auseinandergesetzt: Sicherheit für Seniorinnen und Senioren in der Stadt und insbesondere auch in den Fahrzeugen der vbl; Velozulassung auf dem Quai; Aussprache zum parlamentarischen Vorstoss "Neue Rechtsform für die Betagtenzentren"; Vernehmlassung zum Fusionsvertrag Littau-Luzern. Im Weiteren hat der Seniorenrat eine aktualisierte Informationsbroschüre "Wegweiser für die Generation 65 plus in der Stadt Luzern" herausgegeben und die Feier "Willkommen im AHV-Alter" durchgeführt.

4.1.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

Das Leistungsblatt Heime und Alterssiedlungen / Betagtenzentren ist im Bericht der Heime und Alterssiedlungen zum Leistungsauftrag mit Globalbudget in Kapitel 5.1 integriert und wird nicht mehr separat aufgeführt.

4.1.4.1 Sekretariat Vormundschaftsbehörde

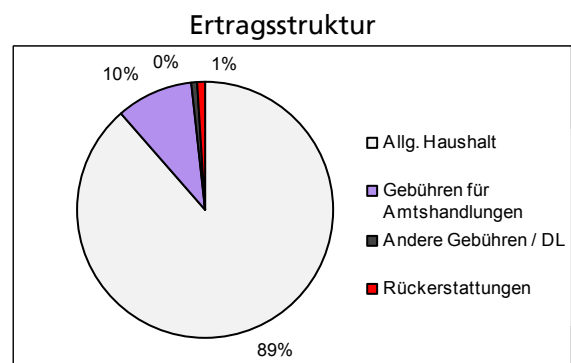
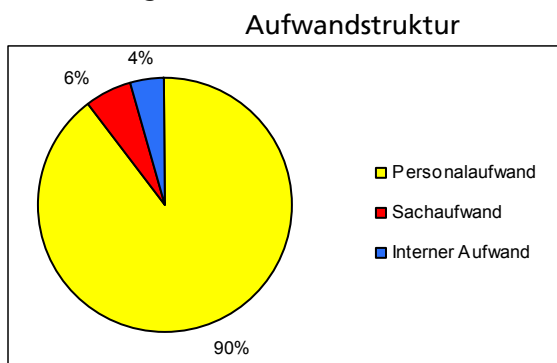
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Vormundschaftsbehörde ist im Kanton Luzern der Gemeinderat. In der Stadt ist der Stadtrat für die Anordnung und Aufhebung vormundschaftlicher Massnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zuständig; er ernennt die beruflichen und privaten Betreuungspersonen und nimmt alle zwei Jahre deren Berichte und Rechnungen ab. Er stimmt nach Art. 421 ZGB allen wichtigen Geschäften zu, die über die ordentliche Verwaltung des Vermögens hinausgehen, und stellt Anträge an den Regierungsstatthalter im Rahmen des Adoptionsrechts und der Art. 404 und 422 ZGB. Überdies ist er für die Regelung des Kindesverhältnisses zum Vater und des Unterhalts für ausserhalb der Ehe geborene Kinder sowie für Besuchsrechtsregelungen und Einräumung der gemeinsamen elterlichen Sorge zuständig. Das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde bereitet alle Geschäfte der Vormundschaftsbehörde vor und führt die Verfahren durch. Im Stellenplan sind zehn Stellen bewilligt.

b) Ergebnis

	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	1'502'263	1'458'880	1'475'000	-16'120	-1%	-43'383	-3%
Ertrag	116'487	164'422	116'000	48'422	29%	47'935	41%
Ergebnis	-1'385'776	-1'294'458	-1'359'000	64'542	5%	91'318	7%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Anträge an Vormundschaftsbehörde	441	484	537	588	740	+26%
Sozialabklärungen	350	375	381	398	467	+17%
Neuanordnungen Massnahmen	181	153	168	196	238	+21%
Aufhebung/Übertragung von Massnahmen	141	167	147	182	177	-3%
Berichtsabnahmen	375	553	484	494	524	+6%
Vaterschafts-/Unterhaltsregelungen ohne Massnahmen / Besuchsrecht/gemeinsame elterliche Sorge	82	97	89	83	140	+69%
Zustimmungsgeschäfte	88	76	63	66	68	+3%
Diverse Geschäfte	78	142	153	224	223	0%
Inventare	74	66	78	64	102	+59%

e) Kommentar

Das erfreuliche Gesamtergebnis ist vor allem auf 40 % Mehreinnahmen der Gebühren für Amtshandlungen zurückzuführen. Diese wurden durch einen enormen Anstieg des Arbeitsvolumens beim Sekretariat der Vormundschaftsbehörde erzielt. Nachdem seit Jahren die Anträge an die Vormundschaftsbehörde jeweils regelmässig um rund 10 % gestiegen sind, lagen diese 2006 bei 26 % über denjenigen von 2005. Sowohl im Kindes- als auch im Erwachsenenschutz haben sich die Fallzahlen erhöht. Einerseits erforderten insbesondere Schulschwierigkeiten, fehlende berufliche Perspektiven, mangelnde kulturelle Anpassung, Verweigerung des Besuchsrechts sowie Überforderung der Eltern und

leider auch Kindesmisshandlungen den Einsatz der Vormundschaftsbehörde. Andererseits mehren sich bei Erwachsenen psychische Probleme, soziale Isolation, Verwahrlosungstendenzen, Unvermögen, mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln umzugehen, und dank der langen Lebenserwartung auch Demenzerkrankungen bei betagten Menschen. Bei seit Jahren gleichgebliebenen personellen Ressourcen ist das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde 2006 an seine Grenzen gestossen. Anpassungen im Bereich der Personalressourcen sind zwingend notwendig.

4.1.4.2 Amtsvormundschaft

a) Aufgaben / Dienstleistungen

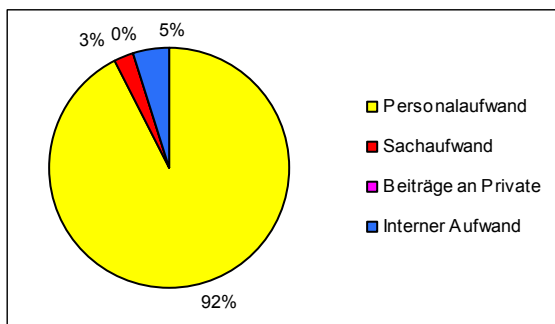
Die Mandatsträger/innen der Amtsvormundschaft betreuen und vertreten Erwachsene, für die eine Vormundschaft, Beiratschaft oder Beistandschaft besteht, und führen Beistandschaften für juristische Personen. Die Mandatsführung umfasst je nach Massnahme die persönliche Betreuung (Management der gesamten Lebenssituation in Zusammenarbeit mit den Betroffenen, ihrem Umfeld und andern Leistungserbringern), die Regelung der finanziellen Angelegenheiten, die Einkommens- und Vermögensverwaltung, die Wahrnehmung von Rechtsinteressen und die Vertretung vor Gericht und Ämtern. Die Mandatsträger/innen werden in ihrer Tätigkeit durch die kaufmännische Fachbearbeitung, die Rechtsberatung und die Buchhaltung unterstützt. Sie erstatten dem Sekretariat der Vormundschaftsbehörde über jede einzelne Massnahme alle zwei Jahre Bericht und Abrechnung. Im Stellenplan sind für die Durchführung dieser Aufgaben 20,2 Stellen bewilligt.

b) Ergebnis

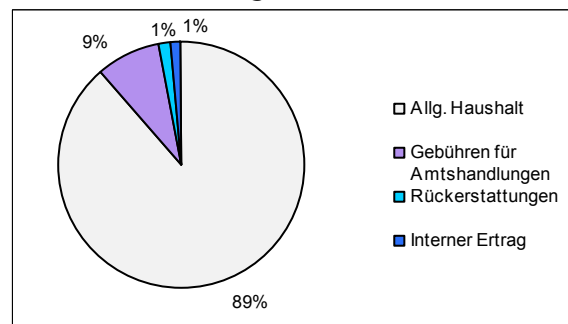
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	2'879'436	2'912'411	2'815'500	96'911	3%	32'975	1%
Ertrag	260'105	332'660	249'500	83'160	33%	72'555	28%
Ergebnis	-2'619'331	-2'579'752	-2'566'000	-13'752	-1%	39'580	2%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Klientinnen und Klienten	911	971	968	713	706	752	+7%
Vormundschaften				203	197	189	
Beiratschaften				38	32	37	
Beistandschaften				451	456	505	
Andere Massnahmen				21	21	21	
Anzahl Neueingänge				91	92	129	+40%
Anzahl Abgänge				97	109	88	-19%
Tod				45	63	47	
Übertragung				16	14	12	
Aufhebung				36	32	29	

e) Kommentar

Der Besoldungsaufwand liegt wegen Ersatzanstellungen für verschiedene lang andauernde Krankheiten, Unfälle sowie Mutterschaftsurlaube um 3 % über dem Budget. Entsprechend sind auf der Ertragsseite die Rückerstattungen der Sozialversicherungen höher als budgetiert. Zum höheren Ertrag haben auch die um 25 % oder Fr. 50'000.– über Budget liegenden Gebühren für Amtshandlungen beigetragen. Der Grund liegt bei der gestiegenen Zahl von Klienten und der Zunahme der Abrechnungen wegen gehäufter Todesfälle gegen Jahresende.

Die Veränderung bei den Klientinnen und Klienten zwischen 2003 und 2004 ist bedingt durch die Ausgliederung des Kinderschutzes. Seit September 2004 führt die Amtsvormundschaft nur noch vormundtschaftliche Massnahmen für Erwachsene. Der Anstieg der Bestandeszahlen im Jahre 2006 stimmt mit der Entwicklung in andern Schweizer Städten überein. Gestützt auf die Kriterien des Fallmanagements drängt sich eine Anpassung der Personalressourcen auf.

4.1.4.3 Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Abteilung SVS umfasst die Bereiche Arbeitsamt und AHV-Zweigstelle. Das Arbeitsamt ist zuständig für die Anmeldung von Arbeitslosen und von Personen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, zur Stellenvermittlung und zum Bezug von Versicherungsleistungen. Die Kontrollformulare "Angaben der versicherten Person" werden jeden Monat von den versicherten Personen im Arbeitsamt abgegeben. Fachlich ist das Arbeitsamt der kantonalen Dienststelle Wirtschaft und Arbeit (wira) unterstellt. Die Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und mit den Arbeitslosenkassen.

Die AHV-Zweigstelle ist im Beitragsbereich der AHV zuständig für Abklärungen und Erfassungen von Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen. In den Bereichen Renten und Ergänzungsleistungen ist die AHV-Zweigstelle verantwortlich für die Beratung sowie die Mithilfe bei Anmeldungen und Mutationen. Dasselbe gilt auch im Bereich KVG-Prämienvorbildungen. Fachlich ist die AHV-Zweigstelle für diese Aufgaben der Ausgleichskasse Luzern unterstellt. Die weitere Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit den städtischen Abteilungen Einwohnerdienste und Steueramt.

Ebenfalls von der AHV-Zweigstelle werden Anmeldungen, Berechnungen, Entscheide und die Auszahlung der städtischen Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ) sowie der Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ) übernommen.

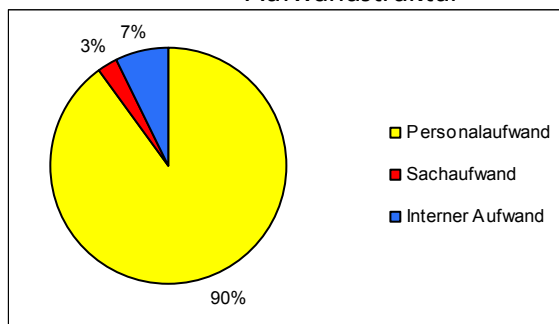
Im Stellenplan sind für die Durchführung all dieser Aufgaben 10,5 Stellen bewilligt.

b) Ergebnis

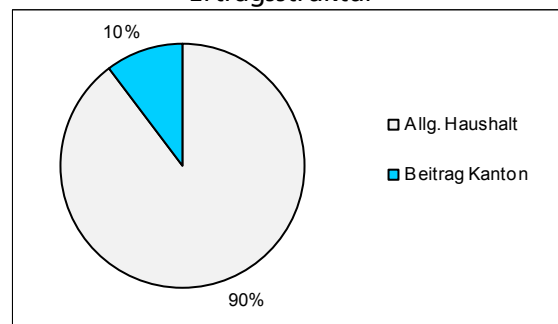
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	1'246'260	1'214'378	1'177'400	36'978	3%	-31'881	-3%
Ertrag	132'591	123'874	116'000	7'874	6%	-8'717	-7%
Ergebnis	-1'113'669	-1'090'504	-1'061'400	-29'104	-3%	23'165	2%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Arbeitsamtdossiers	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Anfangsbestand				1'822	2'073	2'001	2'226
Neuanmeldungen				2'812	2'646	2'703	2'445
Abmeldungen				2'561	2'718	2'478	2'788
Endbestand				2'073	2'001	2'226	1'883
Renten-Dossiers	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Anfangsbestand				7'251	7'259	7'219	6'945
Neuanmeldungen				754	665	336	540
Abgänge				746	705	610	449
Endbestand				7'259	7'219	6'945	7'036
Ergänzungsleistungs-Dossiers	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Anfangsbestand				3'099	3'198	3'346	3'327
Neuanmeldungen				637	680	616	531
Abgänge				538	532	635	517
Endbestand				3'198	3'346	3'327	3'341
Revisionen				665	527	511	499

Prämienverbilligung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Anmeldungen		7'592	8'106	9'142	9'607	9'800	9'175
Mutationen				1'718	2'041	2'188	2'186
AHV-Unterstellung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Selbstständigerwerbende							
Anfangsbestand				2'790	3'379	3'861	4'363
Neuanmeldungen				763	667	951	638
Abgänge				174	185	448	188
Endbestand				3'379	3'861	4'363	4'813
AHV-Unterstellung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Nichterwerbstätige							
Anfangsbestand				2'419	2'926	3'306	2'941
Neuanmeldungen				762	782	661	812
Abgänge				255	402	1'026	925
Endbestand				2'926	3'306	2'941	2'828

e) Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ)

Die AHIZ haben den Zweck, Rentnerinnen und Rentnern in der Stadt Luzern ein Mindesteinkommen, welches analog zu den Ergänzungsleistungen berechnet wird, zu gewähren. Im Gegensatz zu den Ergänzungsleistungen wird bei der Anrechnung von Mietzins und Nebenkosten auf die städtischen Verhältnisse speziell Rücksicht genommen, indem der Höchstbetrag für Miete höher angesetzt ist und die Nebenkosten effektiv angerechnet werden können.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Höhe der Zusatzleistungen (in Mio. Fr.)	1,41	0,92	0,85	0,71	0,66	0,72	0,75
Auszahlung an:							
Anzahl Haushalte am 1.1.	1'100	1'075	1'333	1'200	360	373	392
Neuanmeldungen				54	88	84	98
Abgänge				894	75	65	71
Anzahl Haushalte am 31.12.				360	373	392	419
Davon Anzahl Frauen	668	649	772	217	223	248	253
Anzahl Männer	291	295	403	84	85	83	92
Anzahl Ehepaare	151	131	158	59	65	61	74
Leistungen pro Haushalt/Jahr in Fr.							
im Durchschnitt	1'290	856	642	365	1'833	1'598	1'796
im Minimum	60	60	60	60	60	60	60
im Maximum	7'880	6'260	8'712	6'104	9'684	6'400	5'000

f) Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ)

Familien und Alleinerziehende geraten infolge der Kosten, die im Zusammenhang mit der Erziehung, Betreuung, Schulung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen entstehen, oft in finanzielle Engpässe. Die FAZ hat den Zweck, die Abgeltung dieser Kosten zu erleichtern. Der Grosse Stadtrat hat mit B+A 38/2005 die Verlängerung des Reglements für weitere zwei Jahre beschlossen.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Höhe der Zusatzleistungen in Fr.	56'770	93'284	143'335	141'211	172'898	180'823	205'759
Ausrichtung an:							
Anzahl Haushalte	49	46	67	66	86	86	99
Anzahl Kinder	103	83	125	128	166	205	185
Die jährlichen Leistungen							
betragen im Durchschnitt in Fr.							
pro Haushalt	1'158	2'027	2'139	2'139	2'010	1'674	2'078
pro Kind	551	1'123	1'146	1'103	1'041	882	1'112

g) Kommentar

Im Berichtsjahr haben die Fallzahlen im Arbeitsamt leicht abgenommen. Verglichen mit den Vorjahren waren weniger Neuansmeldungen und etwas mehr Abmeldungen zu verzeichnen.

In der AHV-Zweigstelle sind die Zahlen fast unverändert geblieben. Da im laufenden Jahr auch wieder Frauen das ordentliche Rentenalter erreicht haben, sind wieder mehr Rentenanmeldungen zu verzeichnen.

Bei den Prämienverbilligungen hat sich die Anzahl der Anmeldungen verringert, da alle Gesuche für Sozialhilfebeziehende direkt durch die Ausgleichskasse Luzern verarbeitet worden sind.

Die Anzahl der Selbstständigerwerbenden und auch die Anzahl der Überprüfungen von Nichterwerbstätigen hat im Berichtsjahr nochmals zugenommen.

Die Bezügerzahl der Zusatzleistungen AHIZ zu den AHV/IV-Renten hat sich ebenfalls nicht mehr stark verändert. Es sind nach wie vor hauptsächlich ledige, geschiedene oder verwitwete Frauen, welche über keine oder nur sehr geringe Leistungen der zweiten Säule verfügen.

Die Zahl der Familien und Alleinerziehenden, welche städtische Zusatzleistungen FAZ beziehen können, hat wieder etwas zugenommen. An den Anmeldungen waren im Berichtsjahr wieder weniger Kinder beteiligt. Mit B+A 38/2005 wurde das Reglement über die Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende vom den Grossen Stadtrat um zwei Jahre verlängert. Nach dem jetzigen Wissensstand werden auf Bundesebene die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien bis Ende 2007 noch nicht definitiv diskutiert worden sein, was dafür spricht, die FAZ auch 2008 weiterzuführen.

4.1.4.4 Sozialamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern ist für die Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig. Das Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern schreibt folgende Aufgaben vor:

- Wirtschaftliche Sozialhilfe für die Existenzsicherung
- Persönliche Sozialhilfe zur sozialen und beruflichen Integration (Beratung und Dienstleistungen, soziale Sachhilfen)
- Sonderhilfen: Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe
- Generelle Sozialhilfe (z. B. Leistungsverträge)

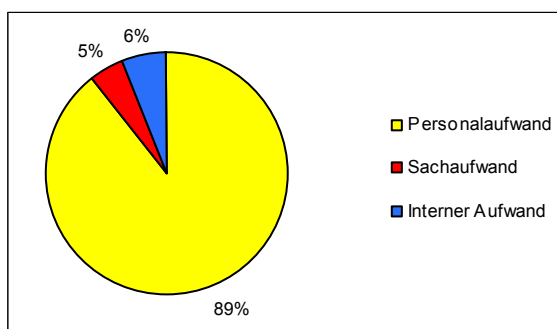
Das Sozialamt arbeitet in verschiedenen Gremien mit den Sozialdiensten der anderen Gemeinden, dem kantonalen Sozialamt und den privaten Sozialdiensten eng zusammen. Es unterhält auch regionale und nationale Fachkontakte. Im Stellenplan sind für die Durchführung dieser Aufgaben insgesamt 39,7 Stellen für Festangestellte, befristete Anstellungen und Praktikanten bewilligt.

b) Ergebnis

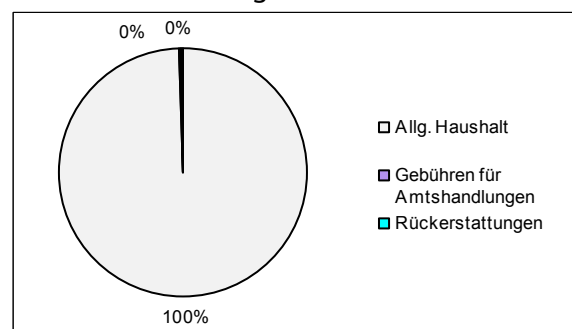
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	4'069'519	4'134'345	4'236'400	-102'055	-2%	64'826	2%
Ertrag	11'512	18'431	10'000	8'431	84%	6'919	60%
Ergebnis	-4'058'008	-4'115'915	-4'226'400	110'485	3%	-57'907	-1%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd
Bruttoausgaben pro Personaleinheit (WSH / Alimentenbevorschussung / Inkassohilfe)	1'570'273	1'575'089	1'666'969	1'613'693	1'654'944	1'351'739	-18.3%
Nettokosten pro Personaleinheit	244'697	248'151	398'871	448'241	461'828	374'377	-18.9%
Anzahl Personaleinheiten pro Mio. Bruttoaufwand	0,69	0,63	0,60	0,62	0,60	0,74	+23.3%
Anzahl offener Dossiers per 31.12.	1'123	1'169	1'194	1'296	1'407	1'454	+3.3%

e) Kommentar

Die Veränderungen der spezifischen Kennzahlen sind mit dem Aufbau der Fachstelle Arbeit zu erklären (3,0 Pensen zusätzlich mit befristeten Anstellungen).

Die Steigerung der Anzahl der offenen Dossiers hat sich merklich abgeschwächt, dies dank den verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Allerdings sind die absoluten Dossierzahlen noch immer gestiegen.

4.1.4.5 Wirtschaftliche Sozialhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern hat den Auftrag, für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Luzern Wirtschaftliche und Persönliche Sozialhilfe anzubieten. Als Bemessungsgrundlage gelten die Richtlinien der SKOS (Schweiz. Konferenz für Öffentliche Sozialhilfe). Die Aufteilung nach Herkunft der Klientinnen und Klienten ist Voraussetzung für die Geltendmachung der Kostenersatzpflicht durch andere Gemeinwesen. Der Auftrag ist im Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern definiert. Der kantonale Ausgleichsfonds wurde eingerichtet, damit die Zentrumslasten der Stadt Luzern im Bereich der Wirtschaftlichen Sozialhilfe gemildert werden.

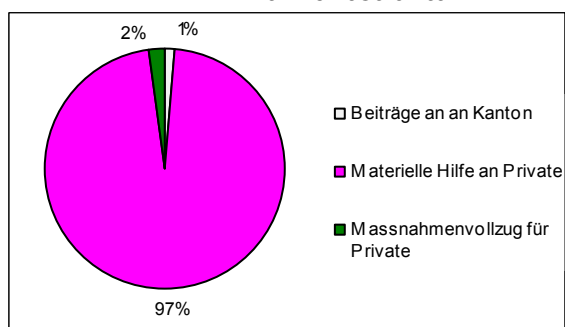
Die Gerichte können Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die straffällig werden, eine Massnahme in Form von z. B. einer Drogentherapie oder Arbeitserziehung verordnen. Die Finanzierung dieser Massnahme erfolgt jedoch durch die Wohngemeinde.

b) Ergebnis

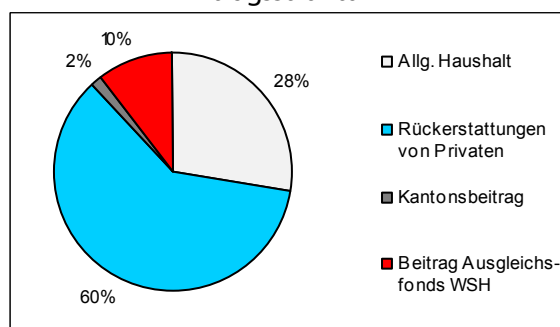
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	50'806'799	53'664'036	48'860'000	4'804'036	10%	2'857'237	+6%
Ertrag	36'628'664	38'801'261	35'510'000	3'291'261	9%	2'172'597	+6%
Ergebnis	-14'178'135	-14'862'775	-13'350'000	-1'512'775	-11%	-684'640	-5%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

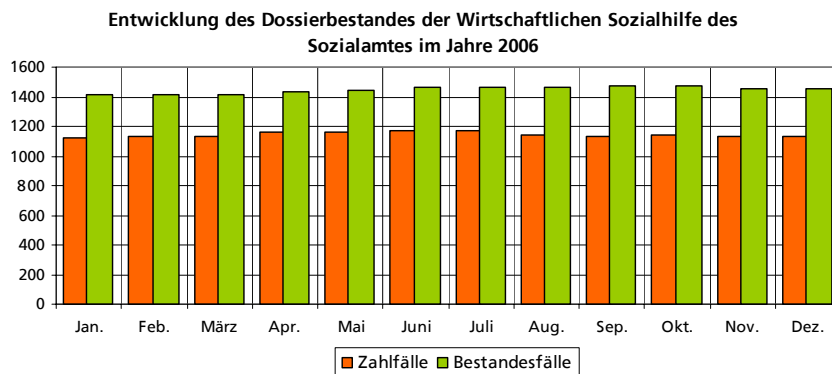
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Anzahl Dossiers per 31.12. (kum.)	1'738	1'818	1'603	1'719	1'938	1'995	+2,9%
Stadtbürger/innen	256	312	280	328	478	488	+2,1%
Kantonsbürger/innen	321	342	296	308	314	320	+1,9%
Ausserkantonale	712	758	656	670	693	712	+2,7%
Ausländer/innen	449	406	371	413	453	475	+4,9%
Nettoaufwand pro Dossier in Fr.	2'462	2'577	* 6'076	7'033	7'219	7'450	+3,2%

* Verzicht auf die Kostenersatzpflicht innerhalb des Kantons Luzern.

e) Kommentar

Der Anstieg der bearbeiteten Dossiers ist nochmals, wenn auch moderat, angestiegen. Dies ist nach wie vor auf die Gruppe der Altersrentner in städtischen und privaten Pflegeeinrichtungen zurückzuführen. Durch die veränderte Praxis der Invalidenversicherung – restriktivere Zugangsbestimmungen – verbleiben Menschen in der Sozialhilfe, obwohl sie keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Der höhere Nettoaufwand pro Dossier ist mit Investitionen in Arbeits-/Beschäftigungsprogramme und in Tagesstrukturangebote zu erklären.

Nachfolgend werden die Fallzahlenentwicklung sowie die Zu- und Abgänge für das Berichtsjahr dargestellt:

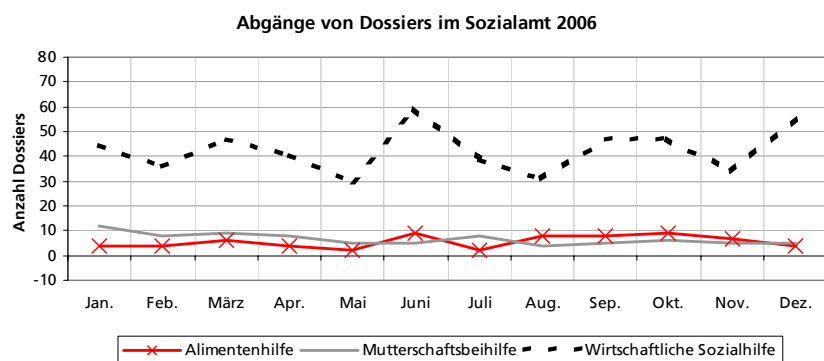
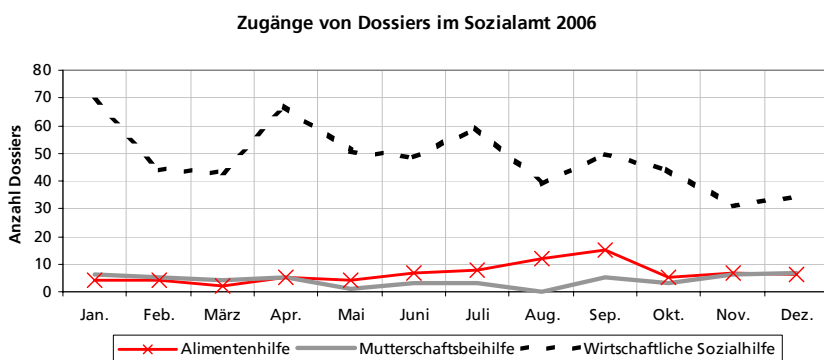


Zahlfälle:

Als Zahlfälle werden per Stichtag die Fälle gezählt, die im entsprechenden Monat eine bedarfsabhängige Sozialhilfeleistung beziehen.

Bestandesfälle:

Als Bestandesfälle werden per Stichtag die Zahlfälle und die Fälle gezählt, deren letzter Leistungsbezug nicht über sechs Monate zurückliegt (hohe "Rückfallgefährdung").



Diese zwei Darstellungen zeigen deutlich, dass bei der Wirtschaftlichen Sozialhilfe die Zugänge über den Abgängen liegen. Ebenfalls zu beobachten ist eine Abflachung der Zugänge, d. h. ein leichter Rückgang der Fallzunahmen.

4.1.4.6 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Mutterschaftsbeihilfe sichert Müttern und Familien während zwölf Monaten ab Geburt des Kindes das soziale Existenzminimum, sofern dieses nicht durch Einkommen (Lohn, Lohnfortzahlung, Versicherungen) oder Vermögen gedeckt ist (§ 54 kant. Sozialhilfegesetz SHG).

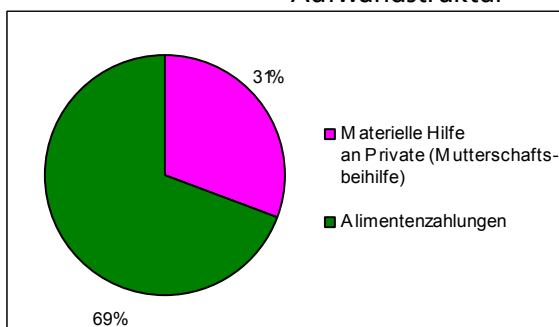
Die Alimentenhilfe umfasst einerseits die Bevorschussung von Kinderalimenten, sofern diese nicht rechtzeitig oder nicht vollständig bezahlt werden (§ 45 ff. SHG). Andererseits hat das Sozialamt Inkassohilfe für Ehegattenalimente und/oder Kinderalimente (bevorschusste und nicht bevorschusste) zu leisten (§ 44 SHG).

b) Ergebnis

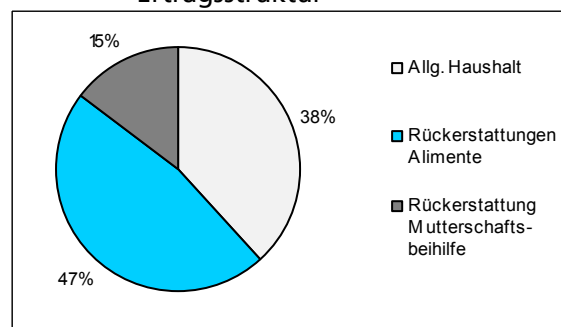
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	5'007'954	4'207'061	4'900'000	-692'939	-14%	-800'893	-16%
Ertrag	2'816'454	2'590'571	2'750'000	-159'429	-6%	-225'883	-8%
Ergebnis	-2'191'500	-1'616'490	-2'150'000	533'510	25%	575'010	-26%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur

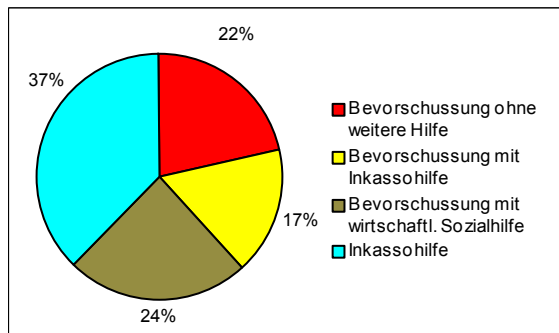
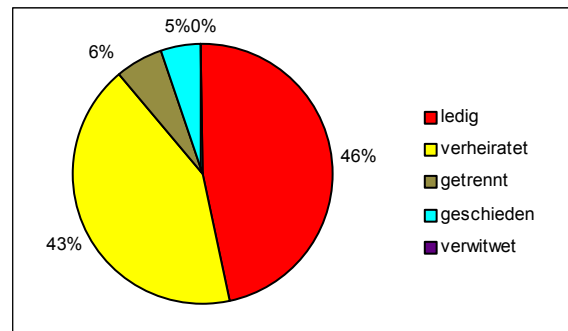


Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Mutterschaftsbeihilfe	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Anzahl MBH (kumuliert)	150	141	118	82	-30,5%
Bruttoauszahlungen	2'651'756	2'406'123	2'058'434	1'284'553	-37,6%
Einnahmen (Renten/Lohn/Taggeld)	1'580'551	1'295'891	967'667	623'600	-35,5%
Beitrag Kanton (für Vorjahr)	385'613	0	0	0	
Nettoauszahlungen	685'592	1'110'232	1'090'767	660'953	-39,4%
Alimentenhilfe	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Anzahl Inkassodossiers (kumuliert)	598	713	793	821	+3,5%
Anzahl Bevorschussungsdossiers (kumuliert)	252	273	261	245	-6,1%
Bevorschusste Alimente	1'660'097	1'611'964	1'715'902	1'747'174	+1,8%
Rückerstattung / bez. Alimente	716'878	692'783	615'169	791'637	+28,7%
Rückerstattungsquote	43%	43%	36%	45%	+25,8%
Anzahl Inkassohilfemandate (kumuliert)	146	163	151	148	-2,0%
Einkassierte Beträge (Inkassohilfe)	1'073'865	1'119'600	1'233'617	1'175'333	-4,7%

Aufteilung der Bevorschussung**Zivilstand der Bezügerinnen MBH****e) Kommentar**

Durch die Verbesserung der Wirtschaftslage hat sich die Zahlungsfähigkeit einiger Unterhaltspflichtiger verbessert, sodass die Inkassobemühungen gegenüber dem Vorjahr mehr Erfolg zeigten. Dies betrifft sowohl die Alimentenbevorschussung als auch die Inkassohilfe.

Aufgrund von höheren Unterhaltsbeiträgen gemäss Rechtstiteln oder grösserer Anzahl der Kinder bei Neuzugängen hat sich die Gesamtsumme der bevorschussten Alimente gegenüber dem Budget erhöht. Durch die intensive Fallbearbeitung konnten teilweise Bevorschussungen wieder eingestellt werden.

Der grosse Rückgang bei der Mutterschaftsbeihilfe ist weitgehend auf die Einführung der Mutterschaftsversicherung zurückzuführen. Zudem trägt wohl auch der wirtschaftliche Aufschwung zu dieser positiven Entwicklung bei.

4.1.4.7 Kinder Jugend Familie

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Abteilung Kinder Jugend Familie (KJF) ist das Kompetenzzentrum für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Luzern. Die folgenden Unterabteilungen setzen den Leitsatz "Die Stadt Luzern will eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Stadt sein" in ihrer täglichen Arbeit um:

- *Animation/Partizipation* (quartierbezogene Kinder- und Jugendarbeit, Ferienpass, Freizeitangebote, Kinderparlament, Jugendparlament, Jugendhaus Treibhaus),
- *Familienergänzende Kinderbetreuung* (Unterstützung privater Kindertagesstätten für das Vorschulalter, eigene Betreuungsangebote für Kinder im Schulalter),
- *Kinder- und Jugendschutz* (Kinder- und Jugendschutzmassnahmen, psychosoziale Beratung, Pilotprojekt Kompetenzorientierte Familienarbeit KOFA) sowie die
- *Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg* (vgl. nachfolgendes Kapitel).

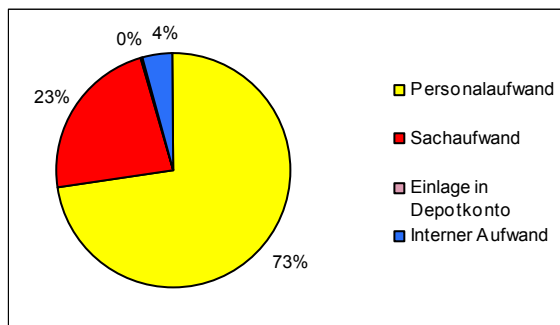
Insgesamt waren 2006 im Stellenplan 70,9 Stellen für Festangestellte bewilligt. Davon entfallen 33,5 auf die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg.

b) Ergebnis (Institutionen: 215, 221, 222, 223)

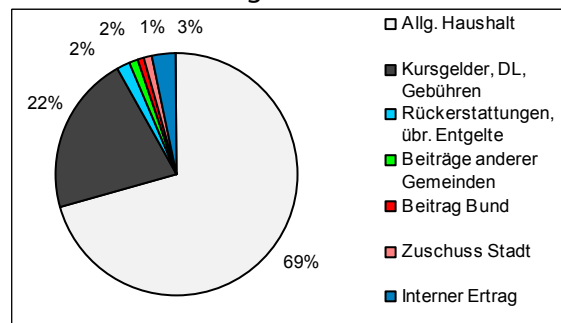
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	6'176'186	6'341'182	6'212'900	128'282	-2%	164'996	-3%
Ertrag	1'699'816	1'874'322	1'809'500	64'822	3%	174'506	9%
Ergebnis	-4'476'370	-4'466'860	-4'403'400	-63'460	-1%	9'510	0%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Kinder- und Jugendschutz	2004	2005	2006
Anzahl geführter Dossiers	252	295	321

Im Jahre 2006 stiegen die Anzahl Mandate im Kinder- und Jugendschutz weiter an. Aufgrund dieses Anstiegs wurden durchschnittlich 77 Mandate für Kinder oder Jugendliche pro Mandatsträgerin oder -träger geführt, für eine seriöse Fallführung für Kinder und Jugendliche auf die Dauer zu viel. Aus diesem Grund wurde eine entsprechende Aufstockung der Pensen genehmigt.

Familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulbereich	2004	2005	2006
Anzahl Institutionen mit Leistungsverträgen	6	6	6
Anzahl Plätze in subventionierten Kinderkrippen	102	116	121
Davon subventionierte Plätze in Kindertagesstätten	71	83	85
Anzahl subventionierter Betreuungsstunden bei Tageseltern	48'000	51'000	50'237
Total Subventionsbetrag	1'253'886	1'477'400	1'445'110

Die zusätzlich budgetierten Betreuungsstunden bei der Tageselternvermittlung wurden 2006 nicht vollständig aufgebraucht, da die Vermittlungsstelle im Frühjahr einen Aufnahmestopp machen musste.

Familienergänzende Kinderbetreuung Schulalter	2004	2005	2006
8 Horte			
Plätze		172	190
Betreute Kinder		236	248
4 Mittagstische			
Plätze		70	130
Betreute Kinder		203	172
2 Projekte Schule+Betreuung			
Plätze		30	30
Betreute Kinder		97	* 48
Ferienhorte: Anzahl Kinder		296	304

* Auswirkung der Blockzeiten.

Aufgrund der Blockzeiteneinführung wurde eine Pensenanpassung beim Hortpersonal notwendig. Durch die Überprüfung der Hortstrukturen erfolgte eine Anpassung der Belegungsplätze nach Grösse der Räumlichkeiten. Per August 2006 wurden drei neue Mittagstische eröffnet.

Animation/Partizipation	2004	2005	2006
Mobile Kinder- und Jugendarbeit: Gebiet Basel-/Bernstrasse			
Kids-Treff: Anzahl Kinder, Jugendlicher		900	690
BaBeL-Kids Anlässe: Anzahl Kinder, Jugendlicher		1'000	1'100
BaBeL-Cup, Volley-Turnier: Anzahl Teilnehmender		260	250
Projekte mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendlicher		174	480
Mobile Kinder- und Jugendarbeit: Projekte			
21 Spielnachmittage im Vögeligärtli: Anzahl Erwachsener und Kinder		735	1'045

Mit insgesamt 80 Stellenprozenten wird in diesem Bereich sehr viel direkte partizipative Kinder- und Jugendarbeit geleistet.

Kinder- und Jugendparlament	2004	2005	2006
Kinderparlament			
Mitglieder		103	75
Kinder in Kommissionen (Teams)		46	45
Jugendparlament			
Mitglieder		24	12

Beim Kinderparlament wurde die Mitgliederliste von "Passivmitgliedern" bereinigt. Beim Jugendparlament ist ein Systemwechsel zu einer Zwölferkommission vollzogen worden. Die ersten Plenumsversammlungen finden 2007 statt.

Ferienpass	2004	2005	2006
Anzahl verkaufter Ferienpässe	5'305	4'397	6'248
Davon Ferienpässe	1'268	1'156	1'556
Davon Ferienpässe light	4'037	3'241	4'692
Davon Kinder/Jugendliche aus der Stadt Luzern	2'155	1'026	1'841

Der Ferienpass 2006 war einer der erfolgreichsten der letzten zehn Jahre. Die Investition in den neuen, frischen Auftritt hat sich gelohnt.

Freizeitangebote	2004	2005	2006
Osterkreativwoche 2006: 18 Kurse			
Anzahl Teilnehmender	402	277	328
Freizeitkurse 2006: 29 Kurse			
Anzahl Teilnehmender	418	388	422

Meitli-/Buebepowerwoche: 1 Woche	2004	2005	2006
Anzahl Mädchen	82	106	133
Anzahl Knaben	88	88	74
Tag des Kindes:			
Kinder	160	374	400*/100
Erwachsene		80	50
* Teilnahme am Malwettbewerb.			

Jugendhaus Treibhaus	2004	2005	2006
Mittagessen im Durchschnitt		46	57
Besucherinnen und Besucher pro Abend bei Veranstaltungen		200	140
Anzahl durchgeführter Veranstaltungen		73	84
Durchschnittliche Besucher/innen pro Veranstaltung		170	135
Fremdveranstaltungen		38	43
Vermietungen Bandräume (Doppelbelegungen)		6	6
Vermietungen Atelier (Doppelbelegungen)		2	1

Das Atelier wurde auf Ende 2006 aufgelöst. Die Mieterinnen des Ateliers haben sich zu wenig im Haus integriert, während gleichzeitig im Haus engagierte Gruppierungen über Platzmangel klagten. Der Raum wird nun von verschiedenen Aktivisten als multifunktionaler Sitzungs- und Backstage-raum genutzt.

4.1.4.8 Kinder- und Jugendsiedlung Uttenberg

a) Aufgaben / Dienstleistungen

In der **Kinder- und Jugendsiedlung Uttenberg** wohnen 45 Kinder und Jugendliche, die aus verschiedenen Gründen für eine bestimmte Zeit nicht in ihrer Familie aufwachsen können. Aufgrund ihrer persönlichen und sozialen Situation bedürfen sie einer gezielten und individuellen stationären Förderung. Insgesamt sind im Stellenplan 33,5 Stellen für Festangestellte bewilligt.

In der **Wohnbegleitung Rank** finden sechs junge Erwachsene der Kinder- und Jugendsiedlung Uttenberg Aufnahme, die bereits weitgehend selbstständig und eigenverantwortlich denken und handeln. Die Siedlung bietet ihnen mit den 1-Zimmer-Wohnungen die Möglichkeit, diese Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig das selbstständige Wohnen zu erproben.

Der interne **Sozialdienst** der Siedlung bereitet mit den Jugendlichen den Austritt aus der KJU vor und begleitet sie helfend und beratend auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit.

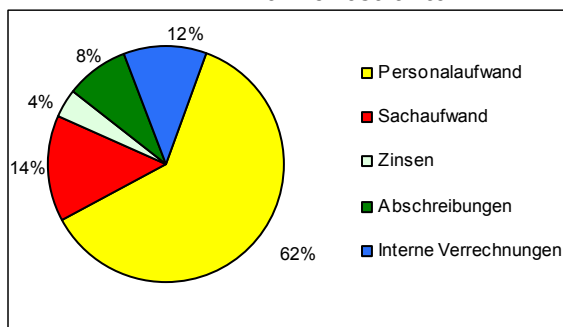
Die Kinder- und Jugendsiedlung Uttenberg ist eine anerkannte Institution im Sinne des kantonalen Heimfinanzierungsgesetzes und der interkantonalen Heimfinanzierung. Die Siedlung gilt als subventionierte Erziehungseinrichtung gemäss dem Bundesgesetz über Bundesbeiträge an Erziehungseinrichtungen.

b) Ergebnis

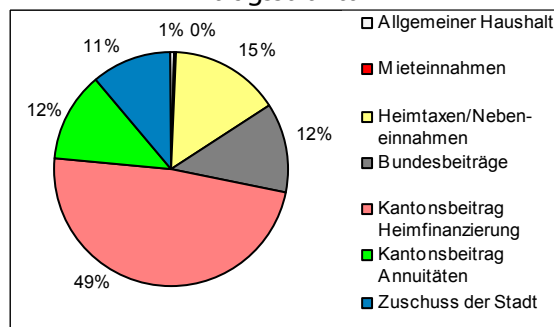
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	5'921'945	6'422'742	6'043'000	379'742	6%	500'797	8%
Ertrag	6'368'996	6'387'051	6'043'000	344'051	6%	18'055	0%
Ergebnis	447'051	-35'691	0	-35'691		-482'742	-108%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Eintritte	19	15	14	10	21	12
Austritte	19	15	14	11	29	8
Platzangebot (31. Dez.)	58	58	58	51	51	51
Durchschnittliche Belegung	89%	91%	92%	91%	84%	89%

e) Kommentar

Die auffällige Abweichung gegenüber der Rechnung 2005 ist auf den speziellen, kantonalen Finanzierungsmodus in Kombination mit dem sparsparbedingten Abbau einer Wohngruppe zu erklären. Seit Januar 2006 wird auf allen internen Wohngruppen der Kinder- und Jugendsiedlung Uttenberg während zwölf Monaten ein Praktikumsplatz angeboten (bis 2005 während sechs Monaten).

4.2 Bildungsdirektion



Vom ehemaligen Schlachthof steht nur noch die Shedhalle. Sie wird in den neuen Kulturwerkplatz Luzern-Süd integriert, der bis Sommer 2008 auf diesem Gelände entsteht.

Vorwort von Urs W. Studer, Bildungsdirektor

Nach der erfolgreichen Umsetzung der neuen Führungsstruktur im Volksschulbereich wurde das Projekt "Neue Organisationsstruktur für die Bildungsdirektion" gestartet und umgesetzt. Schwerpunkt des Reorganisationsprojektes waren die Zusammenführung der Dienstabteilungen Kultur, Sport und Freizeit sowie die Stadtbibliothek zum einen und die Integration des Präsidialstabes in den Stab der Bildungsdirektion zum andern. Auch wenn die Veränderungen noch nicht ganz abgeschlossen sind, ist doch schon absehbar, dass beide Vorhaben die gewünschte Wirkung zeigen. Mit Margrit Lussi Achermann (Leiterin Sport und Freizeit) und Eduard Meister (Stabschef) haben zwei sehr erfahrene und verdiente Kadermitarbeitende die Stadt verlassen, um den Ruhestand anzutreten. Ihnen beiden alles Gute!

In verschiedenen Aufgabenbereichen wurden wichtige Meilensteine erreicht:

- Der Stadtrat von Luzern und der Gemeinderat von Littau haben ihr Fusionsvorhaben weiter konkretisiert und einen Fusionsvertrag ausgehandelt. Aufgrund der Diskussionen ist das Vertrauen ineinander und in die gemeinsame Zukunft gewachsen, beide Gremien befürworten den Zusammenschluss. Nach einer öffentlichen Vernehmlassung des Vertragsentwurfes sind die Vorarbeiten für die Fusion mit der Gemeinde Littau weitgehend abgeschlossen. Anfang Januar 2007 wurde der B+A Fusion Littau-Luzern verabschiedet, das Volk soll am 17. Juni 2007 darüber befinden können.
- In der zweiten Jahreshälfte des Berichtsjahres wurde die Grundlagenstudie "Starke Stadtregion Luzern" erstellt und Anfang Januar 2007 den betroffenen Gemeinwesen und der Öffentlichkeit präsentiert. Die Studie kommt zum Schluss, dass eine vereinigte Stadtregion am besten geeignet ist, die Agglomeration Luzern zu stärken, wettbewerbsfähiger zu machen und als Teil der metropolitenen Schweiz für die Zukunft zu positionieren. Nur ein starkes Zentrum Luzern kann seine historisch gewachsene Rolle als Wirtschaftsmotor des Kantons und als soziales und kulturelles Zentrum der Zentralschweiz weiterhin erfüllen. Die Studie liefert umfangreiche Fakten zur Fusionsthematik und schlägt ein Vorgehen vor, wie der Zusammenschluss Luzerns mit den Agglomerationskerngemeinden angepackt werden könnte. Damit ist sie eine ausgezeichnete Diskussionsgrundlage.

- Die Vorarbeiten für die Integration der städtischen Mittelschulen unter die neue kantonale Trägerschaft wurden abgeschlossen. Zusätzlich wurde in einem vom Kanton geleiteten Bewerbungsverfahren mit Helmut Bühler der Nachfolger des langjährigen Rektors Willy Huwiler im eigenen Lehrkörper gefunden.
- Mit dem Abschluss der Allmendplanung und der Ausschreibung eines Investorenwettbewerbes für eine Sportarena auf der Allmend unter Integration des Hallenbad-Ersatzes und weiterer breitensportlicher Nutzungen stellte die Stadt wichtige Weichen für die sportliche Entwicklung. Eine eigens eingesetzte Taskforce Sportarena sorgte für eine zügige und koordinierte Auslösung der notwendigen Schritte im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens: Es darf davon ausgegangen werden, dass die Luzernerinnen und Luzerner noch im Jahre 2007 über ein ausführungsfähiges Projekt werden abstimmen können.
- Nach dem deutlichen Ja der Stimmberechtigten zum Projekt Kulturwerkplatz Luzern-Süd, das ein Musikschulzentrum, Proberäume für das Luzerner Theater und einen Ersatz für das Kulturzentrum Boa umfasst, wurden die notwendigen Vorarbeiten für die Auftragsvergabe und das Baubewilligungsverfahren umgehend aufgenommen. Im Herbst 2006 wurde der Generalunternehmerauftrag an die Firma Brun vergeben – nach erfolgtem Abbruch des Schlachthofes wird der Spatenstich zeitgerecht im Frühling 2007 vorgenommen. Das Bauprojekt ist im Zeitplan.

4.2.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Universität, Beitrag der Stadt und zonenrechtliche Anpassung
(Projektplan Nr. 00/271.01)

Fünfjahresziel
A2.1

Die Volksabstimmung ist erfolgreich durchgeführt.

Am 12. Februar 2006 haben die Stimmberechtigten der Stadt Luzern mit einem überwältigenden Mehr von 84 % Ja-Stimmen dem Standortbeitrag der Stadt Luzern an den Bau der Universität in der Höhe von Fr. 8 Mio. sowie der Umwandlung des Areals Postbetriebsgebäude in eine Zone für öffentliche Zwecke zugestimmt. Die Stimmberechtigten des Kantons Luzern haben am 26. November 2006 den Kauf und Umbau des alten Postbetriebsgebäudes zur Universität mit 80,6 % Ja-Stimmen befürwortet (Ja-Anteil in der Stadt: 86,2 %).

Theater/LSO
(Projektplan Nr. 02/302.22)

Fünfjahresziel
A2.1

Die politische Diskussion über die Trägerschafts- und Finanzierungslösung ist lanciert.

Eine neue Finanzierungslösung, die neben Theater und Orchester nun auch das Kunstmuseum einschliessen soll, wurde im Berichtsjahr zwischen Regierungsrat, Stadtrat und Regionalkonferenz Kultur (RKK) ausgehandelt. Der Kanton schafft eine entsprechende Rechtsgrundlage und kommt künftig zu 70 % für die Finanzierung dieser drei Institutionen auf. Die Stadt Luzern trägt 30 %. Es ist eine schrittweise Umsetzung bis 2012 vorgesehen. Der Beschluss über diese Änderungen soll im kantonalen Parlament im Zuge des Gesamtpaketes über die Finanzreform 08 erfolgen, was für 2007 geplant ist. Parallel zu dieser Neuordnung der finanziellen Zuständigkeit werden die bisher in die Finanzierung eingebundenen RKK-Gemeinden um rund Fr. 2,1 Mio. jährlich entlastet; sie sollen sich dafür vermehrt der Förderung regional bedeutender Institutionen widmen. Ein entsprechender Gemeindevertrag ist in Verhandlung.

Sportanlagen und -förderung regional koordinieren
(Projektplan Nr. 02/340.21)

Fünfjahresziel
A2.1 / C3.4

Der Bericht zur Sportförderung der Stadt Luzern wurde dem Parlament zugeleitet und vom Grossen Stadtrat zur Kenntnis genommen. Er zeigt verschiedene Handlungsfelder und Massnahmenvorschläge auf, die in den nächsten Jahren angegangen werden sollen; dies auch vor dem Hintergrund der in der Zwischenzeit erfolgten Zusammenführung von Sport- und Kulturförderung in einer Dienstabteilung und der damit verbundenen organisatorischen und personellen Entwicklungen.

Gemeindefusion Littau-Luzern
(Projektplan Nr. 04/011.09)

Fünfjahresziel
A3.1

Die öffentliche Diskussion des Fusionsvertrages ist aufgenommen.

Am 30. August 2006 sagten der Gemeinderat von Littau und der Stadtrat von Luzern Ja zum gemeinsam ausgehandelten Fusionsvertrag und gaben ihn zusammen mit einer Absichtserklärung in die Vernehmlassung. Diese dauerte bis Anfang November und hatte im Wesentlichen ein positives Ergebnis. Der Vertrag wurde von den beiden Exekutiven in der Folge nochmals diskutiert und am 17. Januar 2007 zuhause der beiden Gemeindeparlamente verabschiedet.

Verhandlungen mit der Zentralschweizerischen Regierungskonferenz
(Projektplan Nr. 05/012.05)

Fünfjahresziel
A4.1

Die Stadt Luzern hat ihre Anfrage um Aufnahme als Vollmitglied bei der Zentralschweizer Regierungskonferenz deponiert.

Leider ist es dem Stadtrat nicht gelungen, die Regierungen der Zentralschweizer Kantone davon zu überzeugen, dass ein Mitwirken des Stadtrates in der Zentralschweizer Regierungskonferenz

nicht bloss für die Stadt Luzern, sondern für die gesamte Zentralschweiz von Nutzen wäre. Die Stadt wird bei diesen Konferenzen weiterhin nicht dabei sein können – anders bei der Konferenz der Polizeidirektoren, wo die Stadt als Mitglied zugelassen ist. Immerhin ist die Stadtpolizei das zweitgrösste Polizeikorps der Zentralschweiz.

Sensibilisierung der Bevölkerung im Lebensraum Luzern für eine verstärkte regionale Identität (Projektplan Nr. 05/012.04)	Fünffjahresziel A5.1
---	----------------------

Die funktionale Vernetzung in der Zentralschweiz ist ins Bewusstsein gerückt.

Im Berichtsjahr wurde durch die Hochschule für Wirtschaft (HSW) der sogenannte "Zentralitätsatlas" erstellt, der die Zentrumssituation Luzerns visualisiert. Mehrere "Karten" zeigen die Zentralität Luzerns gegenüber der Zentralschweiz und im Vergleich mit Zürich für verschiedene Themen (Bildung, Güterversorgung usw.) auf. Diese Unterlagen werden in die Meinungsbildung und öffentliche Kommunikation einfließen, wenn es um Themen wie Gemeindefusionen, neue Stadtregion, Zukunftsstrategie für Luzern usw. geht.

Projekt BaBeL – Nachhaltige Quartierentwicklung (Projektplan Nr. 04/790.18)	Fünffjahresziel C2.1
---	----------------------

Die Ablösung des Projektes BaBeL durch eine längerfristige Organisationsform zur Quartieraufwertung ist erfolgt.

Der Quartierentwicklungsprozess BaBeL wird ab 2007 von einem neu gegründeten Verein BaBeL getragen. Neben der Stadt sind nun auch die Quartierkräfte Träger. Ein Aktionsplan für die Jahre 2007–2009 liegt vor. Die jetzige Projektphase ist eine Umsetzungsphase. Stärker gewichtet als bisher wird der baulich-räumliche Bereich. So wird dem Grossen Stadtrat 2007 ein Projektierungs- und Realisierungskredit für den Dammdurchstich beantragt.

Integrationsförderung 2006–2009 (Projektplan Nr. 05/309.03)	Fünffjahresziel C2.3
---	----------------------

Die Integrationsförderung ist optimiert.

Bisherige Instrumente wie die Projektförderung und die Begrüssungsveranstaltung für Neuzuziehende wurden zusammen mit den externen Partnerinstitutionen optimiert. Die neuen Schwerpunkte "Sprachförderung und Integration im Vorschulalter" und "Öffnung und Stärkung der Verwaltung" wurden gestartet.

Schulsozialarbeit (Projektplan Nr. 04/219.07)	Fünffjahresziel C3.1
---	----------------------

Kein Meilenstein.

Die Schulsozialarbeit ist seit März 2006 flächendeckend in allen Schulhäusern (inkl. Kindergärten) eingerichtet. Es wurden Standortschulhäuser definiert: Einerseits sind alle Oberstufenzentren Standortschulhäuser (Schulsozialarbeit als Unterstützung in der kritischen Lebensphase Pubertät). Andererseits wurden diejenigen Primarschulhäuser als Standortschulhäuser ausgewählt, die mit sozialen Problemen stärker als andere belastet sind (soziodemografische Verhältnisse, Quartierstruktur usw.).

Die durch einen externen Fachmann durchgeführte Evaluation ergab, dass sich die Einführung der Schulsozialarbeit in der Stadt Luzern bewährt hat und am Konzept nur geringfügige Korrekturen vorzunehmen sind.

Schulpflege und Stadtrat befürworten die definitive Einführung der Schulsozialarbeit nach Ablauf der Projektphase Ende 2007. Der entsprechende B+A ist der Sozialkommission des Grossen Stadtrates zur Vorberatung zugeleitet.

Informatik Volksschule
(Projektplan Nr. 02/219.90)

Fünfjahresziel
C3.2

Kein Meilenstein.

Auf Beginn des Schuljahres 2006/2007 wurde die Hälfte aller Primarschulhäuser mit Computern ausgerüstet, sodass die Lernenden der betreffenden Schulhäuser Zugang zum Internet und zum computerunterstützten Lernen haben. Die Lehrpersonen wurden und werden durch Weiterbildung im Einsatz des Computers geschult. Jedes Schulhaus verfügt über eine IT-verantwortliche Lehrperson.

Infolge einer Stimmrechtsbeschwerde und der Forderung des Stadtparlaments, die Auswirkungen der WLAN-Technologie (WLAN: Wireless Local Area Network, Kabelloses Lokales Netzwerk), auf Kinder und Jugendliche zu prüfen, musste der weitere Ausbau sistiert werden.

Kulturwerkplatz Luzern-Süd
(Projektplan Nr. 04/302.23)

Fünfjahresziel
C3.4

Eine Volksabstimmung bildet die Basis für die Realisierung des Kulturwerkplatzes Luzern-Süd.

Im Februar 2006 gaben die städtischen Stimmberechtigten mit einem deutlichen Ja den Startschuss für die Realisierung des Kulturwerkplatzes. Die notwendigen Vorbereitungsarbeiten für den Abbruch des Schlachthofs und die Ausschreibung des Generalunternehmerauftrages wurden unter Federführung der Baudirektion an die Hand genommen. Die eigentlichen Bauarbeiten werden im Frühling 2007 beginnen.

4.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick

Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 06	B 06	Abwei- chung	in %	R 06	B 06	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
100 Grosser Stadtrat	438	433	5	1%	0	0	0		(438)	5	
101 Stadtrat	3'544	3'552	-8	0%	151	123	28	23%	(3'393)		36
110 Präsidialstab	360	340	20	6%	0	0	0		(360)	20	
111 Stadtkanzlei	4'807	4'237	570	13%	174	200	-25	-13%	(4'633)	595	
112 Personalamt	1'908	1'840	68	4%	679	662	17	3%	(1'229)	51	
Spezialaufgaben											
120 Leistungen Perso- nal und Rentner	4'183	4'007	176	4%	160	153	7	5%	(4'023)	169	
Total	15'239	14'408	831	6%	1'164	1'137	27	2%	(14'076)	840	36
Netto- verschlechterung											804

Gegenüber dem Budget schliesst die Rechnung der Bildungsdirektion+ (Präsidialstab, Stadtkanzlei und Personalamt) rund Fr. 803'000.– schlechter ab.

Die wichtigsten Faktoren für diese hohe Überschreitung liegen in Projekten und ausserordentlichen Studienaufträgen.

Die Rechnung des Grossen Stadtrates schliesst praktisch gemäss Budget ab. Beim Stadtrat verminderten sich erneut die Leistungen an pensionierte Stadträtinnen, Stadträte, Bürgerätinnen und Bürgerräte. Die Mehreinnahmen stammen aus höheren Entschädigungen für Mandate von Stadträten für Tätigkeiten in anderen Behörden, Vorständen oder Verwaltungsräten.

Der Mehraufwand im Präsidialstab rührt vor allem von höheren Personalkosten (Auszahlung von Ferienguthaben) her.

Der Löwenanteil der Mehrkosten in der Stadtkanzlei fällt auf nicht budgetierte Projektkosten: Überprüfung Eigentümerstrategie vbl und Xundheit, Beteiligung am Projekt "Positionierung der Schweizer Städte im nationalen Raumordnungskonzept", Studienauftrag "Standortanalyse und Entwicklungsperspektiven für die Stadt Luzern", Studienauftrag "Neue Stadtgemeinde", Projektarbeiten Litau-Luzern, neue Portallösung www.Luzern.ch sowie Beitrag an Final Draw Euro 08 in Luzern.

Die Drucksachenkosten konnten um Fr. 25'000.– verringert werden, weil die Auflagen von Rechnung, Geschäftsbericht und Voranschlag markant gesenkt wurden (vorgezogene EÜP-Sparmassnahme). Interne Verrechnungen der Dienstabteilung Prozesse und Informatik für Leistungen im Zusammenhang mit der Portallösung www.Luzern.ch fielen um rund Fr. 70'000.– höher aus als geplant. Weil weniger gebührenpflichtige Stadtratsbeschlüsse ausgefertigt wurden, sanken die Erträge um Fr. 25'000.– gegenüber Budget.

Beim Personalamt stiegen die Kosten vor allem im Personalbereich: Aufstockung von Pensen (innerhalb des Stellenplans) und Abgeltung von Überzeiten. Der Ertrag betrifft eine Abgeltung für besonderen Aufwand im Betagtenzentrum Eichhof, welche teilweise die höheren Personalkosten begründet.

Rund die Hälfte der Mehrkosten bei den Leistungen für das städtische Personal fallen auf den Einkauf von Teuerungszulagen auf Renten. Weil sich mehr Angestellte frühzeitig pensionieren liessen als angenommen, fielen die Übergangsrenten um Fr. 44'000.– höher als budgetiert aus. Bedingt durch eine Reglementsänderung werden für Personalanlässe neu höhere Beiträge ausbezahlt, was mit rund Fr. 46'000.– zu Buche schlägt.

Bildungsdirektion

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 06	B 06	Abwei- chung	in %	R 06	B 06	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
310 Stab Bildungs- direktion	1'099	1'305	-206	-16%	493	494	-1	0%	(606)		205
3110 Volksschule	53'446	54'386	-940	-2%	15'111	14'542	569	4%	(38'335)		1'509
3111 Heilpädagogische Sonderschule	4'311	4'374	-64	-1%	4'312	4'374	-62	-1%	1		1
3112 Sprachheil- kindergarten	252	238	14	6%	283	227	56	25%	31		42
3113 Schulgesundheits- dienst	137	153	-17	-11%	11	7	4	57%	(126)		20
3114 Tagesschulen	298	409	-112	-27%	80	194	-115	-59%	(218)	3	
3115 Elternschule	50	81	-31	-38%	18	29	-11	-38%	(32)		20
312 Musikschule	6'063	5'971	92	2%	2'408	2'048	360	18%	(3'655)		268
313 Diplommittelschule	6'198	5'690	508	9%	8'821	5'128	3'693	72%	2'623		3'185
314 Wirtschaftsmittel- schule	7'910	7'779	131	2%	9'760	6'911	2'849	41%	1'850		2'717
315 Sport und Freizeit	3'286	3'417	-132	-4%	839	1'020	-181	-18%	(2'447)	50	
316 Kultur	1'016	823	193	23%	74	50	24	48%	(942)	169	
317 Kinder- und Jugendzahnklinik	1'236	1'138	98	9%	789	755	34	5%	(446)	63	
318 Stadtbibliothek	1'992	1'967	26	1%	636	630	6	1%	(1'356)	19	
<i>Spezial- finanzierungen</i>											
321 Musik- und Atelier- zentrum Sedel	152	164	-12	-7%	65	65	1	2%	(87)		13
322 Richard Wagner Museum	181	121	59	49%	66	37	29	78%	(115)	31	
323 Mariahilfkirche	17	24	-6	-25%	0	0	0		(17)		7
Total	87'643	88'040	-397	0%	43'766	36'512	7'255	20%	(43'877)	335	7'987
Nettoverbesserung										7'652	

Die Rechnung 2006 der Bildungsdirektion schliesst mit einem Aufwand von Fr. 87,6 Mio. und einem Ertrag von Fr. 43,7 Mio. ab. Die Nettobelastung liegt damit rund 7,6 Mio. unter dem Budget. Der grösste Teil dieser Unterschreitung steht im Zusammenhang mit der Kantonalisierung der Mittelschulen.

Die grössten Abweichungen in Kürze: Personalverschiebungen zwischen Stab Bildungsdirektion und Volksschule führen beim Stab zu einem Minderaufwand.

Der allgemeine Schülerrückgang (32 statt 35 Kindergärten, 120 statt 122 Regelklassen Primar, 21 statt 22 Kleinklassen Primar, 47 statt 48 Regelklassen Sek 1 und 6 statt 8 Kleinklassen Sek 1 im SJ 06/07), weniger baulicher Unterhalt und eine höhere Rückerstattung des Kantons für die 10. Schuljahre führen zu einem Minderaufwand von Fr. 1,5 Mio. bei der Volksschule.

Mehr Kinder aus anderen Gemeinden und ein höherer Kantonsbeitrag führen zu einer Ergebnisverbesserung beim Sprachheilkindergarten.

Das gute Ergebnis der Musikschule konnte mit mehr erteilten Unterrichtslektionen und durch einen bescheidenen Schulgeldaufschlag erreicht werden.

Die Fachmittelschule/Diplommittelschule schliesst mit einem Überschuss von Fr. 3,2 Mio. Weil die Schule per 1. August 2007 kantonalisiert wird, wurden insgesamt Fr. 5,4 Mio. Bundes-, Kantons- und Gemeindebeiträge sowie Schulgelder periodengerecht abgegrenzt. Diese Beiträge werden normalerweise erst fünf bis zwölf Monate nach Abschluss eines Schuljahres ausbezahlt und würden somit in späteren Rechnungsjahren der Stadt ausserordentlich anfallen. Im 2006 werden dadurch nicht budgetierte Mehrerträge ausgewiesen. Die Ausführungen für die Fachmittelschule gelten ebenso für die Wirtschaftsmittelschule. Bei der WML fallen aber auch noch Bundesbeiträge an, welche ebenfalls abgegrenzt wurden.

An beiden Schulen wurden Mehrstunden der Lehrerschaft ausbezahlt, die bis zur Kantonalisierung nicht mehr kompensiert werden können.

Krankheitsbedingte Stellvertretungskosten und eine Abgangsentschädigung führen zu einem Mehraufwand bei Sport und Freizeit.

Die Projektkosten für die Integrationsförderung werden neu in der Laufenden statt in der Investitionsrechnung geführt. Dies führt bei der Abteilung Kultur zu einem Mehraufwand von rund Fr. 169'000.–. Ohne diese Verschiebung

liegen die Kosten der Kultur innerhalb des Voranschlages.

Die Aufwendungen für Klassenuntersuche verbleiben in der Rechnung der Kinder- und Jugendzahnklinik. Budgetiert wurden diese Aufwendungen im Beitragswesen Bereich 851 Fürsorge. Der Gesamtaufwand und die Erträge liegen innerhalb des Voranschlages.

Die Anschaffung von Medien über Richard Wagner und Stellvertretungskosten führen beim Richard Wagner Museum zu einem Mehraufwand.

4.2.3 Schulpflege

Die Schulpflege hielt im Jahr 2006 zehn halbtägige Sitzungen sowie eine externe Klausurtagung von 1,5 Tagen ab. Behandelt wurden u. a. folgende Themen: Entwicklung Volksschule und bauliche Massnahmen (Schulbauten und Quartiersversorgung); Leistungsauftrag mit Globalbudget Volksschule; definitive Einführung Schulsozialarbeit sowie Entwicklungskonzept Kinder Jugend Familie.

Die Auswirkungen einer möglichen Fusion Littau-Luzern auf die Schule und ihre Organisation waren während des ganzen Jahres

wiederholtes ein Traktandum in der Schulpflege. Des Weiteren befasste sich die Schulpflege mit dem Projekt "Tägliche Bewegungsstunde" – welches schweizweit Beachtung findet – und verabschiedete die neue Schulordnung, welche am 1. Januar 2007 in Kraft tritt.

Ein Höhepunkt des Jahres war der Informations-Grossanlass für alle Lehrpersonen vom 20. November 2006 im Casino Luzern, an welchem die Schulpflege beim Programmpunkt "Umsetzung des neuen Leitbildes Volksschule" aktiv mitwirkte.

4.2.4 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Präsidialstab

Der Präsidialstab wurde in den Stab Bildungsdirektion integriert.

Stadtkanzlei

Die Arbeit in einer Gemeinde- oder Stadtkanzlei ist geprägt durch einen grossen, überwiegenden Anteil an Stammaufgaben. Wie schon im Jahr 2005 führte jedoch die Mitarbeit von Leitungspersonen der Stadtkanzlei in verschiedenen Projekten (Fusion Littau-Luzern, Führungsentwicklung, Projektmanagement) zu erheblichen Belastungen. Dies trifft vor allem für das neue Schriftgutmanagement zu, welches in der Stadtkanzlei erfolgreich im Sinne eines Pilotversuchs im Herbst eingerichtet wurde; dies, obwohl die dabei angefallenen zusätzlichen Aufwendungen unterschätzt worden waren. Zusätzlich war die Einführung noch durch unfall- und krankheitsbedingte Absenzen begleitet.

Anlässe

Aus den verschiedenen von der Stadtkanzlei organisierten Anlässen sind folgende erwähnenswert:

- Luzerner Empfang anlässlich des Fumetto, Internationales Comix-Festival Luzern, am 1. April 2006;
- Gemeinsamer Empfang mit der Gemeinde Weggis anlässlich des Trainingslagers der brasilianischen Fussballnationalmannschaft zur Vorbereitung der WM 2006 am 26. Mai 2006;
- Betreuung der Ehrengäste am offiziellen Tag (17. Juni 2006) des Eidgenössischen Musikfestes;
- Feier zum 400-Jahr-Jubiläum des Rathauses am 13. September 2006;
- Das Europa Forum Luzern vom 29./30. Oktober 2006 war dem Thema "Grenzen überwinden – Wirtschaft und Politik im Dialog; Die Schweiz und Deutschland als Nachbarn im Lichte der Europäischen Integration" gewidmet;
- Stadt Luzern als Ehrengast am Marché de St. Martin in Porrentruy am 11. November 2006.

Stelle für Kommunikation und Stadtmarketing (KOMA)

Die Kommunikation ist unter anderem Teil jeder Projektarbeit der Stadtverwaltung Luzern. Diese Tatsache bringt mit sich, dass die Stelle für Kommunikation und Stadtmarketing mehr oder weniger intensiv an den meisten

Projekten beteiligt ist. Dank den Bemühungen des Projektes "Integrierte Kommunikation" wird der Ausbildungsstand der Zuständigen in den Direktionen von Jahr zu Jahr besser, was eine geplante Verlagerung der Kommunikation auf die jeweils richtige Stufe und eine punktuelle Entlastung der Zentralstelle mit sich bringt. Im Berichtsjahr fanden neben den bereits institutionalisierten Medienkursen zwei neue Kursmodule zum ersten Mal statt: Kommunikation planen (Integrierte Kommunikation in der Verwaltung) und Texten fürs Internet. Seit Beginn der neuen Ausbildungsphase wurden über 100 Mitarbeitende von Kaderstufen der Stadtverwaltung in Fragen der Kommunikation ausgebildet. Unterstützt wird die Ausbildung mit dem von KOMA erarbeiteten Handbuch für die Kommunikation "Kommbox", welches 2006 erschienen ist.

Im Bereich der Kommunikationsmassnahmen wurde 2006 der städtische Internetauftritt überarbeitet und für die Integration in das künftige Portal www.luzern.ch vorbereitet. Leider musste bei der Realisierung dieses Portals ein Marschhalt eingeschaltet werden: Die angestrebte gemischte Trägerschaft aus Stadt und privaten Partnern fand keinen gemeinsamen Weg. Die Stadt erarbeitet zurzeit andere Modelle zur Realisierung dieses Portals, welches einst die gesamte Dimension der Marke Luzern abbilden soll.

Unter den Projekten stach die Kommunikationsarbeit zur Fusion Littau-Luzern hervor. Durch die Neuaufteilung der bisherigen Stellen konnte neu ein Projektleiter eingestellt werden. Schwergewichtig wird damit die Kommunikation der Bauprojekte unterstützt.

Im Bereich des Stadtmarketings befasste sich der Leiter KOMA mit drei Schwerpunkten: Organisation des Final Draw zur Euro 08 im Dezember 2007, Neustart des Kongresses und Wettbewerbs für TV-Unterhaltung Rose d'Or und die erste Durchführung des Gesamtkongresses der European Broadcasting Union "Eurovision TV Summit". Die beiden Kongresse bilden Teil der Strategie, Luzern als Ort von TV-Kongressen zu positionieren.

Stadtarchiv

Da gemäss § 33 des neuen Gemeindegesetzes für die Sicherung und Benutzung des Archivguts sowie für den dabei zu gewährenden Rechtsschutz und die Strafen die Bestimmun-

gen des Gesetzes über das Archivwesen vom 16. Juni 2003 zu beachten sind, wurde eine Neufassung der Verordnung über das Stadtarchiv von 1994 notwendig. Die neue Archivverordnung hat der Stadtrat in seiner Sitzung vom 22. November 2006 verabschiedet.

Neben Überlieferungssicherung, Erschliessung und Erhaltung gehört die Öffentlichkeitsarbeit (Benutzung und Auswertung) zu den Stammaufgaben eines Archivs. Das Stadtarchiv hat im Berichtsjahr ein Konzept als nachhaltige Handlungsgrundlage für seine Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet, das sich unter anderem auch den Fragen von Angebotsgestaltung und Dienstleistungsorientierung widmet. Dabei wurde eine Kundenbefragung durchgeführt, die eine sehr grosse Kundenzufriedenheit ergab, aber auch punktuelle Verbesserungsmöglichkeiten bei den Öffnungszeiten aufzeigte (Erweiterung der Öffnungszeiten durch einen "langen Nachmittag").

Erstmals nach 32 Jahren fand am 19./20. Oktober 2006 die Jahresversammlung des Vereins der Schweizerischen Archivarinnen und Archivare wieder in Luzern statt. Zusammen mit dem Staatsarchiv und dem Provinzarchiv der Kapuziner auf Wesemlin hat das Stadtarchiv diesen Anlass organisiert, zu dem rund 130 Personen aus der ganzen Schweiz und dem angrenzenden Ausland kamen.

In der gemeinsam von Stadt- und Staatsarchiv herausgegebenen Reihe "Luzerner Historische Veröffentlichungen" ist Bd. 41 erschienen: Andrea Willimann, Sursee – die zweite Kapitale des Kantons Luzern. Zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Geschichte der Luzerner Landstadt in den Jahren 1798 bis 1871. Basel: Schwabe, 2006.

Personalamt

Einer der Schwerpunktbereiche war das Projekt Führungsentwicklung. Der Stadtrat hat neue Führungsgrundsätze entwickelt. An einer Kick-off-Veranstaltung stellte er diese Grundsätze den rund 300 anwesenden Führungskräften vor. Der Stadtrat informierte aber auch über seine Führungspolitik und -philosophie. Sämtliche Führungskräfte werden nun in 3- bis 4-tägigen Weiterbildungskursen geschult.

Im Betagtenzentrum Dreilinden, der Stadtgärtnerei, dem Betreibungsamt und den Bevölkerungsdiensten wurde ein Pilotprojekt im Absenzenmanagement durchgeführt. Aufgrund der positiven Auswertung wird das Projekt nun im Jahre 2007 flächendeckend in der

ganzen Stadtverwaltung umgesetzt. Ziel des Projektes ist die Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Mitarbeitenden und die Senkung der Absenztage.

Im Rahmen des Projektes Zukunft Personalamt ZUPA wurden die folgenden sechs Kernprozesse der Personalarbeit definiert: Personalgewinnung, -beurteilung, -honorierung, -entwicklung, -freisetzung und -controlling. Der Personalgewinnungsprozess wurde mit allen Hilfsmitteln wie Checklisten, Tools usw. auf einer speziellen Software installiert. Damit sollen die Dienstchefinnen und -chefs bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeitenden unterstützt werden. In jeder der rund 50 Dienstabteilungen wurde die Funktion "Personaladministration" eingeführt. Die betroffenen Führungskräfte und die Personaladministratoren wurden in der Anwendung der neuen Instrumente entsprechend geschult. In der Lohnverwaltung muss die bestehende Software abgelöst werden. Vorarbeiten für die Einführung eines Personalinformationssystems PIS+ wurden eingeleitet. Damit sollen die Führungskräfte in der Personalarbeit unterstützt und auch entlastet werden.

Die Stadt Luzern bildet in 15 Berufen rund 70 Lernende aus. Auch sind Einsatzplätze für Praktikantinnen und Praktikanten vorhanden bzw. ausgebaut worden. Damit leistet die Stadt einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung von jungen Erwachsenen. Die Fachstelle Berufsbildung des Personalamtes bietet auch Weiterbildungskurse für die Praxis- und Berufsbildner/innen an. Vor allem im kaufmännischen Bereich sind die Auszubildenden zunehmend stärker gefordert, da eine Verlagerung der Ausbildung von der Schule in die Praxis stattfand.

Mit den Personalverbänden wurde eine aktive Sozialpartnerschaft gepflegt. Im Vordergrund stand die Vorbereitung der angestrebten Fusion von Littau und Luzern. Es wurden Leitlinien festgelegt, die unter dem Motto des Fairplays ein förderliches Zusammenführen des Personals sichern soll. Es wurde auch festgelegt, dass es keine Entlassungen geben sollte.

Stab Bildungsdirektion

Eduard Meister, der langjährige Stabschef der Bildungsdirektion, wurde im Sommer 2006 pensioniert. Sein Nachfolger Martin Bunjes setzte die Massnahmen für die Reorganisation des Stabes aus dem Projekt "Neue Organisationsstruktur für die Bildungsdirektion" rasch um. Hauptpunkt war es, den Präsidialstab in den Stab Bildungsdirektion zu integrieren. Zusätz-

lich wurde die Geschäftsleitung der Direktion neu organisiert. Ziel war es, strategische und operative Fragestellungen sauber zu trennen und beiden genügend Raum zu geben. Die Veränderungen haben sich sehr gut ange-lassen, werden aber aufgrund der Erfahrungen noch weiter optimiert. Veränderungen stehen auch an im Finanzwesen und Controlling: Dieses soll noch besser auf die Bedürfnisse der gesamten Direktion zugeschnitten werden.

Städtepartnerschaften

Die verschiedenen Projekte wurden im Berichtsjahr letztmals aus dem in der Investitionsrechnung eingestellten Rahmenkredit 2004–2006 finanziert. Insgesamt wurde der Kredit um rund Fr. 30'000.– unterschritten. Ab 2007 werden die mit einem Rahmenkredit beantragten Mittel in jährlichen Tranchen aus der Laufenden Rechnung bereitgestellt. Im entsprechenden B+A wurde über die Aktivitäten im Bereich Städtepartnerschaften berichtet.

Volksschule

Die Informationen über die Tätigkeit der Volksschule sind dem Bericht über den Leistungsauftrag mit Globalbudget der Volksschule für die Rechnung 2006 in Kapitel 5.2 zu entnehmen. Nachfolgend wird über einzelne Bereiche der Volksschule berichtet, die nicht mit Leistungsauftrag und Globalbudgets geführt werden:

Tagesschule

Im Schuljahr 2006/2007 besuchten 27 Lernende die Tagesschule, davon wurden neu acht Lernende in die erste und zwei in die dritte Klasse aufgenommen. Die Schülerinnen werden in einer 1. und einer 2./3. Klasse unterrichtet.

Auf das neue Schuljahr konnte ein zusätzlicher Raum für die Mittagsbetreuung in Betrieb genommen werden.

Heilpädagogische Schule (HPS)

Die HPS konnte auf das Schuljahr 2006/2007 das "neue" Schulhaus Dula nach etwas mehr als einem Jahr anlässlich eines Schulfestes wieder beziehen. Das Schulhaus wurde mit einem Aufwand von knapp Fr. 8 Mio. total saniert und den Bedürfnissen der heilpädagogischen Förderung angepasst.

Im Schulhaus Dula besuchen zurzeit 40, im Schulhaus Würzenbach 35 Lernende diese Schule. Von den 75 Lernenden haben 38 ihren Wohnsitz in der Stadt Luzern.

Musikschule

Dank dem Ja der Stimmberechtigten zur Vorlage zum Kulturwerkplatz Luzern-Süd wird für die Musikschule ein Teilzentrum mit 20 Musikzimmern, einem kleinen und einem grossen Saal entstehen. Damit werden ab dem Schuljahr 2008/2009 die Raumprobleme infolge des gekündigten Mietvertrags im Teilzentrum Eichhof gelöst sein. Die Musikschule der Stadt Luzern entwickelt sich weiter: Noch nie haben so viele Schüler/innen (2867 Kinder, Jugendliche und Erwachsene) ihre Stimme ausgebildet, ein Musikinstrument spielen gelernt und in Chören und Orchestern mitgewirkt. Die Einführung neuer Fächer im Vorschulbereich (Rhythmik, musikalische Früherziehung), die vermehrte Ausrichtung in die Fachrichtung Jazz-Pop (E-Bass, Jazz-Gesang) und die Reorganisation der Musikschule mittels eines Qualitätsmanagements manifestieren die Schulentwicklung.

Im Jahresbericht der Musikschule (abrufbar unter www.musikschuleluzern.ch) wird ausführlich von nicht weniger als 281 Anlässen berichtet, von der Umrahmung des Neujahrsapéros der Stadt Luzern durch einen Xylofon-solisten bis zu den drei ersten Rängen des "Prix d'Excellence" der Musikschulchöre am Kantonalen Gesangsfest in Wolhusen. Erstmals fand die Eröffnungskonferenz (zum Thema Feedback-Kultur) der 98 Musiklehrpersonen am Donnerstag und Freitag in der letzten Sommerferienwoche statt. Die Stundenplanung und Raumzuteilungen fanden vor und während der Ferien statt, sodass Schulbeginn und Schuljahr der Musikschule und der Volksschule nun identisch sind.

Mittelschulen

Qualitätsmanagement

Im dritten Jahr des ersten Q-Zyklus arbeiteten die Lehrpersonen mit den definierten Instrumenten der Selbstevaluation. Die Schulleitung besuchte den Unterricht und führte Standortgespräche durch. Die Arbeit der Q-Projektgruppe konzentrierte sich in der ersten Jahreshälfte auf den Aufbau einer elektronischen Q-Page, welche gleichzeitig Q-Handbuch und Organisationshandbuch darstellt. Die Q-Page ermöglicht den schnellen Zugriff auf alle wichtigen Dokumente des Mittelschulenzentrums (MSZ). Die zweite Jahreshälfte war der Vorbereitung und Durchführung der Zertifizierung durch die Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme gewidmet. Das Q-Management ist seit dem 18. Dezember 2006 nach der Quintessenz-Norm "ohne weitere Auflagen" zertifiziert.

Fachmittelschule (FMS) / Berufsmittelschule (BM GS)

Zu Beginn des Schuljahres 2006/2007 zählte die FMS total 12 Klassen (4 erste Klassen FMS, 4 zweite Klassen FMS und 4 dritte Klassen FMS) mit insgesamt 238 Schülerinnen und Schülern.

Anerkennung: Das Anerkennungsverfahren konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Am 11. Juni 2006 hat der Vorstand der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) dem Antrag der Kommission zur Anerkennung der Abschlüsse der Fachmittelschulen für das MSZ Luzern zugestimmt. Die FMS Luzern wird in das Verzeichnis der anerkannten FMS-Schulen aufgenommen. Die Ausweise dürfen den Vermerk "schweizerisch anerkannter Fachmittelschulenausweis" tragen.

Die Abteilung BM GS startete im Sommer 2006 mit dem fünften Lehrgang des Pilotprojektes "FAGE mit Berufsmatura" mit 23 Lernenden des Berufs "Fachangestellte Gesundheit". Die Berufsmaturaabteilung für Erwachsene zählt 5 Klassen mit insgesamt 80 Lernenden.

Anerkennung: Das Anerkennungsverfahren konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Am 29. März 2006 hat das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT entschieden, den durch die Berufsfachschule Gesundheit und Soziales am MSZ Luzern geführten Berufsmaturitäts-Lehrgang ohne Vorbehalte eidgenössisch zu anerkennen.

Im Sommer 2006 konnte zum letzten Mal allen 53 Diplomandinnen und Diplomanden das Diplommittelschul-Diplom ausgehändigt werden. 61 Maturandinnen und Maturanden absolvierten erfolgreich die Berufsmaturaprüfungen, 2 Studierende haben die Prüfung nicht bestanden.

Wirtschaftsmittelschule (WML)

Im Sommer 2006 begannen an der WML 113 Schülerinnen und Schüler ihre Ausbildung in 5 Klassen (4 Berufsmaturitätsklassen und 1 Handelsdiplomklasse). In insgesamt 15 Klassen wurden 308 Schülerinnen und Schüler an der WML unterrichtet, davon waren 167 Männer und 141 Frauen. Erstmals absolvierte nur noch die Handelsklasse in der zweiten Klasse ein achtwöchiges Praktikum; die Berufsmaturitätsklassen gingen im vierten Ausbildungsjahr während 39 Wochen in die Praxis. 99 Absolventinnen und Absolventen des Diplomjahrganges 2006 konnten nach erfolgtem Praxis-einsatz die Berufsmaturitätszeugnisse entgegennehmen. An der Diplomfeier im Kultur- und Kongresszentrum KKL freuten sich 136

Schülerinnen und Schüler über ihren Erfolg bei den Diplomprüfungen.

Im Wahlbereich Tourismus konnte in den zweiten Klassen das Modul "Stadtführungen von Jungen für Junge", welches im Rahmen des BBT-Pilotprojektes "Zukunft der Handelsmittelschulen" angeboten worden ist, zu einem erfolgreichen Ende geführt werden.

MSZ Erwachsenenbildung

Im Berichtsjahr 2006 haben 1395 Kunden (Vorjahr 1312) einen der 124 verschiedenen Kurse (Vorjahr 113) besucht. Von den 39 Kursleitenden unterrichten 14 (36 %) auch an den Städtischen Mittelschulen, die restlichen 25 Kursleitenden (64 %) sind externe Fachleute. Verschiedene Angebote konnten erfolgreich neu auf dem Markt platziert werden (Kunstgeschichte, Informatik-Anwender I (SIZ), Krafttraining für Frauen, Power yoga, Tai Chi usw.), andere Kurse kamen bei der Kundschaft weniger gut an (DELFI-Diplomkurs, Zeichnen/Malen, Deutsch, Rückengymnastik). Von den ersten Absolventinnen und Absolventen des Lehrgangs Informatik-Anwender I haben bisher alle Prüflinge sämtliche absolvierten Prüfungen erfolgreich bestanden (Erfolgsquote 100 %!). Dies erfüllt mit Stolz und spornt an, dem eingeschlagenen Weg weiterzufolgen.

Kultur und Sport**Kulturbereich**

Das Jahr 2006 brachte die Zusammenführung der bisherigen Abteilungen Sport und Freizeit und Kultur in die neue Abteilung Kultur und Sport. Zusätzlich kam die Stadtbibliothek dazu. Was per 1. Juli 2006 formell umgesetzt wurde, wirkte bereits im ersten Halbjahr vor. Leider war diese Phase auch geprägt von einem krankheitsbedingten Ausfall der bisherigen Chefin der Abteilung Sport und Freizeit, Margrit Lussi Achermann, die per Ende 2006 frühzeitig in den Ruhestand trat. Insgesamt darf die Zusammenführung als gelungen bezeichnet werden, wenn auch noch nicht alle sich daraus ergebenden Fragen geklärt sind; die Zusammenführung wurde insbesondere in der Öffentlichkeit positiv aufgenommen. Abgesehen von diesen organisatorischen Veränderungen wurden in den Bereichen Kulturförderung und Sportförderung, neben dem routinemässigen Fördergeschäft, in Zusammenarbeit mit den Organisationen und Vereinen verschiedene Projekte vorangetrieben: Im Sportbereich ist namentlich die Taskforce Allmend zu erwähnen, die im Frühling vom Stadtrat eingesetzt wurde und dafür sorgte,

dass für die Planung und Realisierung eines neuen Fussballstadions, unter Integration eines neuen Hallenbades und weiterer breiten-sportlicher Anlagen, ein breit angelegter Investorenwettbewerb ausgeschrieben wurde. Gleichzeitig mit dem Kredit zur Lancierung des Wettbewerbes behandelte der Grosse Stadtrat den Planungsbericht zur städtischen Sportförderung, der in den nächsten Jahren u. a. als Grundlage für die Entwicklungsarbeit in diesem Bereich sorgen wird.

Im Bereich Integration wurde im Berichtsjahr ein Begleitkurs im Einbürgerungsprozess "ich bürgere mich ein" entwickelt und nach der Pilotphase definitiv eingeführt.

Der Quartierentwicklungsprozess BaBeL konnte zusammen mit allen Beteiligten schrittweise in eine neue Organisation übergeführt werden, in welcher die Quartierkräfte stärker in die Verantwortung einbezogen sind. Der Spielplatz Sagenmatttrain wurde saniert, ein Gesundheitswochenende fand statt, für die Aufwertung des Reussufers wurden Vorschläge erarbeitet.

In der Kulturförderung wurde neben der gewohnt intensiven Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden und -institutionen im Bereich der Einzelförderung und der Jahresbeiträge vor allem die Thematik Museen aufgearbeitet. Anfang 2006 ging die Zuständigkeit dafür von der Bau- an die Bildungsdirektion über. Ein Planungsbericht, der Anfang 2007 ans Parlament geht, fasst die Ergebnisse der umfassenden Grundlagenarbeit zusammen und macht Vorschläge für das weitere Vorgehen. Offen ist nach wie vor die Situation rund um das Kulturzentrum Boa. Im Dezember 2006 hat der Stadtrat die künftige Nutzung als Briefverteilzentrum für die Post befürwortet. Der entsprechende B+A wird im Frühling 2007 im Parlament behandelt. Da die Post das Grundstück frühestens Anfang Juni 2007 nutzen kann, wurde von der in Aussicht genommenen Schliessung des Betriebes per Ende 2006

abgesehen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Situation im Verlaufe des Jahres 2007 klären wird. Hingegen konnte der öffentliche Kulturbetrieb auf dem Kulturwerkplatz Luzern-Süd, der im Herbst 2008 beginnen soll, in einem breit angelegten Verfahren öffentlich ausgeschrieben werden. Die Jury führte bis Ende Jahr die erste Jurierungsrunde durch; im Januar 2007 wurden drei von sieben Teams für eine weitere Bewerbungsrunde ausgewählt. Per Anfang 2006 übernahm die Abteilung auch die Verantwortung für die städtische Kunstsammlung und den Ankaufskredit: Die Verwaltung der Kunstobjekte erfolgt seit Mitte des Berichtsjahres auf dem Programm MuseumPlus.

Für den Bereich Stadtbibliothek wird für eine detaillierte Berichterstattung auf den Geschäftsbericht des Bibliotheksverbandes BVL verwiesen.

Kinder- und Jugendzahnklinik

Die Angebotserweiterung im Bereich Kieferorthopädie hat Früchte getragen. Die Mehreinnahmen sind hauptsächlich auf die vermehrte Nachfrage nach Zahnkorrekturen zurückzuführen. Gleichzeitig wurden die Pensen einzelner Mitarbeiterinnen überprüft und dem Bedarf entsprechend reduziert, was Einsparungen bei den Besoldungen brachte. Mehrauslagen im Bereich Unterhalt trüben das gute Ergebnis etwas. Ein alter Behandlungsstuhl stösst an seine Betriebsgrenze, was sich in gestiegenen Reparatur- und Unterhaltskosten niederschlägt. Der Ersatz dieses Gerätes ist auf das Jahr 2008 vorgesehen. Im B+A 45/2003 hat der Stadtrat darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf den Neubau der Klinik der Kostendeckungsgrad von damals 54 % auf 60% bis 66% zu verbessern sei. Mit einem Deckungsgrad von 63 % liegt die Klinik im zweiten Betriebsjahr nach dem Neubau auf Zielkurs.

4.2.5 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

Neu enthalten sind die Dienststellen Stadtkanzlei, Kultur und Sport sowie die Kinder- und Jugendzahnklinik.

Die Leistungsblätter Kindergärten, Primarschulen, Kleinklassen und Sekundarstufe I sind in den Bericht der Volksschule zum Leistungsauftrag mit Globalbudget in Kapitel 5.2 integriert und werden nicht mehr separat aufgeführt.

4.2.5.1 Stadtkanzlei

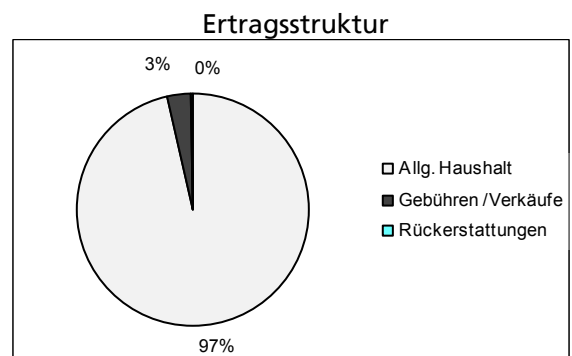
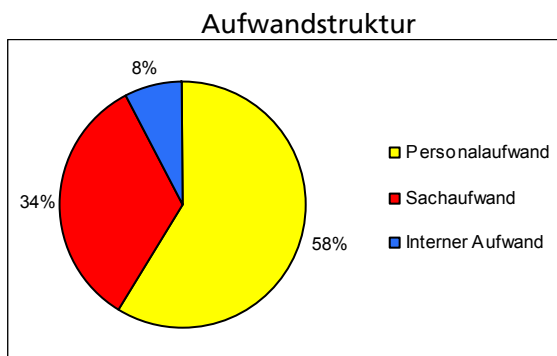
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Stadtkanzlei ist eine wichtige Anlaufstelle für Fragen aus der Bevölkerung. Als Stabsstelle erbringt die Stadtkanzlei Dienstleistungen für den Stadtrat und die Verwaltung und führt das Sekretariat des Grossen Stadtrates von Luzern. Der Stadtkanzlei sind zwei Bereiche angegliedert: Die Stelle Kommunikation und Stadtmarketing stellt die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Luzern sicher, das Stadtarchiv gewährleistet mit der Sicherung, Aufbewahrung, Erschliessung, Auswertung und Beratung die langfristige Zugänglichkeit des überlieferungswürdigen städtischen und stadtbezogenen Schriftguts. In der Stadtkanzlei arbeiten 31 Personen (2'130 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	4'207'856	4'807'102	4'237'400	569'702	13%	599'247	14%
Ertrag	178'802	174'480	199'900	-25'420	-13%	-4'322	-2%
Ergebnis	-4'029'054	-4'632'622	-4'037'500	-595'122	-15%	-603'569	-15%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2002	2003	2004	2005	2006
Kanzleidienste					
Ausgefertigte Stadtratsbeschlüsse inkl. Berichte und Anträge (B+A)	1'448	1'337	1'407	1'246	1'316
Anzahl Beglaubigungen	513	493	559	458	486
KOMA					
Anzahl Medienorientierungen	k. A.	k. A.	25	23	21
Anzahl Medienmitteilungen	k. A.	k. A.	343	269	309
Stadtarchiv					
Neuzugang Aktenbestand in Laufmetern	103,53	43,1	112,37	66,43	94,75
Auskünfte (Benutzungstage)	1'402	1'347	1'091	1'220	1'169
Pensenaufwand für Auskünfte	50%	45%	43%	48%	50%

e) Kommentar

Auf dieser Seite wird erstmals die gesamte Stadtkanzlei dargestellt. Bisher erschienen hier nur die Kennzahlen des Stadtarchivs.

Die Anzahl ausgefertigter Stadtratsbeschlüsse hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen, unter anderem weil Baubewilligungen im vereinfachten Verfahren neu direkt von der Bauverwaltung unterzeichnet und nicht mehr vom Stadtrat beschlossen werden. Die Anzahl amtlicher Beglaubigungen von Unterschriften, Fotokopien und Übersetzungen bewegt sich seit Jahren konstant um die Zahl 500.

Die Anzahl Medienorientierungen und -mitteilungen in einem Jahr richtet sich nach der politischen Agenda.

Trotz weniger Benutzungstagen hat die Zahl der Benutzenden des Stadtarchivs (51 % Private, 49 % Verwaltung) auch 2006 weiter zugenommen, was den Pensenaufwand für die Auskünfte erhöht hat.

4.2.5.2 Musikschule

a) Aufgaben / Dienstleistungen

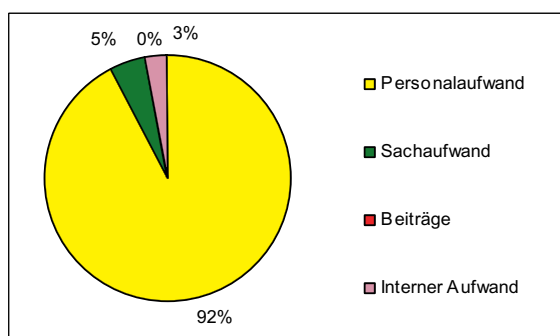
An der Musikschule werden Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt Luzern bis zum erfüllten 20. Lebensjahr zu einem vergünstigten Jugendtarif unterrichtet. Lernende von kantonalen Mittelschulen und von Aussengemeinden können zu kostendeckenden Tarifen (Vollkosten) aufgenommen werden. Seit 1986 wird auch Erwachsenen Musikunterricht zu lohnkostendeckenden Schulgeldtarifen erteilt. Hauptangebot ist der Instrumental-, Gesangs- und Ensembleunterricht. Als Lehrkräfte sind diplomierte Musiklehrpersonen nach kantonalem Recht im öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis angestellt. Das Schulgeld wird in Abstimmung mit den Agglomerationsgemeinden und den kantonalen Richtlinien vom Stadtrat festgesetzt. In begründeten Fällen werden für Kinder und Jugendliche aus Luzern Schulgeldermässigungen gesprochen.

b) Ergebnis

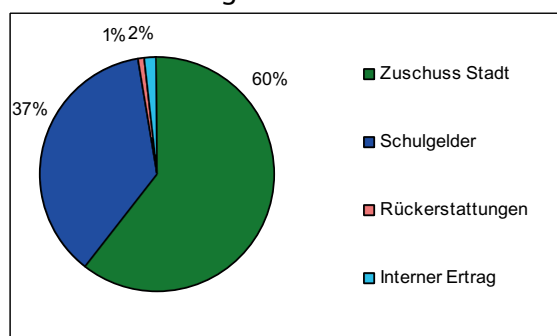
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	6'152'447	6'063'134	5'971'100	92'034	2%	-89'313	-1%
Ertrag	2'131'353	2'408'035	2'047'700	360'335	18%	276'682	13%
Ergebnis	-4'021'094	-3'655'099	-3'923'400	268'301	7%	365'995	9%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	2002 2001/02	2003 2002/03	2004 2003/04	2005 2004/05	2006 2005/06	Veränd.
Anzahl Schüler/innen total	2'861	2'754	2'783	2'802	2'867	+65
davon Erwachsene	243	227	218	244	261	+17
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	2'054	2'169	2'135	2'057	2'114	+57
Kostendeckungsgrad insgesamt	41,5%	42,2%	43,7%	36,9%	38,1%	+1,2%
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	42,5	42,1	42,2	40,24	40,85	+0,61

e) Kommentar

Der Kostendeckungsgrad der Musikschule beträgt 38,1 %. Er wurde im Zusammenhang mit der Streichung der Kantonssubventionen gesenkt und vorübergehend im Zusammenhang mit dem EÜP erneut erhöht. Beim Erwachsenenunterricht decken die Erträge die direkten Lohnkosten. Die im Vergleich zum Budget um Fr. 268'000.- bessere Rechnung ist auf die Einführung der Dreissig-Minuten-Lektion, Gruppenangebote im Vorschul- und Erwachsenenbereich und auf eine Schulgelderhöhung von 6 % zurückzuführen. 2'867 Schülerinnen und Schüler bedeuten eine Rekordzahl seit der Gründung der Musikschule im Jahr 1858.

4.2.5.3 Mittelschulen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die *Diplommittelschulen* wurden durch die *Fachmittelschulen* (FMS) abgelöst. Das Anerkennungsverfahren der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) wurde abgeschlossen. Die FMS Luzern ist ohne Vorbehalte offiziell von der EDK anerkannt worden. Zu Beginn des Schuljahres 2006/2007 zählte die FMS total zwölf Klassen mit insgesamt 238 Schülerinnen und Schülern.

Die *Abteilung Berufsmaturität Gesundheit Soziales* (BM GS) startete im Sommer 2006 wiederum mit einem neuen Jahrgang für die lehrbegleitende Ausbildung "FAGE mit Berufsmatura", mit total 57 Lernenden. Die Berufsmaturaabteilung für Erwachsene zählt zwei Parallelklassen des einjährigen Vollzeitkurses mit 41 Lernenden. Der zweijährige Teilzeitlehrgang wird neu im ersten Jahr doppelt geführt, insgesamt mit 39 Lernenden.

Im Sommer 2006 konnte allen 53 Diplomandinnen und Diplomanden das (letzte) DMS-Diplom ausgehändigt werden. 61 Maturandinnen und Maturanden absolvierten erfolgreich die Berufsmaturaprüfungen.

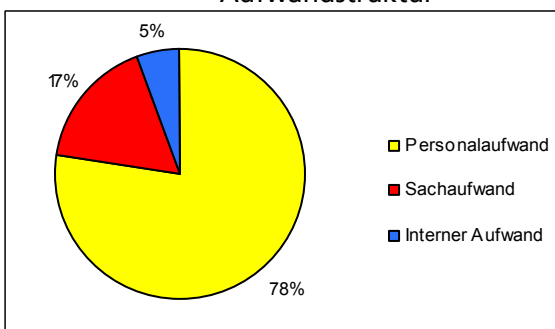
Die *Wirtschaftsmittelschule (WML)* vermittelt fundierte kaufmännische Kenntnisse sowie eine umfassende Allgemeinbildung auf Mittelschulniveau. Gute Fremdsprachen- und Informatikkenntnisse eröffnen breit gefächerte Berufsaussichten in kaufmännischen wie nichtkaufmännischen Bereichen. Nach der dreijährigen Ausbildung wird der dem KV-Abschluss äquivalente Fähigkeitsausweis Kauffrau/Kaufmann abgegeben. Nach einem zusätzlichen einjährigen Praktikum kann mit der kaufmännischen Berufsmatura abgeschlossen werden. Im Januar bzw. Juni 2006 erhielten 99 Schülerinnen und Schüler das Berufsmaturitätszeugnis. Im Juni 2006 wurden 136 Schülerinnen/Schüler diplomiert.

b) Ergebnis

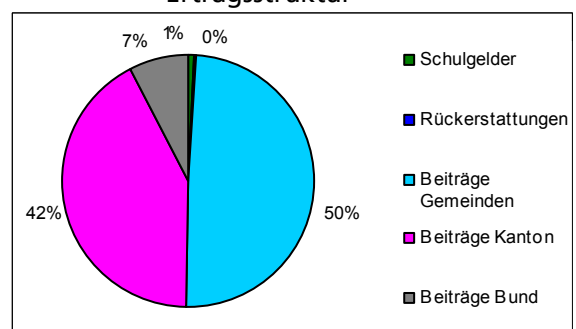
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	12'906'815	13'531'996	13'058'800	473'196	4%	625'181	5%
Ertrag	12'788'927	18'004'620	11'629'200	6'375'420	55%	5'215'693	41%
Ergebnis	-117'888	4'472'625	-1'429'600	5'902'225	413%	4'590'513	3894%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	2002 2001/02	2003 2002/03	2004 2003/04	2005 2004/05	2006 2005/06	Veränd.
Anzahl Schüler/innen	545	551	613	658	671	13
(davon aus der Stadt)	(127)	(112)	(115)	(109)	(135)	(26)
Anzahl Abteilungen	27	28	32	35	35	0
Anzahl Schüler/innen pro Abt.	20,2	19,7	19,2	18,8	19,2	0,4
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	21'462	23'002	20'970	19'615	20'167	552
*Aufwand pro Schüler aus der Stadt (netto) in Fr.	18'812	20'524	13'573	1'082	-33'131	34'213
Aufwand pro Abteilung	433'205	452'640	435'335	368'766	386'628	17'862
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	46,2	48,3	51,2	52,6	55,4	2,8

* Nettoaufwand zulasten der Stadt / Anzahl Schüler/innen aus der Stadt.

e) Kommentar

Im Hinblick auf die Kantonalisierung der Mittelschulen auf Ende Juli 2007 wurden Aufwand und Ertrag auf Ende 2006 abgegrenzt. Dies hat zur Folge, dass die nachschüssig fliessenden Beiträge von Bund und Kanton in die Rechnung 2006 gebucht wurden. Auch die Beiträge von Gemeinden werden erst Anfang Kalenderjahr für das jeweilige Schuljahr in Rechnung gestellt. Der Anteil des Schuljahres 2006/07 wurde deshalb transitorisch im Rechnungsjahr 2006 vereinnahmt. Dies alles führt einmalig zu rein buchhaltungstechnisch ausserordentlichen Erträgen.

4.2.5.4 Kultur und Sport

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Seit dem 1. Juli 2006 besteht die neue Dienstabteilung Kultur und Sport, in der die bisherigen Abteilungen Kultur (neu Bereich Kulturförderung) und Sport und Freizeit (neu Bereich Sportförderung) sowie – in administrativer Unterstellung – die Stadtbibliothek zusammengeführt sind. Der Bereich Kulturförderung ist für alle Fragen der Förderung von Kulturanlässen, -projekten und -angeboten zuständig. Kulturförderung verwaltet das umfangreiche Beitragswesen für Museen, kulturelle Institutionen, Events und Einzelanlässe und hält den Kontakt zu den privaten Akteuren. Ein zentrales Element ist das Management des FUKA-Fonds für Projekte und Einzelförderung. Dem Bereich obliegt ferner die Pflege und Entwicklung der städtischen Kunstsammlung. Als Fachstelle entwickelt der Bereich Kulturförderung das Förderwesen und die entsprechenden Instrumente laufend bedürfnisgerecht weiter – dies in Zusammenarbeit mit den Institutionen und Anspruchsgruppen.

Der Bereich Sportförderung verwaltet die städtischen Turn- und Sportanlagen sowie die Aulen, Sing-säle, Küchen und Schulzimmer ausserhalb der Schulzeit. Ferner werden die Schulsportanlässe ausserhalb der Schulzeit und die Oster- und Herbstsportwochen organisiert. Die Sportförderung bearbeitet das Beitragswesen, vor allem aus den Billettsteuerfonds.

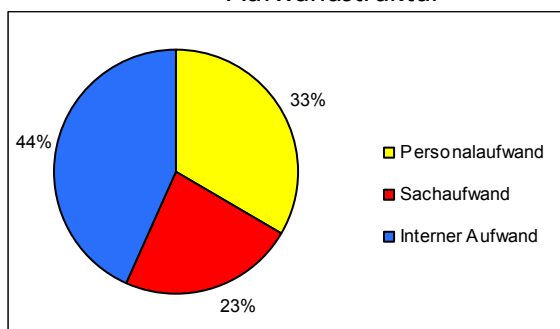
Die Stadtbibliothek als externer Betrieb in der Bourbaki-Liegenschaft fungiert zum einen als Gemeindebibliothek und zum andern als Zentralstelle des interkommunalen Bibliotheksverbandes. Mit zur Dienstabteilung gehört ferner die Integrationsbeauftragte, welche die Aufgaben und Leistungen gemäss den periodisch vom Parlament beschlossenen Berichten und Anträgen zur Integrationspolitik erfüllt (letztmals per 2006 für die Jahre 2006 bis 2009). In der Dienstabteilung arbeiten 32 Personen (2'015 Stellenprozente).

b) Ergebnis

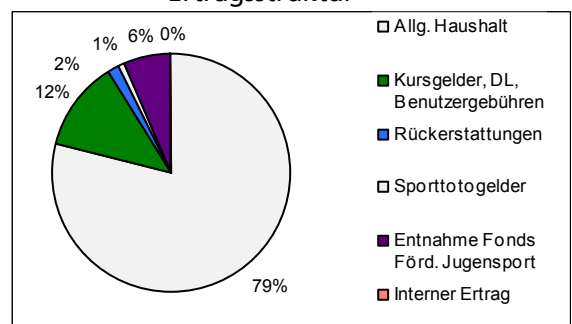
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	4'118'952	4'301'579	4'240'000	61'579	1%	182'627	4%
Ertrag	853'840	913'214	1'070'200	-156'986	-15%	59'374	7%
Ergebnis	-3'265'112	-3'388'365	-3'169'800	-218'565	-7%	-123'253	-4%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Die Zahlen zum Beitragswesen in der Kulturförderung werden seit einigen Jahren gemäss Grundlagenbericht Kultur-Standort Luzern vom Mai 2001, Seite 25, dargestellt, jedoch ohne anteiligen administrativen Aufwand: Aufgerechnet werden zunächst die Aufwendungen im Beitragswesen sowie ferner die Aufwendungen für das Probe- und Atelierzentrum Sedel und für den Kunstpreis. Es handelt sich weitestgehend um Subventionen bzw. Beiträge an Dritte – die Rechnungszahlen bei den entsprechenden Konti geben Auskunft über Bezüger und Höhe der Beträge im Einzelnen.

Beitragswesen Kulturförderung

	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Kulturförderung aus LR	17'378'135	17'385'380	17'380'700	4'680	0%	-7'245	0%
Kulturförderung aus Billettsteuer	3'156'069	3'490'271	3'514'166	-23'895	-1%	-334'202	-11%
Total	20'534'204	20'875'651	20'894'866	-19'215	0%	-341'447	-2%

Im Folgenden werden im Sinne der Fortschreibung der früheren Kennzahlen nur ganz wenige und punktuelle Leistungen der Abteilung Kultur und Sport beleuchtet. Kenngrössen mit mehr Aussagekraft sind namentlich im Kulturbereich den Berichten und Rechenschaftspapieren der unterstützten Institutionen zu entnehmen, die zumeist als Vereine oder Stiftungen organisiert sind. Für das Controlling derselben durch die Verwaltung findet das Reglement über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling Anwendung. Auf den Folgeseiten finden sich – wie in den Vorjahren – nähere Angaben zu den beiden Billettsteuerfonds in Kultur und Sport, die in der Rechnung nicht weiter ausgewiesen sind, sowie Informationen zu den Sporthallenbelegungen und Angaben zur Stadtbibliothek.

Rechnungsjahr	2004	2005	2006	Abw.
Aufwand (exkl. Abschreibungen und Zinsen auf Kulturbeiträgen, netto) für Kulturförderung pro Einwohner/in der Stadt Luzern in Fr.	419.81	396.57	408.25	+2,9%

	2003		2004		2005		2006		
	Std./	Std./	Std./	Std./	Std./	Std./	Std./	Std./	Veränderung
	Woche	Jahr	Woche	Jahr	Woche	Jahr	Woche	Jahr	
Drittbelegung									
Belegungen Erwachsene (E)	578	26'588	726	33'396	560	25'760	667	30'682	+107
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	469	21'574	508	23'368	435	20'010	489	22'494	+54
Belegungen Jugendliche (J)	782	35'972	946	43'516	994	45'724	1'067	49'082	+73
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	593	27'256	562	25'852	564	25'944	553	25'438	-11
Total E und J	1'360	62'537	1'672	76'912	1'554	71'484	1'734	79'764	+180
davon Vereinsbelegungen	1'061	48'806	1'070	49'220	999	45'954	1'042	47'932	+43
Turnhallen (46 Kalenderwochen)									
Vergleich: Schulbelegungen	1'192	47'680	1'184	47'360	1'255	50'200	1'094	43'760	-161
(40 Kalenderwochen)									

e) Kommentar

Die obigen Zahlen zeigen die Belegungen durch die Vereine ausserhalb der Schulzeiten von Montag bis Sonntag. Die Jugendlichen der Stadtluzerner Vereine belegen sämtliche Räumlichkeiten und Turnhallen gebührenfrei. Die Belegungen durch Jugendliche sind momentan konstant. Die Belegungen durch Erwachsene haben eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Während der Wintermonate belegen die Aussensportarten (Fussball, Leichtathletik, Landhockey usw.) die Turnhallen zusätzlich, was jeweils zu einer Steigerung der Belegungszahlen führt. Die Schulraumbelegungen durch die diversen Ergänzungsunterrichte und Integrationsbereiche haben ebenfalls zugenommen und sind kostenlos. Da die Berufsschulzentren Bahnhof und Heimbach an den Kanton übergingen, waren die Schulbelegungen leicht rückläufig.

4.2.5.5 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten

a) Beschreibung

Der FUKA-Fonds ist im Bereich der städtischen Kulturförderung das zentrale Instrument der Stadt Luzern für die Veranstaltungs- und Projektförderung. Der FUKA-Fonds bezweckt die Förderung und Unterstützung kultureller Projekte und kultureller Aktivitäten. Er fördert ein möglichst breites Spektrum kultureller Aktivitäten von Kulturschaffenden und Veranstaltern mit Bezug zur Stadt Luzern; dies in Form von Produktions- und Veranstaltungsbeiträgen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Innovationsförderung und auf Anschubfinanzierungen.

Herkunft der Mittel

Der Fonds wird aus dem Billettsteuerertrag der Stadt Luzern gespeist. 15 % der entsprechenden Erträge werden jährlich in den Fonds eingelegt. Die Billettsteuer wird bei den steuerpflichtigen Veranstaltern der Stadt Luzern erhoben und kommt vollends der Sport- und Kulturförderung zugute. Es handelt sich um ein Instrument, das einen finanziellen Ausgleich zwischen Sport- und Kulturförderung schafft und gleichzeitig eine verursacherbezogene Finanzierung der entsprechenden Kosten ermöglicht (Finanzierung zulasten der Veranstaltungsbesuchenden und nicht zulasten der städtischen Steuerzahlenden). Die jährliche Einlage von rund Fr. 40'000.– in den regionalen Kulturfonds der RKK (1/3 Kanton, 1/3 Stadt und 1/3 Agglomerationsgemeinden) stammt ebenfalls aus dem FUKA-Fonds.

Fondsverwaltung

Die Fondsverwaltung wird vom Stadtrat von Luzern eingesetzt. Ihr gehören verwaltungsexterne Personen an, die über die entsprechenden Kenntnisse der Luzerner Kulturszene verfügen und als Kulturvermittler/innen in der Lage sind, über die eingehenden Gesuche zu entscheiden. Die Fondsverwaltung entscheidet abschliessend. Die städtische Kulturabteilung ist in der Fondsverwaltung vertreten. Ihr obliegt die notwendige Koordination mit den übrigen Instrumenten städtischer, regionaler und kantonalen Kulturförderung.

b) Ergebnis

	2002	2003	2004	2005	2006
Einlage in den FUKA-Fonds (Billettsteuer)	740'548.30	719'193.55	788'496.75	665'433.95	740'230.20
Rückerstattungen	0.00	0.00	188.00	0.00	00
Darlehen/Rückstellungen	0.00	-255'000.00	205'000.00	50'000.00	00
Total Fondseinlagen	740'548.30	719'193.55	788'456.75	665'433.95	740'230.20
Geleistete Beiträge pro Jahr	660'533.20	772'672.00	791'164.10	835'036.25	869'740.45
Fondsreserve per 1.1.	1'162'901.65	1'242'916.75	934'438.30	1'136'958.95	1'017'356.65
Fondsreserve per 31.12.	1'242'916.75	934'438.30	1'136'958.95	1'017'356.65	887'846.35

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den FUKA-Fonds geförderten kulturellen Sparten ergeben folgende Werte (in %-Anteilen):

Sparte	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Ausstellungen/Installationen	11	13	8	9	9	11	+2
Musik inkl. CDs (alle Sparten)	23	25	35	28	32	24	- 8
Theater/Tanz/Performance	21	14	14	23	21	29	+ 8
Film/Video	10	8	9	8	9	7	- 2
Druckkosten (inkl. Literatur)	8	17	9	13	17	11	- 6
Spartenübergreifende / diverse Projekte*	27	23	25	19	12	18	+6

*Spartenübergreifende Veranstaltungsförderung: Veranstaltungspauschalen an verschiedene Institutionen, interkulturelle Veranstaltungen usw.

d) Kommentar

Im Jahr 2006 haben sieben Sitzungen stattgefunden, wobei rund 300 Gesuche behandelt wurden. Der FUKA-Kiosk erfreut sich grosser Beliebtheit in der Bevölkerung. Insgesamt haben im Jahr 2006 sieben Kiosköffnungen in der Heiliggeistkapelle stattgefunden. Mit dem Pilotprojekt von Stadt und Kanton "Theater- und Tanzförderung Luzerner Selektion" soll die freie Tanz- und Theaterszene von Luzern im nationalen Netzwerk etabliert werden. Durch eine externe Jury wurden im Frühling 2006 erstmals Beiträge in der Höhe von Fr. 75'000.–. ausgerichtet. Das Pilotprojekt dauert bis Herbst 2007.

4.2.5.6 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes

a) Beschreibung

Als beitragsberechtigte Sportvereine gelten alle Stadtluzerner Organisationen, welche Schüler- und Jugendabteilungen führen, deren Mitglieder 7- bis 19-jährig sind, unter der Obhut von qualifizierten Leitern stehen und einen regelmässigen Trainingsbetrieb aufrechterhalten. Teilweise beitragsberechtigt sind Organisationen, die sinngemäss nur teil- oder zeitweise ein sportliches Programm anbieten, z. B. Pfadfinder. Diese gelten als Assoziierte.

Die Fondseinlage beträgt 15 % der Billettsteuererträge, wovon 60 % gemäss nachstehender Aufschlüsselung verteilt werden, 40 % sind in der Laufenden Rechnung dem Bereich Sportförderung einberechnet. Der jährlich zur Verfügung stehende Anteil aus der Fondseinlage wird wie folgt aufgeteilt: 20 % Vereinsquote und 80 % Kopfquote.

Der Vereinsquotenbeitrag ist ein Grundbeitrag, der folgendermassen abgestuft wird:

Stufe I bis 50 Aktivmitglieder

Stufe II 51–150 Aktivmitglieder

Stufe III 151–300 Aktivmitglieder

Stufe IV ab 301 Aktivmitgliedern

Der Kopfquotenbeitrag ist ein Beitrag an die Leiterentschädigung, der sich nach der Gesamtzahl der erfassten Jugendlichen richtet.

b) Ergebnis

	2003	2004	2005	2006
Total Fondseinlagen/Billettsteuern	719'193.55	788'496.75	665'433.95	740'230.20
Ausbezahlte Beiträge pro Jahr	434'442.75	489'237.40	461'461.00	438'358.30
Entnahme für Jugendsport	271'310.80	280'892.00	299'788.74	269'685.45
Fondsreserve (2036.13) per 1.1.	926'589.15	940'029.15	958'306.50	862'580.71
Fondsreserve per 31.12.	940'029.15	958'306.50	862'580.71	894'767.16

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den Jugendsport-Fonds geförderten Sparten sind sehr unterschiedlich. In Franken und prozentmässig ergeben sich folgende Werte:

Sparte	2003	Anteil in %	2004	Anteil in %	2005	Anteil in %	2006	Anteil in %
Ballsportarten (Hallen, Rückschlagspiele)	83'427	19,2	81'421	16,7	92'628	20,1	91'837	21,0
Fussball und Landhockey	81'293	18,7	139'800	28,6	102'346	22,2	87'938	20,1
Leichtathletik, Turnen und polysportive Arten	65'129	15	72'128	14,7	82'359	17,8	75'474	17,2
Schnee-, Eis-, Bergsport	52'377	12	52'261	10,7	65'073	14,1	56'911	13,0
Radsport	4'662	1,1	3'918	0,8	3'825	0,8	3'453	0,8
Wassersport	59'311	13,7	60'073	12,2	43'204	9,4	44'878	10,2
Schiesssport	7'301	1,7	2'174	0,5			2'651	0,6
Kampfsport	26'960	6,2	25'193	5,1	23'112	5,0	29'937	6,8
Diverse ²	47'306	10,9	43'364	8,9	44'259	9,6	41'464	9,5
Assoziierte	6'675	1,5	8'905	1,8	4'655	1,0	3'815	0,9
Total	434'442	100	489'237	100	461'461	100	438'358	100

d) Kommentar

Die ausbezahlten Beiträge an die Vereine für den Jugendsport belaufen sich auf rund Fr. 440'000.–. Dies entspricht 60 % der Billettsteuereinlage in den Jugendsportförderungsfonds. Rund Fr. 270'000.– (oder 42 % der Einlage) werden aus dem Fonds entnommen, um Jugendsportveranstaltungen wie Oster- und Herbstsportwochen sowie Hallenbad- und Kunsteisbahneintritte der Stadtschulen zu finanzieren. Überdies wird damit die gebührenfreie Nutzung der städtischen Sportanlagen durch die Vereinsjugend teilweise abgegolten. Die Einlage der Billettsteuereinnahmen in den Fonds sind höher als angenommen, daher hat sich die Fondsreserve erhöht. Im Zug der Weiterentwicklung der Sportförderung werden Vorschläge erarbeitet, wie diese Mittel künftig für eine gezielte Jugendsportförderung verwendet werden können.

² Behindertensport, Billard, OL, Golf, Fechten, Frisbee, Bogenschiessen, Reiten, Rugby, Schach, Schwingen.

4.2.5.7 Stadtbibliothek

a) Aufgaben / Dienstleistungen

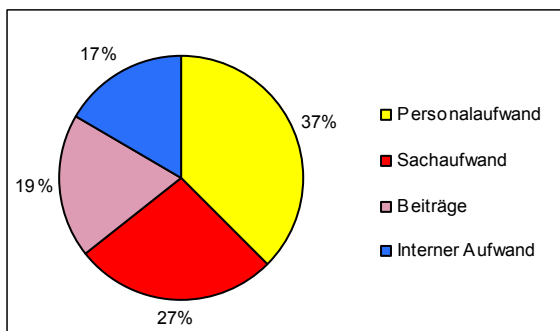
Die Stadtbibliothek Luzern ist Mitglied des Bibliotheksverbandes Region Luzern (BVL). Von den 106'000 BVL-Medien der sieben Verbandsgemeinden waren per Ende 2006 67'000 Einheiten der Stadtbibliothek zugeteilt. Zu diesem Angebot kommen der Eigenbestand von 23'000 Medien sowie 150 Zeitungen und Zeitschriften. Den 21'500 aktiven Kundinnen und Kunden der Stadtbibliothek Luzern stehen somit insgesamt 90'000 Medien für alle Altersstufen zur Verfügung.

b) Ergebnis

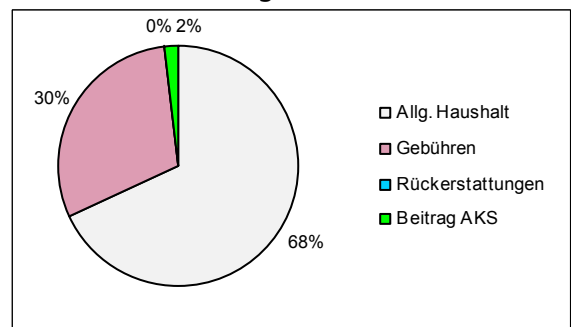
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	1'929'657	1'992'008	1'966'500	25'508	1%	62'351	3%
Ertrag	581'080	636'306	630'000	6'306	1%	55'226	10%
Ergebnis	-1'348'577	-1'355'702	-1'336'500	-19'202	-1%	-7'125	-1%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl Ausleihen	442'321	503'680	520'556	569'372	587'194	542'981
Bestandeszahl	63'021	70'243	77'001	84'951	88'333	89'351
Umsetzung des Bestandes	7,01-mal	7,17-mal	6,76-mal	6,70-mal	6,65-mal	6,08-mal
Ø Kosten pro Ausleihe	Fr. 3.61	Fr. 3.47	Fr. 3.50	Fr. 3.27	Fr. 3.29	Fr. 3.67
Eintritte				279'639	282'296	266'388
Kunden, aktive	17'464	19'007	20'197	21'463	21'985	21'550
Zusammensetzung						
Anteil Stadt	51,2%	50,7%	49,6%	49,8%	50,2%	49,8%
Anteil BVL	20,4%	20,3%	20,8%	20,3%	20,2%	21,0%
Anteil übrige	28,4%	29,0%	29,6%	29,9%	29,6%	29,2%

e) Kommentar

Die Nutzungsintensität der Stadtbibliothek ist im siebten Betriebsjahr im Bourbaki Panorama erstmals nicht weiter gestiegen. Die Erhöhung der Ausleihgebühren dürfte wesentlich dazu beigetragen haben. Bei einer sechsfachen Umsetzung des Bestandes spricht man aber immer noch von einer Übernutzung der Medien. Zurzeit laufen Abklärungen, ob und wie bzw. mit welchen Partnern eine Erweiterung der Stadtbibliothek realisiert werden könnte.

4.2.5.8 Kinder- und Jugendzahnklinik

a) Aufgaben / Dienstleistungen

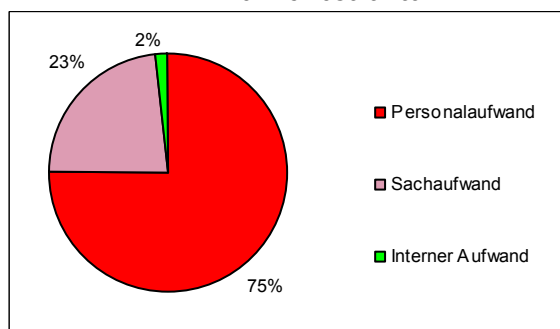
Gestützt auf das Gesundheitsgesetz vom 13. September 2005 (§ 52, Schulzahnpflege) sorgt die Kinder- und Jugendzahnklinik für die regelmässige zahnmedizinische Prophylaxe und Untersuchung im Rahmen der Schulzahnpflege. Sie ermöglicht allen vorschul- und schulpflichtigen Kindern mit Wohnsitz in der Stadt Luzern eine gute zahnärztliche Betreuung. Die Leistungen werden nach dem kantonalen Schulzahnpflegetarif abgerechnet. Die Erziehungsberechtigten tragen bis zu einem Betrag von Fr. 150.– die vollen Kosten. Behandlungskosten über Fr. 150.– werden den Erziehungsberechtigten zu abgestuften Ansätzen in Rechnung gestellt, massgebend ist die Höhe des steuerpflichtigen Einkommens plus 20 % des Reinvermögens. Für kieferorthopädische Behandlungen (Zahnstellungskorrekturen) werden die vollen Kosten berechnet. Die Dienststelle KJZK beschäftigt 8 Personen (650 Stellenprozente).

b) Ergebnis

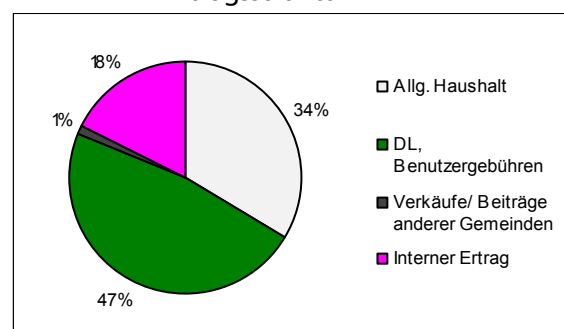
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	1'099'253	1'235'631	1'138'000	-97'631	-9%	-136'378	-12%
Ertrag	-470'695	-789'424	-755'000	34'424	5%	318'729	68%
Ergebnis	628'558	446'207	383'000	-63'207	-17%	182'351	29%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Anzahl untersuchte Schüler	4'475	4'599	4'358	4'357	4'299	-58
Anzahl Patienten der KJZK	1'817	1'782	1'759	1'752	1'777	+25
Anzahl Behandlungen pro Jahr		1'120	1'126	1'262	1'233	-29
Anzahl Behandlungen in Lachgas		71	56	127	112	-15
Anzahl Behandlungen in Vollnarkose		14	47	49	35	-14
Anzahl KFO-Fälle				220	202	-18

e) Kommentar

Trotz eines stetigen Rückgangs der Schülerzahlen während der letzten Jahre ist die Patientenzahl erstmals wieder leicht angestiegen. Insgesamt bleiben die übrigen Differenzen im Rahmen der normalen Schwankungen. Die weiterhin hohe Anzahl Behandlungen in Lachgas und Vollnarkose ist ein Indiz für die Problematik der Kleinkinderkaries und der Patienten mit Angstsyndrom.

4.3 Sicherheitsdirektion



Die Stadt Luzern unterstützt die energetische Erneuerung von älteren Wohnhäusern mit Mitteln aus dem Energiefonds: 2006 bis 2008 läuft die Aktion "Jetzt Wohnbauten sanieren". Das Bild zeigt ein Mehrfamilienhaus an der Würzenbachstrasse, dessen Gebäudehülle 2006 saniert wurde.

Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin

"Urbane Sicherheit stellt als Standortfaktor eines der wesentlichen Elemente einer erfolgreichen Stadtentwicklungspolitik dar." Dies stellte Elmar Ledergerber, Stadtpräsident von Zürich, schon vor längerer Zeit fest und verband diese These mit der Forderung, die Lösung urbaner Sicherheitsprobleme in die politische Gesamtstrategie einzubeziehen. Urbane Sicherheit wird aber auch bei der Prüfung einer neuen Polizeiorganisation im Kanton Luzern eine Rolle spielen. Ausgelöst durch den Rücktritt des städtischen Polizeikommandanten sollen die Vor- und Nachteile neuer Zusammenarbeitsformen geprüft werden. Ziel muss eine gute und wirkungsvolle "Versorgung mit Sicherheit" sein.

Im Zusammenhang mit dem Entlastungs- und Überprüfungsprojekt EÜP wurde der Vorschlag, künftig auf den Quartierdienst zu verzichten, vom Parlament nicht gutgeheissen. Basierend auf dem Sicherheitsbericht wird der Stadtrat darüber Rechenschaft abgeben, wie die künftige Sicherheitsversorgung der Quartiere sichergestellt wird.

Vertrauen spielt im Zusammenhang mit Sicherheit eine grosse Rolle. Dieses Vertrauen konnte Peter Frey geniessen, der nach mehr als 20 Jahren Tätigkeit als Feuerwehrkommandant zurücktrat. Er übergab seinem Nachfolger ein sehr gut ausgebildetes und funktionierendes Feuerwehrkorps.

Sicherheit bedeutet nicht nur Abwesenheit von Gewalt, sondern auch soziale und wirtschaftliche Sicherheit, genauso aber auch eine intakte Umwelt. Die Anfang 2006 durch eine hohe Feinstaubbelastung lancierte Diskussion um Luftreinhaltungsmassnahmen unterstützt die vom Grossen Stadtrat verabschiedeten Ziele für eine saubere Luft in Luzern. Der Massnahmenkatalog wurde 2006 ausgearbeitet und soll nun schrittweise – in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern – umgesetzt werden. Mit dem erfolgreichen Re-Audit als Energiestadt erbrachte die Stadt Luzern den Nachweis für einen sorgsamen Umgang

mit Ressourcen, wenn auch im städtischen Gebäudebereich noch Nachholbedarf besteht. Eine 2006 sehr erfolgreiche Gebäudewärmedämmungs-Kampagne für Investoren unterstützt die Ziele der städtischen Energiepolitik.

Aufgrund der vom Stadtrat 2006 erlassenen Verordnung über ausserordentliche Lagen wurde der Führungsstab aufgebaut. Ziel ist eine rasche und fachlich kompetente Bewältigung von Katastrophen, Notstand und Notlagen wie Hochwasser oder Pandemien. Ziele sind dabei der Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen, die Wahrung der Handlungsfreiheit und die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse.

Neben diversen Projekten gilt es vor allem, die Tagesgeschäfte zu bewältigen. Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Vorgesetzten, permanent zu überprüfen, welche personellen Ressourcen für die Erfüllung dieser Aufgaben notwendig sind. Das Zahlenmaterial in den folgenden Kapiteln gibt dazu detaillierte Auskunft. Auch wenn es immer wieder Verbesserungsbedarf gibt, stelle ich doch fest, dass in den Dienstabteilungen konzentriert und lösungsorientiert gearbeitet wird. Ich danke allen Mitarbeitenden – vor allem auch denjenigen hinter den Kulissen – für ihr Engagement und ihren Einsatz zugunsten der Bevölkerung. Besonders die Kader waren im Zusammenhang mit dem EÜP stark gefordert. Neue Aufgaben wie das Absenzenmanagement, die Führungsentwicklung und die bewusste Kundenorientierung werden sie auch künftig in Anspruch nehmen. Ein Blick in die Zukunft lässt erahnen, dass niemand die Hände in den Schoss legen kann. Die fusionierte Stadt Luzern benötigt für eine erfolgreiche Umsetzung das Wissen und die Erfahrung aller. Für die Sicherheitsdirektion aber gilt:

"Man weiss nie, was daraus wird, wenn die Dinge verändert werden. Aber weiss man denn, was daraus wird, wenn sie nicht verändert werden?" (Elias Canetti).

4.3.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Strategie Nachhaltige Entwicklung
(Projektplan Nr. 04/791.01)

Fünfjahresziel
A1.1

Eine Methode zur Nachhaltigkeitsbeurteilung von Einzelvorhaben ist entwickelt und im Rahmen von Pilotprojekten getestet.

Planungen und Projekte mit potenziell relevanten Auswirkungen in wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Hinsicht sollen durch die zuständigen Dienstabteilungen bezüglich Nachhaltigkeit beurteilt werden können.

In einem ersten Schritt wurden im Rahmen einer schweizerischen Arbeitsgruppe unter der Federführung des Bundesamtes für Raumentwicklung (are) geeignete Instrumente und deren Integration in die Tätigkeit der Stadtverwaltung evaluiert.

Luftreinhaltung/Klimaschutz
(Projektplan Nr. 99/789.03)

Fünfjahresziel
A1.2

Der Stadtrat hat den kommunalen Massnahmenplan Luftreinhaltung beschlossen, erste Massnahmen werden umgesetzt.

Am 16. August 2006 hat der Stadtrat dem Umweltschutz den Auftrag erteilt, in Zusammenarbeit mit weiteren Dienstabteilungen einen kommunalen lufthygienischen Massnahmenplan zu erarbeiten. Im Rahmen einer Vorstudie wurden relevante Grundlagen gesichtet, Handlungsfelder identifiziert und erste Massnahmenvorschläge erarbeitet. Diese werden im Verlauf des Jahres 2007 so weit konkretisiert, dass eine politische Beschlussfassung möglich wird.

Eventkoordination
(Projektplan Nr. 03/029.23)

Fünfjahresziel
C3.3, D1.1

Die Eventpolitik des Stadtrates ist entworfen.

Der Stadtrat hat am 24. Mai 2006 vom Bericht "Eventkoordination in der Stadt Luzern" zustimmend Kenntnis genommen. Er hat der Schaffung einer Stelle für Eventkoordination vorerst bis Ende 2008 zugestimmt und die Messe Luzern AG mit dieser Aufgabe beauftragt. Die Stelle wird begleitet von der Arbeitsgruppe Events. Diese besteht aus den bei Anlässen in der Regel am meisten betroffenen Dienstabteilungen.

Sicherheitsstrategie, Realisierung
(Projektplan Nr. 05/113.03)

Fünfjahresziel
C4.1

Das Parlament hat die Sicherheitsstrategie zur Kenntnis genommen, die Entscheide über Sofortmassnahmen und Teilprojekte zur Umsetzung sind gefällt.

Anstelle der Sicherheitsstrategie hat der Stadtrat aufgrund der vom Parlament überwiesenen Motion 46 2004/2008 die Erarbeitung eines Sicherheitsberichts in Auftrag gegeben. Teil dieses Sicherheitsberichts ist auch eine im August 2006 durchgeführte repräsentative Befragung der Bevölkerung zum Thema Sicherheit. Der Sicherheitsbericht wird dem Parlament im 2. Halbjahr 2007 unterbreitet.

Optimierung Stadtpolizei
(Projektplan Nr. 05/113.04)

Fünfjahresziel
C4.1

Das Leitbild der Stadtpolizei ist umgesetzt. Die Teilprojekte zur Zusammenarbeit mit anderen Polizeikörpern sind lanciert.

Die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei wurde 2006 auf hohem Niveau fortgesetzt. Aufgrund von Vorstössen in den Parlamenten von Stadt und Kanton Luzern hat der Stadtrat beschlossen, sich in die Überprüfung der Polizeiorganisation im Kanton Luzern partnerschaftlich

einzubringen. Dieses Projekt hat gegenüber anderen innerhalb der Polizei Priorität. Die Resultate dürften voraussichtlich im Frühling 2008 vorliegen.

Im Rahmen des Projektes Polizei XXI wurde ein Entwurf für ein neues, umfassendes Polizeikonkordat Zentralschweiz erarbeitet. Der Entwurf war geleitet von der Idee, im Sinne eines Grund- oder Rahmenkonkordats alle Fragen der interkantonalen Polizeizusammenarbeit zu klären, die einer gesetzlichen Grundlage bedürfen. Gestützt auf ein solches Konkordat könnten anschliessend konkrete Verwaltungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Der Regierungsrat des Kantons Luzern hat im Vernehmlassungsverfahren seine Weiterarbeit im Projekt Polizei XXI abgelehnt, da nach seiner Ansicht daraus für den Kanton Luzern keine Vorteile erwachsen, und mitgeteilt, Luzern bevorzuge eine Lösung, wo interessierte Kantone Leistungen einkaufen können. Mit dieser Haltung ist die Zusammenarbeit der Polizeien in der Zentralschweiz im ursprünglich gewünschten Sinn in Frage gestellt, und auch die Haltung der Stadt ist blockiert.

Vandalismus und Sicherheit im öffentlichen Raum
(Projektplan Nr. 03/119.02)

Fünffjahresziel
C4.2

Der Entscheid über die definitive Einführung von SIP ist gefällt.

Mit B+A 43/2005 hat das Parlament am 26. Januar 2006 dem Betrieb von SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) vorerst bis Ende 2007 zugestimmt.

Vandalismus und Sicherheit im öffentlichen Raum
(Projektplan Nr. 03/119.02)

Fünffjahresziel
C4.2

Der Versuchsbetrieb Strandbar Ufeschötti ist ausgewertet, die Umgestaltung des Vögeligärtlis ist eingeleitet, und weitere Massnahmen gegen Vandalismus und andere Auswüchse im öffentlichen Raum sind ergriffen.

Die Bilanz von Polizei, Strasseninspektorat, Stadtgärtnerei und Lebensrettungsgesellschaft des zweijährigen Versuchsbetriebs der Strandbar fällt positiv aus. Abfall, Auseinandersetzungen und Nachtruhestörungen konnten durch diese und andere Massnahmen reduziert werden. Eine verlässliche Bilanz ist allerdings aufgrund der beiden verregneten Sommer 2005 und 2006 schwierig. Der Versuchsbetrieb wird deshalb mit den Betreibern des Jahres 2006 um weitere zwei Jahre verlängert. Beim Vögeligärtli laufen die Planungsarbeiten für eine moderate Umgestaltung unter Einbezug von Anwohnerschaft, Gewerbe und Institutionen. Zudem wurde 2006 im Zusammenhang mit Sprayereien und sogenannten Tags ein PPP-Projekt (Public Private Partnership, Zusammenarbeit Private und öffentliche Hand) ausgearbeitet, welches 2007 umgesetzt werden soll.

4.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick

<i>in Fr. 1'000.–</i>		Aufwand				Ertrag				Ergebnis	
		R 06	B 06	Abwei- chung	in %	R 06	B 06	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag
410	Stab SID	1'359	750	610	81%	34	0	34		(1'325)	575
411	Stadtpolizei	28'621	28'188	433	2%	19'592	19'518	74	0%	(9'029)	359
412	Bevölkerungs- dienste	3'900	3'974	-74	-2%	2'723	2'453	270	11%	(1'177)	344
413	Umweltschutz <i>Spezialaufgaben</i>	3'799	2'281	1'518	67%	2'078	762	1'316	173%	(1'721)	202
420	Zivilschutz	299	350	-51	-15%	90	70	20	29%	(209)	71
421	öko-forum <i>Spezial- finanzierungen</i>	320	278	42	15%	217	160	58	36%	(102)	17
490	Parkingmeter	4'173	4'177	-4	0%	4'173	4'177	-4	0%	0	
491	Feuerwehr	3'751	3'949	-198	-5%	3'751	3'949	-198	-5%	0	
Total		46'222	43'947	2'276	5%	32'659	31'089	1'570	5%	(13'563)	1'136
Nettover- schlechterung											704

Die Rechnung der Sicherheitsdirektion schliesst insgesamt um Fr. 1'204'000.– schlechter ab als budgetiert. Dem Mehraufwand von Fr. 2,28 Mio. steht ein Mehrertrag von Fr. 1,57 Mio. gegenüber.

Die Ergebnisverschlechterung beim Stab von netto Fr. 575'000.– ist hauptsächlich auf die Projekte SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) von Fr. 458'600.– und ein Projekt gegen Sprayereien von Fr. 100'000.– zurückzuführen.

Durch weniger ordentliche Personalabgänge bei der Stadtpolizei, als bei der Budgetierung angenommen, liegen die Lohnkosten Fr. 190'000.– über dem Budget. Der Ersatz von kugelsicheren Schutzwesten (Ablauf Werks-garantie) verursachte zusätzliche Kosten von Fr. 85'000.–. Die Rechnung der Polizeischule ist um Fr. 97'000.– höher als budgetiert ausgefallen, wovon Fr. 57'000.– aus dem ordentlichen Budget gedeckt werden konnten. Neu wird der MWSt-Aufwand brutto ausgewiesen, was zusätzlichen Aufwand von Fr. 105'000.– verursachte, dadurch ist jedoch der Ertrag höher ausgefallen.

Bei den Bussen gab es Mindereinnahmen von Fr. 247'000.– infolge zu optimistischer Budgetierung (Anpassung an Rechnung 2004). Die Ablagerungsgebühren, die Rückerstattungen und die übrigen Entgelte ergaben einen Mehrertrag von insgesamt Fr. 315'000.–.

Die Dienstabteilung Bevölkerungsdienste schloss mit einer Nettoverbesserung von

Fr. 344'000.– ab. Beim Büro Wahlen und Abstimmungen liegt der Aufwand Fr. 100'000.– unter Budget, weil Druckaufwand und Stimmbeteiligung geringer ausgefallen sind. Durch die Erhöhung der Einbürgerungsgebühren per 1.1.2006 konnten Mehrerträge von Fr. 130'000.– erreicht werden.

Beim Umweltschutz liegt eine Nettoverschlechterung von Fr. 202'000.– vor, begründet durch den Anteil Altlastensanierungen auf der Luzerner Allmend (Schiessanlagen Waldegg und Kurzdistanz) von Fr. 250'000.– zulasten der Stadt Luzern.

Der Zivilschutz schliesst um Fr. 71'000.– besser ab als budgetiert. Generelle Einsparungen im Aufwandsbereich und Mehrerträge bei der Vermietung von Zivilschutzräumen führten zu diesem positiven Ergebnis.

Die Feuerwehr schliesst mit einem Überschuss wegen zusätzlicher Einnahmen aus der Feuerwehrpflichtersatzabgabe.

4.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab

Neben der Kerntätigkeit musste sich der Stab mit zahlreichen weiteren Sachgeschäften befassen.

Der vom Parlament vorerst bis Ende 2007 bewilligte Betrieb von SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) ist auch im Sommer 2006 erfolgreich verlaufen. SIP befasste sich hauptsächlich mit alkoholisierten Jugendlichen auf öffentlichem Grund, den daraus entstehenden Problemen sowie mit Randständigen.

Im Rahmen der vom Stabschef der Sicherheitsdirektion geleiteten Arbeitsgruppe Vandalismus konnte der Einsatz von Mehrweg- und Depotsystemen bei grösseren Anlässen weiter ausgebaut werden. Die Verwendung bei Anlässen auf öffentlichem Grund ist seit 2006 grundsätzlich Pflicht. Sie dient dem Kampf gegen Littering, der Ökologie und dem Image der Stadt.

Die Messe Luzern AG hat ihr Mandat als Stelle für Eventkoordination im Herbst 2006 aufgenommen und betreut seither im Auftrag der Stadt die Koordination und Planung von Grossanlässen. Zudem dient sie als zentrale Anlaufstelle für Veranstalter. Sie steht auch im Dialog beispielsweise mit Quartiervereinen, Gewerbe oder Tourismus. Organisatorisch ist die Stelle für Eventkoordination dem Stab der Sicherheitsdirektion angegliedert.

Der Stadtrat hat seine Führungsorganisation für ausserordentliche Lagen im Frühling 2006 den aktuellen Bedürfnissen angepasst. Er hat dabei auch die Erfahrungen des Hochwassers 2005 berücksichtigt und eine entsprechende Verordnung geschaffen. Chef des Führungsstabs ist der Stabschef der Sicherheitsdirektion, welcher auch einen erheblichen Teil der Koordinationsarbeiten übernimmt.

Stadtpolizei

Kommando

Die Arbeit der Stadtpolizei fand im Jahr 2006 eine ausserordentlich hohe Beachtung in den Medien und in der Politik. Das zeigt, dass die Bevölkerung dem Schutz der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit eine hohe Bedeutung beimisst. Nicht verstanden wird dabei oftmals, dass die Polizei bei ihrem Handeln sowohl an den Grundsatz von Treu und Glauben als auch an das Gebot der Rechtsgleichheit und das Willkürverbot gebunden ist. Massnahmen, die

mit der Androhung von Zwang oder mit Zwangsanwendung verbunden sind, tangieren in aller Regel Grundrechte der betroffenen Personen und bedürfen daher der klaren gesetzlichen Grundlage, müssen im öffentlichen Interesse des Polizeigüterschutzes und verhältnismässig sein. Zudem hat die Polizei ihre Einsätze mit beschränkten personellen und materiellen Ressourcen zu bewältigen. Vorab unverständlich in weiten Kreisen wird in diesem Kontext die Notwendigkeit der Polizeiführung, laufend Güterabwägungen machen zu müssen und entsprechend Prioritäten zu setzen. Die Erwartungshaltung von Bevölkerung und Politik übersteigt oft die Möglichkeiten der Polizeiarbeit.

Kurz nach der Bekanntgabe Ende Oktober, dass Kommandant Pius Segmüller die Stadtpolizei verlässt, sind vom kantonalen wie auch vom städtischen Parlament Vorstösse zur Überprüfung der heutigen Polizeiorganisation eingegangen und überwiesen worden. Der Regierungsrat und der Stadtrat haben dem Kommandanten der Kantonspolizei wie auch dem interimistischen Kommandanten der Stadtpolizei den Auftrag erteilt, innerhalb eines Projektes die Vor- und Nachteile neuer Zusammenarbeitsformen zu prüfen. Für die Projektarbeiten werden externe Sachverständige zugezogen. Voraussichtlich im Sommer 2007 wird ein Beschrieb des weiteren Vorgehens vorliegen. Dann entscheidet die Steuerungsgruppe von Regierungs- und Stadtrat über das weitere Vorgehen.

Sicherheits- und Verkehrspolizei

Im 10-Jahres-Vergleich ist die Zahl der Delikte auf hohem Niveau schwankend und hat sich von Jahr zu Jahr mehr oder weniger stark verändert. Einzelne Delikte waren rückläufig, andere nahmen zu. Die Kriminalitätslage darf somit im langjährigen Vergleich als stabil bezeichnet werden. Auffällig ist, dass die Komplexität der Polizeiarbeit und die gewaltorientierten Delikte sowie die Strassenkriminalität zunehmen. Diese Tendenzen werden mit Besorgnis verfolgt; vor allem die Strassenkriminalität in ihrer Gesamtheit (Gewalt-, Vermögens- und Betäubungsmitteldelikte). Durch die hohe Benutzung der Stadt Luzern als Vergnügungs- und Aufenthaltsort zur Verbringung der Freizeit (Nachtlokale, verschiedene öffentliche Örtlichkeiten wie Plätze und Parkanlagen) verschärft sich die Situation regelmässig in den Nächten der Wochenenden. Dabei nehmen die gewaltorientierten Straftaten wie

Tätlichkeiten, Körperverletzungen oder Raub tendenziell nochmals deutlich zu. Die Polizeiarbeit sowohl der Stadt- wie auch der Kriminalpolizei konzentriert sich innerhalb von gemeinsamen Einsätzen mit hohem Aufwand auf die Strassenkriminalität.

Im Bereich Ordnungsdienst ist die Arbeitsbelastung – auch durch den Aufstieg des FC Luzern in die Super League – nach wie vor hoch. Eine ebenso hohe Belastung sind die Einsätze zur Bekämpfung gefährdenden Verhaltens im Strassenverkehr, der Vollzug der Rechtserlasse im Allgemeinen und die Ermittlungsarbeit.

Die Arbeitsbelastung der Uniformpolizei in den Hauptaufgaben Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Ereignisbewältigung ist ungebrochen hoch und bindet enorme personelle Ressourcen. Diese Belastung führt dazu, dass die Präventionsarbeit und die Polizeieinsätze bei Vorkommnissen, die wohl störend aber innerhalb von Recht und Gesetz keine oder nur eine minimale Bedeutung haben, leiden. Es muss hier jeweils eine Güterabwägung vorgenommen werden.

Gewerbe- und Gesundheitspolizei

Höhepunkt der Tätigkeiten für die Verantwortungsbereiche "Öffentlicher Grund / Gastgewerbewesen / Lebensmittelkontrolle / Umweltschutzpolizei" waren die Vorbereitungen und Begleitmassnahmen für das Eidg. Musikfest 2006. Der erstmals durchgeführte Weihnachtsmarkt auf dem Mühlenplatz wurde von der Gewerbe- und Gesundheitspolizei ausgeschrieben, evaluiert und begleitet. Die Delegation der Organisation des Marktes an die IG Luzerner Herbstmesse und Märkte stellte ein Novum dar. Die ersten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Stelle für Eventkoordination sind positiv.

Stabs- und Kommandodienste

Alle 18 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter der Stadtpolizei Luzern schlossen die Ausbildung mit dem eidg. Fachausweis Polizist/Polizistin ab und wurden am 8. September 2006 in der Jesuitenkirche in Luzern feierlich vereidigt.

Im September 2006 konnten – nach erfolgreicher Absolvierung des strengen Auswahlverfahrens – wie schon im Vorjahr 18 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter ihre Ausbildung beginnen. Es ist der letzte Lehrgang, welcher an der Zentralschweizerischen Polizeischule ausgebildet wird.

Das laufende Grossprojekt "Personalmanagement" wurde in drei Projektgruppen weiterbearbeitet. In Absprache mit dem Personalamt konnten erste Pilotversuche gestartet werden. Die Umsetzung des Projektes erfolgt ab 2007 laufend (Kompetenzkompass, neue Organisation Fortbildung, neue Instrumente, Schulungen usw.).

Die Zahl der verarbeiteten Rapporte stieg von 10'972 im Jahr 2005 auf 11'648 im Jahr 2006.

In Zusammenarbeit mit dem Bereich Bauprojektmanagement konnten die Platzverhältnisse innerhalb der Stadtpolizeiräumlichkeiten verbessert werden. Dabei sind die Erweiterungen der Damengarderobe sowie des Gruppenführerbüros speziell erwähnenswert. Trotz dieser zusätzlichen Räumlichkeiten bleiben die Platzverhältnisse knapp.

Bevölkerungsdienste

Am 6. April 2006 hat der Grosse Stadtrat die Teilrevision des Reglements über das Einwohnermeldewesen beschlossen. Diese Änderung verpflichtet die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, ihre Mieterinnen und Mieter, Untermieterinnen und Untermieter dem Einwohnerdienst zu melden. Diese gesetzliche Meldepflicht stellt sicher, dass möglichst alle in der Stadt Luzern wohnhaften Einwohnerinnen und Einwohner melderechtlich registriert und auch steuerrechtlich erfasst werden können.

Per 1. Januar 2004 wurde das Regionale Zivilstandsamt Luzern eingeführt. Die Gemeinden Littau, Malters, Meggen und Schwarzenberg beauftragten die Stadt, künftig die Zivilstandsaufgaben zu erfüllen. Ende August 2006 fand die erste Inspektion durch das Amt für Gemeinden statt. Während dreier Tage wurden die Beurkundungen der Jahre 2004 und 2005 stichprobenartig kontrolliert. Die Aufsichtsbehörde attestiert den Mitarbeitenden des Regionalen Zivilstandsamtes gute Arbeit und hielt in seinem Inspektionsbericht fest: "Das Regionale Zivilstandsamt wird gut, speditiv und mit der gebührenden Umsicht geleitet."

Nebst der Vorbereitung und Durchführung der einzelnen Urnengänge wurden im Jahre 2006 zirka 28'800 Unterschriften von Initiativen/Referenden/Volksmotionen durch das Büro Wahlen und Abstimmungen geprüft (2005 = 11'356). Die 21 geprüften Volksbegehren setzten sich aus 12 eidgenössischen Initiativen/Referenden, 5 kantonalen Initiativen/Referenden und 4 städtischen Initiativen/Volksmotionen zusammen.

Zivilschutz

Zum dritten Mal in Folge blickt die ZSOpilatus auf ein Rekordjahr zurück. Mit 5'417 Diensttagen liegt sie um fast 2'000 Tage über den Leistungen der vergangenen Jahre. Dabei wurden die Leistungsgrenzen der ZSOpilatus sichtbar. Es war nicht möglich, die geforderten Einsätze ausschliesslich mit eigenen Ressourcen zu erbringen. Zur Unterstützung mussten Milizangehörige anderer Zivilschutzorganisationen beigezogen werden.

Besonders stark schlugen dabei mit 2'850 Diensttagen die Einsätze im Zusammenhang mit Sonderveranstaltungen zugunsten der Gemeinschaft zu Buche. Dabei handelt es sich um Unterstützung von Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung. Die grossen Leistungsbezüge waren der CSIO Luzern mit 913 und das Eidg. Musikfest mit 1'346 Tagen. Zum Vergleich: Im Jahr 2005 wurden unter diesem Titel 530 Tage geleistet.

Unter dieser Belastung mussten Bereiche, die zu den Kernkompetenzen des Zivilschutzes zählen, reduziert werden. Trotzdem konnten die Leistungen für die Betagtenzentren der Stadt Luzern im bisherigen Umfang aufrechterhalten und darüber hinaus der räumliche Umzug des Zentrums Eichhof mit 217 Personentagen unterstützt werden.

Auch einem Hilfsgesuch des Kantons Obwalden konnte entsprochen werden. Mit 43 Mann war die Nothilfeformation "Cobra" der ZSOpilatus während einer Woche zur Behebung von Unwetterschäden im Grossraum Sachseln im Einsatz. Die ZSOpilatus legt grossen Wert darauf, dass die Einsätze der Formationen nebst dem Dienst an der Gemeinschaft auch der Festigung des fachdienstlichen Wissens dienen.

Die ZSOpilatus erbrachte für die drei Gemeinden Horw, Kriens und Luzern folgende Dienstleistungen:

- 2'850 Tage für Einsätze für Veranstaltungen (CSIO Luzern, Eidg. Musikfest, Rotseeregatta usw.);
- 937 Tage für sozialdienstliche Einsätze in Betagtenzentren und zur Unterstützung von Behindertenorganisationen;
- 680 Tage Pflege von Wald und Landschaft;
- 584 Tage Wartung und Unterhalt von Schutzanlagen in den Gemeinden;
- 366 Personentage diverse kleinere Einsätze und Dienstleistungen.

Das entspricht einem Leistungsumfang von mehr als 24 Personenjahren.

Umweltschutz / öko-forum

Im März 2006 wurde das auf drei Jahre (2006 bis 2008) angelegte Förderprogramm "Jetzt Wohnbauten erneuern!" gestartet. Durch energetisch optimale Sanierung der Gebäudehülle (Fassade, Fenster, Dach) sollen der Energieverbrauch in Altbauten reduziert und Investitionen im Baugewerbe ausgelöst werden, die sonst nicht oder nicht in diesem Umfang getätigt würden. Zielgruppen der Kampagne sind Hausbesitzer in der Stadt Luzern (Privatpersonen, professionelle Bauträger, Baugenossenschaften), Architekten und beratende Bauleiter und Unternehmer. Ihnen stehen im Rahmen der Kampagne sogenannte Energiecoaches zur Verfügung, ausgewiesene Bau- und Energiefachleute, welche die Bauherrschaft während des ganzen energetischen Erneuerungsprozesses beraten und begleiten.

Das Interesse am Förderprogramm übertrifft alle Erwartungen. Per Ende 2006 haben 119 Bauherrschaften einen Energiecoach beansprucht. Für 18 Objekte konnte ein Förderbeitrag aus dem Energiefonds gesprochen werden. Die voraussichtliche Energieeinsparung wird im Schnitt bei etwa 65 Prozent liegen.

Im Herbst 2006 wurde das 2. Re-Audit Energiestadt erfolgreich durchgeführt. Luzern verpflichtet sich mit dem Label Energiestadt zu einer zukunftsgerichteten kommunalen Energiepolitik. Luzern erreichte 330 von 476 möglichen Punkten (69 %). Beim nächsten Re-Audit (2010) ist der "European Energy Award Gold" das Ziel.

Die an der Hirschmattstrasse mit Unterstützung aus dem Energiefonds realisierte Wärme- und Kälteerzeugungsanlage mit Energiegewinnung aus dem Abwasserkanal läuft seit Herbst 2006 zur vollen Zufriedenheit des Contractors.

Die im 2006 durchgeführten Energie-Apéros Luzern haben wieder ein zahlreiches interessiertes Fachpublikum erreicht. Die Energie-Apéros sind im Jahresprogramm der Energiestadt Luzern mittlerweile ein fester, gut besuchter Info-Anlass für Architekten, Planer und Behörden.

Am 16. August 2006 hat der Stadtrat dem Umweltschutz den Auftrag erteilt, in Zusammenarbeit mit weiteren Dienstabteilungen einen kommunalen lufthygienischen Massnahmenplan zu erarbeiten. Im Rahmen einer Vorstudie wurden relevante Grundlagen gesichtet, Handlungsfelder identifiziert und erste Massnahmenvorschläge erarbeitet. Diese werden im Verlauf des Jahres 2007 so weit konkretisiert, dass eine politische Beschlussfassung möglich wird.

Mit dem Ziel, die Entwicklung der Stadt Luzern bezüglich Nachhaltigkeit messen und gegebenenfalls korrigieren zu können, wurde ein Set von Nachhaltigkeitsindikatoren festgelegt und für das Referenzjahr 2003 erstmals erhoben. Im Berichtsjahr wurden die Indikatoren – soweit mit vertretbarem Aufwand möglich – zusätzlich rückwirkend bis 1991 erhoben. Damit ist erstmals eine Entwicklung über die Zeit ablesbar. Mit einem Artikel im städtischen "brennpunkt" wurde das Thema einer breiten Bevölkerung kommuniziert.

Zukünftig soll die Nachhaltigkeit von grossen Einzelprojekten im Voraus beurteilt und nötigenfalls verbessert werden können. Im Rahmen einer schweizerischen Arbeitsgruppe unter der Federführung des Bundesamtes für Raumentwicklung (are) wurden geeignete Instrumente und deren Integration in die Tätigkeit der Verwaltung evaluiert.

Mit der Jahreskampagne "Nischenprodukte" setzte "Luzern grünt" 2006 den Schwerpunkt seiner Aktivitäten im Bereich der Förderung ökologisch wertvoller Kleinstrukturen. Gemeinsam mit dem Natur-Museum wurde zudem erfolgreich der 1. Luzerner "Tag der Artenvielfalt" am 9./10. Juni 2006 durchgeführt.

Das Jahr des Projekts "Stadttauben Luzern" war geprägt durch intensive Öffentlichkeitsarbeit: Mit Hilfe von Plakatkampagnen, der Möglichkeit zur Besichtigung des Taubenschlags im Dachstock des Rathauses im Rahmen des Rathaus-Jubiläums sowie diversen Medienkontakten konnte die Botschaft "Tauben nicht füttern" weiterverbreitet werden. Regelmässige Zählungen belegen, dass die Population der Stadttauben gegenüber 2001 um mehr als 50 % abgenommen hat und jetzt noch schätzungsweise knapp 3'000 Tiere umfasst.

Das Projekt "Natur im Siedlungsraum" (Kurse, Beratung vor Ort, Abgabe von einheimischen Gehölzen) der Regionalkonferenz Umweltschutz (RKU) wurde unter der Federführung der Stadt weitergeführt. Eine projektbezogene Zusammenarbeit erfolgt im Weiteren mit den Umweltstellen der Gemeinden Horw und Kriens.

Die Anzahl der Beratungen durch das öko-forum konnte auf 12'300 gesteigert werden, was einer Zunahme um 1 % entspricht. Die Themen-Hitliste wurde angeführt von "Garten/Natur" vor "Haushalt", "Abfall" und "Verkehr". Die Umweltbibliothek verzeichnete 10'834 Ausleihen (+1 %). Der Verkauf der "SBB-Tageskarten Gemeinde" läuft nach wie

vor hervorragend: Insgesamt konnten 2'005 Tageskarten für Fr. 35.–/Stück verkauft werden (Verkaufsquote 97 %).

Weitere Tätigkeiten des Umweltschutzes im Jahr 2006 waren unter anderen:

- Grössere ökologische Aufwertungsmassnahmen (Unterlöhli, Rotsee, Utenberg, Greterwald-Süd, Eichwald)
- Beteiligung Restaurierung Museggmauer (sog. "Musterachse" beim Wachturm legt ökologische Grundsätze für bevorstehende Arbeiten fest)
- Altlastensanierung Schiessanlagen Waldegg und Kurzdistanz auf der Allmend im Zusammenhang mit dem Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Horwer Dorfbach
- Kontrolle von Feuerungsanlagen
- Publikationen
- Teilnahme an der Erarbeitung eines Interventionskonzeptes für akute lufthygienische Belastungssituationen in der Zentralschweiz
- Stand Sonderschau Energie an der Messe für Bauen+Wohnen (Lurenova) zum Thema Energieeffizienz im Gebäude und erneuerbare Energien (gemeinsam mit Kanton).

Feuerwehr

Die Feuerwehr leistete bei 453 Alarmeinsätzen und 321 geplanten Einsätzen Hilfe. 26 % der insgesamt 28'770 besoldeten Stunden wurden für diese Hilfeleistungen aufgewendet. Die restlichen Stunden wurden von den Milizangehörigen primär im Übungsdienst geleistet.

Das Jahr 2006 war für die Feuerwehr vielfältig und ereignisreich:

- Kommandowechsel am 30. Juni 2006
- Übernahme der kantonalen Stützpunktfunktion für Langzeit-Atemschutzgeräte auf den 1. Januar 2007
- Reorganisation der Strahlenwehr als Regionalstützpunkt gemäss Konzept der Zentralschweizer Regierungskonferenz auf den 1. Januar 2007
- Mitarbeit im Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag Littau-Luzern
- Ersatzbeschaffung von zwei neuen Stützpunktfahrzeugen (Tanklöschfahrzeug und Pionierfahrzeug) und vier Mannschaftstransportern
- Einführung eines neuen Rekrutierungskonzeptes
- Eingeleitete Optimierungen in den Fachdiensten und der Kaderausbildung
- Mitarbeit in verschiedenen Projekten der Stadt wie Gemeindeführungsstab, Sicherheitsbericht, Kulturgüterschutz oder Sicherheit in der Verwaltung

Nach über 20 Jahren im Dienst als Feuerwehrkommandant übergab Major Peter Frey am 30. Juni 2006 das Kommando an seinen Nachfolger Theo Honermann. Die Feuerwehr und die Bevölkerung der Stadt Luzern sind Peter Frey zu grossem Dank verpflichtet. Das ganze Korps hat mit sehr viel Aufwand den Kommandowechsel zu einem würdigen und unvergesslichen Ereignis werden lassen. Die Kommandoübergabe und die damit verbundenen Beförderungen und Ernennungen wurden in einem festlichen Rahmen in der Jesuitenkirche vollzogen. Für die Bevölkerung wurden zeitgleich alle Fahrzeuge der Feuerwehr an der Bahnhofstrasse ausgestellt. Mit einem anschliessenden

Corso zum Feuerwehrgebäude mit den Angehörigen der Feuerwehr, den Gästen und allen Fahrzeugen präsentierte sich die Feuerwehr der Öffentlichkeit.

Das kantonale Feuerwehrinspektorat überprüfte an drei Übungsinspektionen die Ausbildungsarbeit. Alle drei Kompanien erhielten dabei sehr gute Bewertungen.

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Stadtrates und die Revisionsstelle des Finanzinspektorats stellten der Feuerwehr bei ihren Überprüfungen ebenfalls sehr gute Zeugnisse ohne Mängel aus.

4.3.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.3.4.1 Stadtpolizei

a) Aufgaben / Dienstleistungen

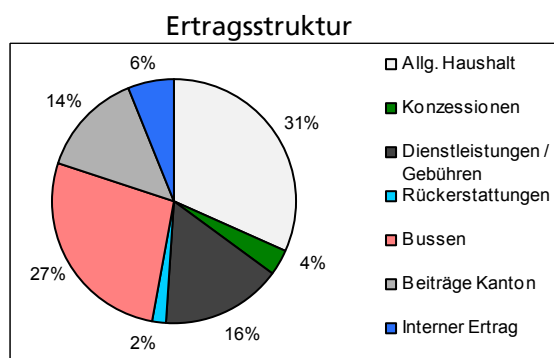
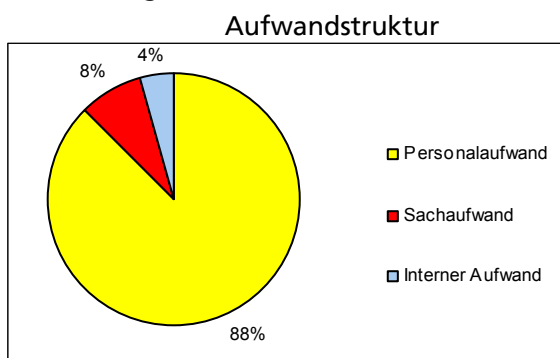
Die uniformierte Hauptabteilung der Stadtpolizei ist im sicherheits- und verkehrspolizeilichen Bereich tätig. Die *Sicherheitspolizei* sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Kriminalitätsbekämpfung und trägt durch Information und andere geeignete Massnahmen zur Prävention bei. Sie verfügt über jene kriminalpolizeilichen Kompetenzen, welche zur Wahrnehmung des sicherheitspolizeilichen Auftrages erforderlich sind; sie unterstützt die Kriminalpolizei nach deren Bedürfnis. Die *Verkehrspolizei* erfüllt alle im Strassenverkehr der Polizei übertragenen Aufgaben und sorgt mittels Vollzugsarbeit und Verkehrserziehung für ein angepasstes und richtiges Verhalten der Verkehrsteilnehmenden.

Die *Gewerbe- und Gesundheitspolizei* erfüllt die Aufgaben der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, soweit die polizeiliche Mithilfe in Gesetzen und Verordnungen vorgesehen oder zu ihrer Vollstreckung notwendig ist. Die Haupttätigkeit liegt in der Verwaltung des öffentlichen Grundes (Sondernutzungen des öffentlichen Grundes, Markt- und Messewesen, Reklamewesen) und im Bereich des Gastgewerbewesens. Weiter unterliegen ihr Aufgaben der Handelspolizei, der Lebensmittelkontrolle, des Umweltschutzes, des Tier- und Taxiwesens, behördliche Zustellungen, Zuführungen und Exmissionen sowie die Führung des städtischen Fundbüros. Die Stadtpolizei beschäftigt 226 Personen (21'785 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	27'608'884	28'620'910	28'187'700	433'210	2%	1'012'026	4%
Ertrag	17'542'645	19'592'236	19'518'100	74'136	0%	2'049'591	12%
Ergebnis	-10'066'239	-9'028'673	-8'669'600	-359'073	-4%	1'037'565	10%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Total Stunden Kernprodukte Polizei	146'753	177'282	181'579	210'004	234'159	12%
Leistungsgruppe Sicherheitspolizei	72'070	87'979	89'208	109'007	121'656	12%
– davon präventive Präsenz	41'644	40'511	40'782	42'337	40'803	-4%
– davon Ordnungsdienst	5'165	13'911	21'677	23'698	34'559	46%
Leistungsgruppe Alltagskriminalität	37'253	44'739	48'515	53'643	62'870	17%
– davon Prävention	393	385	2'308	2'225	1'079	-52%
Leistungsgruppe Verkehrspolizei	37'430	44'564	43'856	47'354	49'633	5%
Überstunden/Pikettstunden	19'663	31'154	41'376	40'138	48'140	20%
Verkehrspolizei	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Ordnungsbussen im Strassenverkehr	51'047	47'979	55'572	52'613	62'661	19%
Automat. Verkehrsüberwachung	63'110	63'904	68'600	61'268	72'811	19%
Angetrunkene Fahrzeuglenkende	152	127	218	218	341	56%
Verkehrsunfälle	914	865	783	775	707	-9%
Verletzte Verkehrsteilnehmende	351	364	332	343	262	-24%

³ Ab Sommer 2005 exkl. Erarbeitung Lagebild.

Sicherheitspolizei⁴	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Einfacher Diebstahl	2'184	2'186	2'469	1'933	2'033	5%
Einbruchdiebstahl	1'094	1'119	961	648	613	-5%
Entreisssdiebstahl	44	46	44	40	30	-25%
Taschendiebstahl	1'089	655	800	685	601	-12%
Ladendiebstahl	482	526	566	525	567	8%
Betäubungsmitteldelikte	642	680	927	798	1'038	30%
Raub	83	77	68	78	84	8%
Tätlichkeiten	150	114	142	144	205	42%
Körperverletzung	76	89	88	105	90	-14%
Häusliche Gewalt	64	53	90	111	129	16%
Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte	52	59	62	24	99	313%
Sachbeschädigung	861	1'001	707	679	574	-15%
Vorläufige Festnahmen	1'114	1'045	1'125	961	1'200	25%
Gewerbe- und Gesundheitspolizei	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Anzahl Bewilligungen für Benützung öffentlichen Grundes	604	631	700	760	757	0%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch die Stapo	760	911	2'090	1'987	1'612	-19%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch das Amt für das Gastgewerbe (Kanton)	1'289	1'332	519	412	585	42%
Anzahl Probenahmen der Lebensmittelkontrollen	1'121	1'006	957	817	822	1%
Total Kleintierwegschaffung (Tierwesen/Wasensteinerei)	1'427	1'752	1'460	842	562	-33%
Fundgegenstände	4'249	4'530	4'457	4'449	4'654	5%
Total Rapporte im Umweltschutz (Lärm, Luft, Gewässer, Kehrrecht usw.)	74	68	192	452	498	10%

e) Kommentar

Die Erhöhung des generellen Stundenaufwandes steht in Zusammenhang mit dem verbesserten Personalbestand. Ursache des nochmaligen Anstiegs des Aufwandes für den Ordnungsdienst ist die Anhäufung der Risikospiele durch den Aufstieg des FCL in die Super League. Damit begründet ist auch die Zunahme der Überstunden. Der Anstieg der Strafanzeigen wegen angetrunkenen Fahrzeugführenden resultiert aus der Verstärkung der Kontrollen an speziellen Örtlichkeiten (z. B. Umfeld der Strassenprostitution) in den frühen Morgenstunden. Die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt sinkt in zunehmendem Masse auch gegenüber staatlichen Institutionen. Hauptbetroffene dieser Entwicklung sind die Angehörigen der Polizei. Die verbale und physische Gewalt hat zunehmend eine Dimension erfahren, welche die Sicherheit der Polizeiorgane gefährdet. Konflikte mit dem Gesetz enden oft in Frustration und Aggression. Ein markanter Anstieg der Drohungen und Übergriffe gegen die handelnden Polizeiangehörigen ist die Folge.

Bei der Gewerbe- und Gesundheitspolizei ging die Zahl der kurzfristig beantragten Verlängerungen zurück, weil mehr Betriebe gegenüber dem Vorjahr über permanente Verlängerungs-Bewilligungen verfügen. Die Taubenzimierung ist auf tieferem Niveau, da der Bestand in den letzten Jahren kontinuierlich zurückging.

⁴ Neue Datenbasis (Zahlen angepasst) nach effektiver Belastung Stadt Luzern ohne Unterscheidung nach Anzeigeort (Stadt- oder Kantonspolizei).

4.3.4.2 Bevölkerungsdienste

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Bevölkerungsdienste umfassen die Ressorts Einwohnerdienste, Regionales Zivilstandsamt, Bürgerrechtswesen und Wahlen und Abstimmungen.

Den *Einwohnerdiensten* obliegt das Führen des Einwohner- und Geschäftsregisters. Darunter fallen die Erfassung der Zuzüge, Weg- und Umzüge, die Verarbeitung der Ereignisse (Einbürgerungen, Geburten usw.), das Erstellen von Ausweisen und Bescheinigungen, das Erteilen von Auskünften sowie das Weitermelden von Mutationsdaten an interne und externe Amtsstellen. Im Weiteren ist der Einwohnerdienst zuständig für das Inkasso der Hundesteuer, das Erstellen von Statistiken und das Organisieren von Zählungen und Erhebungen.

Das *Regionale Zivilstandsamt* erledigt für die Gemeinden Luzern, Littau und Malters, Meggen und Schwarzenberg die Zivilstandsaufgaben. In diesen Aufgabenbereich fällt die Beurkundung des Personenstandes (Geburt, Anerkennung, Eheschliessung, Tod) und das Durchführen von Ziviltrauungen. Das Regionale Zivilstandsamt berät Kundinnen und Kunden in ehe-, namens- und bürgerrechtlichen Angelegenheiten aufgrund von Geburten und Eheschliessungen. Weiter ist dem Regionalen Zivilstandsamt das Bestattungsamt der Stadt Luzern angegliedert.

Die Eintragungen in den Zivilstandsregistern bilden die Grundlage für die Ausstellung von Zivilstandsdokumenten zum Beweis der personen- und familienrechtlichen Stellung jeder Bürgerin und jedes Bürgers sowie für den Nachweis des Bürgerrechts.

Das Ressort *Bürgerrechtswesen* ist die Anlaufstelle für einbürgerungswillige Personen schweizerischer und ausländischer Nationalität: von der Beratung der Gesuchstellenden, der Kontrolle und der Ergänzung der Gesuchsunterlagen, den dazu erforderlichen Abklärungen, der Vorbereitung der Sitzungen der Bürgerrechtskommission und des Stadtrates bis zur Mitteilung des positiven Entscheids an die Gesuchstellenden nach dem Beschluss des Grossen Stadtrates.

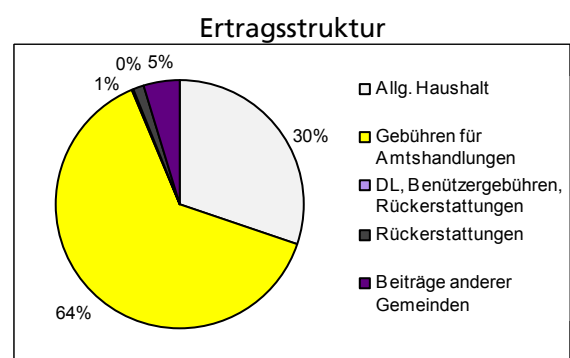
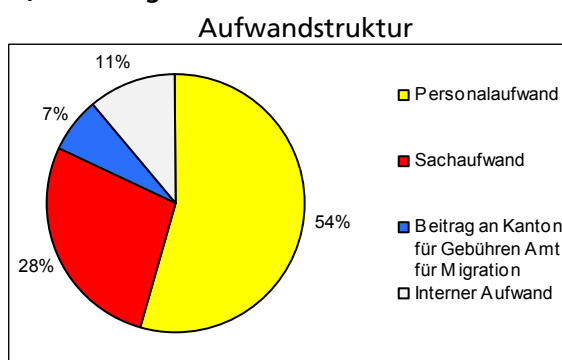
Dem *Büro Wahlen und Abstimmungen* obliegt die Organisation und Durchführung aller Wahlen und Abstimmungen von Bund, Kanton, Stadt und Kirchgemeinden in der Stadt Luzern. Die gesamten Aufwendungen im Personal- und Sachaufwand für andere Körperschaften werden diesen vollumfänglich in Rechnung gestellt. Als Nebenaufgabe ist dem Büro W+A die Stimmrechtskontrolle der Initiativen und Referenden von Bund, Kanton und Stadt zugeteilt.

Die Bevölkerungsdienste beschäftigen 23 Personen (2'100 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	4'001'497	3'899'805	3'973'700	-73'895	-2%	-101'692	-3%
Ertrag	2'650'903	2'723'227	2'453'000	270'227	11%	72'324	3%
Ergebnis	-1'350'594	-1'176'578	-1'520'700	344'122	23%	174'016	13%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

Einwohnerdienste	2002	2003	2004	2005	2006	Abw.
Gesamtbevölkerung Stand per 31.12.	60'123	60'274	60'333	60'368	60'779	0,7%
Anzahl Ausländer Stand per 31.12.	10'097	12'233	12'067	11'897	11'939	0,4%
Zuzug Wochenaufenthalter		772	799	865	865	–
Änderung Wochenaufenthalt in Wohnsitz		247	266	265	265	–
Anzahl Wochenaufenthalter Stand per 31.12.		1'684	1'640	1'757	1'770	0,7%
Zivilstandsamt	2002	2003	2004	2005	2006	Abw.
Geburten in Luzern	2'231	2'222	2'256	2'246	2'311	2,9%
davon von nicht Einwohnern/-innen	1'800	1'806	1'794	1'803	1'840	2,0%
davon von Einwohnern/-innen	431	416	462	443	471	6,3%
Eheschliessungen in Luzern	418	432	509	515	539	4,6%
Braut u. Bräutigam nicht Einwohner/in	140	118	231	217	226	4,1%
Braut, Bräutigam oder beide Einwohner von Luzern	278	314	278	298	313	5,0%
Todesfälle in Luzern	1'018	1'075	1'301	1'221	1'247	2,1%
davon nicht Einwohner/innen	583	467	647	642	622	-3,1%
davon Einwohner/innen von Luzern	435	608	654	579	625	7,9%
Bürgerrechtswesen	2002	2003	2004	2005	2006	Abw.
Erteilung bzw. Zusicherung des Stadtbürgerrechtes (behandelte Gesuche)	254/504	211/415	182/335	237/460	227/432	-4,2/-6,1
an Schweizer (Gesuche/Personen)	112/201	100/185	66/103	72/99	59/87	-18/-12%
an Ausländer (Gesuche/Personen)	142/303	111/230	116/232	165/361	168/345	1,8/-4,4
davon erleichterte Einbürgerungen	79	98	60	67	73	8,9%
Einbürgerungsgesuche Ausländer						
neu eingegangene Gesuche				168	142	-15,4%
Pendente Gesuche Stand per 31.12.				462	429	-7,2%
Wahlen und Abstimmungen	2002	2003	2004	2005	2006	Ø
Stimmberechtigte	40'312	40'457	40'632	40'925	41'120	40'689
Stimmbeteiligung (gerundet)	53%	44%	50%	53%	45%	49%
Stimmende	21'859	17'958	20'638	21'836	18'644	20'187
Gesamtkosten pro Abstimmung	94'175	123'621	126'337	63'674	89'281	99'417
Kosten pro Stimmberechtigte/n	Fr. 2.34	Fr. 3.06	Fr. 3.11	Fr. 2.25	Fr. 2.17	Fr. 2.58
Kosten pro Stimmabgabe	Fr. 4.39	Fr. 6.90	Fr. 6.12	Fr. 4.16	Fr. 4.76	Fr. 5.27
Anzahl Urnengänge p.a.	4	5	5	4	4	4.4
Anteil Briefliche Stimmabgaben	94,94%	96,46%	96,78%	97,51%	98,45%	96,83%

e) Kommentar

Das Regionale Zivilstandsamt hat ein ereignisintensives Jahr hinter sich. Noch nie wurden so viele Geschäftsfälle verarbeitet wie im Jahr 2006.

Die Bürgerrechtskommission traf sich im Berichtsjahr zu 13 (10 im Vorjahr) Sitzungen. Einmal tagte sie ganztags, die andern zwölfmal halbtags.

4.3.4.3 Umweltschutz

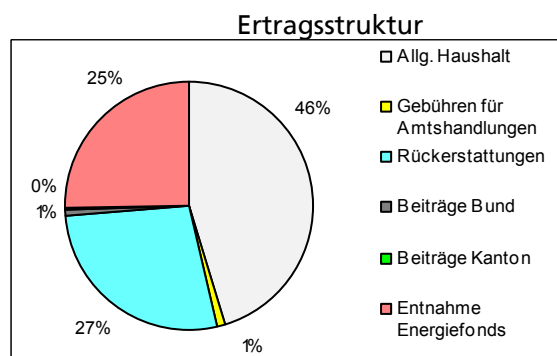
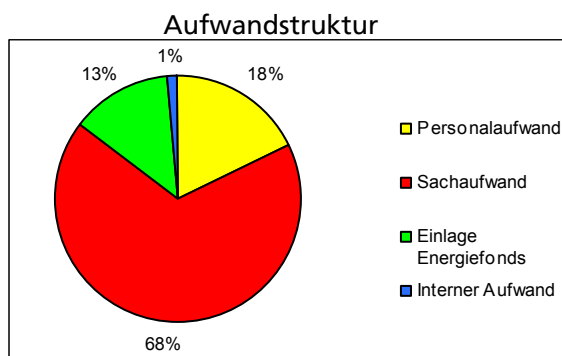
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Hauptaufgaben der Dienstabteilung Umweltschutz liegen im Gesetzesvollzug, in der Grundlagenbeschaffung zur Umweltsituation und in der umfassenden Umweltinformation. Vollzugsaufgaben bestehen in erster Linie in den Bereichen Energie, Natur- und Landschaftsschutz (Inventare, Schutz- und Unterhaltmassnahmen, Baubewilligungsverfahren usw.) und Emissionsschutz (z. B. Feuerungskontrolle, Mobilfunk usw.). Die Umweltinformation erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem im Bourbaki Panorama stationierten öko-forum.

b) Ergebnis

	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	2'558'602	3'799'232	2'281'000	1'518'232	67%	1'240'630	48%
Ertrag	1'075'542	2'077'895	762'000	1'315'895	173%	1'002'353	93%
Ergebnis	-1'483'060	-1'721'337	-1'519'000	-202'337	-13%	-238'277	-16%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Energie					
<i>Energiefonds</i>					
Neu zugesicherte Förderbeiträge [Fr.]	1'073'060	384'221	1'027'216	1'607'898	57%
Ausbezahlte Förderbeiträge [Fr.]	488'834	499'314	980'567	956'785	-2%
Unterstützte Projekte	95	48	51	62	22%
Stand Energiefonds per Ende Jahr	3'863'522	3'864'208	3'383'640	2'926'856	1%
<i>Kampagne "Jetzt Wohnbauten erneuern!" (Start: März 2006)</i>					
Objekte mit Erstberatung				119	
Förderbeitrag gesprochen				18	
Natur- und Landschaftsschutz					
<i>Projekt "Luzern grünt"</i>					
Beratungen vor Ort	51	51	37	30	-19%
Abgegebene Pflanzen	2'899	1'545	2'279	1'850	-19%
Emissionsschutz					
<i>Anzahl Feuerungskontrollen</i>					
Anteil Beanstandungen	2'598	1'962	2'620	2'123	-19%
bei Ölfeuerungen	8,4%	7,8%	45%	43%	-4%
bei Gasfeuerungen	10,7%	5,4%	25%	26%	+4%
Mobilfunkantennen					
beurteilte Baugesuche	9	4	7	6	-14%
beurteilte Messberichte	3	3	9	7	-22%
Standorte insgesamt per Ende Jahr	22	25	26	33	27%

e) Kommentar

Aus dem Energiefonds konnten deutlich mehr Förderbeiträge neu zugesichert werden als in den Vorjahren. Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, dass per Ende 2006 rund Fr. 2 Mio. fest zugesichert waren, aber noch nicht ausbezahlt werden konnten.

Wie die Anzahl abgegebener Pflanzen und persönlicher Beratungen zeigt, erfreut sich das Projekt "Luzern grünt" in der Bevölkerung nach wie vor hoher Beliebtheit.

Die im Vergleich mit den Vorjahren wesentlich höhere Beanstandungsquote bei den Feuerungskontrollen ist auf die Revision der eidgenössischen Luftreinhalteverordnung (LRV) per 1. Januar 2005 zurückzuführen. Die Revision brachte die generelle Messpflicht für Stickoxide und verschärfte die energetischen Anforderungen für einen Teil der Anlagen.

Die Anzahl der Mobilfunkantennen-Standorte auf Stadtgebiet nimmt weiter zu. Die jährliche Anzahl an Baugesuchen für den Neubau oder die Umrüstung von Antennen ist grossen Schwankungen unterworfen, ebenso die Anzahl der zu beurteilenden Messberichte (Abnahmemessungen).

4.3.4.4 Zivilschutz

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Der Zivilschutz ist eine Nothilfeorganisation. Als Partnerorganisation im Bevölkerungsschutz leistet er einen wesentlichen Beitrag zum Schutz und zur Hilfe für die Bevölkerung bei Katastrophen und Notlagen. Der Zivilschutz kommt schwergewichtig als Einsatzmittel der zweiten Staffel zum Einsatz.

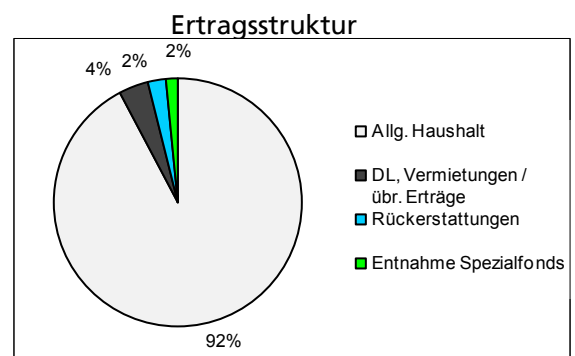
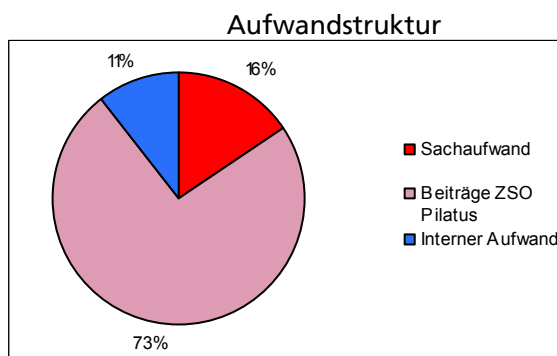
Der Zivilschutz kommt als selbstständiges Element oder zur Unterstützung anderer Organisationen zum Einsatz. Insbesondere soll er die Durchhaltefähigkeit der Partnerorganisationen bei grossen und lang andauernden Ereignissen erhöhen. Einsätze wie die Betreuung von Kriegsflüchtlingen im Eigenthal, das Abfüllen von Sandsäcken zur Eindämmung des Hochwassers und die Überwachung des Schadensgebietes bei den Unwettern 2005 sind Beispiele dafür.

Die notwendigen Fertigkeiten werden den Schutzdienstpflichtigen in Aus- und Weiterbildungskursen durch Bund und Kanton vermittelt. Es ist Aufgabe der Gemeinden, das notwendige Wissen im Rahmen von Wiederholungskursen zu erweitern und zu festigen. Wiederholungskurse werden vermehrt dazu genutzt, Leistungen im Dienste der Allgemeinheit, im Sozialbereich oder zugunsten der Gemeinschaft zu erbringen.

b) Ergebnis

	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	1'408'938	1'148'112	1'280'500	-132'388	-10%	-260'826	-19%
Ertrag	54'171	90'303	70'300	20'003	28%	36'132	67%
Ergebnis	-1'354'766	-1'057'809	-1'210'200	152'391	13%	296'958	22%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Kostenanteil Stadt Luzern an der ZSOpilatus (in Ergebnis enthalten)	1'193'448	1'078'570	1'038'614	914'682	849'029	-7,2%
Kosten pro Einwohner in Fr.	20.72	19.00	17.92	15.91	14.76	-7,2%
Zivilschutz-Einsatztage	2'731	2'602	2'807	2'969	5'417	82,5%
Kosten pro Einsatztag in Fr.	19.75	18.15	19.60	16.51	13.10	-20,7%
Kosten für städtische ZS-Bauten	353'629	325'594	301'936	300'938	299'083	-0,6%

e) Kommentar

Für die Einsätze zugunsten der Gemeinschaft wurde der ZSOpilatus ein grosser Teil der Kosten in Form von Beiträgen des Bundes und durch den Nutzniesser erstattet. Aufgrund der unklaren Rechtslage war die Möglichkeit der Verrechnung an den Veranstalter nicht gesichert und darum auch nicht budgetiert. Dass dies nun trotzdem möglich war, führt zu einem besseren Ergebnis.

Eine Anpassung der Kennzahl "Zivilschutz-Einsatztage" wurde notwendig, weil es durch die regionalen Einsätze und Strukturen kaum mehr möglich ist, eine klare Abgrenzung nach Gemeindegebiet vorzunehmen. Leider sind auch die Zahlen nicht deckungsgleich mit dem Abschluss der Verbundgemeinden. Der Grund sind unterschiedliche Vorgaben bei der Abgrenzung zum Vorjahr.

4.3.4.5 öko-forum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

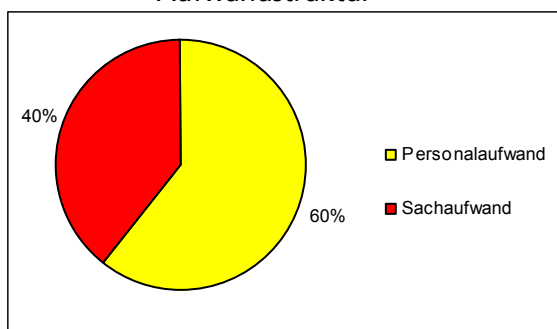
Das 1987 gegründete öko-forum ist die erste Anlaufstelle für Fragen aus den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz und Ökologie. Seit dem Jahre 1999 ist das öko-forum die offizielle stationäre und telefonische Umweltberatungsstelle, seit September 2006 die Erstanlaufstelle Energieberatung für den ganzen Kanton Luzern. Es wird vom Kanton für diese Ausweitung des Leistungsauftrages finanziell entschädigt. Das öko-forum ist organisatorisch Teil der städtischen Dienstabteilung Umweltschutz.

b) Ergebnis

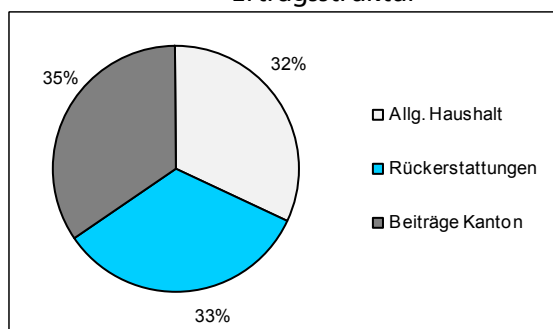
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	276'896	319'616	278'000	41'616	15%	42'720	15%
Ertrag	168'740	217'170	159'500	57'670	36%	48'431	29%
Ergebnis	-108'156	-102'446	-118'500	16'054	14%	5'711	5%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Anzahl Beratungen	10'220	11'146	11'503	12'140	12'291	1%
davon Stadtbevölkerung	4'757	5'689	6'382	7'291	7'514	3%
Anzahl Ausleihen von Medien	9'724	10'331	10'229	10'677	10'834	1%

e) Kommentar

Der Anteil der Stadt Luzern an der Finanzierung des öko-forums konnte seit dem Jahre 2000 auf unter die Hälfte reduziert werden. Kanton, Gemeinden und Private tragen heute rund 65 % der Kosten.

Der Aufwandüberschuss 2006 liegt mit Fr. 102'400.– deutlich unter dem vom Parlament im Jahre 2003 bewilligten Betrag von Fr. 130'800.– bzw. dem Budget von Fr. 118'500.–. Mehreinnahmen haben dieses Ergebnis ermöglicht (Verkauf Tageskarten, Kantons- und Gemeindebeiträge).

Die Anzahl der Umweltberatungen konnte nochmals geringfügig gesteigert werden. Die Zuwachsrate betrug 1 %. Überproportional stieg dabei der Anteil der Ratsuchenden aus der Stadt Luzern. Die Anzahl der Ausleihen nahm ebenfalls um 1 % zu. Sie liegt heute rund dreimal so hoch wie noch vor fünf Jahren.

4.3.4.6 Feuerwehr

a) Aufgaben / Dienstleistungen

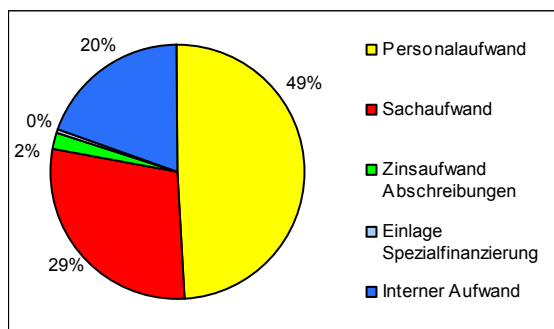
Die Aufgaben der Feuerwehr sind im Feuerschutzgesetz umschrieben. Im Vordergrund stehen Einsätze bei Bränden und Explosionen, bei Elementar- und sonstigen Ereignissen, welche die Umwelt schädigen oder gefährden. Hinzu kommen Einsätze für Wach- und Kontrolldienste, Verkehrsdienste und technische Einsätze. Als Stützpunktfeuerwehr wird die städtische Feuerwehr auch zu Einsätzen im Strassenrettungsdienst, als Strahlenwehr und als Ölwehr aufgeboden. Bei der Feuerwehr sind neun Personen mit 850 Stellenprozenten als Verwaltungspersonal fest angestellt. Das Feuerwehrkorps ist nach dem Milizsystem zusammengesetzt und wird für den Ernstfalleinsatz mittels Funk- und Telefonalarm, zu den Übungen jeweils schriftlich aufgeboden.

b) Ergebnis

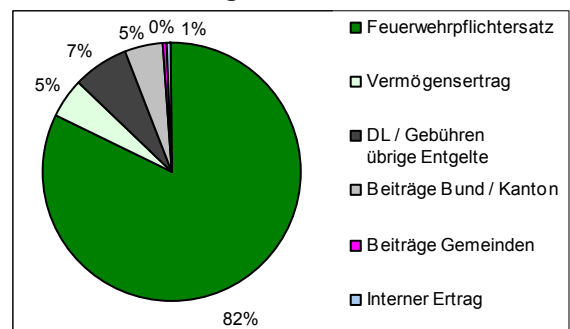
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	4'256'224	3'751'361	3'949'100	-197'739	-5%	-504'863	-12%
Ertrag	4'256'224	3'751'361	3'949'100	-197'739	-5%	-504'863	-12%
Ergebnis	0	0	0	0		0	

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Alarmeingänge	665	527	505	463	453	-10
davon Fehlalarme (aber Ausrücken des Polizeilöschpiketts oder von Teilen der Feuerwehr)	297	266	304	260	280	+20
Einsätze total (alarmmässige und im Voraus geplante)	862	723	690	690	774	+84
Einsatzstunden total (inkl. Polizeilöschpikett)	7'305	6'417	7'714	14'410	7'487	-6'923
Besoldete Stunden für Übungen, Kurse und Rapporte	14'039	16'722	17'413	16'119	17'698	+1'579
Besoldete Stunden für Retablierung, Vorbereitungen und Dokumentationsdienst	1'681	1'857	2'265	3'162	3'585	+423

e) Kommentar

Mit 453 alarmmässigen Einsätzen war das Jahr 2006 ein eher unterdurchschnittliches Jahr. Dafür wurde bei den geplanten Dienstleistungen, also Einsätzen ohne Alarmierung, eine deutliche Steigerung von 227 Einsätzen im Vorjahr auf 321 Einsätze registriert. Die Zunahme dieser Bereitschafts- und Wachdienste für verschiedenste Veranstaltungen in der Stadt Luzern entwickelt sich zu einer Herausforderung für das Milizsystem. Die weniger personalintensiven Einsätze gegenüber dem Vorjahr (Hochwasser 2005) und der Mehrertrag aus der Feuerwehrsatzabgabe führen zu einem erfreulichen Finanzergebnis.

4.4 Baudirektion



Im Herbst 2006 konnten das sanierte Dula-Schulhaus und die neue Doppelturnhalle Säli eröffnet werden. Die Schulanlage Dula/Säli/Pestalozzi ist städtebaulich von hoher Qualität und wird bis Ende 2009 für insgesamt Fr. 22,75 Mio. erneuert.

Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor

Mut zur Priorisierung

Gegenwärtig sind eine Vielzahl von strategischen Projekten pendent:

- Fusion Littau-Luzern als erster Schritt für weitere Zusammenschlüsse zu einer starken Stadt mit 140'000 Einwohnerinnen und Einwohnern.
- Agglomerationsprogramm mit einer Vielzahl von Verkehrsprojekten, wobei erste grosse Vorhaben in die Umsetzung kommen (Tieflegung Zentralbahn).
- Entwicklung Allmend mit dem Projekt Sportarena Allmend, mit einer führenden Rolle von privaten Investoren und Betreibern.
- Revision der Bau- und Zonenordnung, beinhaltend eine Überarbeitung der Nutzungsplanung im Hinblick auf die oben erwähnte Stadtentwicklung.
- Entlastungs- und Überprüfungsprojekt, beinhaltend eine umfassende Überprüfung (und Umsetzung) des Leistungsangebotes der Stadt.

Die Verwaltung muss sich aufgrund der neuen Herausforderungen entwickeln. Dies zeigt sich beispielsweise durch umfassende Reorganisationen: In der Baudirektion wurden Ende 2005 Liegenschaftenverwaltung und Hochbau zur Dienstabteilung Immobilien zusammengefasst. Im Weiteren wurden Finanz- und Rechnungswesen in der neuen Abteilung Finanzen und Controlling (FCBD) gebündelt (wobei die Installation der neuen Prozesse und Abläufe mehrere Jahre beansprucht). Derartige Umstrukturierungen verlangen von allen Mitarbeitenden, insbesondere von den Führungskräften, viel ab.

Um der Vielzahl von Ansprüchen zu genügen, müssen sich die Kader der Verwaltung weiterbilden. Die Kompetenzen in der Führung und im Projektmanagement sind zu stärken.

Bei der Analyse ist auch im Auge zu behalten, dass die operativen Tätigkeiten stets komplexer und anspruchsvoller werden. Zwei Beispiele:

- Die sogenannten Probleme der Enge führen zu zahlreichen Zielkonflikten, welche in anspruchsvollen Prozessen und ressourcenkonsumierender Kommunikationsarbeit bewältigt werden müssen.
- Die Individualisierung der Gesellschaft führt dazu, dass stets vielfältigere Ansprüche an die Stadt gestellt werden.

Bei einer derartigen Konstellation müssen die Führungskräfte der Stadt den Mut zur Priorisierung aufbringen. Es sind stets die Leitsätze, Stossrichtungen und Fünfjahresziele gemäss Gesamtplanung im Auge zu behalten. Bei der Festlegung der Jahresziele der Direktionen und Dienstabteilungen muss vermehrt danach gefragt werden, was die vorhandenen Ressourcen zulassen. Wenn die Kräfte durch an sich wünschbare, aber nicht notwendige Projekte verzettelt werden, besteht das Risiko, dass die strategisch wichtigen Projekte, welche für die Fortentwicklung der Stadt entscheidend sind, nicht mit der notwendigen Intensität und Sorgfalt abgewickelt und durchgesetzt werden. Die Politik lässt sich nicht in diese Verantwortung mit einbeziehen. Diejenigen politischen Kräfte, welche die eingangs geschilderten strategischen Projekte und Stossrichtungen mittragen, dürfen sich jedoch nicht der Erkenntnis, dass priorisiert werden muss, verschliessen und müssen entsprechende Konsequenzen akzeptieren. Wenn sich die Exekutive der Stadt Luzern zukünftig vermehrt als bisher dagegen wehrt, an und für sich wünschbare, aber nicht notwendige Aufgaben zu übernehmen, so liegt die Begründung nicht nur in finanzpolitischen Überlegungen, sondern auch in einer verantwortungsbewussten Ressourcenplanung.

4.4.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Stadtplanung, Rahmenkredit 2005–2008
(Projektplan Nr. 03/790.77)

Fünfjahresziel
A1.3, D2.1, D3.1

Die Hauptphase der Revision der Bau- und Zonenordnung hat begonnen.

Das methodische Vorgehen und die Projektorganisation für die Revision der Bau- und Zonenordnung ist festgelegt. Gestützt auf eine öffentliche Ausschreibung wurde ein Planungsteam mit der Bearbeitung beauftragt. In einem ersten Schritt werden drei Szenarien in Form von Zukunftsbildern erarbeitet, die anschliessend öffentlich diskutiert werden.

Obere Bernstrasse, Studie
(Projektplan Nr. 95/941.04)

Fünfjahresziel
A1.3

Das Konkurrenzverfahren für die Arealüberbauung Obere Bernstrasse ist abgeschlossen.

Der Stadtrat hat sich aufgrund einer umfassenden Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie für eine Neuüberbauung der städtischen Areale Obere Bernstrasse entschieden. Da der Kauf einer wichtigen Fremdparzelle innerhalb des Planungsperimeters nicht zustande kam, muss ein neues Vorgehenskonzept erarbeitet werden. Das vorgesehene Investorenkonkurrenzverfahren ist deshalb frühestens 2007 möglich.

Agglomerationsprogramm
(Projektplan Nr. 02/690.36)

Fünfjahresziel
B1.1, B2.1

Erste Umsetzungsschritte zum Agglomerationsprogramm sind abgeschlossen.

Das Agglomerationsprogramm konnte planmässig mit der Anpassung des kantonalen Richtplanes im November 2006 festgesetzt werden. Das Projekt für die Tieflegung der Zentralbahn wurde in die Liste der dringenden Projekte des im Oktober 2006 verabschiedeten Bundesgesetzes zum Infrastrukturfonds aufgenommen. Seither laufen die Projektierungsarbeiten auf Hochtouren, da der Baubeginn vor Ende 2008 eine Bedingung für den Bundesbeitrag ist.

Die Ausarbeitung der Vorlage für die Langensandbrücke erwies sich als komplex, einerseits bedingt durch die zu koordinierenden Verfahren Stadt und SBB, andererseits durch die Besonderheit des Totalunternehmerauftrages. Ende 2006 konnte das Geschäft dem Grossen Stadtrat unterbreitet werden, welcher ohne Gegenstimme zustimmte; am 11. März 2007 erfolgt die Volksabstimmung in der Stadt Luzern.

Als weitere wichtige Vorhaben des Agglomerationsprogramms auf Stadtgebiet sind zu erwähnen die S-Bahn-Haltestelle Luzern Verkehrshaus, für welche 2006 das Projekt im Hinblick auf die Realisierung 2007 erstellt wurde, die Spange Süd, für welche die Zweckmässigkeitsbeurteilung eingeleitet wurde, die Langsamverkehrsachse Grosshof–See und der Velo-Tunnel Bahnhof, für welchen ebenfalls die Projektierung gestartet wurde, der Bypass, für welchen, unter Mitarbeit auch der Stadt, die Zweckmässigkeitsbeurteilung abgeschlossen werden konnte, sowie die Spange Nord, für welche erste Projektstudien erstellt wurden.

Erneuerung und Anpassungen bei den Volksschulbauten gemäss
Projektpriorisierung (Projektplan Nr. 03/217.99)

Fünfjahresziel
C3.2

Kein Meilenstein.

Der Bericht zur Entwicklung der Volksschule wurde erst im Februar 2007 vom Parlament behandelt. Der Meilenstein kann erst nach der überarbeiteten Projektpriorisierung festgelegt werden.

Allmend, Nutzungsplanung
(Projektplan Nr. 02/340.22)

Fünfjahresziel
C3.4

Die Grundlagen für die Allmendentwicklung sind erarbeitet, und die Stadionfrage ist geklärt.
Der Grosse Stadtrat hat im September 2006 das Entwicklungskonzept Allmend mit B 25/2006 zustimmend zur Kenntnis genommen und mit dem B+A 28/2006 die Kredite für den Investorenwettbewerb Sportarena Allmend und die Weiterentwicklung des Messeplatzes Luzern bewilligt. Der Investorenwettbewerb Sportarena wurde aufgrund eines Präqualifikationsverfahrens mit fünf Bieterteams im Oktober 2006 gestartet.

Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Bahnhof und Umgebung
(Projektplan Nr. 00/790.13)

Fünfjahresziel
D2.1

Die ersten Umsetzungsschritte zum ESP Bahnhof und Umgebung sind dem Parlament unterbreitet.

Die Unterzeichnung der Schlussdokumente zur ESP-Planung haben sich wegen zusätzlicher Verhandlungen mit den SBB betreffend Verfügbarkeit von Gleisanlagen verzögert. Der Stadtrat hat das Entwicklungskonzept und die dazugehörigen Massnahmenblätter im Dezember 2006 unterzeichnet. Die Unterschriften der SBB, der Post und des Kantons stehen noch aus. Das Entwicklungskonzept und die Massnahmenblätter werden mit der Unterzeichnung für die beteiligten Partner verbindlich.

Planungsbericht zur städtischen Liegenschaftspolitik
(Projektplan Nr. 00/941.05)

Fünfjahresziel
D2.1, D3.1

Die Grundlagen für die zukünftige Liegenschaftspolitik sind erstellt.

Mit der Anstellung des neuen Leiters Gebäudemanagement im September 2006 konnte die erste Phase der Reorganisation der Baudirektion abgeschlossen und die wichtigsten Prozesse der neuen Abteilung Immobilien konnten umgesetzt werden. Ebenfalls wurden Konzept und Instrumente für die Einführung des Globalbudgets im Bereich IMF (Finanzliegenschaften) vorbereitet. Für die Vermarktung verschiedener Liegenschaften wurden Vorgehenskonzepte und die nötigen Vermarktungsinstrumente erstellt. Erste Transaktionen konnten vollzogen werden.

4.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 06	B 06	Abwei- chung	in %	R 06	B 06	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
510 Stab Baudirektion	764	754	10	1%	0	1	-1	100%	(764)	10	
511 Finanzen und Controlling	2'264	2'574	-310	-12%	1'913	2'220	-307	-14%	(351)		3
512 Stadtplanung	2'870	2'822	48	2%	1'638	1'263	376	30%	(1'232)		327
513 Tiefbauamt	37'862	38'309	-447	-1%	17'901	18'343	-442	-2%	(19'961)		5
514 Immobilien	4'502	10'293	-5'790	-56%	1'942	8'800	-6'858	-78%	(2'561)	1'068	
515 GIS-DLZ	3'601	4'030	-429	-11%	4'073	4'263	-190	-4%	473		240
<i>Spezialaufgaben</i>											
520 Liegensch. Verwal- tungsvermögen	14'660	12'785	1'875	15%	17'655	16'312	1'343	8%	2'995	533	
521 Liegenschaften Finanzvermögen	9'044	7'834	1'210	15%	9'044	7'834	1'210	15%	0		
522 Waldbewirt- schaftung	300	300	0	0%	0	0	0		(300)		
<i>Spezialfinanzie- rungen</i>											
590 Kehricht- beseitigung	8'727	7'049	1'678	24%	8'727	7'049	1'678	24%	0		
591 Stadtentwässerung	8'755	11'600	-2'845	-25%	8'755	11'600	-2'845	-25%	0		
Total	93'349	98'350	-5'001	-5%	71'648	77'685	-6'037	-8%	(21'701)	1'611	575
Nettover- schlechterung											1'036

Die Rechnung der Baudirektion schliesst mit einer Nettoverschlechterung von Fr. 1,036 Mio. ab. Mehraufwendungen und Mindererträgen von Fr. 1,611 Mio. stehen Mehrerträge und Minderaufwendungen von Fr. 0,575 Mio. gegenüber.

Beim Aufwand schliesst die Rechnung mit Minderausgaben von Fr. 5 Mio. ab. Im Aufwand enthalten sind Nachtragskredite des Stadtrates in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 lit. b GO von Fr. 1'080'400.– und in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 lit. c GO von Fr. 812'300.–. Das Ergebnis resultiert einerseits aus Einsparungen bei Immobilien von Fr. 5,79 Mio. infolge Direktbelastungen der Kosten für Energie, Reinigung, sowie Heiz- und Nebenkosten auf die Kostenstellen der Bau- und Bildungsdirektion. Weitere Einsparungen von Fr. 2,845 Mio. resultierten bei der Stadtentwässerung (geringere Einlage in die Spezialfinanzierung) sowie von Fr. 0,31 Mio. bei Finanzen und Controlling (teilweise Direktbelastungen an Abteilung TBA aufgrund Reorganisation BD) und von Fr. 0,43 beim GIS-Dienstleistungszentrum (vor allem Auslagerung Projektierung/Bauleitung und Baukoordination).

Demgegenüber stehen Mehraufwendungen von Fr. 1,87 Mio. bei Liegenschaften des Verwaltungsvermögens (Direktbelastungen Rei-

nigung, Heiz- und Nebenkosten), von Fr. 1,21 Mio. bei den Liegenschaften Finanzvermögen (höhere interne Ablieferung aufgrund des besseren Betriebsergebnisses) und von Fr. 1,68 Mio. bei der Kehrichtbeseitigung (Einlage in Spezialfinanzierung).

Beim Ertrag schliesst die Rechnung mit Mindereinnahmen von Fr. 6,04 Mio. ab. Die Mindereinnahmen bei Immobilien von Fr. 6,86 Mio. sind vor allem darauf zurückzuführen, dass die internen Verrechnungen für Energie, Reinigung sowie Heiz- und Nebenkosten wegen der Direktbelastungen auf den Kostenstellen der Bau- und Bildungsdirektion weggefallen sind. Dazu kommen Fr. 2,85 Mio. wegen der geringeren Betriebsgebühren bei der Stadtentwässerung sowie Fr. 0,31 Mio. bei Finanzen und Controlling (siehe Bemerkung Einsparungen F+C), Fr. 0,44 Mio. beim Tiefbauamt (Minderaufwand und -ertrag im Globalbudget) und Fr. 0,19 Mio. beim GIS-Dienstleistungszentrum (geringere interne Verrechnungen). Demgegenüber stehen Mehrerträge von Fr. 1,34 Mio. bei den Liegenschaften Verwaltungsvermögen (teilweise Verrechnung der Mehraufwendungen und einmalige Baurechtszahlung), von Fr. 1,21 Mio. bei den Liegenschaften Finanzvermögend (Baurechtszinsen und Rückerstattungen), von Fr. 1,68 Mio. bei der Kehrichtbeseitigung (Rückerstattungen und Betriebsgebühren) sowie Fr. 0,38 Mio. bei der Stadtplanung.

4.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Finanzen und Controlling

Die neu gebildete Abteilung F+C hat sich im Berichtsjahr etabliert. Die Aufgaben im Finanz-, Rechnungswesen und zum Teil das Controlling wurden innerhalb der Direktion weitgehend zentralisiert und die verschiedenen Abläufe standardisiert. Ein Hauptaugenmerk richtete sich auf die internen Administrations-, Post- und Prozessabläufe sowie auf die Ausgestaltung eines neuen Pflichtenheftes für das Direktions-Controlling mit Bereinigung diverser Schnittstellen mit dem Stab und den Linienabteilungen der Baudirektion.

Stadtplanung

Das Ressort Planung startete im vergangenen Jahr mit Vorarbeiten für die Revision der Bau- und Zonenordnung. Gestützt auf den mit B+A 45/2004 vom Grossen Stadtrat beschlossenen "Rahmenkredit Stadtplanung" erfolgte im Februar 2006 die Ausschreibung für die Planerarbeiten der 1. Phase. Den Zuschlag erhielt die Kontur Projektmanagement AG in Bern, welche die Gesamtleitung einer Planergemeinschaft innehat. Am 7. November 2006 fand eine erste Klausurtagung unter dem Titel "Befunde und Herausforderungen" statt. An dieser Tagung nahmen neben der politischen und fachlichen Projektleitung u. a. die Baukommission als politisches Begleitgremium und eine externe Expertenkommission teil. Ein entsprechender Bericht dieser Klausurtagung liegt vor. Zurzeit wird an der Entwicklung von drei Zukunftsbildern gearbeitet. Dafür wurden drei Architektenteams beauftragt (Diener und Diener, Basel; Feddersen und Klostermann, Zürich; Bosshard und Luchsinger, Luzern).

Im vergangenen Jahr wurden verschiedene Zonenplanänderungen bearbeitet. Die Zonen- und Bebauungsplanänderung Z 24 Reussinsel wurde vom Grossen Stadtrat beschlossen. Bei der Zonenplanänderung Z 20 Versicherungsgericht musste der Entscheid des Regierungsrates (nach einer vom Bundesgericht gutgeheissenen Beschwerde) abgewartet werden. Die regierungsrätliche Genehmigung der Zonenplanänderung ist am 14. Februar 2007 eingetroffen. Die Zonenplanänderung Z 21 Parkhaus Luzern Zentrum / Gütschstrasse 2/4/6 wurde vom Grossen Stadtrat genehmigt. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Für die Zonenplanänderung Z 29 Eichhof (Personalhäuser) erfolgte die öffentliche Auflage. Die Zonenplanänderung Z 28 Allmend wurde dem Kanton zur Vorprüfung eingereicht.

Im Berichtsjahr wurden die Gestaltungspläne G 321 Leumatt, G 322 Titlisstrasse, G 325 Schädprüti, G 327 Dorfstrasse, G 329 Lützelmatte III, G 330 Gibraltarstrasse, G 331 Hermitage IV sowie G 334 Reussinsel II vom Stadtrat genehmigt, diese sind rechtskräftig geworden. Wegen Beschwerdeverfahren konnten die Gestaltungspläne G 305 Schönbühlcenter und G 312 Unterlöhli noch nicht in Rechtskraft treten.

Weitere Gestaltungspläne sind in Bearbeitung: G 328 Sternmattstrasse, G 332 Geissmatthöhe, G 335 Schönbühlpark und G 336 Rodtegg II. Der Gestaltungsplan G 323 Zürichstrasse wurde formell zurückgezogen.

Damit das Ziel des Stadtrates umgesetzt werden kann, die Stadtgärtnerei vom Wettsteinpark in das Gebiet Ried, Ebikon, auszulagern, hat die Gemeindeversammlung von Ebikon im Mai 2006 eine entsprechende Umzonung beschlossen. In einem nächsten Schritt werden 2007 zwei Wettbewerbsverfahren durchgeführt. Eines für die Schaffung von Wohnraum im Wettsteinpark, das andere für die neue Stadtgärtnerei im Ried.

Wiederum sind im Interesse einer qualitätsvollen Stadtentwicklung einige Wettbewerbsverfahren begleitet worden, wie z. B. Westhang Rodtegg, Eisenbahner-Baugenossenschaft Dorfstrasse, Güterareal SBB, Kirchturm Maihof.

Im Berichtsjahr wurden total 415 Baugesuche zur Bearbeitung eingereicht. In diesen Zahlen enthalten sind auch Projektänderungen, Vorprojekte, Fensterersatz usw. Vom Ressort Baugesuche wurden total 419 Gesuche abschliessend behandelt, davon 59 mit Einsprachen. Es mussten 11 Baugesuche vom Stadtrat abgewiesen werden. Zudem wurden 21 nicht bewilligungsfähige Gesuche von den Gesuchstellern zurückgezogen. Das Bauvolumen betrug Fr. 281 Mio. Die Bearbeitung der Bauvoranfragen und Baugesuche umfasst auch die Beratung und Unterstützung von Bauvorhaben in baurechtlicher und architektonischer Hinsicht. Im Dezember wurde eine Umfrage "Kundenzufriedenheit im Ressort Baugesuche" gestartet. Die Auswertung erfolgt im Frühjahr 2007.

Das Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz hat die städtebaulich und architektonisch erhaltens- und schützenswerten Bauten der Bebauungspläne B 133 Halde/Bellerive/Lützelmatte, B 134 Langensand und B 136 Würzenbach in das

Hinweisinventar (Bauinventar) aufgenommen. Denkmalpflegerisch stand das Löwendenkmal im Zentrum der Arbeiten: Die Felswand wurde naturwissenschaftlich untersucht und ein Pflegegewerk geschaffen; die notwendigen Felsicherungs- und Reinigungsmassnahmen wurden durchgeführt. Weiter wurden der Buobematt- und der Franziskanerbrunnen restauriert.

In der Berichtsperiode sind folgende vier Objekte in das kantonale Denkmalverzeichnis aufgenommen worden:

- Pilatusstrasse 26 (Gesamtbauwerk)
- Haldenstrasse 5 (Gesamtbauwerk)
- Hirschengraben 33b (Gebäudehülle, Lift und Treppenhaus)
- Baselstrasse 13 (Gebäudehülle und statische Konstruktion)
- Hans-Holbein-Gasse 13 "Altes Schulhaus" (Gesamtbauwerk)

Tiefbauamt

2006 konnten verschiedene wichtige Projekte den zuständigen Behörden zur Genehmigung unterbreitet werden: der städtische Anteil an der Neugestaltung des Knotens Eichhof, die Hirschmattstrasse, der Schweizerhofquai, das Trottoir Hünenbergstrasse und die Erneuerung der Kanalisationen 5. Etappe, 1. Teil; die Realisierungen sind ab 2007 vorgesehen.

Mit dem Bau der Busspur Baselstrasse konnte begonnen werden; die Erschliessungsarbeiten für die erste Etappe der Überbauung Tribischen und die Sanierung der Altlasten in diesem Bereich konnten abgeschlossen werden. In Zusammenarbeit mit der Lido AG und Swiss Volley Innerschweiz konnten im Lido vier Beach-Volleyballfelder erstellt werden. Ebenso konnte bei der Ufshötti ein Boule-Platz eröffnet werden. Im Weiteren war das Tiefbauamt stark in die eingeleitete Umsetzung des Agglomerationsprogramms involviert (vgl. 4.4.1 Meilensteine).

Bei den Lärmschutzprojekten wurden mehrere Projekte auf Gemeindestrassen bearbeitet (Hünenbergstrasse, Hirschmattstrasse, Bireggstrasse). Auf den Kantonsstrassen stehen diverse bereits in der Realisierungsphase (z. B. Zentralstrasse, Basel-/Bernstrasse und Haldenstrasse).

Im Zusammenhang mit den Reparaturen nach dem Hochwasser 2005 und der Erarbeitung des Projektes für die Sanierung des Reusswehres wurde der zum Teil schlechte Zustand der Reussufermauern offensichtlich. Gestützt auf diese Erkenntnis und die gleichzeitig be-

gonnene Inventarisierung der Stützmauern zeigt sich hier ein Unterhaltsdefizit, welches in den nächsten Jahren mit entsprechenden Mitteln abgebaut werden muss.

Im Bereich des Unterhaltes zeigte sich auch 2006 die ganze Problematik von Littering und Vandalismus, offensichtlich eine zurzeit typische Erscheinung in unserer Gesellschaft. Die stetige Zunahme des Reinigungsaufwandes, bei gleichzeitigem Stellenabbau infolge des Entlastungsprogramms, stellt eine grosse Herausforderung für das Strasseninspektorat dar. Eine interne Optimierung der Organisation soll hier entlasten. Am Eidgenössischen Musikfest haben die Stadtgärtnerei und das Strasseninspektorat auch in diesem Bereich wertvolle Erfahrungen gesammelt.

Die Baukoordination, welche bis anhin im Rahmen der Projektierung und Bauleitung durch das GIS-DLZ erfolgte, wurde dem Tiefbauamt zugeordnet. In der ersten Phase ging es darum, ein eigentliches Bewilligungsverfahren aufzubauen.

Immobilien

Die neue Dienstabteilung Immobilien umfasst die bisherigen Abteilungen Hochbau und Liegenschaftenverwaltung und ist für das integrale Management aller Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen zuständig. Sie ist in drei Bereiche unterteilt: Der Bereich Bauprojektmanagement befasst sich ausschliesslich mit der Führung der Bauprojekte. Der Bereich Gebäudemanagement ist für den optimalen Betrieb, die Nutzung und den Unterhalt der Liegenschaften besorgt, und im Bereich Finanzliegenschaften-Management werden die Liegenschaften des Finanzvermögens aktiv bewirtschaftet und in ihrem Wert entwickelt. 2006 konnte die neue Organisation entwickelt und konsolidiert werden. Im Herbst 2006 nahm der neue Leiter Gebäudemanagement seine Tätigkeit auf. Seine Hauptaufgabe ist die Konzeption und Implementation eines kundenorientierten, effizienten und kostenoptimierten Gebäudemanagements.

Im Bereich *IFL Finanzliegenschaften-Management* wurden neben den Vorbereitungsarbeiten für die Vermarktung verschiedener Liegenschaften und dem üblichen operativen Tagesgeschäft folgende Schwerpunkte verzeichnet:

- Abschluss der Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des Leistungsauftrags mit Globalbudget für das Finanzvermögen per 1.1.2007.

- Veräusserung des Grundstücks 1563, Littau, zu einem Verkaufspreis von Fr. 855'600.– an Herrn Giosué Spagnuolo, Littau.
- Veräusserung des Grundstücks 957, Bernstrasse 38, Luzern, zu einem Verkaufspreis von Fr. 265'000.– an Herrn Daniel Rösli und Miteigentümer, Pfaffnau (Nutzen- und Schadenübergang: 3.1.2007).
- Veräusserung des Restgrundstücks 776, Gütschweg, Luzern, zu einem Verkaufspreis von Fr. 12'150.– an die Senti Immobilien AG, Luzern.
- Vermietung eines Teils des alten Gütschtunnels an die Senti Immobilien AG für ein privates Parkhaus.
- Kauf des restlichen Miteigentumsanteils von 76/100 an der Liegenschaft Winkelriedstrasse 14, Luzern (Nutzen- und Schadenübergang: 1.3.2007).
- Öffentliche Ausschreibung und Vermarktung der Boa-Liegenschaft (Kulturteil), Luzern, mit Antrag an den Grossen Stadtrat zur Einräumung eines unselbstständigen Baurechtes an die Post (Antrag 2007).
- Öffentliche Ausschreibung des Baufeldes 3 der Tribschenstadt, Luzern.
- Öffentliche Ausschreibung der Parzelle 2938 Rebstockhalde, Luzern.

Bei verschiedenen Liegenschaften wurden Sanierungen durchgeführt (Hünenbergstrasse 8, Maihofstrasse 18 und 20, Sternmattstrasse 43 und Bauernhaus Lerchenrain Eigenthal). Das Zweifamilienhaus Heimbachweg 1 wurde rückgebaut.

Durch den Bereich *IPM Bauprojektmanagement* wurden viele kleinere und grössere Projekte abgewickelt:

Neubau Doppelturnhalle Säli, Sanierung Dula-Schulhaus

Die neu erstellte Doppelturnhalle Säli wurde auf Schuljahresbeginn 2006/2007 in Betrieb genommen. Die Heilpädagogische Schule konnte das sanierte Dula-Schulhaus ebenfalls auf Beginn des Schuljahres 2006/2007 beziehen und unterrichtet seither in diesen Räumen. Die Vorbereitungen für die Ausführung der Schlussetappe – Rückführung der Dula-Turnhalle – verliefen termingerecht.

Sanierung Schulanlage Wartegg/Tribschen

Die Streitfrage betreffend Verantwortlichkeit für die Kostenüberschreitungen konnte nicht aussergerichtlich geklärt werden. Deshalb wurde eine Klage vorbereitet. Die Planung für die Fertigstellung der Sanierungsarbeiten konnte abgeschlossen werden. Der B+A für einen Zusatz- und einen Baukredit für eine

Projektergänzung konnte ausgearbeitet werden.

Neubau Schulanlage Unterlöchli

Die neue Schulanlage konnte auf Beginn des Schuljahres 2006/2007 dem Betrieb übergeben werden. In einer ersten Phase dient diese teilweise auch als Ausweichstandort für das sich in Sanierung befindende OZ Utenberg.

Kulturwerkplatz Luzern-Süd

Die Baubewilligung für den neuen Kulturwerkplatz Luzern-Süd wurde erteilt. Im November konnte mit den Abbrucharbeiten begonnen und der Generalunternehmer-Auftrag noch vor Ende 2006 vergeben werden.

Grossschutzraum Sonnenberg

Im Herbst 2006 wurden noch die Aktionstage (30 Jahre Sonnenberg) durchgeführt. Dadurch verzögerte sich der geplante Umbaubeginn.

Schulanlage Utenberg

Die Sanierungsarbeiten konnten termingerecht im Sommer 2006 in Angriff genommen werden. Die Arbeiten laufen programmgemäss.

Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

Die jahrelange Sanierungstätigkeit konnte noch vor Ende 2006 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Freude und Zufriedenheit bei den Nutzern ist gross.

Pflegeheim Hirschpark

Die Umbauten zur Bereitstellung als Provisorium für die Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses Rubin, BZ Eichhof, konnten termingerecht abgeschlossen werden.

Betagtenzentrum Eichhof (Haus Rubin)

Die Baubewilligung für die Sanierung wurde erteilt. Im November 2006 konnte plangemäss mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Betagtenzentrum Dreilinden, Einbau Demenzabteilung

Ende Sommer 2006 konnten die Bauarbeiten abgeschlossen und die neuen Räumlichkeiten dem Betrieb übergeben werden.

Durch das Ressort *GMU Gebäudemanagement (Unterhalt/Technik)* wurden mittels Budgetkrediten im Rahmen der Investitionsrechnung für Fr. 3,7 Mio. verschiedene bauliche Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten ausgeführt, unter anderem:

Aussenanlage Schulhaus Maihof

Auf das 100-Jahr-Schulhaus-Jubiläum hin wurde der Pausenplatz saniert und mit neuen Spieleinrichtungen versehen. Diese Sanierung erfolgte auf Antrag des Kinderparlaments.

Schulmobiliar

Mit dem 2006 erfolgten Schulmobiliarersatz sind die grösseren Schulhaus-Nachrüstungen abgeschlossen.

Sportanlage Tribtschen, FC Kickers

Bisher teilten sich 13 Mannschaften die vier vorhandenen Garderoben. Die Realisierung von zwei zusätzlichen Garderoben mit Duschen konnte mittels Garderobecontainern gelöst werden.

Strandbad Tribtschen

Die anstehenden Sanierungen und die Erneuerung des Kinderplanschbeckens wurden termingerecht auf die Badesaison hin abgeschlossen. Mit den Massnahmen konnte der Betriebszustand und das Angebot für die Badegäste verbessert werden.

Betagtenzentren

Die Umrüstungen auf das Gastro-System Cook-&-Chill sind plangemäss erfolgt.

Betagtenzentren Rosenberg und Wesemlin

Die veralteten Kommunikations-, Sicherheits- und Alarmierungsanlagen wurden durch neue Anlagen ersetzt, welche den heutigen betrieblichen Bedürfnissen entsprechen.

Betagtenzentrum Dreilinden

Die Modifizierungen im Office, Haus Pilatus, und die Sanierungen des Speisesaals konnten ohne grössere Einschränkungen für den Betrieb durchgeführt werden.

Betagtenzentrum Wesemlin

Im Pflegeheim wurden die Stockwerke je durch einen Duschaum ergänzt, zudem sind durch räumliche Anpassungen Notfall- und Bewohnerzimmer mit separaten rollstuhlgängigen Nasszellen ausgerüstet worden.

Im Ressort *GMB Gebäudemanagement (Betrieb/Hauswartung)* wurden verschiedene Arbeiten im Hinblick auf die Einführung eines umfassenden Gebäudemanagements in Angriff genommen:

Konzept Öffentliche WC

Aufnahme des Istzustandes und Analyse der Schwachstellen. Die Entwicklung eines neuen WC-Konzeptes mit Massnahmenplan wird aus

Prioritätsgründen erst gegen Ende 2007 an die Hand genommen.

Neubewertung/Überprüfung Reinigung/Hauswartung der Schulhäuser

Im Rahmen des EÜP wurde bei der Reinigung/Hauswartung der städtischen Schulhäuser ein Sparpotenzial ausgemacht. Im September 2006 hat die Firma Vebego den Zuschlag zur Überprüfung und Neuberechnung der Reinigung und Hauswartung sämtlicher städtischer Schulhäuser erhalten. Der Abschlussbericht wird auf März 2007 erwartet.

Im Rechnungsjahr 2006 konnten die aus dem Vorjahr verschobenen Hochbau-Investitionen von Fr. 4,025 Mio. (Schulanlage Dula/Säli, Schulanlage Unterlöchli) realisiert werden. Bei diesen Bauvorhaben wurden die Verschiebungen aus dem Vorjahr aufgefangen, und aufgrund der Baufortschritte und der Ausführungsplanung ist ein Budgetmehraufwand entstanden. Bei der Schulanlage Utenberg wurden aus betrieblichen Gründen drei Räume in der ersten statt in der zweiten Etappe saniert. Dies hatte ebenfalls einen Budgetmehraufwand zur Folge, ebenso diverse weitere kleinere Projekte. Trotzdem wurden die budgetierten Hochbauvorhaben im Geschäftsjahr 2006 mit rund Fr. 4,9 Mio. unterschritten. Im Wesentlichen haben dazu folgende Bauvorhaben beigetragen:

- Sanierung Schulanlage Wartegg/Tribtschen (Fr. 2,6 Mio.). Der Baustopp wurde noch nicht aufgehoben. Die Planungsarbeiten für die Fertigstellungsarbeiten sind abgeschlossen, und die Kreditanträge werden 2007 dem Parlament vorgelegt.
- Grossschutzraum Sonnenberg (Fr. 2,3 Mio.). Verzögerung des Baubeginns aufgrund der Aktionstage "30 Jahre Sonnenberg".
- Ferienheime der Stadt Luzern in Oberrickenbach (Fr. 1,2 Mio.). Abklärungen der Gebäudesubstanz und bewilligungspflichtige Auflagen wie Lawinen- und Brandschutz sowie Zusatzabklärungen betreffend die Erdbbensicherheit.

Da sich fürs folgende Jahr ein teilweiser Mehrbedarf bei den Hochbauten abzeichnet, konnten wiederum Übertragungen in der Höhe von Fr. 3,5 Mio. vorgenommen werden:

- Zusätzlicher Budgetmehrbeford bei Kulturwerkplatz Süd (Fr. 2,0 Mio.) gemäss Generalunternehmervertrag
- grösserer Baufortschritt (Fr. 1,5 Mio. Mehrbedarf) bei der Sanierung BZ Eichhof (Haus Rubin).

Diese Übertragungen reduzieren die Unterschreitung der budgetierten Hochbauvorhaben 2006 von Fr. 4,9 Mio. auf Fr. 1,4 Mio.

GIS-Dienstleistungszentrum

Im Berichtsjahr bearbeitete das GIS-Dienstleistungszentrum verschiedenste Aufgaben in den Kerngeschäften der Bereiche amtliche Vermessung, Datenabgaben, Bau- und Ingenieurvermessung, Projektierung und Bauleitung, Baukoordination, Datenbereinigung und Nachführung von Werkdaten für die Werkeigentümer, spezielle GIS-Aufgaben bezüglich Geodatenmanagement und Applikationen. Mit diesen Aufträgen (für Stadt, ewl, Swisscom, Cablecom und weitere private Kunden) konnte ein Umsatzvolumen von rund Fr. 4,1 Mio. erzielt werden.

Aufgrund des Reorganisationsprojektes hat das GIS-Dienstleistungszentrum die Projektierung und Bauleitung für die ewl AG abgegeben. Die zuständige Abteilung wurde per 1. September 2006 aufgelöst, die vier betroffenen Mitarbeiter wurden von der ewl übernommen. Ebenfalls wurde die Baukoordination (inkl. Aufbruchbewilligungen) an das städtische Tiefbauamt übertragen. Die Leitungseinmessungen und die Nachführung des Leitungskatasters auf dem Geografischen Informationssystem (GIS) werden weiterhin vom GIS-Dienstleistungszentrum besorgt.

Das GIS-Konzept für die Stadt Luzern wurde in der Umsetzung weiter vorangetrieben. Der Parkplatzkataster ist erstellt. Die Nutzungsplandaten werden zurzeit erfasst und liegen 2007 vor. Die Migration der Daten des Leitungskatasters der ewl AG ist praktisch umgesetzt.

Die Erneuerungsarbeiten der amtlichen Vermessung der Lose Hirtenhof und Altstadt wurden der kantonalen Vermessungsaufsicht zur Verifikation abgegeben. Das Los Neustadt wird bis Mitte 2008 fertiggestellt, sodass über das gesamte Stadtgebiet den gesetzlichen Anforderungen entsprechend erneuerte Grunddaten als Grundlage für das GIS vorliegen werden.

Die amtliche Vermessung wird zudem aufgrund ständiger baulicher und rechtlicher Änderungen laufend angepasst.

Zurzeit wird über das gesamte Kantonsgebiet ein neues Datenmodell (DM.01-AV-LU) eingeführt. Im Stadtgebiet Luzern wurde mit der Datenmigration begonnen.

Im IT-Bereich wurde das lokale Netzwerk der Vermessungsapplikationen in das Stadtnetz integriert. Die Datensicherung ist somit zentral organisiert. Die alten Datenbestände sind über das Stadtnetz auf dem städtischen Server gesichert.

4.4.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen der einzelnen Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

Die Leistungsblätter Tiefbau, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft sind in den Bericht des TBA zum Leistungsauftrag mit Globalbudget in Kapitel 5.3 integriert und werden nicht mehr separat aufgeführt.

4.4.4.1 Stadtplanung

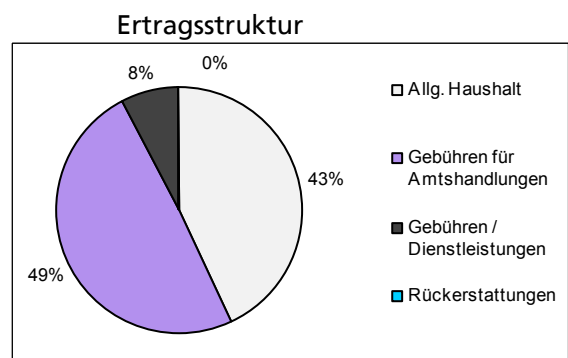
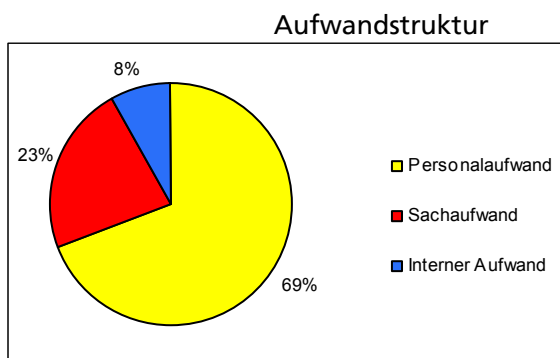
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Stadtplanung fördert mit ihren Dienstleistungen die qualitätsvolle bauliche Entwicklung der Stadt. Die Stadtplanung behandelt alle raumplanerischen, städtebaulichen, architektonischen und baurechtlich relevanten Fragen. Zudem berät sie intern und extern in Fragen der Denkmalpflege und des Kulturgüterschutzes. Sie erarbeitet und koordiniert räumliche Entwicklungskonzepte sowie Richt- und Nutzungspläne. Bauwillige werden bei ihren Planungen und Projekten beraten und begleitet. Die Stadtplanung bereitet Berichte und Anträge des Stadtrates an das Stadtparlament vor. Sie organisiert und koordiniert Wettbewerbsverfahren.

b) Ergebnis

	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	2'573'345	2'869'939	2'821'500	48'439	2%	296'593	12%
Ertrag	992'709	1'638'055	1'262'500	375'555	30%	645'345	65%
Ergebnis	-1'580'636	-1'231'884	-1'559'000	327'116	21%	348'752	22%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Total eingegangene Baugesuche		419	420	379	415	
Total Anz. behandelte Baugesuche		381	413	441	374	419
– davon mit Einsprachen		59 (15%)	59 (14%)	56 (13%)	58 (16%)	59 (14%)
– abgewiesene Baugesuche		15	37	6	7	11
– zurückgezogene Baugesuche		35	32	12	18	21
Bewilligtes Bauvolumen	212 Mio.	292 Mio.	341 Mio.	404 Mio.	264 Mio.	281 Mio.
Total offene Baugesuche per 31.12.			101	80	84	99
Erledigte Baugesuche⁵						
Ordentliches Verfahren innert 40 Arbeitstagen			42%	39%	48%	39%
Ordentliches Verfahren über 40 Arbeitstage			58%	61%	52%	61%
Vereinfachtes Verfahren innert 25 Arbeitstagen			42%	46%	46%	44%
Vereinfachtes Verfahren über 25 Arbeitstage			58%	54%	54%	56%
Einsprachen im ordentlichen Verfahren			56	52	53	51
Einsprachen im vereinfachten Verfahren			3	4	5	8

e) Kommentar

Die Kennzahlen für 2006 weisen gegenüber 2005 wieder eine Zunahme der behandelten Baugesuche von 12 % auf. Dies entspricht dem Stand der Jahre 2003 und 2004. Aufgrund der Zunahme der Geschäfte und des krankheitsbedingten längeren Ausfalls eines Mitarbeiters im Ressort Baugesuche (4 Monate) weisen die Bearbeitungsfristen die entsprechenden Kennwerte der Jahre 2003/2004 auf. Mit der zusätzlich bewilligten Stelle (zirka Mitte 2007) wird insbesondere für das Jahr 2008 mit einer deutlich kürzeren Bearbeitungszeit gerechnet.

⁵ In diesen Zahlen enthalten sind auch Projektänderungen, Verlängerungen von Baubewilligungen, Fassadenrenovationen, Fensterersatz usw.

4.4.4.2 Immobilien

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung Immobilien betreut sämtliche städtischen Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens. Sie muss die vorgesehene Gebäudenutzung sicherstellen sowie Werthaltigkeit und optimalen Substanzerhalt gewährleisten.

Für die Vermietung der Wohnungen, Parkplätze und Gewerberäume, die sich im Eigentum der Stadt Luzern befinden, ist der Bereich *Finanzliegenschaften-Management (IFL)* zuständig. Kauf und Verkauf von Liegenschaften inner- und ausserhalb der Stadt gehören ebenfalls zu seinen Aufgaben. Ab 2007 werden die Liegenschaften des Finanzvermögens mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Im Rahmen der städtischen Investitionstätigkeit übernimmt der Bereich *Bauprojekt-Management (IPM)* die Projektleitungen und ist gemäss den definierten Zielen verantwortlich für eine ordnungsgemässe Projektrealisierung bezüglich Terminen, Qualität und Kosten. Der Bereich *Gebäude-management (IGM)* ist verantwortlich für den Betrieb (Hauswartung, Reinigung, Verwaltung usw.) und den baulichen und technischen Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. In der Dienstabteilung Immobilien arbeiten 188 Personen (total 7'370 Stellenprozente).

b) Ergebnis (Abteilungen 514, 520, 521, 522)

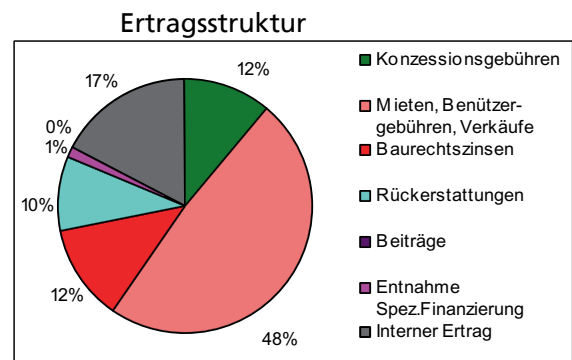
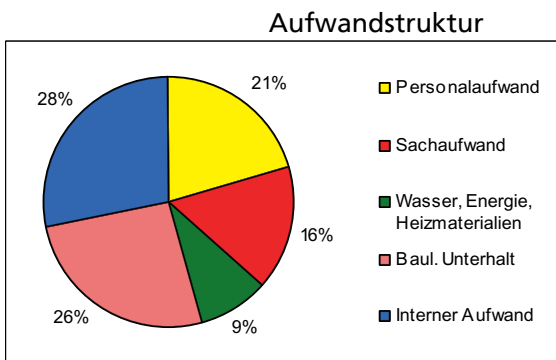
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	28'061'164	23'694'839	27'520'900	-3'826'061	-14%	-4'366'325	-18%
Ertrag	32'351'594	28'640'015	32'946'300	-4'306'285	-13%	-3'711'579	-13%
Ergebnis	4'290'430	4'945'176	5'425'400	-480'224	-9%	654'746	13%
Baul. U'halt	5'929'846	6'160'852	5'724'700	436'152	8%	-231'006	4%

Aufwendungen für den baulichen Unterhalt (Konti 314.00 und 314.02)

Funkt. Gliederung	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Verwaltung	1'625'666	1'889'359	1'805'500	83'859	5%	263'693	16%
Sicherheit	95'534	102'477	112'000	-9523	-9%	6'943	7%
Bildung	1'186'891	1'272'252	1'197'500	74'753	6%	85'361	7%
Kultur und Freizeit	132'130	357'647	107'000	250'647	234%	225'517	171%
Gesundheit	21'356	0	0	0	0%	-21'356	-100%
Soziale Wohlfahrt	2'493'986	1'871'143	1'986'000	-114'857	-6%	-622'843	-25%
Verkehr	22'012	27'261	36'000	-8'739	-24%	5'249	24%
Volkswirt- schaft	157'232	59'300	55'500	3'800	7%	-97'932	-62%
Finanzen	52'121	68'702	73'900	-5'198	-7%	16'581	32%
Zwischen- total	5'786'929	5'648'141	5'373'400	274'742	5%	-138'788	-2%
./. Aufwand Art. 60 GO	-773'389	-566'230		-566'230		-207'158	-27%
Total¹	5'013'541	5'081'911	5'373'400	-291'489	-5%	68'371	1%

¹ Reiner baulicher Unterhalt.

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

<i>Finanzliegenschaften-Management (IFL):</i>					
	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Anzahl Wohnungen	266	260	260	258	-2
Durchschnittliche Nettorendite	4,40%	4,15%	4,63%	4,40%	
<i>Gebäudemanagement (IGM):</i>					
	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Aufwand in Fr. für Primarschulen (inkl. Turnhallen)	1'627'305	1'971'378	2'438'421	2'016'872	-17%
pro Schülereinheit (05: 2'626 / 06: 2'591 / -1,3%)	606	734	929	778	-16%
pro m ² (42'496 m ²)	38	46	57	47	-17%
Oberstufenschulen (inkl. Turnhallen)	396'967	256'146	290'177	261'652	-10%
pro Schülereinheit (05: 1'103 / 06: 957 / -13%)	342	245	263	273	4%
pro m ² (30'056 m ²)	13	9	10	9	-10%
BZ/Pflegeheim/Pflegewohnungen	3'118'016	2'227'947	2'776'612	2'703'083	-3%
pro Bett (05: 775 / 06: 770 / -0,6%)	4'039	2'871	3'583	3'510	-2%
Alterssiedlungen	736'164	879'691	1'065'234	756'731	-29%
pro Wohnung (05: 237 / 06: 233 / -1,7%)	2'737	3'491	4'495	3'248	-28%

e) Kommentar

Die Aufwands- und Ertragszahlen der Rechnung 2006 weichen sowohl vom Budget wie auch von den Vorjahreszahlen stark ab. Dieser Umstand ist auf die erstmalige Vornahme der Direktbelastungen der Kosten für Energie, Reinigung sowie Heiz- und Nebenkosten auf die Kostenstellen der einzelnen Direktionen zurückzuführen (Wegfall Aufwand für Gehälter und Materialeinkauf und daraus resultierend Wegfall der internen Verrechnungen). Unter Berücksichtigung der unter dem Jahr bewilligten Nachtragskredite gemäss Art. 60 GO im Umfang von Fr. 0,57 Mio. entspricht das Nettoergebnis in etwa dem Voranschlag.

Aufgrund von Projektoptimierungen und günstiger Arbeitsvergaben konnten die Ausgaben des reinen baulichen Unterhaltes gegenüber dem Budget um 5 % unterschritten werden. Die zusätzlichen Aufwendungen im baulichen Unterhalt, welche mittels Nachtragskrediten finanziert wurden, beinhalten im Wesentlichen folgende Massnahmen:

- Revision Blockheizkraftwerk Stadthaus
- Sanierungen Heizleitungsschaden beim Schulhaus Schädtrüti sowie Ersatz Wasserhauptzuleitung beim Schulhaus St. Karli
- Reparatur Querrinnen beim Pausenplatz Schulhaus Würzenbach
- Sanierung Wasserschaden beim OZ Hubelmatt sowie feuerpolizeiliche Mängelbehebungen in der Aula Hubelmatt und beim Kulturzentrum Schüür
- Infrastrukturanpassungen beim Stadion Allmend

Bei den Finanzliegenschaften ist ein Wegfall von zwei Wohnungen zu verzeichnen (Rückbau Liegenschaft Heimbachweg 1). Das finanzielle Ergebnis konnte gegenüber dem Budget um zirka 15 % verbessert werden, zurückzuführen auf höhere Baurechtszinseinnahmen und diverse Rückerstattungen (u. a. für Schallschutzfensterprogramme und Hochwasserschaden 2005 Liegenschaft Brandgässli).

4.4.4.3 GIS-Dienstleistungszentrum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

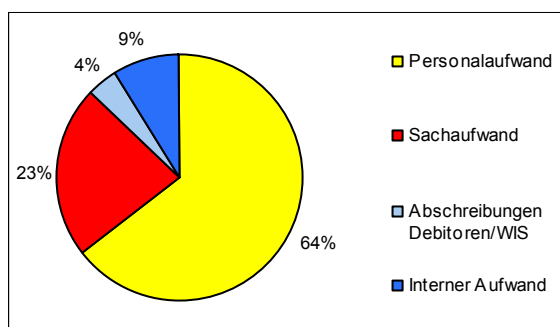
Das GIS-Dienstleistungszentrum führt die amtliche Vermessung der Stadt nach, erneuert diese im Rahmen eines Projektes, betreibt einen Leitungskataster, koordiniert die Leitungsverlegung, bewilligt die Aufbrüche im öffentlichen Grund, erbringt Dienstleistungen für die Verwaltung und Private im Bereich Vermessung und im Zusammenhang mit Leitungsbau. Im Auftrag der Stadt und der ewl AG betreibt das GIS-Dienstleistungszentrum ein geografisches Informationssystem, in dem momentan 2'400 km Leitungen (Rohrleitungen und Kabeltrassen) und deren Attribute verwaltet werden. Für diese Dienstleistungen werden 23 Personen eingesetzt (17,8 Stellen gemäss Stellenplan plus 5 zusätzliche Stellen). Am 1. September wurde der Personalbestand infolge der Abtretung der Projektierung und Bauleitung an die ewl und die Übernahme der Baukoordination durch das Tiefbauamt um vier Personen auf 19 reduziert.

b) Ergebnis

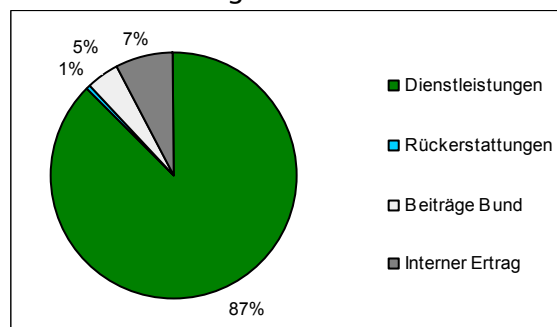
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	3'548'257	3'600'655	4'029'900	-429'245	-11%	52'398	1%
Ertrag	3'993'997	4'073'309	4'263'200	-189'891	-4%	79'312	2%
Ergebnis	445'740	472'654	233'300	239'354	103%	-26'914	-6%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Kommentar

Der Auftragsbestand war im Berichtsjahr sehr gut. Der grösste Teil der aufgewendeten Stunden wurde im Bereich Leitungen und in diesem für die ewl-Gruppe geleistet. Die Beschaffung und das Bereinigen von Daten für das Werkinformationssystem beanspruchte die personellen Ressourcen des GIS-Dienstleistungszentrums stark. Der Aufbau von GIS-Anwendungen für die Stadtverwaltung sowie die geplante Migration der ewl-Daten werden weiterhin eine gute Auslastung bewirken. Der Umsatz und das daraus resultierende Ergebnis liegt, wie schon im Vorjahr, in einem sehr guten Bereich. Das Jahr 2006 war geprägt von ausserordentlichen Einnahmen von rund Fr. 0,3 Mio. (Datenverkauf an Netzbetreiber, Voreinnahmen für die Nachführung der amtlichen Vermessung und die Katastererneuerung).

4.5 Finanzdirektion



Die Stadt Luzern hat die Weichen gestellt. Sie will zusammen mit den Nachbargemeinden zu einer starken Stadtregion und so zum leistungsfähigen Wirtschaftsmotor für einen erstarkten Kanton Luzern werden.

Vorwort von Franz Müller, Finanzdirektor

Wirtschaftswachstum fördern

Ein solides Wachstum der Weltwirtschaft ab der zweiten Hälfte 2005 hat zu einer für die Schweiz markant positiven konjunkturellen Entwicklung geführt. Das schweizerische Wachstum lag über dem Durchschnitt der europäischen Staaten. Nach einer längeren Periode der Stagnation schafft diese Situation Vertrauen und Zuversicht. Eine aufbauende Entwicklung des Privatkonsums und gute Frequenzen für den Tourismus sind positive Merkmale. Der Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie der internationale Handel haben massgeblich zur überdurchschnittlichen Entwicklung beigetragen.

Bei den öffentlichen Finanzhaushalten wirkt sich die gute Konjunktursituation in einer erfreulichen Entwicklung der Steuererträge aus. So sind die Erträge auch in der Stadt Luzern angestiegen, bei den juristischen Personen von Fr. 47,9 Mio. (Rechnung 2005) auf Fr. 65,2 Mio. (Rechnung 2006). Der Anteil der Top Twenty am Gesamtertrag der juristischen Personen in der Stadt Luzern hat sich innert Jahresfrist (trotz steigender Frankenbeträge) von rund 85 % auf 75 % zurückgebildet. Das heisst, dass eine viel grössere Anzahl von Firmen als bisher über eine gute Gewinnsituation verfügen, was erfreulich ist. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass Luzern im Vergleich zu Zürich auf deutlich tieferem Niveau steht bezüglich Wirtschaftswachstum, Volkseinkommen und Steuerkraft.

Die Stadt Luzern erfreut sich einer konsolidiert guten Finanzlage. Diese Freude wird getrübt durch den "Makel", dass diese gute Situation zum Preis einer zu hohen Steuerbelastung erkaufte bzw. erstritten wird.

Wenig erfreulich sind die Abwanderung insbesondere von gut betuchten Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und die volkswirtschaftlichen Daten, wo Luzern weder bei der Entwicklung des Volkseinkommens noch bei der Steigerung der Steuerkraft mithalten kann. Und dies nicht etwa nur beim Vergleich mit Zürich, sondern auch in der Agglomeration Luzern. Diese negative Entwicklung ist auf die Dauer dramatisch.

Es ist Sache der Politik, Gegensteuer zugunsten einer verbesserten Entwicklung zu geben. In die richtige Richtung gehen das vom Stimmvolk verabschiedete Steuergesetz 2008, die Aufgaben- und Finanzreform 2008, die Fusion Littau-Luzern und die erklärte Absicht von Stadtrat und Regierungsrat, durch weitere Fusionen eine Stadtregion zu schaffen, welche aufgrund ihrer Grösse und Dynamik das notwendige Gewicht im nationalen Standortwettbewerb erlangt. Zudem muss Luzern seine Mobilitätsprobleme durch eine beschleunigte Realisierung des Agglomerationsprogramms lösen. Durch einen optimalen Mix von öffentlichem Verkehr und motorisiertem Individualverkehr ist die unbestritten gute Lebensqualität Luzerns zu erhalten und weiter zu fördern. Schliesslich ist die Wirtschaft zum prioritären Thema zu machen. Nur über Wirtschaftswachstum und damit verbunden über Schaffung neuer (qualifizierter) Arbeitsplätze kann es gelingen, die Schwächen Luzerns – zu hohe Steuerbelastung, Abwanderung, mangelhafte Entwicklung bei Volkseinkommen und Steuerkraft – zu überwinden. Im Interesse nachfolgender Generationen tut die Politik gut daran, im aufgezeigten Sinn den Marsch nach vorne anzutreten.

4.5.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Wirtschaftsförderung: Tourismusfinanzierung
(Projektplan Nr. 04/830.03)

Fünfjahresziel
D1.1

Eine Leistungsvereinbarung zwischen Stadt und Luzern Tourismus AG ist abgeschlossen.

Das städtische Parlament hat im Herbst 2005 die Leistungsvereinbarung mit der Luzern Tourismus AG (LTAG) beschlossen. Darin wird das Verhältnis zwischen der LTAG und der Stadt Luzern für die Jahre 2006 bis 2010 definiert. Durch eine stufenweise Erhöhung bzw. Anpassung der Kurtaxen an das schweizerische Mittel, zusätzliche finanzielle Beiträge der Tourismuswirtschaft und eine Anpassung des städtischen Engagements ist es gelungen, für den Tourismus einen finanziellen Mehrwert zu generieren. Dieser fliesst dem Destinationsmarketing zu. Das Fünfjahresziel ist somit erreicht. Das Projekt "Tourismusfinanzierung" ist abzuschliessen.

Wirtschaftspolitische Stossrichtungen: Teilprojekt Marktanalyse zu den mittelfristigen Potenzialen und zur Wettbewerbsentwicklung im Bereich des Gesundheitssektors. (Projektplan Nr. 04/840.04)

Fünfjahresziel
D1.2

Die Erkenntnisse, ob sich der Standort Luzern für eine Entwicklung im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen eignet, liegen vor.

Der Grosse Stadtrat hat den Auftrag für eine Marktanalyse im Bereich der Gesundheitsdienstleistung abgelehnt. Dieses Fünfjahresziel ist zu streichen.

Kostenrechnung und Leistungsrechnung, Einführung
(Projektplan Nr. 96/020.04)

Fünfjahresziel
D4.1

Die Vorbereitungsarbeiten für eine flächendeckende Kostenrechnung sind abgeschlossen.

Der Projektauftrag mit den Zielen, den Rahmenbedingungen und der gewählten Umsetzungsstrategie wurde mit StB 1131 am 22. November 2006 vom Stadtrat verabschiedet. Damit sind die Vorbereitungsarbeiten für die flächendeckende Kostenrechnung abgeschlossen. Die Stadt Luzern verfolgt eine "duale" Strategie: In ausgewählten Bereichen mit umfangreichen Steuerungsmöglichkeiten – die in der Regel auch grössere Umsätze ausweisen – werden Kostenrechnungen betrieben, welche über den vom Kanton vorgeschriebenen Detaillierungsgrad hinausgehen. Im verbleibenden Bereich – etwas mehr als ein Drittel des Haushaltvolumens, welches zudem recht zahlreich und stark fragmentiert ist – möchte die Stadt die Kostenrechnung möglichst einfach und pragmatisch umsetzen. Die Vorgaben des Kantons aus dem Handbuch Rechnungswesen für Luzerner Gemeinden sollen so erfüllt werden, dass die Einführung der flächendeckenden Kostenrechnung und der Anlagenbuchhaltung schlank und ressourcenschonend, aber mit bestmöglichem Nutzen für die Stadt umgesetzt werden kann.

Entlastungs- und Überprüfungsprojekt 2006–2010
(Projektplan Nr. 05/900.01)

Fünfjahresziel
D4.1

Das Massnahmenpaket des Entlastungs- und Überprüfungsprojekts 2006–2010 ist beschlossen.

Die Projektarbeiten konnten im ersten Quartal 2006 abgeschlossen werden. Der Stadtrat unterbreitete darauf dem Parlament seinen Schlussbericht (B 14/2006). Für einige Themenbereiche verlangte das Parlament ergänzende Berichte, im Übrigen aber erklärte es sich im Grundsatz mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen einverstanden. Die Umsetzung der ersten Massnahmentranche wurde im Rahmen der Budgetierung 2007 vorbereitet. Die Projektorganisation kann aufgehoben werden, die Umsetzung der weiteren Massnahmen und das Controlling erfolgen mittels der ordentlichen Planungs- und Berichtsinstrumente.

Finanzreform 2008: Vertretung der städtischen Interessen
(Projektplan Nr. 05/302.24)

Fünfjahresziel
D4.1

Eine Entlastung von mindestens 3 Mio. Franken ist erzielt.

Im Jahr 2006 wurden die Arbeiten an der Finanzreform 08 vom Kanton stark vorangetrieben. Mitte Jahr konnte die Vernehmlassung gestartet werden. Nach Vorliegen der Ergebnisse erfolgten weitere Überarbeitungen in der Projektorganisation. Die Stadt Luzern war auf allen Projektebenen einbezogen und konnte ihre Interessen wahren. Wenn das Volk im November 2007 die Finanzreform gutheisst, wird die Stadt etwa im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung an der vom Kanton beschlossenen Entlastung der Gemeinden von 20 Mio. Franken partizipieren. Darüber hinaus löst der Kanton seine Zusage ein, die Hauptverantwortung für die Finanzierung der grossen Kulturbetriebe zu übernehmen, was für die Stadt bis 2012 schrittweise zu einer weiteren Entlastung um 4 Mio. Franken führen wird.

4.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 06	B 06	Abwei- chung	in %	R 06	B 06	Abwei- chung	in %	(Aufwand) /Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
610 Stab Finanz- direktion	601	1'052	-451	-43%	15	66	-51	-77%	(586)		400
611 Finanzverwaltung	2'060	2'243	-183	-8%	596	585	11	2%	(1'464)		194
612 Regionales Steueramt	9'099	8'132	967	12%	4'303	3'003	1'300	43%	(4'796)		333
613 Teilungsamt	1'542	1'642	-100	-6%	1'288	1'255	33	3%	(253)		134
614 Prozesse und Informatik <i>Adm. unterstellte Dienstabteilungen</i>	7'713	8'926	-1'213	-14%	7'661	8'032	-371	-5%	(52)		842
615 Betreibungsamt	1'812	1'922	-110	-6%	2'309	2'256	53	2%	498		164
616 Finanzinspektorat	572	613	-41	-7%	123	122	1	1%	(449)		42
617 Friedensrichteramt <i>Spezialaufgaben</i>	123	137	-15	-11%	76	75	1	1%	(46)		16
620 Amtsgericht	214	212	2	1%	0	0	0		(214)	2	
Total	23'735	24'878	-1'143	-5%	16'372	15'393	979	6%	(7'362)	2	2'125
Nettoverbesserung										2'123	

Die Finanzdirektion weist gegenüber dem Budget eine Nettoverbesserung von Fr. 2,1 Mio. aus.

Beim Stab Finanzdirektion ist der Minderaufwand von Fr. 0,4 Mio. auf die Verschiebung der Abteilung Grundstückgewinn- und Handelsänderungssteuern zum Steueramt zurückzuführen. Die Einsparungen durch die Finanzverwaltung von Fr. 0,19 Mio. ergaben sich hauptsächlich aus weniger Bedarf an EDV-Wartung und -Betreuung sowie aus geringerem Abschreibungsbedarf auf dem Finanzbetriebs- und -informationssystem. Die grösseren Umsätze beim Regionalen Steueramt erklären sich mit der Übernahme des Steueramtes Littau und der Abteilung Grundstücksteuern vom Stab der Finanzdirektion.

Durch zunehmenden Steuerertrag fielen die Inkassoprovisionen rund Fr. 0,3 Mio. höher aus. Das Teilungsamt und das Betreibungsamt schlossen aufgrund von Einsparungen im Personalaufwand und durch mehr Gebühreneinnahmen insgesamt um Fr. 0,3 Mio. besser ab. Beim Finanzinspektorat wurde 2006 auf Drittleistungen verzichtet. Der Minderaufwand von Fr. 0,8 Mio. bei der PIT ergab sich einerseits aus Personalmutationen, einzelne Stellen blieben zeitweise unbesetzt, andererseits wurden Ersatzbeschaffungen teilweise der Investitionsrechnung belastet, und bei Systemen ohne Wartungsvertrag konnten tiefere Wartungskosten erzielt werden.

4.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Finanzdirektion

Seit 2001 bestand zwischen der Stadt Luzern und der GWP Insurance Brokers ein Mandat für das Risiko- und Versicherungsmanagement. Nach fünf Jahren war es angebracht, den interessierten Brokern, die vermehrt danach gefragt hatten, die Möglichkeit zu bieten, ihre Dienstleistungen zu offerieren und ihre Versicherungsphilosophie darzulegen. Im Frühling wurde deshalb das Brokermandat für die Betreuung des Sach- und Vermögensversicherungs-Portefeuilles nach dem Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen des Kantons Luzern im selektiven Verfahren ausgeschrieben. Gestützt auf das Ergebnis der zweiten Stufe dieser Submission beschloss der Stadtrat, das Brokermandat per 1. Januar 2007 an Ruckli & Zimmermann Versicherungsbroker, Luzern, zu erteilen.

Wirtschaftsförderung

Das Berichtsjahr 2006 ist für die Wirtschaftsförderung in zweierlei Hinsicht erfreulich: Im Frühjahr 2006 konnte nach einem langwierigen Reorganisationsprozess die Stiftung Wirtschaftsförderung Luzern gegründet werden. Somit sind zumindest nach aussen die organisatorischen Strukturen bereinigt, und der Auftritt kann effizient und gebündelt erfolgen. Die Stadt hat sich dafür bereits seit Jahren im Reorganisationsprozess engagiert und ist durch den Finanzdirektor im Stiftungsrat vertreten. Der Stadtrat hat die Schnittstelle zwischen der städtischen Wirtschaftsförderung und der Stiftung in den Aufgabenbereichen der Promotion, Ansiedlung und Bestandespflanze im Sinn eines Versuchs bis Ende 2008 definiert.

Die andere erfreuliche Tatsache: Ein solides Wachstum der Weltwirtschaft ab der zweiten Hälfte 2005 hat zu einer für die Schweiz unerwartet positiven konjunkturellen Entwicklung geführt. Das schweizerische Wachstum lag über dem Durchschnitt der europäischen Staaten, jenes der steuergünstigen Nachbar Kantone über dem schweizerischen Durchschnitt. Eine aufbauende Entwicklung des Privatkonsums und gute Frequenzen für den Tourismus sind positive Merkmale. Dadurch konnten die für die Stadt wichtigen und nach aussen sichtbaren Bereiche des Detailhandels und der Tourismus profitieren.

Der Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie der internationale Handel haben massgeblich zur überdurchschnittlichen Entwicklung beigetragen. Ziel

der Wirtschaftsförderung ist es, den Anteil der wertschöpfungsstarken Unternehmungen zu heben. Es stehen die folgenden Handlungsfelder im Vordergrund:

Räumliche Entwicklung: Expansionen von bereits ansässigen Firmen und Neuansiedlungen können nur dann realisiert werden, wenn räumliche Angebote zur Verfügung stehen. Die konjunkturbedingt verhältnismässig geringe Nachfrage sowie ein ausreichendes Raumangebot in Zürich und Zug sind für Luzern entwicklungshemmend. Das Projekt einer starken Stadtregion Luzern ist hinsichtlich wirtschaftlicher Entwicklung hoch zu werten. Eine überkommunale Raumplanung bedeutet mittelfristig, dass das bestehende Handicap unserer engen Raum- und Platzverhältnisse relativiert werden kann.

Leistungsfähige Infrastruktur: Ein Wirtschaftsraum ist auf leistungsfähige Infrastrukturen angewiesen. Infrastrukturell – insbesondere in dem für die Wirtschaft wichtigen Bereich der Mobilität – weist die Region Luzern erhebliche Rückstände und Defizite auf. Eine rasche Umsetzung des Agglomerationsprogramms mit seinen Schwerpunkten im Bereich der individuellen und öffentlichen Mobilität sichert die Erreichbarkeit des Wirtschaftsraumes Luzern. Dadurch wird insbesondere ein Wachstumsschub mit einer Verbesserung der wichtigen Verbindung in den Wirtschaftsraum Zürich erhofft. Um eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen, wird durch die Stiftung Wirtschaftsförderung Luzern eine Studie initiiert, welche sich mit den Chancen und Risiken dieser verbesserten Anbindung an den Wirtschaftsraum Zürich auseinandersetzt.

Obwohl bei der Besteuerung der juristischen Personen ein geringer Unterschied zu den Nachbarkantonen besteht, ist eine Differenz vorhanden, welche im Standortwettbewerb regelmässig thematisiert wird. Zusammen mit dem höheren Belastungsunterschied bei den natürlichen Personen führen diese Mehrbelastungen zu einem spürbaren Wettbewerbsnachteil und zu einem unterdurchschnittlichen Wachstum der Steuerkraft. Trotz einem attraktiven städtischen Angebot insbesondere in den Bereichen Bildung und Kultur und einer landschaftlich schönen Wohnlage muss die Steuerbelastung schrittweise reduziert werden, um die Steuerunterschiede zu den Nachbarregionen zumindest nicht weiter anwachsen zu lassen.

Als vierter Punkt ist eine nachhaltige Wachstumsstrategie zu definieren und umzusetzen. Die Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums zur Sicherung des heutigen hohen Lebensstandards und des städtischen Leistungsangebotes ist hervorzuheben. Luzern muss sich durch entsprechende Massnahmen positionieren: Eine wichtige Bedingung für ein Wachstum ist die Vereinigung mit anderen Gemeinden. Im Sinne der komplementären Positionierung innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich sind Dienstleistungsnischen auszubauen. Weitere Erfolgsfaktoren sind ein Angebot an angemessenem Wohnraum für mittlere und höhere Einkommenssegmente. Mit entsprechender Umsetzung einer zukunftsfähigen Wachstumsstrategie kann Luzern seine Bedeutung als urbanes Zentrum stärken.

Finanzverwaltung

Auch 2006 waren die Mitarbeitenden der Finanzverwaltung zusätzlich zu den Stammaufgaben des Tagesgeschäftes in zahlreichen Projekten engagiert:

Die Ablösung des Finanzinformationssystems konnte 2006 nach einer Projektzeit von rund 2½ Jahren erfolgreich abgeschlossen werden. Die Termine und das Budget wurden eingehalten. Die Projektziele mit den erwarteten Ergebnissen wurden übertroffen, und das Projekt wurde ohne grössere Probleme abgewickelt. Mitte 2006 wurde eine breit angelegte Benutzerumfrage durchgeführt, um die Akzeptanz des neuen Systems Microsoft Navision zu evaluieren. Die Anwender beurteilten das neue System in Bezug auf Benutzerfreundlichkeit und Funktionalitäten fast ausnahmslos positiv. Im Rahmen der vom neuen Gemeindegesetz geforderten (flächendeckenden) Ausweitung der Kostenrechnung wurde 2006 ein Vorgehenskonzept erarbeitet. Dieser Meilenstein ist im Kapitel 4.5.1 beschrieben.

In den ersten Monaten des abgelaufenen Jahres stand – neben der Vorbereitung und Erarbeitung des Budgets 2007 – der Abschluss des Entlastungs- und Überprüfungsprojektes 2006–2010 im Zentrum. Dank schlanker Projektorganisation und guter Zusammenarbeit sowohl in der Verwaltung als auch mit der Begleitkommission konnte das Projekt zeitgerecht abgeschlossen werden. Ab Mitte Jahr wurde das zuvor zurückgestellte Projekt für die Organisation des Finanz- und Rechnungswesens auf Direktionsstufe wieder aufgenommen. Nachdem das neue Finanzinformationssystem erfolgreich eingeführt ist, sollen auch die Prozesse im Finanzwesen überprüft und optimiert werden. In einigen Direktionen konnten die konkreten Teilprojekte definiert

werden, bei anderen sind noch weitere Vorbereitungsarbeiten erforderlich. Von Bedeutung war auch die Mitarbeit im Fusionsprojekt Littau-Luzern (Fachgruppe Finanzen) sowie im kantonalen Projekt Finanzreform 08, wo die Finanzverwaltung auf verschiedenen Ebenen mithalf, die städtischen Interessen zu vertreten und gute Lösungen zu finden. Ein beträchtlicher Anteil der Ressourcen wurde auch im abgelaufenen Jahr für die Mitarbeit in wichtigen Projekten anderer Direktionen aufgewendet, wie z. B. bei der Erarbeitung des neuen Leistungsauftrages für Spitex.

Mit Inkrafttreten des Reglements über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling auf den 1. Januar 2006 fiel im Berichtsjahr die erstmalige vollständige Berichterstattung an den Stadtrat an. Die Erstellung des Controllingberichts zur Verselbstständigung der ewl Holding AG und die Beantwortung parlamentarischer Vorstösse, aber auch die im Berichtsjahr eingeleitete Überarbeitung der städtischen Eigentümerstrategien von Xundheit und vbl AG bildeten weitere Schwerpunkte. Mit der Einführung von Navision konnten die Abläufe in der Investitionsplanung auf eine effizientere Basis gestellt werden. An der Systematik werden laufend weitere Verbesserungen vorgenommen, um dieses Element der Planung verlässlicher zu gestalten. Unter der Federführung der Finanzdirektion wurde der Bericht "Volksschule: Entwicklungen und bauliche Konsequenzen" erarbeitet, der die Anforderungen des Schulbetriebs und der Betreuungsangebote an die bauliche Infrastruktur systematisch aufzeigt und für die anstehenden Sanierungen von Schulanlagen herangezogen werden kann.

Regionales Steueramt Luzern

Die Zusammenführung der Steuerämter Littau und Luzern auf den 1. Januar 2006 war der Hauptschwerpunkt im Berichtsjahr. Dank der guten Vorbereitung und dem grossen Engagement aller Beteiligten erfolgte die Regionalisierung der Steuerämter ohne Probleme. Die Zusammenarbeit mit den Dienststellen in Littau ist sehr gut, und der Kostenrahmen konnte eingehalten werden. Die Mitarbeitenden von Littau wurden in die bestehenden Teams integriert und gut aufgenommen.

Per Januar 2006 übernahm das Steueramt die Bearbeitung der Grundstück- und Handänderungssteuern vom Stab der Finanzdirektion. Die Mitarbeitenden haben sich gut im Regionalen Steueramt Luzern eingelebt, und erste Stellvertretungsregelungen konnten etabliert werden. Sobald die neue Softwarelösung für die Stammdatenbearbeitung bei den Grund-

stücken und Gebäuden eingeführt ist, werden Doppelerfassungen nicht mehr notwendig sein.

Die kantonalen Vorgaben hinsichtlich des Veranlagungsstandes konnten nicht erreicht werden. Die Schwerpunktprüfungen in den Bereichen Autofahrkosten und Krankheitskosten erwiesen sich als aufwendiger als geplant.

Allerdings muss unbedingt darauf hingewiesen werden, dass die Zielsetzung von 90 % veranlagte Fälle bei den Unselbstständigen für ein grosses Steueramt keinen Sinn macht. Da im Regionalen Steueramt Luzern Arbeitsteilung herrscht, müssen die Veranlagungen aus ökonomischer Sicht auf zwölf Monate verteilt werden. Veranlagungsbeginn ist frühestens im März (vorher sind die Fälle noch nicht veranlagungsbereit). Wenn bereits Ende Jahr 90 % veranlagt wären, gäbe es für die Einschätzenden in den Monaten Januar bis März kaum noch Arbeit. Wollte die Stadt die Vorgaben des Kantons erfüllen, müsste sie etwa vier zusätzliche Mitarbeitende einstellen. Ergebnis wäre, dass sie per Ende März den gleichen Veranlagungsstand hätte wie heute, jedoch ihre Einschätzenden in den ersten Monaten des Jahres nicht ausgelastet wären und höhere Kosten von rund Fr. 0,5 Mio. anfallen würden. Bei den Selbstständigerwerbenden liegt die Stadt ebenfalls hinter den kantonalen Vorgaben zurück. Sie setzt im Moment weniger Mitarbeitende pro 1'000 Fälle ein als der Kanton. Gemäss städtischer Planung wird der Rückstand per Ende 2008 aufgeholt sein. In dieser Planung berücksichtigt wurde, dass zwei Mitarbeitende im Team neu angestellt wurden und einer Einarbeitungsphase bedürfen.

Seit 2006 ist das Regionale Steueramt Luzern zuständig für das Inkasso der Kurtaxen, der Beherbergungsabgaben und im Auftragsverhältnis der Mitgliederbeiträge von Luzern Hotels. Das Abrechnungsformular wurde auf eine elektronische Basis gestellt, und das Meldewesen kann heute per E-Mail erfolgen. Diese Neuerungen wurden vor allem von den grösseren Hotels sehr geschätzt. Der Aufwand für diese Arbeiten übersteigt den im B+A 34/2005 zur Finanzierung von Luzern Tourismus AG geschätzten Zeitbedarf nicht.

Das übrige Tagesgeschäft verlief problemlos. In technischer Hinsicht standen zwei Projekte im Vordergrund: einerseits die Ablösung des Dokumentenmanagementsystems. Das Projekt Hummingbird / Bereich Steuern wurde in Zusammenarbeit mit PIT abgeschlossen. Die Umsetzung der übrigen Bereiche wird noch folgen. Im Herbst wurde andererseits die Scanninglösung der Firma Interact abgelöst durch das Produkt von AnyDoc. Damit hat die Stadt Luzern, welche im Jahr 1999 als Pionier die

Scanninglösung mit Interact aufbaute, auch als Erste wieder auf ein moderneres und vielseitigeres Produkt gewechselt. Die Kosten können dadurch massiv gesenkt werden.

Prozesse und Informatik (PIT)

Die Weiterarbeit an der Umsetzung der laufenden Ablösung der Kernsysteme konnte weiter vorangetrieben werden. Das neue Finanzinformationssystem hat seine Feuertaufe bei der Einführung mit Bravour bestanden. Das Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Sämtliche Ziele konnten dank dem ausserordentlichen Einsatz des Projektteams erreicht, in Teilbereichen sogar übertroffen werden. Weiter wurde in einer intensiven Abklärung das Nachfolgesystem der Einwohnerkontrolle bestimmt. Diese Arbeiten gestalteten sich wegen der Komplexität der Problemstellung sehr aufwendig. Im Speziellen mussten Fragen der Beschaffung und der Integration in die interne und externe Umgebung geklärt werden. Dieser Entscheid wird die künftige Systemlandschaft der städtischen Informatik massgeblich beeinflussen. Die Vorarbeiten zur Ablösung des Personalsystems, als letztes Kernsystem, wurden in Angriff genommen.

Im Bereich der technischen Infrastrukturen mussten weitgehende Massnahmen unternommen werden, um die technische Kompatibilität der Arbeitsplatzrechner und die Datenspeicherung sicherzustellen. Das eingeführte Archivsystem erweitert den Speicherbereich und verbessert die Datenbewirtschaftung durch intelligente Organisationsroutinen. Die Arbeitssicherheit wurde erhöht um mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten.

Die Informatikverordnung ist überarbeitet worden. Die neue Verordnung regelt die interne Aufgabenteilung beim Betrieb, bei der Nutzung und Weiterentwicklung der Informatik. Auf Basis dieser Grundlage können nun auch die Arbeiten zur Weiterführung der strategischen Informatik-Planung fortgesetzt werden.

Fortschritte konnten auch bei der Gestaltung des zukünftigen Standards des Projektmanagements und -controllings erreicht werden. Der Entwurf des allgemeinen Projektmanagementhandbuchs und des Leitfadens des Projektcontrollings wurden durch das Projektteam unter der Leitung von PIT erarbeitet. Auf dieser Grundlage kann nun die stadtweite Einführung der beiden Themenbereiche angegangen werden.

Betreibungsamt

Im Geschäftsjahr 2006 wurden 16'665 Betreibungen mit einer Gesamtforderung von Fr. 92 Mio. bearbeitet. Die Anzahl Betreibungen sank um 605 gegenüber dem Vorjahr. Die Pfändungsvollzüge haben von 8'879 auf 7'887 abgenommen. Weiter wurden 5'817 Verlustscheine im Gesamtbetrag von rund Fr. 36 Mio. ausgestellt. Nach dem Hotel Gütsch im Jahr 2005 wurde im Berichtsjahr auch noch die Gütschbahn mit Berg- und Talstation versteigert. Die Rechnung schliesst mit einem Überschuss von rund Fr. 0,5 Mio.

Im Rahmen der Weiterbildung für die Sozialvorsteher/innen des Kantons Luzern hat das Betreibungsamt über die Schuldbetreibung mit Schwerpunkt Alimentenbetreibung refe-

riert und den Friedensrichterinnen und -richtern des Kantons Luzern ein Referat im Bereich Schuldbetreibung gehalten.

Das Betreibungsamt hat sich im Weiteren in den Projekten "Gesundheitsmanagement" und "Schriftgutmanagement" engagiert. Vor allem das zweite Halbjahr erforderte von den Mitarbeitenden im Projekt Schriftgutmanagement (Umstellung auf elektronische Aktenverarbeitung) einen grossen Einsatz. Seit dem 3. Januar 2007 wird der gesamte Posteingang eingescannt und elektronisch verarbeitet. Eine Schnittstelle mit dem Betreibungsprogramm ermöglicht es, sämtliche Dokumente den Geschäftsfällen zuzuweisen. Alle Akten können neu auch elektronisch archiviert werden und sind immer elektronisch verfügbar.

4.5.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.5.4.1 Regionales Steueramt Luzern

a) Aufgaben / Dienstleistungen

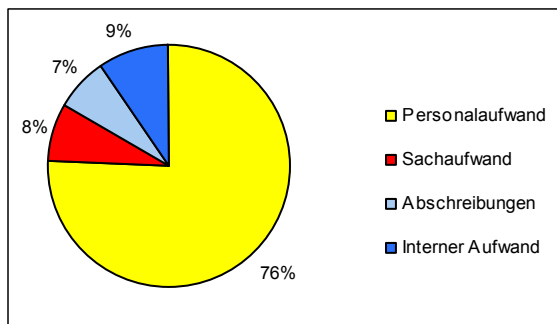
Seit dem Jahr 2006 ist das Regionale Steueramt Luzern für die Gemeinden Littau und Luzern zuständig. Für beide Gemeinden werden folgende Aufgaben wahrgenommen: Feststellung der Steuerpflicht, Veranlagung und Bezug der ordentlichen Gemeinde- und Staatssteuern für die natürlichen Personen (Littau nur Unselbstständigerwerbende), Inkasso der juristischen Personen, Liegenschaftssteuern und Sondersteuern. Zudem werden für Luzern die Grundstückgewinnsteuern und die Handänderungssteuern sowie die Billettsteuern und die Kurtaxen veranlagt und bezogen. Im Regionalen Steueramt arbeiten 70 Personen in fünf Teams.

b) Ergebnis

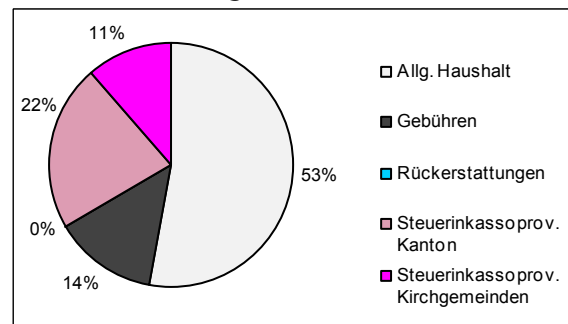
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	7'861'258	9'098'742	8'132'100	966'642	12%	1'237'484	16%
Ertrag	3'175'965	4'303'142	3'003'000	1'300'142	43%	1'127'176	35%
Ergebnis	-4'685'292	-4'795'600	-5'129'100	333'500	7%	-110'308	-2%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Erledigte Veranlagungen	20'475	15'776	19'585	39'071	44'076	40'058	37'998
Offene Veranlagungen Selbstständigerwerbende	1'331	375	1'733	3'286	2'993	3'019	3'284
Offene Veranlagungen Unselbstständigerwerbende	10'384	3'166	13'992	6'952	7'093	5'604	9'994
Aufwand brutto pro Steuerpfl.	160	187	182	168	162	157	154
Aufwand netto pro Steuerpfl.	37	80	71	57	49	88	81
Total Steuerertrag pro Einheit in Fr. 1'000 (Luzern)	110'779	118'365	128'511	126'521	124'352	121'230	130'731
Anteil Steuererklärungen PC					29%	40%	47%

e) Kommentar

Dank der Regionalisierung der Steuerämter Littau und Luzern konnten die Kosten weiter gesenkt werden. Der höhere Nettoaufwand ergibt sich, weil der Bereich Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern per Januar 2006 vom Stab der Finanzdirektion ins Regionale Steueramt wechselte. Erste Massnahmen des EÜP wirkten sich bereits auf die Rechnung 2006 aus. Die Kennzahlen zu den Veranlagungen enthalten beide Gemeinden, diejenigen zum Steuerertrag nur die Gemeinde Luzern. Die Instrumente des E-Governments bewähren sich: Der Anteil der elektronisch erstellten Steuererklärungen hat 47 % erreicht. Insgesamt erfolgten 1'880 Kontakte zu Steuerkunden per Online-Formular. Hinzu kommen viele weitere E-Mail-Kontakte über die Feedbackformulare und rund 55'000 Telefonkontakte zu den Kunden.

4.5.4.2 Teilungsamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

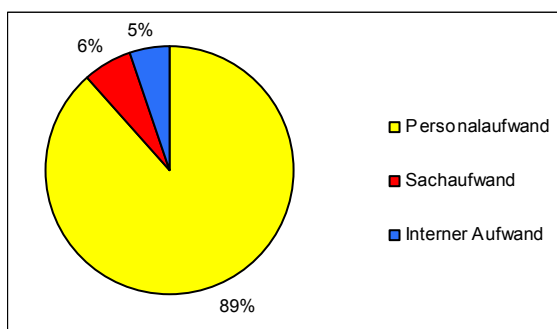
Das Teilungsamt erledigt die der Teilungsbehörde nach Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Darunter fallen Tätigkeiten wie Inventarisierungen, Erbenabklärungen, Testamentseröffnungen, Erbenverhandlungen, Erbgangsbescheinigungen und die amtliche Mitwirkung bei Erbteilungen. Gleichzeitig werden die Erbschaftssteuern für die Stadt und den Kanton veranlagt und bezogen. Das Teilungsamt ist Depositatstelle für Testamente und nimmt als Steuerungsbehörde amtliche Steuerungen vor. Schliesslich werden auch Mandate als Willensvollstrecker und Erbteilungen im Auftrag der Erben übernommen sowie Auskünfte und Beratungen in Erbschaftsfragen erteilt. Im Übrigen ist das Teilungsamt Aufsichtsbehörde über die Willensvollstrecker und Erbschaftsverwalter. Der Personalbestand umfasst 12 Mitarbeitende (1'150 Stellenprozente).

b) Ergebnis

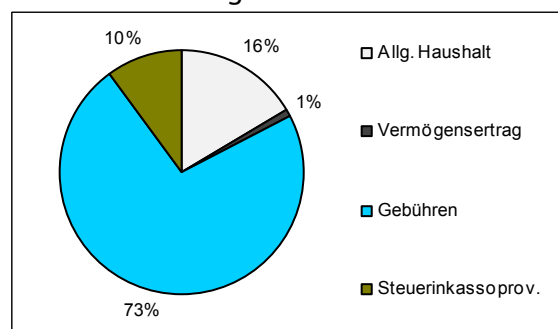
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	1'596'681	1'541'632	1'641'500	-99'868	-6%	-55'049	-3%
Ertrag	1'204'556	1'288'344	1'255'000	33'344	3%	83'788	7%
Ergebnis	-392'124	-253'288	-386'500	133'212	34%	138'837	35%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl neuer Erbschaftsfälle	791	790	719	764	781	718	720
Anzahl pender Erbschaftsfälle	652	536	493	453	399	341	322
Anzahl erledigter Erbschaftsfälle	836	906	762	804	835	776	739
Durchschnittswerte in Fr. je erledigten Erbschaftsfall:							
Aufwand	1'901	1'940	2'056	2'106	1'868	2'058	2'086
Ertrag	1'248	1'683	1'268	1'729	1'577	1'552	1'743
Erbschaftssteuern	6'364	6'400	6'619	6'948	8'446	7'469	7'355

e) Kommentar

Gegenüber dem Vorjahr wurden die pendenten Erbschaftsfälle nochmals um 6 % reduziert. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung ist sowohl gegenüber dem Budget als auch gegenüber dem Vorjahr deutlich besser ausgefallen. Dies insbesondere dank Einsparungen beim Personal- und Sachaufwand sowie dem gesteigerten Ertrag aus Erbteilungen und Willensvollstreckungen. Dieser Ertrag ist allerdings nur sehr bedingt beeinflussbar.

Die Erbschaftssteuern sind mit Fr. 5,4 Mio. rund Fr. 0,4 Mio. höher ausgefallen als budgetiert.

4.5.4.3 Prozesse und Informatik

a) Aufgaben / Dienstleistungen

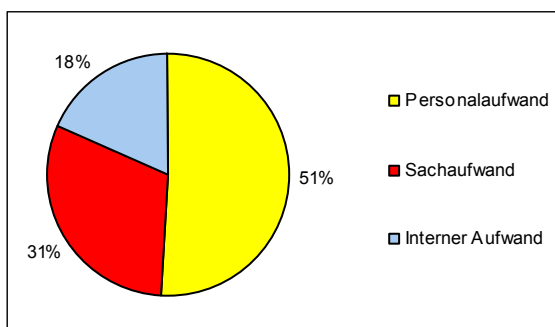
Die Abteilung Prozesse und Informatik (PIT) berät die Dienstabteilungen der Stadtverwaltung bei der Lösung von Organisations- und Informatikaufgaben. Sie unterstützt die Anwender der vernetzten bürotechnischen Infrastrukturen, sie integriert und unterhält die technischen Instrumente. Zusätzlich betreibt sie ein Zentrum für Informationsverarbeitung (inkl. Reprodienste) und den Einkauf für die Stadtverwaltung. Der Postdienst und der Betrieb der Telefonie-Anlagen gehören ebenfalls zu den Dienstleistungen von PIT.

b) Ergebnis

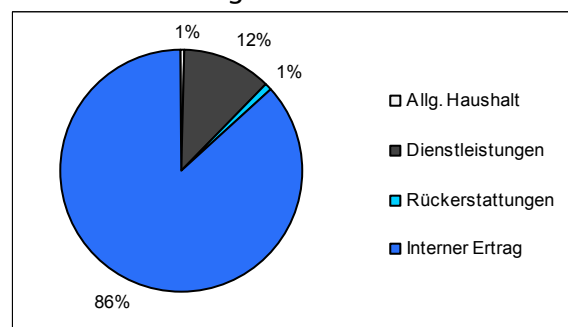
	R 2005	R 2006	B 2006	Abw. zu B 06 in Fr.	Abw. zu B 06 in %	Abw. zu R 05 in Fr.	Abw. zu R 05 in %
Aufwand	7'839'126	7'712'715	8'925'700	-1'212'985	-14%	-126'411	-2%
Ertrag	7'776'267	7'661'083	8'031'900	-370'817	-5%	-115'184	-1%
Ergebnis	-62'859	-51'632	-893'800	842'168	94%	11'227	18%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2002	2003	2004	2005	2006
Informatikausrüstung:					
Mit Informatik ausgerüstet	1'042	1'093	1'084	1'081	1'290
Verrechnung pro PC-Arbeitsplatz/Jahr (Unterhalt, Betrieb, Netzwerk, Schulung)	3'300.-	3'300.-	3'200.-	3'200.-	2'900.-
Verfügbarkeiten:					
Gesamtsystem	99,77%	99,50%	99,61%	99,80%	97,50%
Von Ausfall Betroffene im Durchschnitt	20,3%	23%	25,8%	46,8%	46%
Helpdesk:					
Total gelöste Helpdeskfälle	5'230	5'913	5'845	6'374	6632
Schulung:					
Kurse und Workshops	70	57	48	75	70
Total Kursteilnehmende	475	379	311	544	491
Projekte:					
Anzahl Projekte	77	68	109	106	74
Anzahl Stunden für Projekte	16'170	17'621	14'022	15'933	13'082
Stundenanteil PIT für Projekte	22,2%	24,7%	21,2%	24,8%	37,5%

e) Kommentar

Die Abweichungen zum Budget sind vor allem auf geringere Personalaufwendungen, Einsparungen bei den Betriebskosten und auf Änderungen bei einzelnen Informatikprojekten zurückzuführen. Mit dem Aufbau und dem Betrieb der Informatikinfrastrukturen zur Unterstützung des Unterrichtes in der Volksschule hat sich die Anzahl der betreuten PCs deutlich erhöht. Die Verfügbarkeit des Gesamtsystems litt 2006 unter den technischen Problemen bei der Einführung des Archivsystems. Dies führte auch zu einer erhöhten Anzahl von Helpdeskfällen. Diese Probleme konnten dank dem hohen Einsatz aller Beteiligten rechtzeitig gelöst werden.

4.6 Beitragswesen

4.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 06	B 06	Abwei- chung	in %	R 06	B 06	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
800 Allg. Verwaltung	188	189	-1	-1%	0	0	0		(188)		1
810 öffentliche Sicherheit	976	1'060	-84	-8%	1	0	1		(975)		85
820 Bildung	6'682	6'516	167	3%	0	0	0		(6'682)	166	
830 Kulturförderung	17'551	17'531	20	0%	0	0	0		(17'551)	20	
831 Denkmalpflege	1'211	1'420	-209	-15%	541	630	-89	-14%	(670)		120
832 Sport	401	451	-50	-11%	0	0	0		(401)		50
833 Freizeitgestaltung	133	160	-27	-17%	0	0	0		(133)		27
840 Gesundheit	3'676	3'642	34	1%	0	0	0		(3'676)	34	
L850 Familienergänzende Kinderbetreuung	1'445	1'496	-51	-3%	0	0	0		(1'445)		51
851 Fürsorge	36'955	36'972	-17	0%	0	0	0		(36'955)		17
852 Wohnbauförderung	124	98	26	27%	124	90	34	38%	0		8
860 Verkehr	13'203	14'125	-922	-7%	1'115	1'151	-36	-3%	(12'088)		886
870 Umwelt- und Raumordnung	11	11	0	0%	0	0	0		(11)		
880 Volkswirtschaft	1'271	975	295	30%	123	0	123		(1'147)	172	
Total	83'826	84'646	-820	-1%	1'904	1'871	33	2%	(81'922)	392	1'245
Nettoverbesserung										853	

Der Nettoaufwand für das Beitragswesen unterschreitet den Voranschlag um rund Fr. 853'000.–. Der Beitrag an die ZSOpilatus ist um rund Fr. 80'000.– tiefer ausgefallen als budgetiert. Im Bereich Bildung ergeben sich Mehrkosten von rund Fr. 180'000.– durch die Erhöhung des Pro-Kopf-Beitrages an die Kantonschule. Die höheren Beiträge für mehr Kinder in Heimen konnten durch weniger Kinder in der HPS und der DMS kompensiert werden. Im Bereich Kultur wurde der Betrieb Boa nicht wie vorgesehen im Sommer 2006 geschlossen; nebst dem budgetierten Jahresbeitrag wurden rund Fr. 78'000.– zusätzliche finanzielle Hilfe in Anspruch genommen. Demgegenüber wurde die Defizitgarantie Schüür von Fr. 55'000.– nicht benötigt.

Im Bereich Denkmalpflege führten weniger Gesuche zu Einsparungen von Fr. 120'000.–. Das Defizit der Hallenbad AG fiel um Fr. 50'000.– tiefer aus als angenommen. Vom Ferienpass haben weniger Kinder aus der Stadt Luzern Gebrauch gemacht, die Beiträge reduzierten sich daher um Fr. 22'000.–. Der budgetierte Betrag von Fr. 100'000.– an das Projekt Fixerraum entfiel, im Gegenzug wurde im Gesundheitsbereich für die Spitex und die Impfbeiträge mehr benötigt. Im Bereich Familienergänzende Kinderbetreuung resultierte aufgrund der reglemen-

tierten Beiträge ein Minderaufwand von rund Fr. 51'000.–. Im Bereich Fürsorge konnte der Mehraufwand insgesamt bis auf Fr. 17'000.– kompensiert werden. Die Beiträge an den öffentlichen Verkehr reduzierten sich durch das kleinere Defizit des Zweckverbandes ÖV um netto rund Fr. 886'000.–.

Im Bereich Volkswirtschaft wurde die Defizitgarantie von Fr. 150'000.– für das Eidgenössische Musikfest nicht benötigt. Somit konnte der Mehraufwand durch den vom Stadtrat als Nachtragskredit gesprochenen Beitrag von Fr. 450'000.– für die Präsenz an den Olympischen Spielen in Peking 2008 teilweise aufgefangen werden.

5 Dienststellen mit Leistungsauftrag und Globalbudget



Am 30. Dezember 2006 feierte die Stadtgärtnerei ihr 100-jähriges Bestehen. 1906 stimmte die Stadt Luzern dem Kauf der Gärtnerei Wettstein zu. Die Familie Wettstein hatte auf dem 12'000 Quadratmeter grossen Areal seit 1875 ihre Gärtnerei betrieben.

5.1 Parlamentarischer Leistungsauftrag Heime und Alterssiedlungen

5.1.1 Leistungsziele / Zielerreichung

1. Die Höhe des Heimplatzangebots wird während der laufenden, mehrjährigen Umbauphase konstant gehalten. Um dies erreichen zu können, werden folgende Massnahmen umgesetzt: Die Provisoriumslösung für den Umbau des Pflegeheims Eichhof (Haus Rubin) ist Ende Oktober 2006 bezugsbereit.

Die Bewohner/innen des Pflegeheims Hirschpark sind bis Ende Oktober 2006 in die neuen Pflegewohnungen Tribschen und in einzelne Betagtenzentren integriert.

Erreicht. Die Sanierung Haus Rubin BZ Eichhof hat begonnen; die Provisorien in Kriens und im Gebäude Hirschpark wurden planmässig bezogen; der Start der neuen Pflegewohnungen Tribschen ist gut gelungen; die Institution Hirschpark wurde im Oktober 2006 aufgelöst.

2. Die Bewohner/innen der städtischen Alterseinrichtungen fühlen sich wohl und als Individuum respektiert. Das Ziel wird mittels heimspezifischer Massnahmen in den Bereichen "Selbstbestimmung" und "Normalität des Lebensraumes" erreicht. Die institutionsspezifischen Massnahmen werden bezüglich ihrer Wirkung dokumentiert und kontrolliert.

Erreicht. Das Ziel eines an der Normalität orientierten Angebots mit Betonung der Selbstbestimmung wurde mit diversen konkreten Jahreszielen und Massnahmen pro Betagtenzentrum / Pflegeheim Hirschpark / Pflegewohnungen weiter konkretisiert.

3. Die Bewohner/innen werden professionell gepflegt und betreut. Zur Erreichung dieser Zielsetzung werden die festgelegten quantitativen und qualitativen Standards bezüglich des Personalbestandes weiterhin eingehalten. Der Stellenplanschlüssel wird jedoch an die veränderten Bedingungen der neuen Ausbildungssystematik angepasst. Zur Förderung von Aussenkontakten für die Bewohner/innen sind in den einzelnen Institutionen Ende 2006 feste Gruppen von freiwilligen Mitarbeitenden aufgebaut und etabliert.

Erreicht, ein HAS-übergreifendes Pflegeleitbild wurde erarbeitet und eingesetzt. Im Rahmen des Projekts "Pflegestellenschlüssel" erfolgt nun – als weitere wichtige Grundlage für die Überarbeitung des Stellenplanschlüssels – die Erarbeitung von Leistungsvorgaben und -standards.

Jede der städtischen Institutionen verfügt zwischenzeitlich über eine etablierte Gruppe von freiwilligen Mitarbeitenden. Die Freiwilligenarbeit wurde in allen Betagtenzentren zu einer wichtigen Stütze in der Betreuung der Bewohnenden.

4. Das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bewohner/innen werden gefördert und verbessert. Ein wichtiger Beitrag dazu leistet die Qualitätsentwicklung im Pflegebereich. 2006 wird in allen städtischen Institutionen der Qualitätsstandard "Sturzprävention" eingeführt.

Der Standard und die Schulungsunterlagen sind erarbeitet. Die Implementierung des Standards wurde geplant, erste Kick-off-Veranstaltungen haben in allen städtischen Institutionen stattgefunden. Zudem wurden die Pflegedokumentationen harmonisiert. Daneben wurden die bereits bestehenden Instrumente (Handlungsanweisungen Medikamente, Standard Dekubitusprophylaxe) gemessen und entsprechende Umsetzungsmassnahmen festgelegt.

5. Essen und Trinken sollen für die Bewohner/innen ein Erlebnis und eine tägliche Freude sein. Eine vertiefte Überprüfung der laufenden Reorganisation im Gastrobereich wird 2006 über die erreichte Qualität Aufschluss geben und Ansatzpunkte für weitere Optimierungen aufzeigen.

Die qualitativen Zielsetzungen des Gastronomieprojekts konnten zu einem wesentlichen Teil bereits erreicht werden. Das überarbeitete Hygienekonzept ist in den Betagtenzentren geschult worden. Die Umsetzung der festgelegten quantitativen und qualitativen Leistungsvorgaben, die bis Ende 2008 erfüllt werden sollen, wird trimesterweise überprüft.

6. Die Bewohner/innen werden fachkompetent medizinisch betreut. Zur weiteren Gewährleistung der Zielerreichung ist das neue Arztdienst-System in den Betagtenzentren und Pflegewohnungen auf den 1. Juli 2006 eingeführt.

Das Konzept eines neuen Arztdienstes konnte in der ursprünglich geplanten Form leider nicht realisiert werden. Nach erneuten Gesprächen mit santésuisse und Ärzteschaft wird das alte duale System (Hausarzt mit Tarmed-Abrechnung in Wohnheimen und Heimarzt mit Arztpauschale in Pflegeheimen) weitergeführt. Verbesserungen werden durch die Neuanstellung einer leitenden Heimarztin HAS (ab November 2006) mit vermehrten Steuerungs- und Koordinationsaufgaben sowie mit der geplanten Einführung von Zusammenarbeitsverträgen mit betreuenden Hausärzten (ab 2007) erwartet (StB 724).

7. Die Stadt Luzern ist eine soziale Arbeitgeberin. Sie beschäftigt auch leistungsschwache und behinderte Mitarbeitende. Heime und Alterssiedlungen (HAS) setzt in ihrem Globalbudget rund Fr. 400'000.– für sogenannte "integrative" Arbeitsplätze ein, über das Personalamt können rund Fr. 100'000.– für sogenannte "beschützte" Arbeitsplätze verwendet werden.

Die "beschützenden" Arbeitsplätze werden im gleichen Ausmass wie bisher weitergeführt. Zusammen mit dem Personalamt wird das Konzept "soziale Arbeitsplätze" überprüft.

8. HAS setzt ihre Mittel wirtschaftlich und effizient ein. Ein Indikator dafür ist der Kostendeckungsgrad. Dieser liegt im Jahr 2006 bei 86,6 % (inkl. kalkulatorischer Raumkosten, exklusive Gastrodienste).

Der erreichte Kostendeckungsgrad des Globalbudgets liegt mit 86,3 % leicht unter dem budgetierten Wert von 86,9 % (vgl. unten). Mit der erreichten hohen Auslastung der Heim- und Nebetriebe konnte eine insgesamt gute Budgettreue erreicht werden. Negativ auf das Ergebnis wirkten sich jedoch die gestiegenen Energiepreise und die zu tief budgetierten Lebensmittelkosten (Budgetfehler) aus.

5.1.2 Globalbudget

(in Franken)	IST 06	SOLL 06	Abweichung IST / SOLL		SOLL 07 ³
Kosten	69'495'870	68'468'000	1'027'870	1.5%	67'065'600
/J. Ertrag	-67'926'652	-67'521'100	-405'552	0.6%	-67'184'700
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	1'569'218	946'900	622'318	65.7%	-119'100
Abgrenzungen	-	-	-	-	-
kalkulatorische Kosten ²	9'228'900	9'228'900	-	0.0%	9'228'900
Globalbudget (inkl. kalkulatorische Kosten)	10'798'118	10'175'800	622'318	6.1%	9'109'800
Kostendeckungsgrad (in Prozent) ¹	86.3%	86.9%			88.1%

¹ Der Kostendeckungsgrad bezeichnet das Verhältnis der Erträge zur Summe aller Kosten; er wird also inkl. kalkulatorischer Raumkosten berechnet. Der gegenüber dem Voranschlag veränderte Kostendeckungsgrad im Soll 2006 ergibt sich aus der Integration der Gastrodienste in die Kostenrechnung.

² Die kalkulatorischen Kosten im SOLL B06 weichen aufgrund der Integration und Neubewertung des Gastrobereichs vom parlamentarischen Globalkredit 2006 ab.

³ Die Gastrodienste wurden erst auf 2006 in HAS integriert. Mangels Vergleichbarkeit wird auf die Darstellung der Rechnung 2005 verzichtet

5.1.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Das **Heimplatzangebot** veränderte sich durch die Aufgabe des Pflegeheims Hirschpark. Der Standort ist neu Teil der Provisoriumslösungen während der laufenden, mehrjährigen Umbauphase. Demgegenüber stand der Bezug der neuen Pflegewohnungen Tribschen im Oktober 2006 mit 24 Plätzen. Im Vorfeld der Sanierung des Hauses Rubin (Pflegeheim) BZ Eichhof ab November 2006 und des Teilersatzes des Pflegeheims Hirschpark durch die Pflegewohnungen Tribschen mussten insgesamt 20 Pflegeplätze abgebaut werden. Obwohl das Pflegeheim Steinhof seit Ende Juni in seinem neuen Dachgeschoss 12 Pflegeplätze zusätzlich anbietet, kam es in der Folge zu einem Engpass in der Bewohneraufnahme. Pflegebedürftige Personen mussten damit vermehrt in einem Heim ausserhalb der Stadt temporär

aufgenommen werden. Die diversen Umzüge in die Provisoriumsstandorte Hirschpark, Haus Saphir BZ Eichhof und Pflegeheim Grossfeld, Kriens, verliefen reibungslos; dies alles mit den entsprechenden Mehrbelastungen für die betroffenen Mitarbeitenden und Bewohnenden. Der qualitative und quantitative **Sollstellen-schlüssel** wurde in allen Betrieben gut eingehalten. Durch die Aufgabe des Pflegeheims Hirschpark und die nur teilweise Kompensation durch die neuen Pflegewohnungen Tribschen kam es zu einem notwendigen Stellenabbau. Erfreulich ist, dass in der Zwischenzeit sämtliche betroffenen Mitarbeitenden eine neue Stelle gefunden haben. Im Berichtsjahr wurde ein HAS-übergreifendes Pflegeleitbild erarbeitet und eingesetzt.

5.1.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zum Rechnungsjahr 2006 und Budget 2007. Per 1.1.2006 wurde das Finanzinformationssystem abgelöst. Gleichzeitig wurden auch die Kostenleistungsrechnung von Heime und Alterssiedlungen überarbeitet und die ehemaligen Gastrodienste darin integriert. Da die Rechnung 2005 noch mit dem alten System abgerechnet wurde, wird in den Detailtabellen auf deren Darstellung verzichtet. Das Budget 2006 wurde dagegen in das neue System übernommen und

nochmals gerechnet, was – verglichen mit dem Voranschlag 2006 – zu einigen Verschiebungen in den Leistungen und Teilleistungen sowie den kalkulatorischen Raumkosten der Gastronomie Eichhof geführt hat. Zusätzlich ist bei der Zuordnung der Taxerträge auf die Leistungsgruppen 1 und 2 auf das Budget 2007 hin eine Systemanpassung vorgenommen worden. Die Vergleichbarkeit mit der Rechnung 2006 ist damit stark eingeschränkt.

5.1.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Grundleistungen	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Pensionstage	272'817	273'614	270'137
Kosten pro Pensionstag	107.09	107.14	106.11
Ertrag pro Pensionstag	-168.16	-168.06	-110.32
Ergebnis	-16'661'137	-16'668'600	-1'136'455
Kostendeckungsgrad	157.0%	156.9%	104.0%

LG 2: Pflegeleistungen	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
BESA-Punkte pro Tag	20'907	21'923	21'589
Kosten pro BESA (und Tag)	4.47	4.26	4.17
Ertrag pro BESA (und Tag)	-1.60	-1.48	-3.56
Ergebnis	21'900'519	22'299'580	4'814'058
Kostendeckungsgrad	35.8%	34.6%	85.4%

LG 3: Arztdienst	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Kosten	3'061'112	2'876'586	3'058'321
Ertrag	-2'308'615	-2'227'900	-2'028'400
Ergebnis	752'497	648'686	1'029'921
Kostendeckungsgrad	75.4%	77.4%	66.3%

LG 4: Alterssiedlungen	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Anzahl Wohnungen	234	246	234
Kosten pro m2 und Jahr	324.25	297.79	301.04
Ertrag pro m2 und Jahr	-183.24	-172.77	-177.13
Ergebnis	2'005'870	1'868'252	1'800'849
Kostendeckungsgrad	56.5%	58.0%	58.8%

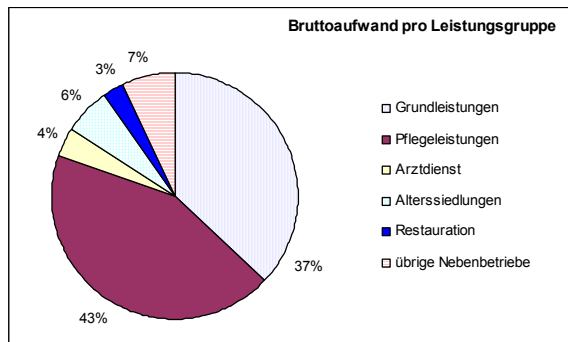
LG 5: Restauration	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Kosten	2'215'510	1'839'070	1'995'841
Ertrag	-2'014'569	-2'029'100	-1'999'400
Ergebnis	200'941	-190'030	-3'560
Kostendeckungsgrad	90.9%	110.3%	100.2%

LG 6: übrige Nebenbetriebe	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Kosten	5'492'469	5'097'312	5'312'287
Ertrag	-2'893'042	-2'879'400	-2'707'300
Ergebnis	2'599'427	2'217'912	2'604'987
Kostendeckungsgrad	52.7%	56.5%	51.0%

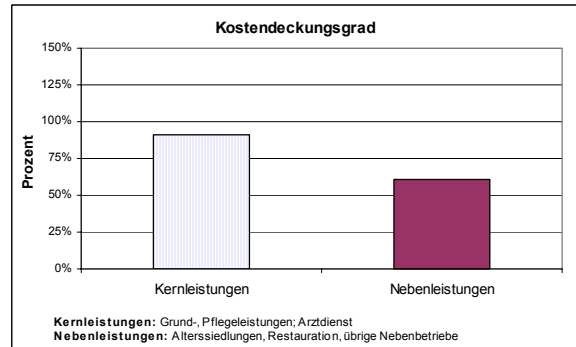
Ergebnis HAS total	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Kosten	78'724'770	77'696'900	76'294'500
Ertrag	-67'926'652	-67'521'100	-67'184'700
Ergebnis	10'798'118	10'175'800	9'109'800
Kostendeckungsgrad	86.3%	86.9%	88.1%

5.1.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

a) Leistungsgruppen und Bruttoaufwand



b) Kostendeckungsgrad



5.1.4.3 Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2006

Gesamtergebnis:

Die Dienstabteilung HAS schliesst mit einem Ausgabenüberschuss von knapp Fr. 1,6 Mio. (ohne kalkulatorische Kosten) ab, Fr. 622'318 schlechter als budgetiert. Damit reduziert sich der Kostendeckungsgrad um 0,6 %. Verantwortlich für die negative Zielabweichung ist dabei in erster Linie ein Budgetfehler im Gastronomiebereich. Der vor der Eingliederung ins HAS erstellte Businessplan Gastronomie ging von deutlich zu tief angesetzten Kennwerten aus. Das führte dazu, dass das Gastronomie-Budget 2006 die Vorgaben des Stadtrates gemäss StB 1054/2003, die eine Kosteneinsparung von jährlich Fr. 500'000.– bis ins Jahr 2007 vorsahen, um Fr. 756'000.– übertraf. Daneben sind deutlich höhere Energiekosten (Fr. 280'000.–) und Mehrkosten durch einen Systemwechsel der Mehrwertsteuer (Fr. 70'000.–) angefallen. Die Personalkosten konnten dank Flexibilisierungs-Massnahmen und einem rigorosen Personalcontrolling im Rahmen des Budgets gehalten werden. Sorgen machen allerdings die teilweise sehr hohen Langzeitausfälle, die deutlich über den budgetierten Kosten für Aushilfen (2 % des Lohnbudgets) liegen.

Erbrachter Leistungsumfang und Kostendeckungsgrad in den Leistungsgruppen:

In den **Grundleistungen** konnte der budgetierte Kostendeckungsgrad erreicht werden. Sowohl Kosten als auch Erträge lagen dabei sehr nahe beim Budget. Dies ist nicht zuletzt auch daher bemerkenswert, da infolge der umfangreichen Bautätigkeit (Haus Rubin) bzw. der Auflösung der Institution Pflegeheim Hirschpark und mit dem Bezug der Pflegewohnungen Tribischen doch einige Planungsunsicherheit bestand. Die Kompensationszahlungen aus den entsprechenden Investitionskrediten konnten jedoch die Mehrkosten kompensieren.

Die **Pflegeleistungen**, gemessen an den verrechneten BESA-Punkten, blieben zwar hinter den Erwartungen zurück. Trotzdem konnte die Leistungsgruppe mit einem um 1,2 % höheren Kostendeckungsgrad abschliessen. Dies wurde möglich durch eine sehr gute Auslastung. Der Mehrertrag ist auch auf das Mehrangebot an Temporärbetten im BZ Eichhof zurückzuführen. Dem gegenüber stehen die tief gehaltenen Personalkosten. Das Personalcontrolling greift.

Die Leistungsgruppe **Arztdienst** schliesst mit einem um rund Fr. 100'000.– schlechteren Ergebnis ab als budgetiert. Einerseits resultierte, bedingt durch die gute Auslastung, ein um rund Fr. 80'000.– besserer Ertrag. Dem gegenüber stehen Mehrkosten von zirka Fr. 180'000.– für Personal (Heimärztin HAS) und Medikamente (vermehrt komplexe Fälle). Im Rahmen der beiden Projekte Medikamentenversorgung und Organisationsentwicklung Arztdienst HAS wird zukünftig eine Verbesserung auch der Kostensituation erwartet.

Bei den **Alterssiedlungen** wurde die geplante Umwandlung von Alterswohnungen zugunsten des Wohnheimangebots im Hochhaus Eichhof weiter fortgesetzt. Trotz hoher Auslastung der weitergeführten Alterssiedlungen (99 %) konnte der budgetierte Kostendeckungsgrad nicht ganz eingehalten werden. Dafür verantwortlich sind gestiegene Energiekosten und ein über Budget angefallener baulicher Unterhalt infolge Mieterwechsel. Die Rechnungslegung zeigt aber auch einen Handlungsbedarf bei der korrekten Zuordnung der Kosten auf (z. B. Verrechnungen Gastro). Der Grundsatzbericht zur zukünftigen Ausrichtung der Alterssiedlungen kann im ersten Halbjahr 2007 diskutiert werden.

In der Leistungsgruppe **Restauration** konnte die budgetierte Umsatzrendite nicht erreicht werden. Verantwortlich dafür sind neben fehlenden Erträgen von zirka Fr. 100'000.– im Personalrestaurant Salü infolge Umbaus und des entsprechend reduzierten Betriebs die deutlich höheren Kosten. Der Verrechnungssatz für Lieferungen aus der Zentralküche wurde gegenüber Budget heraufgesetzt.

Bei den übrigen **Nebenbetrieben** handelt es sich um eine Zusammenfassung unterschiedlichster Leistungen. Die Personalwohnungen konnten dabei dank einer sehr hohen Auslastung (99 %) und den entsprechenden Mehrerträgen mit einem deutlich besseren Ergebnis aufwarten. Das Tagesheim Eichhof und das Therapiebad BZ Dreilinden konnten innerhalb des Budgets abschliessen. Dagegen schliessen die Cafeterias mit deutlich höheren Kosten ab. Grund dafür sind die nicht budgetierten Kosten für Bezüge aus der Küche und der höhere Verrechnungssatz für Bezüge aus der Küche für die Cafeteria Eichhof.

Qualitätsindikatoren:

Die im Leistungsauftrag vorgesehenen Qualitätsbefragungen durch das Regierungstatthalteramt erfolgten 2006 in den Betagtenzentren Rosenberg und Dreilinden. Die Auswertung für das BZ Dreilinden liegt allerdings erst im 2007 vor. Die Befragungen ergaben bei den Heimbewohnenden und ihren Angehörigen, aber auch bei den Mitarbeitenden ein erfreulich positives Ergebnis. Gegenüber der letzten Befragung vor vier Jahren gelang es, die Zufriedenheit zu erhöhen. Einzig die Infrastruktur wird, ausser von den Bewohnern selber, zunehmend etwas kritisch beurteilt.

Abweichungen in den Kostenarten:

Über Budget liegen vor allem die Lebensmittelkosten (Mehrkosten von Fr. 865'978). Sowohl Taxerträge als auch Personalkosten verhielten sich weitestgehend im Rahmen des Budgets. Als Kompensationszahlungen aus Investitionskrediten im Zusammenhang mit bewilligten Sanierungen und Provisorien (B+A 27/2003, 3/2005, 18/2005) wurden Fr. 850'194.– verbucht. Zusätzliche Einsparungen und Zurückstellungen in der Grössenordnung von Fr. 500'000.– erfolgten bei diversen Anschaffungsvorhaben bzw. Unterhalt und Reparaturen. Dem gegenüber stehen die gestiegenen Energie- und Entsorgungskosten von zirka Fr. 280'000.– und die Mehrkosten für Mehrwertsteuer infolge Systemwechsels von zirka Fr. 70'000.– und die nicht budgetierte Einlage von Fr. 100'000.– in die Rückstellung Erfolgsbeteiligung Globalbudget.

Eingeleitete Massnahmen:

Der stark wechselnde Personalbedarf in den Heimen führte im Verlaufe des Jahres zu Massnahmen, die eine erhöhte Flexibilisierung der Personaleinsätze möglich machten. Zusätzlich belastend wirkte 2006 der relativ hohe Anteil an Langzeitabwesenheiten (Abwesenheiten von mehr als 14 Tagen). Alleine im Pflegebereich waren davon im Jahresdurchschnitt dauernd 17,6 Stellen (4,6 % aller Pflegestellen) betroffen. In das ab 2007 geplante Gesundheits- und Absenzenmanagement werden daher einige Hoffnungen gesetzt.

Für die Nebenbetriebe mit tiefer Kostendeckung konnten der Bericht "Zukünftige Nutzung der Personalhäuser auf dem Areal des BZ Eichhof" (StB 834) und der "Auftrag zur Überprüfung und Optimierung des Personalrestaurants Salü" (StB 609) dem Stadtrat unterbreitet werden. Daneben wurden folgende Berichte ausgearbeitet und dem Stadtrat zum (Vor-) Entscheid unterbreitet:

- Szenarienentscheid BZ Dreilinden
- Konzeptanpassungen im BZ Rosenberg, mit einem Umbau für Übergangspflege (B+A 29/2006)
- Genehmigung der "Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Langzeitinstitutionen und betreuenden Ärzten" (StB 724)

Daneben sind für das kommende Jahr interne Benchmarking-Workshops geplant.

Budgetveränderungen im 2007:

Die für das Budget 2007 vorgesehene Verbesserung des Ergebnisses um rund Fr. 1 Mio. gegenüber dem Budget 2006 sollte aus heutiger Sicht erreicht werden können.

5.1.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

Bei HAS wird der Leistungsauftrag für das Jahr 2006 in folgende Leistungsgruppen aufgeteilt:

5.1.5.1 Kernleistungen insgesamt

Die Kernleistungen von Heime und Alterssiedlungen bestehen aus den unten einzeln aufgeführten Leistungsgruppen zugunsten von Heimbewohnenden:

- Grundleistungen (5.1.5.2)
- Pflegeleistungen (5.1.5.3)
- Arztdienst (5.1.5.4)

Primäre Zielgruppe ist die ältere Wohnbevölkerung der Stadt Luzern.

a) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R06	SOLL B06	IST R05
Kernleistungen insgesamt	Durchschnittliche Wartedauer zwischen Anmeldung und Heimeintritt für Wohnheim für Pflegeheim (inkl. Mischheim)	83 Tage 49 Tage	Max. 100 Tage Max. 60 Tage	80 Tage 41 Tage
Kernleistungen insgesamt	Bettenangebot Davon: Bettenangebot für Temporäraufenthalte Bettenangebot in spezialisierten Demenzwohngruppen	770 Betten 12 Betten 24 Betten	766 Betten 12 Betten 24 Betten	785 Betten 9 Betten 14 Betten
Kernleistungen insgesamt	Bettenauslastung insgesamt	97 %	97 %	96 %
Kernleistungen insgesamt	Bewohnerzufriedenheit über alle Bereiche pro Betagtenzentrum	Gesamtdurchschnitt: 5,9 Tiefster Wert: 4,7	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut") Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Gesamtdurchschnitt: 5,6 Tiefster Wert: 3,5
Kernleistungen insgesamt	Angehörigenzufriedenheit über alle Bereiche pro Betagtenzentrum	Gesamtdurchschnitt: 5,3 Tiefster Wert: 4,1	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut") Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Gesamtdurchschnitt: 5,1 Tiefster Wert: 3,0
Kernleistungen insgesamt	Mitarbeiterzufriedenheit über alle Bereiche pro Betagtenzentrum	Gesamtdurchschnitt: 4,5 Tiefster Wert: 2,9 ¹	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut") Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Gesamtdurchschnitt: 4,9 Tiefster Wert: 2,5
Kernleistungen insgesamt	Anzahl Lernender und Praktikanten	72 Lernende/ Praktikanten	70 Lernende/ Praktikanten	Wurde nicht erhoben
Kernleistungen insgesamt	Anzahl Weiterbildungstage pro Vollzeitstelle (innerhalb der Arbeitszeit)	4,7 Tage	4 Tage	Wurde nicht erhoben
Kernleistungen insgesamt	Soziale Arbeitsplätze für nicht voll leistungsfähige Mitarbeitende im Rahmen von 1 % der Gesamtlohnsumme	Fr. 300'000.–	Fr. 415'000.–	Wurde nicht erhoben

¹ Die nur knapp genügende Note der Mitarbeitenden betrifft insbesondere die Lohnzufriedenheit. Veränderungsmöglichkeiten in diesem Bereich stehen jedoch nur sehr begrenzt zur Verfügung.

b) Mengen und Kosten

Kernleistungen total	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Kosten	66'404'336	66'310'366	64'611'124
Ertrag	-60'412'457	-60'030'700	-59'903'600
Ergebnis	5'991'880	6'279'666	4'707'524
Kostendeckungsgrad	91.0%	90.5%	92.7%

5.1.5.2 Leistungsgruppe Grundleistungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Zurverfügungstellen einer zeit- und bedarfsgerechten Unterkunft und Verpflegung mit einem persönlichen Wohnbereich, der im Rahmen der pflegerischen und sicherheitstechnischen Anforderungen weitestgehend selbst gestaltet werden soll.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Wohnangebot (Zimmer, Reinigung, Wäsche)
Verpflegung
Alltagsgestaltung, Betreuung/Aktivierung

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R06	SOLL B06	IST R05
Grundleistungen insgesamt	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Grundleistungen pro Betagtenzentrum	Gesamtdurchschnitt: 5,9 Tiefster Wert: 5,0	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut") Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Gesamtdurchschnitt: 5,6 Tiefster Wert: 3,5
Grundleistungen insgesamt	Angehörigenzufriedenheit im Bereich Grundleistungen pro Betagtenzentrum	Gesamtdurchschnitt: 5,3 Tiefster Wert: 4,1	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut") Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Gesamtdurchschnitt: 5,0 Tiefster Wert: 3,0
Grundleistungen insgesamt	Personalstellen für Grundleistungen ¹	0,19 Stellen / Bewohner/in (Neuberechnung) ²	0,33 Stellen / Bewohner/in	0,19 Stellen / Bewohner/in (Neuberechnung)
Gastronomie	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Gastronomie pro Betagtenzentrum	Gesamtdurchschnitt: 5,9 Tiefster Wert: 5,3	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut") Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Wurde nicht erhoben
Alltagsgestaltung	Angebot an Aktivitäten	Erfüllt	Mind. 3 pro Woche und BZ	Erfüllt

¹ Stellen für sämtliche Grundleistungen, die im Heim direkt erbracht werden, auf Grundlage der GBA-Vorgaben (Kostenrechnung).

² Neuberechnung, nicht mit Soll B2006 vergleichbar (vgl. auch Ist R2005).

d) Mengen und Kosten

LG 1: Grundleistungen	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Pensionstage	272'817	273'614	270'137
Kosten pro Pensionstag	107.09	107.14	106.11
Ertrag pro Pensionstag	-168.16	-168.06	-110.32
Ergebnis	-16'661'137	-16'668'600	-1'136'455
Kostendeckungsgrad	157.0%	156.9%	104.0%

5.1.5.3 Leistungsgruppe Pflegeleistungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Gewährleisten einer angepassten Pflege, basierend auf einem ganzheitlichen, aktivierenden Pflegeverständnis, das den anerkannten Ausbildungskriterien entspricht. Diese umfasst alle KVG-pflichtigen Leistungen gemäss Art. 7 KLV: Massnahmen der Abklärung und Beratung, der Untersuchung und der Behandlung sowie der Grundpflege, die auf ärztliche Anordnung hin oder im ärztlichen Auftrag erbracht werden.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Pflegeleistungen
Pflege und Betreuung, gemäss Leistungskatalog BESA unterteilt in: ▪ Grundpflege I: Grundpflege und hygienische Bedürfnisse ▪ Grundpflege II: Hilfe beim Essen und Trinken ▪ Grundpflege III: Mobilisierung (Mobilität / Gehfähigkeit / Bewegungsübungen / Lagern) ▪ Gesundheits- und Behandlungspflege ▪ Psychogeriatrische Leistungen I: Zeitliche und örtliche Orientierung ▪ Psychogeriatrische Leistungen II: Betreuungsgespräche (Soziales Verhalten)

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R06	SOLL B06	IST R05
Pflege und Betreuung	BESA-Punkte pro Tag	20'907 BESA-Punkte	21'923 BESA-Punkte ¹	20'638 BESA-Punkte
Pflege und Betreuung	Überprüfung/Anpassung BESA-Einstufung	Erfüllt	2-mal pro Jahr sowie nach gesundheitlichen Veränderungen	Erfüllt
Pflege und Betreuung	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Pflegeleistungen pro BZ	Gesamtdurchschnitt: 5,9 Tiefster Wert: 5,4	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut"). Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Gesamtdurchschnitt: 5,8 Tiefster Wert: 4,7
Pflege und Betreuung	Angehörigenzufriedenheit im Bereich Pflegeleistungen pro BZ	Gesamtdurchschnitt: 5,3 Tiefster Wert: 5,1	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut"). Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Gesamtdurchschnitt: 5,3 Tiefster Wert: 4,7
Pflege und Betreuung	Anteil ausgebildetes Pflege- und Betreuungspersonal ²	53 %	45 % bis 50 %	53 %
Pflege und Betreuung	Qualitätsstandards in der Pflege	Qualitätsstandard und Schulungsunterlagen sind erarbeitet, Implementation geplant, Kick-offs haben stattgefunden	Zweiter Qualitätsstandard (Sturzprävention) eingeführt	Dekubitusstandard und Medikamentenumgang überprüft, Standard für Sturzprävention in Erarbeitung
Pflege und Betreuung	Arbeitsstunden für Pflege und Betreuung ³	0,34 Personalstellen pro Bewohner/in	0,31 Personalstellen pro Bewohner/in	0,32 Personalstellen pro Bewohner/in

¹ Die Anzahl BESA-Punkte weicht gegenüber dem Leistungsauftrag 2006 ab, da ein Fehler in der ursprünglichen Berechnung vorlag.

² Als ausgebildetes Pflege- und Betreuungspersonal gelten: diplomierte Pflegerinnen und Pfleger, Betagtenbetreuerinnen sowie Hauspflegerinnen.

³ Auf Grundlage BESA und gemäss Vorgaben GBA (Kostenrechnung).

d) Mengen und Kosten

LG 2: Pflegeleistungen	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
BESA-Punkte pro Tag	20'907	21'923	21'589
Kosten pro BESA (und Tag)	4.47	4.26	4.17
Ertrag pro BESA (und Tag)	-1.60	-1.48	-3.56
Ergebnis	21'900'519	22'299'580	4'814'058
Kostendeckungsgrad	35.8%	34.6%	85.4%

5.1.5.4 Leistungsgruppe Arztdienst

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Gewährleisten der ärztlichen Betreuung und eines Therapieangebotes, welches auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet ist.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Arztdienst
Arztdienst im Pflegeheimbereich

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R06	SOLL B06	IST R05
Arztdienst	Bewohnerzufriedenheit im Bereich ärztliche Leistungen	Gesamtdurchschnitt: 5,3 Tiefster Wert: 4,7	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut"). Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Gesamtdurchschnitt: 5,7 Tiefster Wert: 5,5
Arztdienst	Angehörigenzufriedenheit im Bereich ärztliche Leistungen und Therapie	Gesamtdurchschnitt: 4,8 Tiefster Wert: 4,6	Gesamt-Ø mind. Note 5 ("gut"). Kein Ø pro Aspekt unter Note 3 ("genügend")	Gesamtdurchschnitt: 5,0 Tiefster Wert: 4,7

c) Mengen und Kosten

LG 3: Arztdienst	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Kosten	3'061'112	2'876'586	3'058'321
Ertrag	-2'308'615	-2'227'900	-2'028'400
Ergebnis	752'497	648'686	1'029'921
Kostendeckungsgrad	75.4%	77.4%	66.3%

5.1.5.5 Nebenleistungen

Die Nebenleistungen von Heime und Alterssiedlungen bestehen aus den unten einzeln aufgeführten Leistungsgruppen für unterschiedliche Zielgruppen:

- Alterssiedlungen (5.1.5.6)
- Restauration (5.1.5.7)
- Cafeterias (5.1.5.8)
- Personalwohnungen (5.1.5.8)
- Tagesaufenthalte (5.1.5.8)
- Therapiebad (5.1.5.8)

a) Mengen und Kosten

Nebenleistungen total	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Kosten	12'320'434	11'386'534	11'683'376
Ertrag	-7'514'195	-7'490'400	-7'281'100
Ergebnis	4'806'239	3'896'134	4'402'276
Kostendeckungsgrad	61.0%	65.8%	62.3%

5.1.5.6 Leistungsgruppe Alterssiedlungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Zurverfügungstellen altersgerechter Wohnungen mit Notfalldienst und der Möglichkeit, weitere Betreuungs- und Servicedienstleistungen vom Betagtenzentrum zu beziehen.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Alterssiedlungen	
Wohnangebot	
Individuelle Serviceleistungen der Betagtenbetreuung (private Begleitung, Mahlzeitendienst, Körperpflege, Zimmerservice), der Lingerie (Näh-/Flickarbeit, Wäschereinigung) und der Hauswartung (Reparaturaufträge)	

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Wohnangebot	Anzahl Alterswohnungen	234 Wohnungen	246 Wohnungen	237 Wohnungen
Wohnangebot	Durchschnittliche Vermietungsquote	99 %	95 %	98 %

d) Mengen und Kosten

LG 4: Alterssiedlungen	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Anzahl Wohnungen	234	246	234
Kosten pro m2 und Jahr	324.25	297.79	301.04
Ertrag pro m2 und Jahr	-183.24	-172.77	-177.13
Ergebnis	2'005'870	1'868'252	1'800'849
Kostendeckungsgrad	56.5%	58.0%	58.8%

Anmerkung: Im Juni 2007 liegt das Konzept zur strategischen Entwicklung der Alterssiedlungen vor.

5.1.5.7 Leistungsgruppe Restauration

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Mahlzeitenproduktion und Catering für weitere stadtinterne und -externe Kunden. Betrieb des Personalrestaurants Salü im Stadthaus.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Restauration
Produktion von Mahlzeiten in der Küche Eichhof und Catering für stadtinterne und -externe Kunden
Personalrestaurant-Betrieb im Stadthaus

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Produktion Mahlzeiten / Komponenten	Umsatzrendite bei stadtexternen Kunden	0 %	5 %	Wurde nicht erhoben

d) Mengen und Kosten

LG 5: Restauration	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Kosten	2'215'510	1'839'070	1'995'841
Ertrag	-2'014'569	-2'029'100	-1'999'400
Ergebnis	200'941	-190'030	-3'560
Kostendeckungsgrad	90.9%	110.3%	100.2%

5.1.5.8 Leistungsgruppe Leistungen in den übrigen Nebenbetrieben

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Cafeterias:

Betrieb von Cafeterias in den Betagtenzentren

Personalwohnungen:

Angebot für eine temporäre Wohnmöglichkeit zur Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes für auswärtiges Fachpersonal und Lernende

Tagesaufenthalte:

Zurverfügungstellen von Tagesaufenthalten zur Entlastung pflegender Angehöriger, Fördern der Selbständigkeit und Verhindern der Vereinsamung der Betagten.

Therapiebad:

Betrieb des Therapiebades Dreilinden

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen in den übrigen Nebenbetrieben
Cafeteria-Betrieb in den Betagtenzentren
Temporäres Wohnangebot in den Personalhäusern
Tagesaufenthalte im Tagesheim Eichhof
Therapiebad Dreilinden

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Personal-wohnungen	Anzahl Personal-wohnungen	142 Wohnungen	142 Wohnungen	142 Wohnungen
Personal-wohnungen	Vermietungsquote	99 %	95 %	94 %
Tagesaufenthalte	Anzahl Tagesplätze	12 Plätze	12 Plätze	12 Plätze
Tagesaufenthalte	Auslastung Tagesheim Eichhof	83 %	80 %	81 %
Therapiebad	Anzahl verkaufter Std. an Gruppen im Jahr	1'122 Std.	1'100 Std.	1'058 Std.
	Anzahl verkaufter Einzeleintritte im Jahr	665 Std.	700 Std.	655 Std.

d) Menge und Kosten

LG 6: übrige Nebenbetriebe	IST 06	SOLL 06	SOLL 07
Kosten	5'492'469	5'097'312	5'312'287
Ertrag	-2'893'042	-2'879'400	-2'707'300
Ergebnis	2'599'427	2'217'912	2'604'987
Kostendeckungsgrad	52.7%	56.5%	51.0%

5.1.6 Gliederung von Leistungsauftrag und Globalbudget nach Betagtenzentren

Leistungsgruppe		BZ Eichhof	BZ Dreilinden	BZ Rosenberg	BZ Wesemlin	PH Hirschpark	Pflege- wohnungen	Total
LG1: Grundleistungen	Pensionstage	95'916	61'695	48'022	50'344	8'062	8'778	272'817
	Kosten pro Pensionstag	102.18	98.22	105.03	110.12	175.88	153.78	107.09
	Ertrag pro Pensionstag	-171.09	-154.61	-165.88	-169.60	-222.58	-185.51	-168.16
	Kosten	9'800'330	6'059'785	5'043'520	5'543'816	1'417'906	1'349'887	29'215'243
	Ertrag	-16'410'703	-9'538'486	-7'965'866	-8'538'437	-1'794'443	-1'628'444	-45'876'380
	Kostendeckungsgrad	167.5%	157.4%	157.9%	154.0%	126.6%	120.6%	157.0%
	Ergebnis	-6'610'374	-3'478'701	-2'922'346	-2'994'622	-376'537	-278'557	-16'661'137
LG2: Pflegeleistungen	BESA-Punkte pro Tag	8'074	3'350	3'933	3'810	863	877	20'907
	Kosten pro BESA (und Tag)	4.06	5.39	4.50	4.22	4.79	5.41	4.47
	Ertrag pro BESA (und Tag)	-1.50	-1.84	-1.58	-1.66	-1.48	-1.63	-1.60
	Ergebnis pro BESA (und Tag)	2.56	3.54	2.92	2.56	3.32	3.77	2.87
	Kosten	11'973'870	6'588'290	6'458'844	5'866'438	1'510'307	1'730'231	34'127'981
	Ertrag	-4'415'850	-2'254'722	-2'265'699	-2'303'806	-464'945	-522'439	-12'227'461
	Kostendeckungsgrad	36.9%	34.2%	35.1%	39.3%	30.8%	30.2%	35.8%
	Ergebnis	7'558'020	4'333'568	4'193'145	3'562'633	1'045'362	1'207'792	21'900'519
LG3: Arztdienst	Kosten	1'346'482	377'725	643'463	562'052	105'660	25'730	3'061'112
	Ertrag	-993'611	-275'499	-492'602	-426'539	-120'364	0	-2'308'615
	Kostendeckungsgrad	73.8%	72.9%	76.6%	75.9%	113.9%	0.0%	75.4%
	Ergebnis	352'871	102'226	150'861	135'513	-14'704	25'730	752'497
Zwischentotal Kernleistungen	Kosten	23'120'681	13'025'800	12'145'828	11'972'306	3'033'873	3'105'848	66'404'336
	Ertrag	-21'820'164	-12'068'707	-10'724'168	-11'268'782	-2'379'752	-2'150'883	-60'412'457
	Kostendeckungsgrad	94.4%	92.7%	88.3%	94.1%	78.4%	69.3%	91.0%
	Ergebnis	1'300'517	957'093	1'421'659	703'524	654'121	954'965	5'991'880
LG4: Alterssiedlungen	Anzahl Wohnungen	171	16	47				234
	Anzahl m2	10'450	1'155	2'620				14'225
	Kosten pro m2	338.17	167.50	337.82				324.25
	Ertrag pro m2	-185.52	-133.59	-196.03				-183.24
	Ergebnis pro m2	152.65	33.91	141.79				141.01
	Kosten	3'533'919	193'459	885'076				4'612'455
	Ertrag	-1'938'706	-154'291	-513'587				-2'606'584
	Kostendeckungsgrad	54.9%	79.8%	58.0%				56.5%
	Ergebnis	1'595'213	39'168	371'490				2'005'870
LG5: Restauration	Kosten	2'215'510						2'215'510
	Ertrag	-2'014'569						-2'014'569
	Kostendeckungsgrad	90.9%						90.9%
	Ergebnis	200'941						200'941
LG6: übrige Nebenbetriebe	Kosten	3'292'448	724'822	812'599	662'600			5'492'469
	Ertrag	-1'462'132	-459'948	-489'965	-480'996			-2'893'042
	Kostendeckungsgrad	44.4%	63.5%	60.3%	72.6%			52.7%
	Ergebnis	1'830'316	264'874	322'634	181'603			2'599'427
Zwischentotal Nebenleistungen	Kosten	9'041'878	918'282	1'697'675	662'600			12'320'434
	Ertrag	-5'415'408	-614'240	-1'003'552	-480'996			-7'514'195
	Kostendeckungsgrad	59.9%	66.9%	59.1%	72.6%			61.0%
	Ergebnis	3'626'470	304'042	694'123	181'603			4'806'239
Gesamttotal Rechnung 2006	Kosten	32'162'559	13'944'082	13'843'503	12'634'906	3'033'873	3'105'848	78'724'770
	Ertrag	-27'235'572	-12'682'947	-11'727'720	-11'749'778	-2'379'752	-2'150'883	-67'926'652
	Kostendeckungsgrad	84.7%	91.0%	84.7%	93.0%	78.4%	69.3%	86.3%
	Ergebnis	4'926'987	1'261'135	2'115'783	885'128	654'121	954'965	10'798'118
Gesamttotal Budget 2006	Kosten	31'170'902	14'065'032	13'012'387	12'606'475	3'657'395	3'184'709	77'696'900
	Ertrag	-27'147'300	-12'859'700	-11'067'100	-11'346'700	-2'961'600	-2'138'700	-67'521'100
	Kostendeckungsgrad	87.1%	91.4%	85.1%	90.0%	81.0%	67.2%	86.9%
	Ergebnis	4'023'602	1'205'332	1'945'287	1'259'775	695'795	1'046'009	10'175'800

5.1.7 Nachweis der Verbindung der Laufenden Rechnung nach HRM mit dem Globalkredit

	Kosten	Ertrag
Finanzbuchhaltung	78'719'215	-77'149'997
Globalbudgetinterne Verrechn. bzw. Erträge Vorkostenstellen	9'223'345	-9'223'345
KORE Umsatz	69'495'870	-67'926'652
Globalbudget Ergebnis Finanzbuchhaltung	1'569'218	
kalk. Kosten	9'228'900	
Globalbudget Heime und Alterssiedlungen	10'798'118	

5.2 Parlamentarischer Leistungsauftrag Volksschule

5.2.1 Leistungsziele

1. Jedes Kind mit Wohnsitz in der Stadt Luzern erhält eine qualitativ gute Ausbildung, optimale Förderung und Erziehung.
Erreicht.
2. Die Sekundarstufe gewährleistet den Anschluss an weiterführende Schulen und an die Berufsausbildungen.
Teilweise erreicht.
3. Die pädagogische, personelle und administrative Führung der Volksschule wird durch die neue Schulleitung gewährleistet. Die Massnahmen aus der Reorganisation der Führungsstruktur der Volksschule und des Stabs der Bildungsdirektion sind umgesetzt.
Erreicht.
4. Der Qualitätsmanagement-Prozess ist an der Volksschule durch Mitarbeitergespräche gesichert. Jedes Schulhaus verfügt über eine in schulhausinterner Evaluation ausgebildete verantwortliche Person.
Erreicht.
5. Die externe Evaluation von weiteren fünf Schulhäusern ist von der kantonalen Fachstelle für Schulevaluation durchgeführt. Massnahmen aus der Evaluation sind eingeleitet. Die Massnahmen der Evaluation des Vorjahres sind umgesetzt, und die Ergebnisse sind überprüft.
Teilweise erreicht, die Massnahmenempfehlungen erstrecken sich über zwei Jahre nach der Evaluation.

5.2.2 Globalbudget

	IST 06	SOLL 06	Abweichung R06/B06		IST R05
direkte Kosten	41'992'759	43'150'000	-1'157'241	-3%	42'576'679
Umlagen und verrechnete Kosten	3'732'870	3'556'668	176'201	5%	3'727'513
./. Ertrag	-14'658'673	-14'409'900	-248'773	2%	-14'178'697
Globalbudget Schulbetrieb	31'066'955	32'296'768	-1'229'813	-4%	32'125'495
Raumkosten	6'723'240	7'020'100	-296'860	-4%	6'839'123
Globalbudget inkl. Raumkosten	37'790'195	39'316'868	-1'526'673	-4%	38'964'618

Raumkosten enthalten nur Mieten, Heizkosten und Unterhaltskosten. Kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen sind nicht enthalten

5.2.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Die **externe Schulevaluation** in den Schulhäusern Geissenstein, St. Karli, Tribschen, Wartegg und OZ Utenberg attestiert der Volksschule der Stadt Luzern eine gute bis sehr gute Qualität. Die Evaluation untersuchte folgende Bereiche:

- Schul- und Lebensqualität (Schulklima, Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags, Lehr- und Lernkultur, Schulkultur, Schulführung, Rahmenbedingungen)
- Zufriedenheit der Eltern (Wohlbefinden und Klima, Unterricht, Zusammenarbeit Eltern und Schule, Information der Eltern, Organisation und Infrastruktur)
- Qualitätsmanagement (Steuerung der Q-Prozesse durch die Schulleitung, individuelle Q-Entwicklung, Praxis der internen Evaluation und Weiterbildung)
- Gestaltung der Übergänge (Gestaltung der Übergänge an der Volksschule der Stadt Luzern, Zufriedenheit der Lehrpersonen, der Lernenden und der Eltern mit der Gestaltung der Übergänge).

Die Resultate wurden im Einzelnen in der Schulpflege diskutiert, und die betroffenen Schulhäuser wurden mit der Umsetzung der empfohlenen Massnahmen beauftragt.

Einer der Hauptaufträge der Sekundarstufe I ist die **Sicherstellung des Anschlusses der Lernenden an eine Berufsausbildung** oder an eine weiterführende Schule. Die Verantwortung dafür liegt hauptsächlich bei den Klassenlehrpersonen, den Eltern und den Jugendlichen selber. Trotz grosser Anstrengungen gelingt die Erreichung des Ziels nicht zu 100 %. Davon sind vor allem Lernende der Niveaus C und D sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen. Es gibt immer wieder Jugendliche, die direkt in den Arbeitsprozess ein-

steigen, die nach der obligatorischen Volksschule weder ein Brückenangebot noch sonst eine Lösung haben.

Die **neuen Strukturen der Volksschule** haben sich in der Praxis bewährt. In der Personalführung konnten wesentliche Neuerungen eingeführt werden, sodass die Hauptverantwortung für die Personalführung vor Ort bei den Schulleitungen liegt.

Der **Qualitätsmanagement-Prozess** ist an der Volksschule durch Mitarbeitergespräche gesichert. Die **Mitarbeitergespräche** sind nach den Vorgaben des Kantons durchgeführt worden. Jedes Schulhaus verfügt für die interne Evaluation über ein ausgebildetes verantwortliches Teammitglied. Die Ausbildungen werden vom Amt für Volksschulbildung des Kantons organisiert.

Die kantonale Fachstelle für **Schulevaluation** führt jährlich in vier bis fünf Schulhäusern externe Evaluationen durch. Aufgrund der differenzierten Qualitätsanalyse schlägt die Fachstelle jedem Schulhaus Massnahmen zum Erhalt der guten Qualität oder zur Verbesserung bei Mängeln vor. Diese Massnahmenvorschläge werden auch dem Amt für Volksschulbildung, dem die Verantwortung für das Bildungscontrolling obliegt, gemeldet. Die Schulen haben zwei Jahre Zeit, diese Massnahmen umzusetzen.

Die betroffenen Schulhäuser sind aktuell an der Umsetzung. Weil aber die Frist von zwei Jahren noch nicht abgelaufen ist, können dazu erst im nächsten Jahresbericht Aussagen gemacht werden.

5.2.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.2.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Kindergarten	IST 06	SOLL 06
Anzahl Kindergärtner	574	590
Kosten pro Kindergärtner	7'097	6'874
Kosten	4'073'839	4'055'462
Ertrag	-976'807	-1'094'100
Nettokosten	3'097'032	2'961'362

LG 4: Schuldienste	IST 06	SOLL 06
Kosten	2'339'293	2'329'970
Ertrag	-238'572	-258'500
Nettokosten	2'100'722	2'071'470

LG 2: Primarstufe	IST 06	SOLL 06
Anzahl Schüler	2'600	2'584
Kosten pro Schüler	8'715	9'117
Kosten	22'658'295	23'558'309
Ertrag	-7'189'713	-7'359'400
Nettokosten	15'468'582	16'198'909

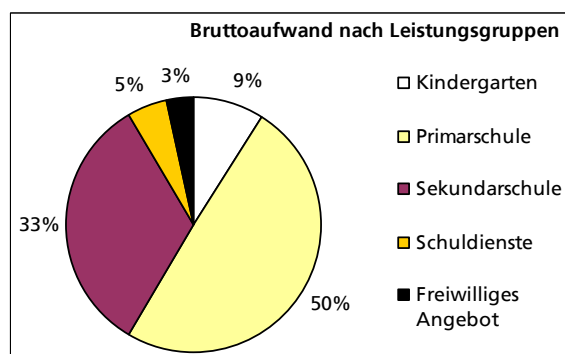
LG 5: Freiwilliges Angebot	IST 06	SOLL 06
Kosten	1'468'477	1'632'919
Ertrag	-333'927	0
Nettokosten	1'134'550	1'632'919

LG 3: Sekundarstufe	IST 06	SOLL 06
Anzahl Schüler	1'066	1'088
Kosten pro Schüler	14'246	13'906
Kosten	15'185'724	15'130'007
Ertrag	-5'919'654	-5'697'900
Nettokosten	9'266'070	9'432'107

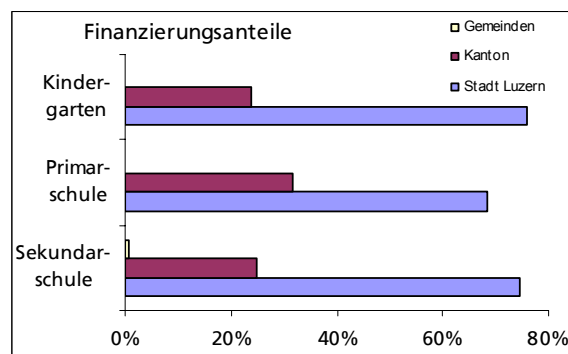
Volksschule Total	IST 06	SOLL 06
Kosten	45'725'629	46'706'668
Ertrag	-14'658'673	-14'409'900
Nettokosten	31'066'955	32'296'768
Raumkosten	6'723'240	7'020'100
Globalbudget inkl. Raumkosten	37'790'195	39'316'868

5.2.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

a) Leistungsgruppen und Bruttoaufwand



b) Finanzierungsanteile¹



¹ Ohne Schuldienste und freiwilliges Angebot, da nur ein marginaler Teil nicht von der Stadt Luzern getragen wird.

5.2.4.3 Kurzkomentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2006

Im Rahmen der Einführung des neuen Finanzinformationssystems Microsoft Navision musste die Kostenrechnung auf das neue System migriert werden. Bei diesen Arbeiten wurde diese gleichzeitig leicht angepasst und optimiert. Nach dieser Implementation wurden die Kosten der Leistungen des Voranschlags 2006 auf dem neuen System gerechnet. Aus diesem Grund kam es zu minimalen Verschiebungen weshalb die Zahlen im Vergleich zum veröffentlichten Budget 06 – welches noch mit dem alten System gerechnet wurde – leicht modifiziert sind. Selbstverständlich ist der Gesamtkredit in der Höhe von rund Fr. 39,3 Mio. unverändert.

Gesamtergebnis

Die Rechnung schliesst gegenüber dem Globalkredit mit einem Minderaufwand von Fr. 1'526'673.– ab.

Beiträge des Kantons und der Gemeinden

Die Stadt Luzern erhielt im Kalenderjahr 2006 Pro-Kopf-Beiträge des Kantons an die Aufwendungen der Volksschule:

	Budgetiert	Erhalten
Kindergarten	1'483.40	1'483.40
Primarstufe	2'491.80	2'491.80
Sekstufe1	3'389.20	3'389.20
Ausländer	676.40	676.40

Für auswärtige Schüler erhob die Stadt Luzern Gemeindebeiträge. Für 2006 (Vorjahr 2005) galten gemäss Vereinbarung mit den Agglomerationsgemeinden folgende Beiträge:

	2006	2005
Kindergarten	5'400.–	5'000.–
Primarstufe	9'200.–	8'500.–
Sekstufe 1	13'500.–	12'500.–

Beim Festlegen der Klassenbestände wurden die Zahl der fremdsprachigen Lernenden angemessen berücksichtigt. Die Anzahl Klassen und durchschnittliche Klassenbestände 2005/06 waren:

Qualitätsindikatoren:

Anzahl Klassen

	Anz. Klassen im Budget	Vorjahr	Lernende im Ø	Ø Kanton
Kindergärten	35	35	17,2	17,7
Primarschule	121	122	20,1	19,9
Kleinklasse A	6	6	10,3	10,1
Kleinklasse B	8	8	9,4	9,6
Kleinklasse C	9	10	8,3	8,4
Sekundarstufe A+B	30	30	19,7	19,3
Sekundarstufe C	18	18	18,1	17,6
Sekundarstufe D	7	7	9,3	9,8
Total	261	265		

Schulentwicklung: Blockzeiten im Kindergarten und in der Primarschule

Auf Beginn des Schuljahres wurden im Kindergarten und in der Primarschule flächendeckend die Blockzeiten eingeführt. Während dies in den oberen Klassen der Primarschule wenige Veränderungen zur Folge hatte, mussten sich die Lehrpersonen, Lernenden und Eltern des Kindergartens und der unteren Klassen der Primarschule mit weiterreichenden Veränderungen auseinandersetzen. Die Akzeptanz dieser neuen Schulstruktur mit entsprechenden Folgen im Unterrichtsgeschehen und Tagesablauf braucht noch Zeit.

Schulunterstützung: Kundenzufriedenheit

Wiederum wurde eine Stichprobe von Lehrpersonen und Eltern deren Kinder in Beratung oder Therapie waren, um Rückmeldungen zu den Dienstleistungen gebeten. Die Beurteilungen fielen – ähnlich wie letztes Jahr – mehrheitlich positiv aus. Die Kunden und Kundinnen fühlten sich in ihren Anliegen ernst genommen und schätzten die fachliche Unterstützung der Stellen. Die Wartezeiten wurden am meisten bemängelt, wobei sich zeigte, dass die Lehrpersonen diesbezüglich kritischer und fordernder sind als die Eltern. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass die Mehrheit der

Anmeldungen durch die Lehrpersonen – verbunden mit viel Vorarbeit – initiiert wird und somit ihr Bedürfnis nach baldiger Veränderung höher ist. Für die Eltern ist die Inanspruchnahme einer Beratung oder Therapie, welche durch die Schule empfohlen wird, häufig zunächst mit Ambivalenz verbunden, und die Motivation muss erst aufgebaut werden.

Raumangebot

Auf das Schuljahr 2006/07 wurden die Schulhäuser Unterlöchl und Dula sowie die Doppelturnhalle Säli neu erstellt beziehungsweise saniert und bezogen. Das ehemalige Kindergartenlokal an der Bundesstrasse 9 wurde für das neue Time-out-Klasse-Angebot umgebaut. Die Sanierung des Oberstufenzentrums Utenberg wurde begonnen.

Die Projektgruppe Schulraumplanung hat den Bericht "Volksschule: Entwicklungen und bauliche Konsequenzen" erstellt. Der B 37 wurde vom Stadtrat genehmigt und am 8. Februar 2007 vom Parlament zur Kenntnis genommen. Der B+A 50/2006 für die Sanierung und den Umbau des Schulhauses Pestalozzi wurde am 8. Februar 2007 vom Parlament genehmigt. Die alte, nicht mehr benötigte Pestalozzi-Turnhalle soll einer zweistöckigen Nutzung für den Kinderhort, den Mittagstisch und schulische Nutzungen zugeführt werden. Die grosszügigen Korridore der beiden Obergeschosse eignen sich für den Einbau von Gruppenräumen. In dem ursprünglich für den Kinderhort reservierten Süd-Anbau der Dula-Turnhalle sollen die acht Musikschulräume aus dem Schulhaus Säli integriert werden. Dadurch könnten die dort nicht mehr notwendigen Musikschulräume für die dringend erforderlichen Gruppenräume umgenutzt werden.

Time-out-Klasse

Im neuen Schuljahr nahmen eine Lehrperson (80 %) und eine Sozialarbeiterin (70 %) ihre Tätigkeit als Verantwortliche für die Time-out-Klasse auf. In einer ersten Phase mussten Unterlagen, Formulare, Prospekt und Verträge mit Betrieben und Erziehungsverantwortlichen ausgearbeitet werden.

Der Schulraum konnte den Bedürfnissen entsprechend eingerichtet und eine zweckdienliche Infrastruktur bereitgestellt werden. Im November wurde der erste Lernende aufgenommen, die Nachfrage ist gross (bereits im Dezember konnte auch ein Lernender einer anderen Gemeinde aufgenommen werden). Schulleitungen, alle OZ-Teams, Fachstellen und interessierte Firmen wurden in jeweils spezifischen Orientierungsveranstaltungen über das Angebot informiert.

5.2.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag: Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

5.2.5.1 Leistungsgruppe Kindergarten

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Der Lehrplan Kindergarten ist die Grundlage für die Förderung und die Ziele des Kindergartens. Jedes Kind erhält seinen Fähigkeiten entsprechende Förderung der Sozialkompetenzen (Weiterentwicklung von Bewegungsmöglichkeiten, Wahrnehmungsfähigkeit, Ausdrucksfähigkeit, selbstständiges Handeln und Selbstvertrauen, Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit, Umgang mit Erfolg und Misserfolg), der Sachkompetenzen (Experimentieren und Erfahren des Lebensalltags) sowie der Selbstkompetenz (Entwicklung der Persönlichkeit, Beziehungs-, Kommunikations- und Entwicklungsfähigkeit, Werthaltung).

Die Sprachkompetenzen bei fremdsprachigen Kindern werden gefördert, sodass die Lernenden möglichst gut in die Regelklasse der Primarstufe integriert werden können.

Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die zwischen 12 und 24 Kinder zählen, damit sowohl die Förderung der Integration in Kleingruppen, in eine Grossgruppe als auch die individuelle Förderung gewährleistet ist. In besonders schwierigen Situationen unterstützen Schuldienste und Schulsozialarbeit die Entwicklung des Kindes und seine Familie sowie die Kindergartenlehrperson. Die Kindergärten sind nach Möglichkeit in die Primarschulhäuser integriert. Die Kinder lernen sich so als Teil einer Schulgemeinschaft kennen.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Kindergarten
Spezialförderung: Deutsch für Fremdsprachige

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Kindergarten	Einjahreskindergarten: Kindergartenbesuch der Kinder, die kindergartenpflichtig sind	100%	98%	98%
	Entwicklung: Übertritt in die 1. Primarklasse	73.8%	80%	80%
	Elterneinbezug: gemeinsame Entscheidungsfindung ¹	96%	95%	95%
	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse	17.5	17	16.1
	Übergabe- und Rückmeldegespräche KG-PS	98%	80%	Nicht erhoben
	Abweichung vom Durchschnitt pro Klasse	-1 / +1	max. +/-20%	-0 / +3
	Weiterbildung Lehrpersonen: Erfüllung der Pflicht	94%	97%	95%
	Mitarbeitergespräch mit Lehrpersonen durchgeführt	86% ²	90% ²	--
Spezialförderung	Sprachförderung: Kinder, welche die deutsche Sprache anwenden	80%	85%	85%

¹ Erziehungsberechtigte und Kindergartenlehrperson entscheiden aufgrund des Entwicklungsstandes über die Einschulung gemeinsam.

² Aller Lehrpersonen mit einem Pensum 40 % und höher.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Abweichung vom Durchschnitt pro Klasse: eine Klasse mit 11 Lernenden und eine Klasse mit 21 Lernenden.

Weiterbildung Lehrpersonen: Erfüllung der Pflicht: Lehrpersonen, die im Mutterschaftsurlaub oder in einem unbesoldeten Urlaub sind, sind von der Weiterbildungspflicht entbunden. Mehrere Lehrpersonen hatten sich für Kurse angemeldet, die später abgesagt wurden. Diese Lehrpersonen hatten keine Möglichkeit mehr in andere Kurse aufgenommen zu werden.

Mitarbeitergespräch mit Lehrpersonen durchgeführt: Schulleitungen mit einer grossen Anzahl Lehrpersonen führen jedes zweite Jahr mit den Lehrpersonen ein Mitarbeitergespräch gemäss kantonalem Konzept.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Deutsch als Zweitsprache	
	IST 06	SOLL 06	IST 06	SOLL 06
Kosten	3'854'112	3'860'686	219'727	194'776
Ertrag	-859'113	-946'000	-117'694	-148'100
Nettokosten	2'994'999	2'914'686	102'033	46'676
Anzahl Kindergärtner	574	590	244	143
Kosten pro Kindergärtner	6'714	6'544	901	1'362
Anzahl Abteilungen	34	35		
Kosten pro Abteilung	113'356	110'305		

e) Weitere Kennzahlen

Rechnungsjahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Veränderung
Schuljahr	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	
Anzahl Kindergärtner	624	617	615	602	570	566	- 4
davon 5½-Jährige	443	424	397	407	367	359	- 8
davon 4½-Jährige	81	77	64	75	79	108	+29
davon Zurückgestellte	110	116	154	120	124	96	-32

5.2.5.2 Leistungsgruppe Primarstufe

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Der Lehrplan Primarschule ist die Grundlage für die Förderung und die Ziele der Primarstufe. Die Primarschule unterstützt die Lernenden in der Entwicklung ihrer Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sie trägt durch die Förderung geistiger, seelischer und körperlicher Kräfte zur ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit bei. Sie fördert die Fähigkeit zu selbstständigem, lebenslangem Lernen und die Achtung und Verantwortung gegenüber sich selbst, den Mitmenschen und der Umwelt. Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die zwischen 14 und 26 Lernende zählen. In besonders schwierigen Situationen unterstützen Schuldienste und Schulsozialarbeit die Entwicklung des Kindes und seine Familie sowie die Primarlehrperson.

Die Primarschule nimmt gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten im Bereich der familienergänzenden Betreuung den Erziehungsauftrag wahr.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Regelklasse
Spezialförderung: Kleinklassen, Begabungsförderung, Deutsch für Fremdsprachige

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Regelklasse	1.–6. Klasse: Schulbesuch aller Lernenden	100%	100%	99%
	Entwicklung: Übertritt in die 1. Klasse Niveau A / B	47,9%	>52%	48%
	Entwicklung: Übertritt in die 1. Klasse Niveau C	25,2%	<22%	22%
	Entwicklung: Übertritt in die 1. Klasse Niveau D	0,8%	<6%	8%
	Einbezug Erziehungsberechtigte: Gemeinsame Entscheidungsfindung ¹	100%	98%	95%
	Weiterbildung Lehrpersonen: Erfüllung der Pflicht	94%	99%	95%
	Mitarbeitergespräch mit Lehrpersonen durchgeführt	86% ²	90% ²	
Spezialförderung	Förderangebot: Deutsch für Fremdsprachige	Max. 8 bis 10 Jahreslektionen pro Lernenden ohne Qualitätseinbusse	Max. 10 bis 12 Jahreslektionen pro Lernenden ohne Qualitätseinbusse	Max. 12 Jahreslektionen pro Lernenden
	Anzahl Kleinklassen A	6	6	6
	Anzahl Kleinklassen B	8	8	8
	Anzahl Kleinklassen C	8	9	10

¹ Promotion und Übertritt in die Sekundarstufe I.

² Aller Lehrpersonen mit einem Pensum 20 % und höher.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Übertritt in die 1. Klasse Niveau D: Nicht mitgerechnet sind die Kleinklassenschüler der Primarstufe, welche in der Regel direkt in das Niveau D übertreten.

Weiterbildung Lehrpersonen: Erfüllung der Pflicht: Lehrpersonen, die im Mutterschaftsurlaub oder in einem unbesoldeten Urlaub sind, sind von der Weiterbildungspflicht entbunden. Mehrere Lehrpersonen hatten sich für Kurse angemeldet, die später abgesagt wurden. Diese Lehrpersonen hatten keine Möglichkeit mehr in andere Kurse aufgenommen zu werden.

Anzahl Kleinklassen C: Der Bedarf an Plätzen in der Kleinklasse C ist als Folge der durchschnittlichen Klassenbestände in den Regelklassen der Primarschule rückläufig. Lehrpersonen mit tieferen

Schülerzahlen sind besser in der Lage, Lernende mit schwierigen Verhaltensweisen in ihren Klassen zu integrieren.

Mitarbeitergespräch mit Lehrpersonen durchgeführt: Schulleitungen mit einer grossen Anzahl Lehrpersonen führen jedes zweite Jahr mit den Lehrpersonen ein Mitarbeitergespräch gemäss kantonalem Konzept.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Kleinklassen		Deutsch als Zweitsprache		Begabungsförderung	
	IST 06	SOLL 06	IST 06	SOLL 06	IST 06	SOLL 06	IST 06	SOLL 06
Kosten	17'704'028	18'597'642	3'370'723	3'526'962	1'395'402	1'322'154	188'142	111'551
Ertrag	-6'076'439	-6'225'100	-525'482	-528'900	-587'792	-605'400	0	0
Nettokosten	11'627'589	12'372'542	2'845'241	2'998'062	807'609	716'754	188'142	111'551
Anzahl Schüler	2'408	2'389	192	195	573	520		
Kosten pro Schüler	7'352	7'785	17'556	18'087	2'435	2'543		
Anzahl Abteilungen	121	122	22	22				
Kosten pro Abteilung	146'314	152'440	153'215	160'316				

Grösste Abweichungen

(Zahlen gerundet: positive Beträge sind Mehrkosten bzw. Mehrerträge, negative sind Minderkosten bzw. Mindererträge.)

Bereich	Kosten	Ertrag	Kurzkomentar
Primar Grundunterricht	-900'000		Kanton führte Klassenhilfen bis Ende 2005 sowohl bei DaZ als auch bei PS Grundunterricht. Ab 1.1.2006 korrekt bei den Kosten Grundunterricht. Die vom Kanton ausgewiesenen Personalkosten der Monate Januar bis März 2005 dienen für die Budgetierung 2006 als Basis. Deshalb Verschiebungen PS Grundunterricht und DaZ. Eine Klasse weniger als budgetiert. Mutationsgewinne (23 Lehrpersonen per 1.8.2005 und 1.8.2006) Mehraufwand für Blockzeiten geringer als angenommen. Weniger baulicher Unterhalt und weniger Heizungs- und Reinigungskosten.
Primar Grundunterricht		-150'000	2'437 Schüler statt 2'474 wie budgetiert.
Primar Kleinklassen	-150'000		Eine Kleinklasse weniger als budgetiert. Budget 2006 auf Basis der 2005 vom Kanton noch gesamthaft geführten Löhne für die Kleinklassen PS und Sek 1.

5.2.5.3 Leistungsgruppe Sekundarstufe I

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Lehrpläne der Sekundarstufe I sind die Grundlage für die Förderung und die Ziele der Sekundarstufe I. Die Lernenden erhalten ihren Fähigkeiten entsprechende Förderung der Sozialkompetenzen (Aufgabenbewältigung in der Gesellschaft, Konfliktfähigkeit, Toleranz gegenüber Menschen aus anderen Kulturen), der Sachkompetenzen (selbstständiges und lebensnahes Lernen, Umweltbewusstsein, Wissen als Grundlage für die spätere berufliche Ausbildung oder den Besuch weiterführender Schulen) sowie der Entwicklung ihrer Persönlichkeit (Beziehungs-, Kommunikations- und Entwicklungsfähigkeit, kritisches Urteilsvermögen, Werthaltung, Berufswahlreife, persönliche Lebensgestaltung).

Das Angebot der Sekundarstufe I umfasst die vier Leistungsniveaus A/B (bisher Sekundarschule), C (bisher Realschule) und D (bisher Werkschule).

Niveau-A-Klassen werden in drei Oberstufenzentren geführt. Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die in den Niveaus A, B, C zwischen 14 und 26 Lernende zählen und im Niveau D zwischen 6 und 12 Lernende. In besonders schwierigen Situationen unterstützen Schuldienste und Schulsozialarbeit die Entwicklung der Jugendlichen und ihre Familien sowie die Lehrpersonen.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Regelklasse: 4 Leistungsniveaus A–D
Spezialförderung: 10. Schuljahr, Werkschule, Deutsch für Fremdsprachige

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Regelklasse	Entwicklung: Übertritt in Berufsausbildung	38,8%	30%	28% ²
	Übertritt in das Kurzzeitgymnasium	33 Lernende	40 Lernende	38 Lernende
	Übertritt in weiterführende Schulen ¹	39,4%	45%	45% ²
	Keine Lösung gefunden	9,6%	7%	9% ²
	Anzahl Lernende Niveau A	64 Lernende	60	Nicht erhoben
	Weiterbildung Lehrpersonen: Erfüllung der Pflicht	95%	97%	95%
	Mitarbeitergespräch mit Lehrpersonen durchgeführt	86% ³	90% ³	--
	Urteil der Eltern	Mehr als 80% beurteilen die Leistungen der Volksschule insgesamt mit gut.	80% beurteilen die Leistungen der Volksschule mit gut.	Nicht erhoben
Spezialförderung	Anzahl Klassen Leistungsniveau D (Werkschule)	6	8	8
	Time-out-Plätze für Lernende ⁴	6	6-8	0

¹ Unter weiterführende Schulen zählen: Diplom- und Wirtschaftsmittelschule und Vollzeitausbildungen, welche länger als ein Jahr dauern.

² Durchschnitt der Jahre 2000–2003.

³ Aller Lehrpersonen mit einem Pensum 20 % und höher.

⁴ Kleinklasse für Lernende, die in den Regelklassen nicht mehr tragbar sind.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Übertritt in Berufsausbildung: Die verbesserte Wirtschaftslage und die Schaffung von Ausbildungsplätzen erhöht die Berufsausbildungsmöglichkeiten.

Weiterbildung Lehrpersonen: Erfüllung der Pflicht: Lehrpersonen, die im Mutterschaftsurlaub oder in einem unbesoldeten Urlaub sind, sind von der Weiterbildungspflicht entbunden. Mehrere Lehrpersonen hatten sich für Kurse angemeldet, die später abgesagt wurden. Diese Lehrpersonen hatten keine Möglichkeit mehr in andere Kurse aufgenommen zu werden.

Mitarbeitergespräch mit Lehrpersonen durchgeführt: Schulleitungen mit einer grossen Anzahl Lehrpersonen führen jedes zweite Jahr mit den Lehrpersonen ein Mitarbeitergespräch.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Werkklassen		Deutsch als Zweitsprache		10. Schuljahr	
	IST 06	SOLL 06	IST 06	SOLL 06	IST 06	SOLL 06	IST 06	SOLL 06
Kosten	11'420'224	11'537'848	1'892'618	1'868'414	168'156	214'780	1'704'726	1'508'965
Ertrag	-3'416'424	-3'332'300	-249'241	-308'300	-238'769	-248'200	-2'015'220	-1'809'100
Nettokosten	8'003'799	8'205'548	1'643'377	1'560'114	-70'613	-33'420	-310'493	-300'135
Anzahl Schüler	900	908	60	71	200	222	106	109
Kosten pro Schüler	12'689	12'707	31'544	26'316	841	967	16'082	13'844
Anzahl Abteilungen	48	48	7	8			5	5
Kosten pro Abteilung	237'921	240'372	270'374	233'552			340'945	301'793

Obwohl eine Werkklasse weniger geführt wurde als budgetiert, sind die Istkosten höher. Dies ist auf die Budgetierung zurückzuführen. Der Kanton führte zum Zeitpunkt der Budgetierung noch keine separaten Töpfe für die Kleinklassen der Primar und Sek 1. Die Gesamtlohnsumme musste deshalb mit einem angenommenen Schlüssel auf die beiden Kostenträger KK-PS und KK-SEK1 im Budget 2006 verteilt werden. Diese "ungenau" Verteilung führt nun zu Abweichungen.

Seit 1.1.2006 werden die Löhne beim Kanton nun getrennt geführt. Das Budget 2007 konnte deshalb basierend auf den effektiven Zahlen erstellt werden. Mit diesen nun besseren Grundlagen werden die Budgets genauer, und die Abweichungen dazu sollten kleiner werden.

Aufwand und Ertrag des 10. Schuljahres sind höher, da bei der Budgetierung angenommen wurde, dass der Kanton ab 1.8.2006 alle Kosten selbst trägt. Tatsächlich konnte aber erst Ende Jahr eine Rechnung an den Kanton gestellt werden.

5.2.5.4 Leistungsgruppe Schuldienste

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Schuldienste (Schulpsychologischer Dienst, Logopädie, Psychomotorik, Therapie für spezielle Förderung) unterstützen Lernende in ihrer Entwicklung und beraten Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen. Sie führen Abklärungen, Beratungen und Behandlungen durch.

Der Schulpsychologische Dienst unterstützt und behandelt Lernende, berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen sowie weitere an der Schule und Erziehung Beteiligte; er beantragt Massnahmen bei Lern-, Leistungs- und Verhaltensproblemen.

Der Logopädische Dienst unterstützt und behandelt Klein- und Vorschulkinder sowie Lernende mit Kommunikations-, Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen; er berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen.

Die Psychomotorische Therapiestelle erfasst psychomotorische Auffälligkeiten und behandelt Lernende mit psychomotorischen Störungen; sie berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen.

Die Therapie für spezielle Förderung behandelt Lernende mit Teilleistungsschwächen in Sprache oder Mathematik sowie Schwächen in den Basisfunktionen. Sie berät Lehrpersonen und Erziehungsberechtigte.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Schulpsychologie
Logopädie
Psychomotorik
Therapie für spezielle Förderung

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Schulpsychologie	Anmeldebestätigung/ 1. Rückmeldung	90% innerhalb einer Woche	80% innerhalb einer Woche	94%
	Auftragsklärungen nach der Anmeldung	100%	100%	100%
	Einverständnis der Eltern mit Massnahmenvorschlag	93%	80%	98%
	Urteil der Lehrpersonen über die Beratung	76% ¹ beurteilen die Dienstleistung als gut	80% beurteilen die Dienstleistung als gut	75%
	Urteil der Eltern über die Beratung	89% beurteilen die Dienstleistung als gut	80% beurteilen die Dienstleistung als gut	90%
Logopädie	Erfassung aller Lernenden im KG (Reihenuntersuche)	99%	90%	99%
	Früherfassung: Anteil Vorschulkinder in Therapie	13% ²	20%	12%
	Teilnahme der Logopädinnen an Fallsupervisionen	5-mal jährlich	5-mal jährlich	5-mal jährlich
	Urteil der Lehrpersonen über die Therapie	88% beurteilen die Therapieerfolge als gut	80% beurteilen die Therapieerfolge als gut	96%
	Urteil der Eltern über den Therapieverlauf	84% beurteilen die Dienstleistung als gut	80% beurteilen die Dienstleistung als gut	100%
Psychomotorik	Teilnahme der Psychomotorik- therapeutinnen an Fallsupervision	5-mal jährlich	5-mal jährlich	5-mal jährlich
	Von der IV mitfinanzierte Therapien	20% ³	40%	31%
	Urteil der Eltern über den Therapieverlauf	100% beurteilen die Dienstleistung als gut	80% beurteilen die Dienstleistung als gut	100%

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Therapie spezielle Förderung	Früherfassung von Teilleistungs- schwächen: Fachgespräche mit Lehrperson der 1. und 2. Klasse	100%	80%	100%
	Teilnahme der TSF an Fallsuper- visionen/Praxisberatung	3-mal jährlich	3-mal jährlich	3-mal jährlich
	Urteil der Eltern über den Verlauf der Therapie	100% beurtei- len die Dienst- leistung als gut	80% beurteilen die Dienst- leistung als gut	90%

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

- ¹ In den Rückmeldungen wurden wiederum vor allem die Wartezeiten bemängelt, die Qualität der Dienstleistungen wurde von über 80 % als gut beurteilt.
- ² Viele Kleinkinder werden via Kinderärzte an privat tätige Logopädinnen überwiesen; die Zusammenarbeit mit Spielgruppen und Horten wurde intensiviert.
- ³ Die IV ist in der Gewährung ihrer Leistungen viel restriktiver geworden, z. B. wird keine Psychomotoriktherapie in Kombination mit schweren Sprachstörungen mehr gewährt.

d) Mengen und Kosten

	Schulpsychologie		Logopädie		Therapie spez. Förderung		Psychomotorik	
	IST 06	SOLL 06	IST 06	SOLL 06	IST 06	SOLL 06	IST 06	SOLL 06
Kosten	676'968	711'142	604'767	591'212	679'772	664'921	377'787	362'695
Ertrag	-210	0	-190'218	-197'600	0	-900	-48'144	-60'000
Nettokosten	676'758	711'142	414'549	393'612	679'772	664'021	329'643	302'695

5.2.5.5 Leistungsgruppe Freiwilliges Angebot

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Das kantonale Volksschulbildungsgesetz überlässt es den Gemeinden, zusätzliche Leistungen zum obligatorischen Volksschulangebot zu schaffen und zu regeln (§ 36). Die Schulsozialarbeit steht allen Schulstufen im Rahmen des Ausbaus gemäss B+A 18 / 2004 vom 24. Juni 2004 flächendeckend zur Verfügung. Die Aufgabenhilfe ist für alle Lernenden in der Nähe ihres Wohnorts zugänglich. Für Kinder, die im Alltag wenig Struktur haben und/oder deren Familien eine konstante ausser-schulische Betreuung wünschen, werden Plätze in einer Tagesschule oder in "Schule+Betreuung" angeboten.

Luzern als Bildungs-, Wohn- und Kulturstadt legt hohen Wert auf die frühe musikalische Förderung von Kindern. Alle Lernenden der 2. und 3. Klasse erhalten eine zusätzliche Klassenstunde im Fach Musik.

Hochbegabte Kinder können an einem Wochenhalbtage die Begabtenwerkstatt besuchen und erhalten ihren speziellen Begabungen entsprechende Zusatzförderung.

Die Volksschule (zusammen mit der Musikschule und den städtischen Mittelschulen) informiert die Eltern und die Bevölkerung regelmässig über aktuelle Themen in der "Lozärner Schuelzytig".

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Freiwilliges Angebot
Betreuung
Freiwillige Förderung
Information

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Betreuung	Schulsozialarbeit: Jedes Schulhaus hat Zugang zum Angebot vor Ort	100%	50%	75%
	Aufgabenhilfe: Standortschulhäuser	9	8	7
	Tagesschulbetreuung: Anzahl Plätze	27	20	0
	Schule+Betreuung: Anzahl Plätze	65	40	0
Freiwillige Förderung	3. Musikstunde (2. und 3. Klasse)	100%	100%	100%
	Begabtenwerkstatt: Angebotene Fächer	5	5	5
Information	Erscheinen der "Lozärner Schuelzytig"	4	4	4

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Schule+Betreuung: Auf Beginn des Schuljahrs 2006/07 wurden aufgrund der steigenden Nachfrage folgende Plätze bereitgestellt:

S+B Mittagstisch Hubelmatt, Pfadiheim Musegg: 20 Plätze; S+B Mittagstisch St. Karli, Migrationszentrum Reussport: 15 Plätze; S+B Betreuung Hubelmatt, Schulhaus Hubelmatt: 15 Plätze; S+B Betreuung St. Karli, Migrationszentrum Reussport: 15 Plätze.

d) Mengen und Kosten

	Freiwilliges Angebot	
	IST 06	SOLL 06
Kosten	1'468'477	1'632'919
Ertrag	-333'927	0
Nettokosten	1'134'550	1'632'919

Grösste Abweichungen

(Zahlen gerundet: positive Beträge sind Mehrkosten bzw. Mehrerträge, negative sind Minderkosten bzw. Mindererträge.)			
Bereich	Kosten	Ertrag	Kurzkommentar
Freiwillige Angebote	-30'000 +10'000 -50'000 -75'000		SSA 3. Musikstunde Aufgabenhilfe Begabtenwerkstatt
Freiwillige Angebote		330'000	Beiträge des Kantons an die SSA

5.2.6 Kontrolle Finanzbuchhaltung / Kostenrechnung

	Kosten	Ertrag
Finanzbuchhaltung	53'445'952	15'110'745
Globalbudget Ergebnis Finanzbuchhaltung	38'335'207	
./. Abgrenzung Anteil Overhead für HPS	-545'012	
Globalbudget Volksschule KORE	37'790'195	

5.3 Parlamentarischer Leistungsauftrag Tiefbauamt

5.3.1 Leistungsziele / Zielerreichung

1. Die dauernde Betriebsbereitschaft des öffentlichen Strassenraumes (Strassen, Plätze, Gehwege, Beleuchtung, strassenbegleitende Grünflächen und Rabatten) bleibt trotz angespannter Finanzlage und erneuten Sparauflagen gewährleistet. Der Standard wird ausserhalb der städtischen Kernzone geringfügig reduziert. Ein kurzzeitiger Wert- und Substanzverlust wird vorderhand auf der Basis der Auswertungen 2004 weiterhin in Kauf genommen.

Erreicht, Mehraufwendungen für Winterdienst im März 2006; Anteil Strassen in kritischem Zustand unterhalb Budget.

2. Die Verkehrsplanung hat sich an der stadträtlichen Strategie "Luzern macht mobil" zu orientieren. Mindestens 50 % aller anfallenden Kosten für Planung, Projektierung und Neubauten im Bereich Verkehr, Verkehrsbauten und Lärmschutz sollen (kostendeckend) weiterverrechnet werden können. Der Anteil TBA-interner Planungskosten am gesamten Planungsvolumen soll sich zwischen 10 % und 15 % bewegen.

Anteil Planungskosten eingehalten; Kostendeckungsgrad leicht tiefer als budgetiert.

3. Vor dem Hintergrund der immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen wie Nutzungsdruck, finanzielle Ressourcen und epidemische Krankheiten soll der bauliche und betriebliche Unterhalt der Park- und Friedhofanlagen sowie der Kinderspielplätze unter Einhaltung einer angemessenen gestalterischen und funktionellen Qualität und Betriebssicherheit im bisherigen Rahmen gewährleistet bleiben. Der Kostendeckungsgrad der LG soll dabei mindestens 40 % betragen. Der Unterhalt und Betrieb der Aussensportanlagen wird auf dem bisherigen Standard gehalten. Der Bestattungsdienst wird gemäss den gesetzlichen Vorgaben und einer angemessenen Pietät gewährleistet und im Rahmen eines Benchmarks mit anderen Gemeinwesen verglichen, die Resultate werden aufbereitet und für den Friedhof nutzbar gemacht.

Teilweise erreicht; KDG übertroffen; Aussensportanlagen bisheriger Standard; Benchmark FH: einzelne Vergleichswerte liegen vor.

4. Der Unterhalt und Betrieb des städtischen Kanalnetzes, der Sonderbauwerke und der Gewässer soll auf dem bisherigen Niveau gehalten werden. Allfällige Übernahmen privater Kanalisationen ins öffentliche Netz sollen ohne Ressourcenerhöhungen beim Betrieb realisiert werden. Die Investitionen sowie der Betrieb und Unterhalt des Gemeindeverbandes für Abwasserbeseitigung Luzern (GALU) müssen vollumfänglich über die Gebühren abgedeckt werden. Aufgrund des kalkulierten Spezialfinanzierungssaldos wird per 1. Januar 2006 eine Gebührenanpassung vorgenommen.

Erreicht; geringere GALU-Beiträge; gestaffelte Gebührenerhöhung ist per 1.1.2006 erfolgt.

5. Der Standard des bestehenden Entsorgungsangebotes und die Sammelrouten werden auf dem bisherigen Niveau und Stand gehalten. Die Weinflaschensammlung wird per 1. Januar 2006 eingestellt und auf farbengetrenntes Glassammeln umgestellt. Das Erscheinungsbild der Sammelstellen wird erneuert. Der Anteil der Separatsammelmengen soll 52 % erreichen und 48 % nicht unterschreiten.

Erreicht, Separierungsquote 48 %; Sammelstellen erneuert; Weinflaschensammlung umgestellt.

5.3.2 Globalbudget

	R 2006	B 2006	Abweichung R/B		R 2005
Ertrag (inkl. interner Ertrag)	Fr. 35'382'421	Fr. 37'001'600	Fr. -1'619'179	-4,4 %	Fr. 38'413'221
./. direkte Kosten	Fr. -46'970'248	Fr. -49'349'900	Fr. -2'379'652	-4,8 %	Fr. -50'348'357
./. dem TBA verrechnete Kosten	Fr. -8'372'984	Fr. -7'660'800	Fr. 712'184	9,3 %	Fr. -7'723'387
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	Fr. -19'960'811	Fr. -20'009'100	Fr. 48'289	0,2 %	Fr. -19'658'523
+ Kalkulatorische Kosten	Fr. -10'375'000	Fr. -10'375'000	Fr. --	--	Fr. -10'200'000
Globalbudget (inkl. kalkulatorischer Kosten)	Fr. -30'335'811	Fr. -30'384'100	Fr. 48'289	0,2 %	Fr. -29'858'523

5.3.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Die Zielerreichung der fünf Leistungsziele des parlamentarischen Leistungsauftrages für 2006 darf als gut bezeichnet werden. Die finanziellen Vorgaben wurden insgesamt eingehalten und die geforderten Qualitäten und Quantitäten erbracht.

Die Aufwendungen der LG 1 sind v. a. aufgrund von Mehraufwendungen im betrieblichen Strassenunterhalt (vermehrte Winterdienstkosten) gegenüber dem Budget höher ausgefallen. Die dauernde Betriebsbereitschaft konnte jederzeit gewährleistet werden. Die Nettokosten pro Einheit bewegen sich mit Fr. 15.35 pro m² immer noch im Rahmen des Vorjahreswertes (Fr. 15.30); der Anteil der Gemeindestrassen in kritischem Zustand konnte gemäss Auswertung des Managements der Strassenerhaltung MSE erfreulicherweise per Ende 2006 wieder auf 9 % reduziert werden (Soll B06 11 %).

Die finanziellen Sollvorgaben und Kostentarife der LG 2 wurden im Berichtsjahr eingehalten. Der Kostendeckungsgrad ist leicht tiefer als veranschlagt, was auf z. T. wenig vorliegende ausführungsbereite Investitionsprojekte, welche mit internen Aufwendungen belastet werden können, zurückzuführen ist. Im Schnitt der letzten drei Jahre konnte jedoch der Kostendeckungsgrad bei rund 53 % (Soll > 50 %) gehalten werden.

Die rund 5%igen Mehraufwendungen bei der LG 3 konnten durch Mehrerträge kompensiert werden, sodass wiederum ein höherer Kostendeckungsgrad zu verzeichnen ist; die Qualität und Betriebssicherheit wurden gewährleistet und die Standards eingehalten. Ein vollumfänglicher Benchmark mit anderen Gemeinden im Bestattungsdienst ist aufgrund der verschiedenartigen, gemeindespezifischen Gegebenheiten nicht möglich; einzelne Vergleichswerte liegen aber immerhin vor.

Durch die gestaffelte Gebührenerhöhung (erste Anpassung per 1.1.2006 erfolgt) ist die Einlage in die Spezialfinanzierung gegenüber dem Voranschlag wesentlich geringer ausgefallen. Die übrigen Werte und Kennzahlen stimmen mit den Sollvorgaben überein, wobei der Kostenanteil der Stadt an den GALU aufgrund von reduziertem Fremdwasseranteil infolge der Sanierungen von Abwasseranlagen erfreulicherweise reduziert werden konnte.

Die Gesamtabfallmenge blieb im Berichtsjahr in etwa konstant; die Separierungsquote bewegt sich wiederum im Rahmen des Vorjahres und der Sollvorgabe, und die Kosten dieser LG konnten ebenfalls eingehalten werden. Verschiedene Sammelstellen wurden angepasst und das Erscheinungsbild erneuert. Durch diverse Massnahmen, wie z. B. Reduktion der Grundgebühren per 1. Januar 2007, einmalige Ersatzbeschaffung von drei Kehrichtsammelfahrzeugen zulasten des Rückstellungskontos und Nachrüstung der übrigen Kehrichtsammelfahrzeuge mit Russpartikelfiltern, wird der Kontostand der Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung in den nächsten Jahren kontinuierlich reduziert.

Durch einen flexiblen Einsatz der personellen Ressourcen und eine effiziente Mittelverwendung und -bewirtschaftung konnte der parlamentarische Leistungsauftrag im Berichtsjahr grösstenteils erfüllt werden.

5.3.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.3.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

Strassenraum Unterhalt und Erneuerung	IST R06	SOLL B06	IST R05
Strassennetz Gemeindestrassen	1'315'000m ²	1'315'000m ²	1'315'000m ²
Kosten pro m ² Gemeindestrasse p.a.	Fr. 15.35	< Fr. 15.00	Fr. 15.30
Anteil Strassen in kritischem Zustand	9%	< 11 %	9%
Ergebnis	-20'188'670	-19'438'000	-20'124'889

Strassenraum Planung, Projektierung, Neubau	IST R06	SOLL B06	IST R05
Kostendeckungsgrad der Planungskosten	46,1 %	> 50 %	56,9%
Anteil TBA-interne Planungskosten an Planungsvolumen gemäss SIA-Tarif	12,82 %	zw. 10-15 % je nach Volumen / Schwierigkeit	13,58 %
Ergebnis	-655'384	-613'200	-440'774

Grün- & Sportanlagen, Friedhof	IST R06	SOLL B06	IST R05
zu unterhaltende Fläche (Parkanlagen, Aussensportanlagen, Friedhof)	727'000m ²	ca 730'000m ²	727'000m ²
Ø Auslastungsgrad aller Aussensportanlagen	70 - 80 %	70 - 80 %	70 - 80 %
Anzahl Bestattungen	776	ca . 800	772
Ergebnis	4'897'321	-5'132'900	-4'607'222

Stadtentwässerung (Spezialfinanzierung)	IST R06	SOLL B06	IST R05
Städtischer Anteil an Gesamtbudget GALU (Betrieb und Investitionen)	5,4 Mio. oder 45,94%	ca. 5,6 Mio. oder < 46 %	5,6 Mio. oder 45,94%
Kosten pro Laufmeter Kanalnetz	Fr. 8.50	rd 10.–	Fr. 7.80
Abwassermenge in m ³ p.a.	rd 7,20 Mio.	rd 7,3 Mio.	rd 7,25 Mio.
Kosten pro m ³ Abwasser p.a.	Fr. 1.90	< Fr. 2.00	Fr. 1.96
Ergebnis	-5'200'000	-5'200'000	-5'200'000

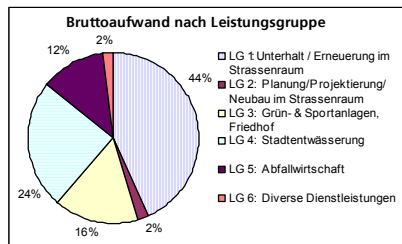
Abfallwirtschaft (Spezialfinanzierung)	IST R06	SOLL B06	IST R05
Gesamtabfallmenge in t	34'644	35'000	34'712
Anteil Sonderabfall an Gesamtabfallmenge (Separierungsquote)	47,99 %	> 48 %	47,79 %
Entsorgungskosten pro Tonne	Fr. 205.55	< Fr. 202.–	Fr. 208.65
Entsorgungskosten pro Einwohner	Fr. 117.40	< Fr. 120.–	Fr. 119.95
Ergebnis	1'319'387	0	338'364

Diverse Dienstleistungen	IST R06	SOLL B06	IST R05
Erbringen der Dienstleistungen gegen Verrechnung zu Vollkosten	1'184'315	1'300'000	1'303'907
Ergebnis	115 %	100 %	115 %

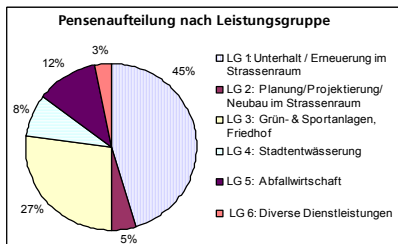
Zusammenfassung	IST R06	SOLL B06	IST R05
Ergebnis TBA	-30'335'811	-30'384'100	-29'858'523
Kostendeckungsgrad [KDG] LG 1 - 6 (inkl. Spez.Fin.)	49,8 %	50,0 %	51,6 %
KDG LG 1 - 3 + 6 (ohne Spez.Fin.)	31,4 %	28,2 %	34,0 %

5.3.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

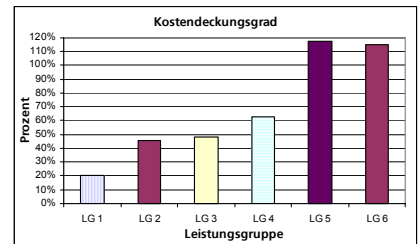
a) Bruttoaufwand nach LG



b) Pensenaufteilung (per 31.12.06)



c) Kostendeckungsgrad



5.3.4.3 Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2006

Die Rechnung des TBA-Globalbudgets 2006 schliesst gegenüber dem Budget mit einem Nettominderaufwand von Fr. 48'289.– ab. Die kalkulatorischen Kosten für die Werterhaltung der Strassen und des Kanalnetzes sowie die Abgrenzung Annuität Fahrzeuge und Maschinen belaufen sich gemäss Budget und Rechnung auf Fr. 10,375 Mio. Gemäss Berechnung der Netto-Zielabweichung Globalbudget TBA nach Budgetbereinigung 2006 beträgt die eigentliche, positive Nettozielabweichung Fr. 47'800.– und setzt sich wie folgt zusammen: Nachtragskredite nach Art. 60 GO, total Fr. 180'000.– (Planungskredit Hünenbergstrasse, Masterplan Agglostadt und Beitrag Felsenwegstiftung) sowie exogene Faktoren im Betrag von Fr. 204'400.– (Mehrertrag Kantonsbeitrag Anteil Motorfahrzeugsteuern und Diverses). Zudem ist der 50%-Anteil des TBA der positiven Nettozielabweichung (Fr. 23'900.–) als Einlage in die Rückstellung Globalbudget TBA gemäss Art. 26 der Finanzhaushaltsverordnung enthalten. Die Leistungsvorgaben in den einzelnen Leistungsgruppen konnten grösstenteils eingehalten werden wie die nachfolgenden Ergebnisse der LG 1-6 zeigen (siehe auch Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag unter Punkt 5.3.3).

Bemerkungen zu den einzelnen Leistungsgruppen:

LG 1:
Kosten pro m² Gemeindestrasse Fr. 15.35 (Soll Fr. 15.–); Mehraufwendungen Winterdienst im betrieblichen Strassenunterhalt. Technischer Dienst: Mehraufwendungen für Unterhalt und Ersatz von Lichtsignalanlagen. Anteil Strassen in kritischem Zustand 9 % gegenüber 11 % im Budget. Strassengrün: Minderaufwendungen als Folge von Ressourcenverschiebungen in die Leistungen Strassenbäume und Bäume in Anlagen.

LG 2:
Bruttokosten und Erträge gegenüber dem Budget insgesamt leicht unterschritten; da-

durch veranschlagter Kostendeckungsgrad nicht ganz erreicht. Der Stand der Planungen Ende Berichtsjahr hat von 44 auf total 57 Projekte zugenommen.

LG 3:
Bruttomehraufwendungen im Umfang von rund 5 %; durch Mehrerträge jedoch netto ein besseres Ergebnis in der gleichen Grössenordnung und dadurch ein höherer Kostendeckungsgrad als veranschlagt. Mehraufwendungen Bäume in Anlagen siehe auch Kommentar zur LG 1.

Kennzahlen, Zunahme Anzahl Bäume: Neuaufnahme Bäume in Betagtenzentren und Friedhof in Baumkataster und Sicherheitskontrolle.

LG 4:
Kosten pro m³ Abwasser mit Fr. 1.90 und Kosten pro Laufmeter betrieblicher Unterhalt Kanalnetz mit Fr. 8.50 unterhalb der Sollvorgaben. Die geringere Einlage in die Spezialfinanzierung ist auf die gestaffelte Gebührenerhöhung – budgetiert für 2006 war eine vollumfängliche Gebührenanpassung – zurückzuführen und der geringere GALU-Beitrag auf einen reduzierten Fremdwasseranteil als Folge von vermehrten Sanierungen der Abwasseranlagen.

LG 5:
Praktisch sämtliche Sollvorgaben (Kosten, Kennzahlen) konnten erfüllt werden. Der Kostendeckungsgrad betrug 2006 117,8 %, wodurch der Kontostand der Spezialfinanzierung auf gut Fr. 5 Mio. angestiegen ist. Verschiedene Massnahmen zur Reduzierung dieses Saldos sind eingeleitet worden.

LG 6:
Keine besonderen Bemerkungen.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass die Leistungsvorgaben im Berichtsjahr grösstenteils erfüllt und die Sollvorgaben in allen sechs Leistungsgruppen praktisch eingehalten

werden konnten. Der Nettokredit weist gegenüber dem Budget eine minime Abweichung von 0,2 % auf. Die Abweichungen der direkten Kosten von –4,8 % und der Erträge von –4,4 % zum Budget sind vor allem auf eine geringere Einlage in die Spezialfinanzierung Stadtentwässerung als Folge einer gestaffelten Gebührenanpassung per 1.1.2006 zurückzuführen. Bei den dem TBA verrechneten Kosten wurde zudem eine nachträgliche Budgetbereinigung (geringere Besoldungskosten, dafür höhere interne Verrechnungen eines Teils des Administrativpersonals FCBD) vorgenommen.

In personeller und organisatorischer Hinsicht ist zu bemerken, dass sich das Projekt "Arbeits-training" (Sozialleistungen gegen Arbeitsleistung) nach wie vor bewährt und weitergeführt wird. Für das Entlastungs- und Überprüfungsprojekt EÜP 2006–2010 sind die Massnahmen zum Entscheid der zuständigen Gremien aufgelegt worden; erste Auswirkungen sind bereits ab Budget/Rechnung 2007 zu verzeichnen. Die seit 1.1.2006 operativ tätige, für sämtliche finanziellen, administrativen und organisatorischen Belange zuständige neue Abteilung Finanzen und Controlling der Bauverwaltung unterstützt u. a. schwergewichtig wie bisher das Tiefbauamt beim Globalbudget inkl. Berichterstattung.

5.3.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

Beim TBA wird der Leistungsauftrag für das Jahr 2006 in sechs Leistungsgruppen aufgeteilt.

5.3.5.1 Leistungsgruppe Strassenraum, Unterhalt und Erneuerungen (LG 1)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Aufrechterhaltung der Sauberkeit und Hygiene auf dem öffentlichen Grund (als Beitrag für attraktive Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Touristenstadt). Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Werterhaltung des Strassennetzes inkl. Einrichtungen gemäss kantonalem Strassengesetz.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Unterhalt / Erneuerung im Strassenraum	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Betrieblicher Strassenunterhalt (Gde- und Kantonsstrassen) inkl. Gde-Anteil Motorfahrzeugsteuern u. Unterhalt Parkplätze Parkingmeter	1,625 Mio. m ²	10'812'904	10'550'000
Baulicher Strassenunterhalt inkl. Erneuerung und inkl. kalk. Kosten	1,315 Mio. m ²	8'622'227	8'420'000
Baulicher Strassenunterhalt der Kantonsstrassen	0,31 Mio. m ²	1'537'071	1'500'000
Grabenaufbrüche für ewl u. Dritte gegen Verr.		227'019	140'000
Technischer Dienst (Markierung/Signalisation)		506'962	300'000
Öffentliche Beleuchtung		2'214'866	2'250'000
Strassengrün (Unterhalt / Erneuerung)		800'307	994'000
Strassenbäume (Pflege / Erneuerung)	3'342 Bäume	564'501	500'000
Robidog / Sackspender	85/137 Stück	112'145	134'000
Total (Finanzbuchhaltung und kalk. Kosten)		25'398'002	24'788'000

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Betrieblicher Strassenunterhalt	Kosten pro m ² (total 1,625 Mio. m ² Kantons- und Gemeindestrassen)	Fr. 6.65 brutto	< Fr. 6.50 brutto	Fr. 7.20 brutto
Baulicher Strassenunterhalt	Kosten pro m ² (total 1,315 Mio. m ² Gemeindestrassen)	Fr. 6.55 (inkl. kalk. Kosten)	< Fr. 6.40 (inkl. kalk. Kosten)	Fr. 6.30 (inkl. kalk. Kosten)
Werterhaltung des Strassennetzes	Anteil Strassen in kritischem Zustand (Gemeindestrassen)	9 % der Strassenflächen gemäss MSE	<11% der Strassenflächen gemäss MSE	9 % der Strassenflächen gemäss MS

d) Mengen und Kosten

LG 1		Rechnung 2006	Budget 2006	Rechnung 2005
Ertrag		5'209'332	5'350'000	6'070'444
Kosten		-25'398'002	-24'788'000	-26'195'333
Ergebnis		-20'188'670	-19'438'000	-20'124'889
Leistungseinheit	m ² Gemeindestrassen	1'315'000	1'315'000	1'315'000
Kosten pro Einheit		15.35	14.78	15.30

e) Kennzahlen

Bearbeitete Fläche in m ²	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Anzahl öffentlicher Brunnen	157	157	157	157	157	--
Anzahl Velounterstände	59	59	59	59	59	--
Anzahl Abfallkörbe	1'308	1'329	1'348	1'266	1'301	+35
Anzahl Fängeranlagen	47	47	47	52	52	--
Anzahl Armaturen öffentliche Beleuchtung;	7'612	7'612	7'646	7'650	7'660	+10
davon ausgewechselt	157	159	55	57	40	-17
Kosten pro Einwohner in Fr.	316.50	325.10	312.40	333.35	332.15	-1.20

5.3.5.2 Leistungsgruppe Strassenraum, Planung, Projektierung, Neubau (LG 2)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Umsetzung der Zielsetzungen des Grossen Stadtrates und des Stadtrates für den öffentlichen und privaten Verkehr. Sicherstellung der Verfügbarkeit von Verkehrsbauten und Schutz der Anwohner vor übermässigem Verkehrslärm.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Planung / Projektierung / Neubau im Strassenraum	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Planung, Vorprojekte, Kreditierung Genehmigung, Detailprojekt, Ausführung Strassensanierungsprogramme (Lärmschutz) Planungen für den öffentlichen Verkehr	Stand Anz. Projekte Ende 06: 57 (Vorjahr: 44)		
Total (Finanzbuchhaltung)		1'214'900	1'313'200

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Verrechnung der Planungskosten	Kostendeckungsgrad der Planungskosten	46,1%	> 50%	56,9%
Anwendung von marktüblichen Tarifen bei der Planung und Projektierung	Einhaltung der massgebenden SIA-Kostentarife für Planungen, abhängig von Bauvolumen und Schwierigkeitsgrad der Planungen	Kostentarife eingehalten; leicht tieferer Kostendeckungsgrad als budgetiert (Ø letzte 3 Jahre = 53%)	Einhaltung zu 100%	Kostentarife eingehalten; Leicht höherer Kostendeckungsgrad als budgetiert

d) Mengen und Kosten

LG 2		Rechnung 2006	Budget 2006	Rechnung 2005
Ertrag		559'516	700'000	582'578
Kosten		-1'214'900	-1'313'200	-1'023'352
Ergebnis		-655'384	-613'200	-440'774
Kostendeckungsgrad		46.1%	53.3%	56.9%

5.3.5.3 Leistungsgruppe Grün- und Sportanlagen, Friedhof (LG 3)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Bereitstellen eines Angebots von nutzbarer Grünfläche für Erholung, Sport, Freizeit und Veranstaltung. Gewährleistung der Sicherheit auf Grünflächen (Parkanlagen / Spielplätzen / Schulanlagen) gemäss Bau- und Zonenreglement sowie Strassengesetz bzw. Gesetz über die Volksschulbildung.

Durchführung von Bestattungen gemäss Gesundheitsgesetz und der kantonalen Verordnung über das Bestattungswesen.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Grün- und Sportanlagen, Friedhof	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Parkanlagen	0,36 Mio. m ²	2'550'661	2'300'000
Bäume in Anlagen	7495 Bäume	598'085	450'000
Kinderspielplätze	40 Plätze	510'674	604'000
Grünpflege Lieg. Verwaltungsvermögen	0,36 Mio. m ²	737'422	650'000
Grünpflege Schulanlagen	0,17 Mio. m ²	851'076	800'000
Bestattungsdienst (658 Urnen/118 Erd)	776 Bestattungen	741'875	740'000
Baulicher u. betriebl. Unterh. Friedhofanlagen	0,17 Mio. m ²	1'422'416	1'280'000
Grabunterhalt	527 Vertragsgräber	312'281	300'000
Unterhalt und Betrieb Aussensportanlagen	0,2 Mio. m ²	1'731'158	1'850'000
Total (Finanzbuchhaltung)		9'455'648	8'974'000

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Parkanlagen	Unterhaltskosten pro m ² (360'000 m ²)	Fr. 7.08	< Fr. 7.–	Fr. 6.15
Aussensportanlagen	Kosten pro m ² Rasenspielfeld Kosten pro m ² Allwetterplatz	Fr. 4.80 Fr. 1.75	< Fr. 5.20 < Fr. 2.90	Fr. 5.70 Fr. 1.35
Ø Auslastungsgrad aller Sportanlagen	Spelfeldnutzung auf empfohlene maximale Kapazitätsauslastung abgestimmt	Analog Vorjahr: 70–80%	80% Rasenplätze 75% Allwetterplätze	Analog Vorjahr 70–80%
Bestattungsdienst	Ø-Preis pro Bestattung: Preis pro Erd- und Urnenbestattung:	Fr. 956.– Fr. 1'995.80 / Fr. 754.80	Fr. 900.– Fr. 2'000.– / Fr. 700.–	Fr. 1'109.50 Fr. 2'520.– Fr. 887.–

d) Mengen und Kosten

LG 3		Rechnung 2006	Budget 2006	Rechnung 2005
Ertrag		4'558'327	3'841'100	4'723'624
Kosten		-9'455'648	-8'974'000	-9'330'846
Ergebnis		-4'897'321	-5'132'900	-4'607'222
Kostendeckungsgrad		48.2%	42.8%	50.6%

e) Kennzahlen

Kennzahlen Anlagenpflege	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Kosten pro m ² Unterhalt Verw. liegensch. (inkl. Schulhäuser)	2.80	2.75	2.80	3.05	3.–	– –.05
Kosten für gesamte Anlagenpflege pro Einwohner in Fr.	80.80	78.80	72.70	74.60	80.–	+5.40
Kennzahlen Baumpflege	2002	2003	2004	2005	2006	Veränd.
Anzahl Strassenbäume	3'300	3'300	3'317	3'328	3'342	+14
Kosten pro Strassenbaum in Fr.	139.90	141.90	150.35	138.90	168.90	+30.–
Kosten pro Einwohner in Fr.	7.70	7.80	8.30	7.65	9.30	+1.65
Anzahl Bäume in Anlagen	6'500	6'500	6'500	6'584	7'495	+911
Kosten pro Anlagenbaum in Fr.	73.90	82.85	98.40	102.30	79.80	-22.50
Kosten pro Einwohner in Fr.	8.–	8.95	10.60	11.15	9.85	-1.30

5.3.5.4 Leistungsgruppe Stadtentwässerung [Spezialfinanzierung] (LG 4)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Aufsicht über die öffentlichen und privaten Abwasseranlagen gemäss Gewässerschutzgesetz sowie kantonaler Gewässerschutzverordnung. Gewährleistung des Betriebes der Abwasseranlagen der Stadtentwässerung und der Siedlungsentwässerungsanlagen. Ausführung von Privataufträgen gegen Verrechnung.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen Stadtentwässerung	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Betrieblicher Unterhalt (öffentl. Netz)	145 km	1'273'248	1'300'000
Kleiner baulicher Unterhalt	1,5 ‰ Anl.Wert	694'192	613'000
Entsorgung von Schlämmen für Garagen und Privatkanalisationen	*	506'067	600'000
Betriebskostenbeitrag ARA/GALU		5'368'795	5'600'000
Einlage in Spezialfinanzierung	*	233'254	2'837'000
Bewilligung, Aufsicht / Gebührenbewirtschaftung / Planung, Projektierung, Neubau	1,25% vom Anlagewert 410 Mio.	1'107'146	1'250'000
Kalkulatorische Kosten		5'200'000	5'200'000
Total (Finanzbuchhaltung und kalk. Kosten)		14'382'702	17'400'000

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Betrieblicher Unterhalt Kanalnetz	Kosten pro Laufmeter Kosten in % des Anlagewertes	Fr. 8.50 0,30%	< Fr. 10.– < 0,40%	Fr. 7.80 0.28%
Baulicher Unterhalt Kanalnetz 4. Etappe, 2. Teil, total zirka 14 km Kanallänge	Ausführung innert 6 Jahren vollzogen gemäss B+A 24/2001	15% saniert oder rund 2 km (T 9,1 km / 65%)	15% saniert oder rund 2,1 km (7,8 km / 56%)	25 % saniert oder rund 3,6 km (T 7,1 km / 51%)
Kostenanteil Stadt an GALU	%-Anteil an Gesamtbudget GALU (Betrieb und Investition)	45,94% bzw. Fr. 5'368'795.–	<46%	45,94% bzw. Fr. 5'599'841.–

d) Mengen und Kosten

LG 4	Rechnung 2006	Budget 2006	Rechnung 2005
Ertrag	8'754'662	12'200'000	11'305'536
Kosten ¹⁾	-13'954'662	-17'400'000	-16'505'536
Ergebnis	-5'200'000	-5'200'000	-5'200'000
Leistungseinheit	m ³ Abwasser	7'300'000	7'240'000
Kosten pro Einheit (ohne *)	1.90	2.00	1.96

¹⁾ Kosten gemäss FIBU-Konto 591 (inkl. kalk. Kosten)

SpF. (2280.11/2282.40)	B 2007	R 2006	R 2005
Bestand Spez.Fin. 1.1.	-1'697'992	-1'898'031	552'771
Einlage inkl. Zins	2'973'000	3'078'576	5'658'655
Entnahme für LR			-4'954'727
Entnahme für Inv.-Rg	-3'000'000	-2'878'537	-3'154'730
Bestand 31.12.	-1'724'992	-1'697'992	-1'898'031

e) Kennzahlen

Kennzahlen Unterhalt	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Unterhaltskosten pro Einwohner in Fr.	Fr. 24.10	Fr. 21.10	Fr. 21.55	Fr. 21.65	Fr. 25.90	Fr. 21.–
Kennzahlen Wasser	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Wasserverbrauch pro Einwohner	119 m ³	121 m ³	124 m ³	121 m ³	120 m ³	119 m ³
Kosten pro m ³ Wasser	Fr. 1.44	Fr. 1.64	Fr. 1.62	Fr. 1.60	Fr. 1.55	Fr. 1.90
Kosten pro Einwohner (Vollkosten)		Fr. 199.45	Fr. 201.40	Fr. 195.35	Fr. 187.30	Fr. 224.–

5.3.5.5. Leistungsgruppe Abfallwirtschaft [Spezialfinanzierung] (LG 5)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Durchführung einer bürgernahen, ökologischen und ökonomischen Abfallwirtschaft gemäss Bundesgesetz über den Umweltschutz und Abfallreglement vom Juni 2002.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen Abfallwirtschaft	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Organisation und Durchführung der gesamten Kehricht- und Separatabfallentsorgung		7'134'684	7'048'500
Total (Finanzbuchhaltung)		7'134'684	7'048'500

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Entsorgung des gesamten Kehrichts gemäss Abfuhrplan	Entsorgungskosten pro Tonne	Fr. 205.95	< Fr. 202.–	Fr. 208.65
	Entsorgungskosten pro Einw.	Fr. 117.40	< Fr. 120.–	Fr. 119.95
Anteil Sonderabfall an Gesamtabfallmenge	Separierungsquote	47,99%	> 48%	47,79%

d) Mengen und Kosten

LG 5		Rechnung 2006	Budget 2006	Rechnung 2005
Ertrag		8'726'912	7'048'500	7'581'001
Kosten		-7'407'525	-7'048'500	-7'242'637
Ergebnis		1'319'387	-	338'364
Leistungseinheit	Abfallmenge	34644.00	35000.00	34712.00
Kosten pro Einheit		205.95	201.39	208.65

Bestand Spezialfinanz.	B 2007	R 2006	R 2005
Bestand Spez.Fin. 1.1.	5'423'434	4'073'496	3'708'797
Einlage inkl. Zins	-	1'349'938	364'699
Entnahme	-	-	-
Bestand 31.12.	5'423'434	5'423'434	4'073'496

e) Kennzahlen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Wohnbevölkerung per 31.12.	59'750	60'123	60'195	60'204	60'368	60'779
Anzahl Haushalte		30'000	30'000	30'000	30'000	30'000
Anz. Arbeitsplätze	54'500	54'500	50'000	50'000	50'000	50'000
Kostendeckungsgrad		103,2%	95%	105,3%	104,7%	117,80%

Kehricht

Kosten in Fr. pro Tonne / Stück

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Hauskehricht	297.–/t	283.–/t	201.–/t	201.–/t	168.–/t	164.–/t
Kompost-Abfälle	470.–/t	416.–/t	397.–/t	361.–/t	380.–/t	364.–/t
Altmetall	187.–/t	161.–/t	223.–/t	105.–/t	199.–/t	145.–/t
Altglas	136.–/t	100.–/t	81.–/t	78.–/t	82.–/t	82.–/t
Weissblechbüchsen	546.–/t	569.–/t	711.–/t	957.–/t	970.–/t	745.–/t
Batterien	417.–/t	570.–/t	610.–/t	509.–/t	237.–/t	116.–/t
Haushaltgeräte (SENS)				189.–/t	241.–/t	-370.–/t
Altpapier	52.–/t	45.–/t	41.–/t	61.–/t	58.–/t	30.–/t
Karton	517.–/t	507.–/t	379.–/t	313.–/t	331.–/t	288.–/t
Leuchtstoffröhren	1.42/St.	1.62/St.	1.52/St.	1.89/St.	1.34/St.	-7.–/St.
Elektronikschrott	3'823.–/t	827.–/t	108.–/t	511.–/t	574.–/t	61.–/t
Altöl	1'058.–/t	1'318.–/t	1'683.–/t	728.–/t	874.–/t	903.–/t

Abfallmengen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Gesamtabfallmenge	39'038 t	39'521 t	38'913 t	35'213	34'712	34'644
Anteil Hauskehricht	26'884 t	26'990 t	24'247 t	18'048	18'122	18'018
Anteil Wertstoffe	12'152 t	12'531 t	14'666 t	17'165	16'590	16'626
Hauskehrichtmenge pro Einwohner	450 kg	449 kg	403 kg	299 kg	300 kg	296 kg

5.3.5.6 Leistungsgruppe Diverse Dienstleistungen (LG 6)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Leistungserbringung gegen Verrechnung zu Vollkosten für Dritte und stadtinterne Dienstabteilungen ausserhalb der LG 1–5 wie Gebäudeunterhalt, diverse Schreinerarbeiten usw. des Zimmerwerkes, Fahrzeugreparaturen durch die Werkstätte des TBA sowie diverse Fuhrdienstleistungen des Autobetriebes.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Diverse Dienstleistungen	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
	IST	SOLL
Leistungen des Zimmerwerkes für Unterhalt Liegenschaften Verwaltungsvermögen, Märkte und Messen sowie div. Schreinerarbeiten; Leistungen der Autowerkstatt für Stadtverwaltung und diverse Fuhrdienstleistungen für Stadtverwaltung und Dritte	1'184'315	1'300'000
Total (Finanzbuchhaltung)	1'184'315	1'300'000

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R06	Soll B06	Ist R05
Leistungen Zimmerwerk	Zu konkurrenzfähigen Preisen und Standards	Std.-Ansätze Berufsarbeiter Fr. 70.15 (R.Tarif SBV 81.–)	Std.-Ansätze Berufsarbeiter < Fr. 75.– (R.Tarif SBV 81.–)	Std.-Ansätze Berufsarbeiter Fr. 70.15 (R.Tarif SBV 81.–)
Leistungen Autowerkstatt	Zu konkurrenzfähigen Preisen und Standards	Std.-Ansätze Arbeiter Fr. 58.65 (R.Tarif SBV 62.–)	Std.-Ansätze Arbeiter < Fr. 60.– (R.Tarif SBV 62.–)	Std.-Ansätze Arbeiter Fr. 58.65 (R.Tarif SBV 64.50)

SBV = Schweiz. Baumeisterverband

d) Mengen und Kosten

LG 6		Rechnung 2006	Budget 2006	Rechnung 2005
Ertrag		1'361'962	1'300'000	1'499'493
Kosten		-1'184'315	1'300'000	-1'303'907
Ergebnis		177'647	-	195'586
Kostendeckungsgrad		115%	100%	115%

5.3.6 Nachweise

5.3.6.1 Vom HRM zum Globalkredit

	Kosten	Ertrag
Institution 513 Tiefbauamt	37'861'658	17'900'847
Institution 591 Stadtentwässerung	8'754'662	8'754'662
Institution 590 Kehrrichtbeseitigung	8'726'912	8'726'912
Total (Bruttoumsatz Laufende Rechnung)	55'343'232	35'382'421
./. Interne Verrechnungen innerhalb TBA	-6'309'104	-6'309'104
Total Umsatz Globalbudget TBA	49'034'128	29'073'317
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	19'960'811	
+ kalkulatorische Kosten	10'375'000	
Globalbudget (inkl. kalkulatorische Kosten)	30'335'811	

5.3.6.2 Vom HRM zur Betriebsbuchhaltung für die LG 1–6

	Kosten	Ertrag
Fibu Bruttozahlen	55'343'232	35'382'421
./. ILV innerhalb TBA	-6'309'104	-6'309'104
Direkte Kosten TBA	49'034'128	29'073'317
+ kalk. Abgrenzung (Strassenraum/Stadtentw.)	10'375'000	
Total Kostenarten BAB / LG 1 - 6	59'409'128	29'073'317
Globalbudget	30'335'811	
LG 1	25'398'002	5'209'332
LG 2	1'214'900	559'516
LG 3	9'455'648	4'558'327
LG 4	13'954'662	8'754'662
LG 5	7'407'525	8'726'912
LG 6	1'184'315	1'361'962
Abgrenzung MWST (Fibu im Aufwand enth.)	936'117	
Abgrenzung FIBU/BEBU	-142'041	-97'394
	59'409'128	29'073'317
	30'335'811	

Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat beantragt Ihnen,

I.

folgenden Nachtragskredit zulasten der Rechnung 2006 zu bewilligen:
Fr. 16'000'000.– zur Abschreibung von Investitionsbeiträgen (Konto 1164.10).

II.

- den Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2006 zu genehmigen;
- die Jahresrechnung und die Verwendung des Ertragsüberschusses für das Jahr 2006 zu genehmigen.

Er unterbreitet Ihnen einen entsprechenden Beschlussvorschlag.

Luzern, 4. April 2007

Urs W. Studer
Stadtpräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnissnahme vom Bericht und Antrag 15 vom 4. April 2007 betreffend

Geschäftsbericht 2006,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 60 Abs. 1, Art. 63, Art. 68 Ziff. 4 und Art. 69 lit. a Ziff. 2 der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

I.

Zulasten der Rechnung 2006 wird folgender Nachtragskredit bewilligt:
Fr. 16'000'000.– zur Abschreibung von Investitionsbeiträgen (Konto 1164.10).

II.

Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2006 wird genehmigt.

III.

Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2006, werden genehmigt:

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 609'485'079.32
Ertrag	<u>Fr. 615'941'871.78</u>
Ertragsüberschuss	Fr. 6'456'792.46

Der Ertragsüberschuss wird wie folgt verwendet:

Fr. 3'256'792.46 Einlage ins Eigenkapital / Steuerausgleichsreserve
Fr. 2'000'000.– zusätzliche a.o. Einlage in den Energiefonds (Konto 2282.10)
Fr. 1'200'000.– Einlage in den Sozialfonds der Stadt Luzern (Konto 2035.18).

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 439'597'559.80 abschliessen, werden genehmigt.

3. Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport

Die Jahresrechnung über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport, welcher einen Restbestand von

Fr. 492'940.53 für den Bereich Kultur und von
Fr. 571'212.62 für den Bereich Sport aufweist, wird genehmigt.

IV.

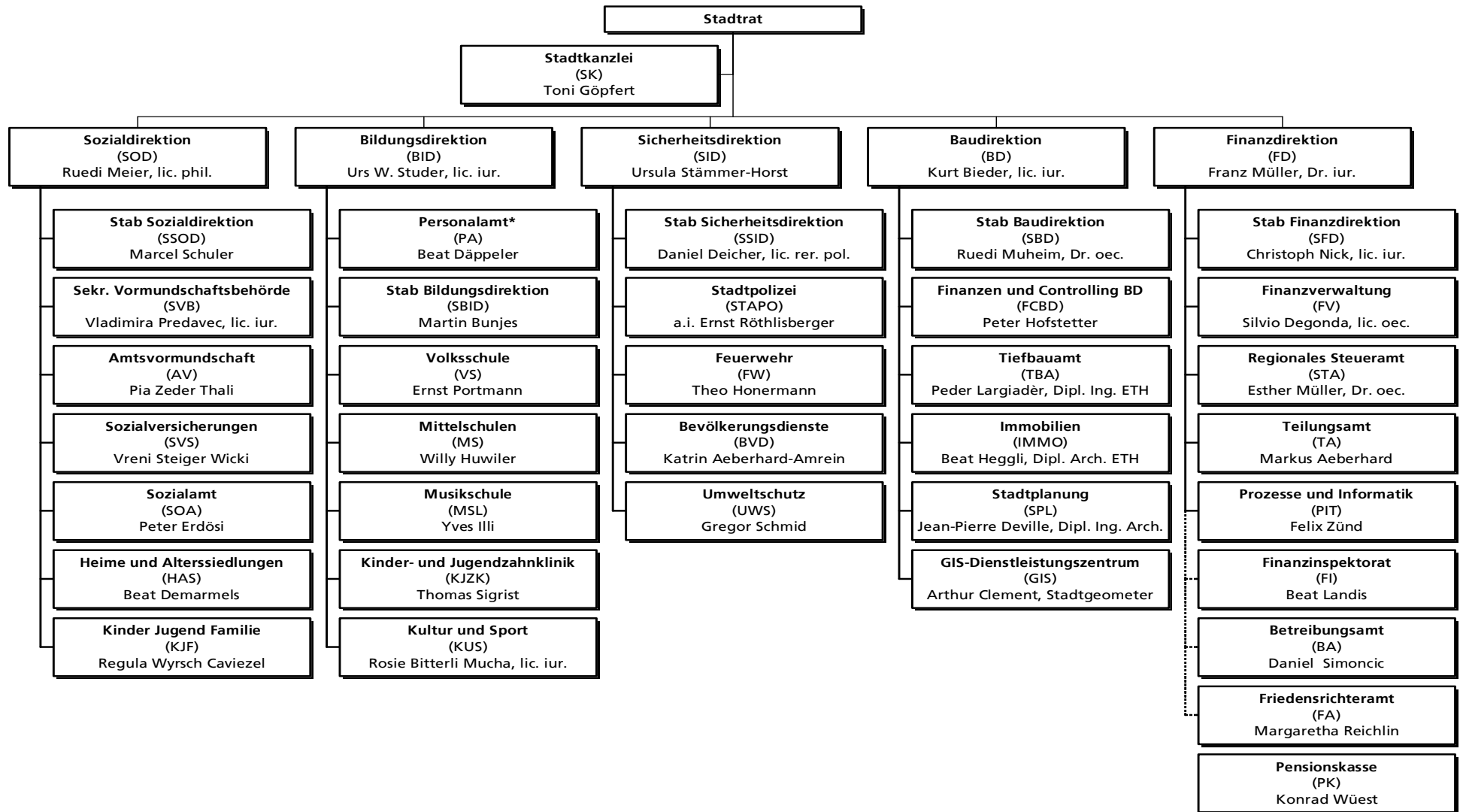
Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

Luzern, 28. Juni 2007

Cony Grünenfelder
Präsidentin des Grossen Stadtrates

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Gesamt-Organigramm per 1.1.2007



* der Direktion des jeweiligen
Stadtpräsidenten zugeordnet

--- administrativ der Finanzdirektion
zugeordnet